

Alfred Cattani

Zürich

im Zweiten Weltkrieg

Sechs Jahre zwischen Angst und Hoffnung

Verlag Neue Zürcher Zeitung

© 1989, Verlag Neue Zürcher Zeitung, Zürich
Satz und Druck: NZZ Fretz AG, Zürich
Fotolithos: Litho Kläusler AG, Kloten
Einband: Buchbinderei Burkhardt AG, Mönchaltorf
Gestaltung: Heinz Egli, Zürich
ISBN 3 85823 248 3
Printed in Switzerland
Eingescannt mit OCR-Software ABBYY Fine Reader

Inhaltsverzeichnis

7	Einleitung
8	Kriegsausbruch
14	Die ersten Monate
22	Der grosse Schock von 1940
32	Zwischen Krieg und faulem Frieden
38	Das Ende vom Anfang
42	Politisches Leben auf Sparflamme
48	Abwarten, Anpassung und Widerstand
54	Presse unter Zensur
60	Bomber, Bomben und Verdunkelung
70	Rationierung des Mangels
80	Zürich wird Agrarstadt
84	Das Schauspielhaus, ein Hort des freien Wortes
88	Alltag im Krieg
104	Die Frau stellt ihren Mann
110	Der Anfang vom Ende
114	Im Ostwind
122	Abrechnung mit der Vergangenheit
126	Flüchtlingshilfe
132	Ein Krieg will nicht enden
140	Waffenstillstand – aber kein Friede
144	«Wir sind noch einmal davongekommen»
147	Blick zurück
148	Anhang
	Dank
	Literaturverzeichnis
	Abbildungsverzeichnis

Einleitung

Zürich zurzeit des Zweiten Weltkrieges – das ist eine Stadt wie viele andere, die das grosse Weltgeschehen erwartend und erdulnd über sich ergehen lassen musste. Es waren Jahre des Reagierens, nicht des Agierens. Die Impulse kamen von anderswo, und die Menschen starrten bedrückt oder hoffnungsvoll auf das, was auf sie zukam, in angstvoller Erwartung des Ungewissen, das jeden Tag hereinbrechen konnte, und im stillen glaubend, die Stadt und das Land würden noch einmal davonkommen, wie schon fünfundzwanzig Jahre zuvor.

Im Gegensatz zum Ersten Weltkrieg aber sammelte sich in der Stadt keine gärende Unzufriedenheit, war sie nicht der Sammelplatz für Revolutionäre, die aufbrachen mit der Utopie, nach dem Krieg eine neue Welt, einen neuen Menschen zu schaffen. Unter dem Schutz der wiederum respektierten Neutralität wickelte sich das Leben in fast normalen Bahnen ab. Es gab Einschränkungen im Konsum, für den Normalbürger blieben die Grenzen verschlossen, vier Jahre lang auch blieb die Stadt nachts verdunkelt, das Dröhnen der im Laufe des Krieges immer ungenierter über sie hinwegziehenden Bomberstaffeln – all das erinnerte daran, dass die Welt nicht in Ordnung war.

Während in den Ländern ringsum die Gewalttätigkeit des Krieges unvorstellbare Not brachte, Menschen ihrer Rasse oder Überzeugung wegen verfolgt und vernichtet wurden, die Kämpfe an den Fronten Millionen von Toten kosteten und die Städte in Trümmer sanken, ging in Zürich wie in der ganzen Schweiz alles seinen gewohnten Gang, wenn auch gedämpfter vielleicht als sonst.

Eine Idylle inmitten des Unterganges? Der Schein trügt. Der Krieg hat bei der Generation, die ihn bewusst miterlebte, auch in der Schweiz und in Zürich tiefe Spuren hinterlassen. In den ersten Monaten und Jahren waren die Menschen gebeutelt von der Angst, in den Strudel des Verderbens gerissen zu werden. Mit der langen Dauer des Krieges wuchs die Angewöhnung an das Un-

gewöhnliche. Gleichzeitig verstärkte sich die Hoffnung, die Stadt und das Land würden wiederum verschont bleiben. Und als es wirklich so kam und 1945 die Schweiz eine Insel der Unversehrtheit mitten in einem zerstörten Europa war, mischte sich in die Gefühle der Dankbarkeit die bange Frage, womit diese Gunst des Schicksals verdient worden sei. Dieses helvetische Malaise begleitete auch die Zürcher in die Nachkriegszeit, von der im Augenblick des Waffenstillstandes niemand wusste, ob sie nicht neue Prüfungen und Krisen bringen würde.

Die Geschichte Zürichs in den Jahren zwischen 1939 und 1945 ist zu einem guten Stück Schweizer Geschichte. In der Stadt, die damals zwar noch nicht so dominierend war wie heute, aber doch bereits Finanz- und Wirtschaftsmetropole des Landes, sammelten sich die wichtigsten Kräfte, widerspiegeln sich Wirkungen und Folgen des Krieges. Fleute, fünfzig Jahre nachher, ist die Erinnerung daran am Verblässen. Wie jede Generation vor ihr hat auch die Kriegs- und Aktivdienstgeneration erfahren müssen, dass die Vorstellungen und Ideale, die sie einst prägten, von den Nachgeborenen nicht mehr fügsam akzeptiert, sondern in Frage gestellt wurden. Das ist nur natürlich. Ebenso natürlich aber ist der Wunsch, Erlebtes und Erfahrenes weiterzugeben, Geschichte aus dem eigenen Bewusstsein heraus darstellend aufzuarbeiten. Das Bild einer Zeit, zu der in unserem Land inmitten des Anormalen die Normalität zu leben gesucht wurde, soll am Beispiel Zürichs nachgezeichnet werden.

Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges im Herbst 1939 traf Europa nicht überraschend wie der Kriegsausbruch von 1914. Schon im Herbst 1938 hatte Hitler mit seiner Aggression gegenüber der Tschechoslowakei die Welt an den Rand eines bewaffneten Konflikts geführt. Der Handstreich gegen Prag im März 1939 stellte die Weichen endgültig in Richtung Krieg. Grossbritannien und Frankreich gaben dem von Deutschland als nächstes Opfer ausersehenen Polen eine Garantie und suchten eine Abwehrfront gegen das Dritte Reich aufzubauen.

Den ganzen Sommer über schleppte sich die Agonie des europäischen Friedens dahin. Zürich erlebte diese letzten Monate permanenter internationaler Spannung in einem Schwebezustand von Furcht und Euphorie. Am 6. Mai war die Landesausstellung eröffnet worden, die bewusst nicht als blosse Leistungsschau, sondern als machtvolle Demonstration nationalen Selbstvertrauens gestaltet worden war. Die Kriegsschatten, die über ihr lagen und die fatale Parallelen zur letzten Landesausstellung von 1914 ziehen liessen, verliehen der Festfreude Akzente eines trotzigem Selbstdarstellungswillens und einer Lust am Geniessen vor dem Anbruch der Düsternis.

Die Landi war eine farbenfrohe Kulisse, hinter der fieberhaft Vorbereitungen für den Ernstfall getroffen wurden. An der Wehrbereitschaft und am Wehrwillen der Bevölkerung war nicht zu zweifeln. Die Sozialdemokraten hatten schon 1935 ihr Bekenntnis zur Landesverteidigung abgelegt. 1936 war die neue Truppenordnung in Kraft getreten und mit überwältigendem Ergebnis eine Wehranleihe aufgelegt und überzeichnet worden.

Im zivilen Bereich standen zwei Probleme im Vordergrund. Das erste betraf die ausreichende Versorgung mit lebenswichtigen Gütern im Kriegsfall, das zweite die Existenzsicherung für den Einzelnen während der Aktivdienstzeit. In beiden Bereichen waren fünfundzwanzig Jahre zuvor entscheidende Fehler begangen worden, die wesent-

lich zur Missstimmung von 1917/18 beigetragen und in der Schweiz vor allem in Zürich eine fast revolutionäre Stimmung geschaffen hatten. Eine solche Eskalation sollte dieses Mal vermieden werden. Die Diskussion um das Anlegen von Notvorräten war im Sommer 1939 schon seit Monaten im Gange und hatte zu zum Teil heftigen Auseinandersetzungen über Art und Zweckmässigkeit von Vorratshaltungen geführt. Die zentrale Kompetenz lag beim Bund, beim Kriegsernährungsamt, die Zuständigkeiten wurden jedoch auf kantonale und kommunale Ebenen delegiert. In der Stadt Zürich entstand bereits im Mai 1939 auf Anregung des späteren Stadtrates und Bundesrates Willy Spühler das Kriegswirtschaftsamt, das die Durchführung einer eventuellen Rationierung wichtiger Bedarfsgüter in der Stadt Zürich vorzubereiten hatte.

Um die Wehrmänner und ihre Familien in einem neuen Aktivdienst mit langen Dienstzeiten und Abwesenheit von zu Hause nicht in ihrer Existenz zu gefährden, wurde auf Bundesebene eine Lohn- und Verdienstersatzordnung entworfen, die verhindern sollte, dass schwere soziale Notfälle entstanden. Als im September der Krieg wirklich ausbrach und der Film des Grauens von 1914 noch einmal abzurollen begann, waren für die Schweiz die Verhaltensmuster gegeben, mit denen man dem Schwierigsten begegnen wollte und die Erfolg zu versprechen schienen, falls das Land wiederum wie ein Vierteljahrhundert zuvor vom Krieg verschont bleiben würde.

Anders als 1914 gab es 1939 eine akute Bedrohung der Zivilbevölkerung durch den zu erwartenden Luftkrieg. Auch hier waren schon Jahre zuvor Vorbereitungen für den Aufbau eines aktiven Luftschutzes getroffen worden, der durch einen passiven Luftschutz der Zivilbevölkerung ergänzt werden sollte. Es gab Entrümpelungsaktionen und Verdunkelungsübungen. Hier bewegten sich jedoch die Massnahmen auf Neuland. Niemand wusste genau, wie ein kommender

Luftkrieg aussehen würde. Die Grossmächte gaben zwar beruhigende Erklärungen ab, die Zivilbevölkerung würde nach Möglichkeit geschont werden – aber wer konnte dem schon trauen? Es galt, auf die schlimmsten Möglichkeiten gefasst zu sein. Kredite für öffentliche Luftschutzbauten wurden bewilligt und die Organisationsformen des passiven Luftschutzes studiert. Bei Kriegsausbruch war das alles jedoch kaum über erste Anfänge hinaus gediehen. Der Luftschutz, der auch ein Zusammenarbeiten militärischer und ziviler Stellen bedingte, sollte den ganzen Krieg über ein nie völlig gelöstes Problem bleiben – wahrscheinlich konnte es auch gar nicht befriedigend gelöst werden, wie die Erfahrungen in den vom Krieg heimgesuchten Städten später zeigten.

Aufrechterhaltung der Versorgung mit Bedarfsgütern, Sicherung der sozialen und materiellen Existenz, Schutz vor militärischen Angriffen aus der Luft – das waren die wichtigsten Problemkreise, in denen sich das öffentliche Leben einer grossen Stadt wie Zürich in den Kriegsjahren bewegte. Auf einen Nenner gebracht hiess das, in der Bevölkerung die Grundlage für das Vertrauen zu schaffen, dass die Härten und Ungewissheiten des Krieges so gut als möglich überstanden werden könnten.

Eine uneingeschränkte Garantie für eine gesicherte Zukunft aber konnte niemand geben. Das hing von Entscheiden ab, auf die weder Zürich noch die Schweiz Einfluss nehmen konnten.



*Deutsche Truppen überschreiten
am 1. September 1939 die polnische
Grenze.*



Neue Zürcher Zeitung

Abonnements:

1 Monat	3 Qrtl.	6 Qrtl.	12 Qrtl.
in der Schweiz oder bei Verwandten	Fr. 2.00	7.—	12.50
Durch den Postboten im Ausland	8.50	26.—	47.—
Einzelhefte	0.10	0.30	0.90
Verkauf unter Druck	4.00	12.—	22.00
Wahlrecht unter Druck	3.50	10.—	18.—
unter Druck	3.50	10.—	18.—

Weg in vollständigen Abonnements: Druckerei an der Post-Verwaltung

und schweizerisches Handelsblatt

Täglich 8 Ausgaben

Redaktion: Falkenstrasse 11, Zürich 1

Administration: Theaterstrasse 1, Druckerei: Grossestrasse 10
Telephon 2 71 00, Hauptpostamt, Postfachkonto VIII 645

Annoncen: Pro Zeile 3 Spalten 1 000 Druckzeilen
Preis der Annoncenzeile 25 Rp.
für kleine Annoncenzeilen 30 Rp.
für längere Annoncenzeilen 35 Rp.
für Inserate ausserhalb des Landes 1.25 Rp.
Wahlrecht- und Wahlrechtserklärungen nach Tarif
Annoncen-Abteilung: Theaterstrasse 1 und Bahnhofstrasse 70
Telefon-Nr.: Postfach Baumstrasse, Postfach VIII 1264

Mobilmachung der schweizerischen Armee

Bern, 1. Sept. ag Der Bundesrat hat die Mobilmachung der schweizerischen Armee auf den 2. September beschlossen. Der 2. September ist der erste Mobilmachungstag.

Bern, 1. Sept. ag Der Bundesratsbeschluss über die Kriegsmobilmachung der Armee lautet:
Der schweizerische Bundesrat, auf Antrag seines Militärdepartementes und gestützt auf Art. 102 der Bundesverfassung, und die Art. 138, 139, 202 und 217 der Militärorganisations vom 12. April 1907, beschliesst die Mobilmachung der ganzen Armee.

Der 2. September 1939 ist der erste Mobilmachungstag.

- Es haben gemäß den Weisungen des Mobilmachungsstellen in Dienstbüchlein und den nachstehenden Bestimmungen einzutreten:
- alle noch nicht aufgetretenen Elitä, Truppenführer und Einheiten des Kavallerie, der Landwehr, des Sanitätsdienstes und der aus diesen Dienststellen gemobilten Truppen;
- die Elitä und Formationen des Transportdienstes, der schichtartigen Dienste und des Zentraldienstes;
- die zur Verfügung des Bundesrates stehenden Offiziere;
- die Angehörigen der Grenzpolizei, deren Mobilmachungsstellen in Dienstbüchlein das Einsetzen am Vorlage des ersten Mobilmachungsstages, am 1. 2. oder 3. Mobilmachungstag, vorschreibt;
- die Schatzungskommissionen der Führer.

2. Die mit den Grenztruppen eingetradeten, aber wieder auf Pflicht entlassenen Mobilmachungsstellen der Pflanzmanne, Pflanzbestellungsstellen und Materialschaffungskommissionen sowie die Teilmannschaften der Stammesabteilungen der Grenztruppen haben sofort wieder einzutreten.

3. Gestaltung der Pferde und Maultiere. — Alle Gemeinden haben die Gestaltung von Pferden und Maultieren gemäß den Bestimmungen des Pferdebesitzgesetzes auszuführen. Soweit die Zeit reicht, führen die Gemeinden die Normierung durch und lassen das Bestehen in Ordnung bringen.

4. Gestaltung der Motorfahrzeuge:
a) Alle Motorfahrzeuge (Personenwagen, Schwärmer, Taxicabros, Anhänger, Motorräder usw.), deren Fahrzeugausweis mit einem weissen Aufkleber versehen wurden, sind gemäß den Bestimmungen dieses Gesetzes zu stellen;

b) Alle Motorfahrzeuge, deren Fahrzeugausweis mit einem gelben Aufkleber versehen sind, sind gemäß dem dem Fahrzeugalter ausstehenden Gesetz zu stellen.

II. Allgemeine Bestimmungen:

1. Durch diesen Beschluss aufgetretene Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten, die sich in Kadetten-, Kadetten- und Kadettenkassen befinden, sind sofort zu entlassen; sie haben sich gemäß den Bestimmungen des Mobilmachungsstellen in Dienstbüchlein auf den Mobilmachungsstellen ihres Standes oder ihrer Einheit zu begeben.

2. Das eidgenössische Militärdepartement, die kantonalen Militärbehörden, die Kommandanten der Elitä, Truppenführer und Einheiten, die Kommandanten der Schulen und Kurse, die Pflanzmannschaften, die Pflanzbestellungsstellen und die Materialschaffungskommissionen führen die Mobilmachung gemäß den Bestimmungen der Kriegsmobilmachungsverordnung 1938 und den besonderen Weisungen der Generalstabesabteilung durch.

3. Die überörtlichen dienstlichen Pferde und Maultiere sind ihren Besitzern zurückzugeben; sie bleiben auf Pflicht gestellt.

III. Kriegsbetrieb der Transporteinheiten:

Der Kriegsbetrieb der Eisenbahnen und anderen öffentlichen Transporteinheiten beginnt mit dem ersten Mobilmachungstag 00.01 Uhr.

IV. Pflichtenstellung:

Es sind auf Pflicht gestellt:

- alle nicht bereits aufgetretenen Dienstpflichtigen;
- alle nicht von der Armee in Dienst genommene Pferde, Maultiere, Viehställe und Reisewagen;
- alle nicht von der Armee in Dienst genommene Fuhrwerke, Karren, Motorfahrzeuge aller Art und Luftfahrzeuge.

V. Verkehr von Bekleidung und Ausrüstung:

Die Bekleidung und Ausrüstung von Pferden, Maultieren, Viehställen, Kriegswagen, Motorfahr-

zeugen und Luftfahrzeugen ohne Erlaubnis der eidgenössischen Militärbehörden ist bis auf weiteres verboten.

Der diesem Verbot am Ende des Jahres durch das Bundesparlament mit Geldbuße von 100 bis 10 000 Fr. sowie Gefängnis bis zu sechs Monaten verbunden werden kann, bestraft.

Die Sitzung des Bundesrates

Bern, 1. Sept. * Der Bundesrat tagte heute vormittag von 10 bis 12 Uhr. Um 10 Uhr 30 begeh sich General Guisan in die Sitzung. Bald nachdem er diese verlassen hatte, überbrachte ein Generalstabsoffizier der schweizerischen Telegraphenagentur den Bericht des in Bern vom Bundesrat gelassenen Beschlusses der Generalstabesabteilung der schweizerischen Armee.

Ernennungen

Zum Generaladjutanten hat der General Oberst Roger Dullius ernannt. Der Bundesrat beauftragte Oberst Dullius zum Oberstdivisionär.

Der Krieg Deutschlands gegen Polen

Der Entscheidungstag in Berlin

Berlin, 1. Sept. (Tel. unterm O-Rote.) Berlin hat einen ganz alltäglichen und ruhigen Morgen erlebt, weil von hundert Einwohnern kaum mehr als einer beim ersten Ausgange wusste, dass das Land sich im Kriegszustand befindet. Im Frühstücksaal kam die Nachricht, dass es sich um einen Kriegszustand handelt, von acht Uhr an riefen die Kolonnen der S.S. und S.A. unter den Linden und in der Wilhelmstraße an, um das Spalier zu bilden, das sich der Reichsregierung übernahm bis zur Rückkehr, dem Tagungsabend des Reichstages erstreckte. Der Stoppang unter den Linden schien beinahe verdrängt, weil die Fahrzeuge nicht zirkulieren dürfen und Fußgänger nur spärlich zu sehen waren. Vielleicht deshalb, weil die Nachricht von der Entscheidung des Reichstages noch kaum bekannt war, sammelte sich auf dem Einheitsweg des Reichstages in der Gegend des Brandenburger Tor nur eine dünne Reihe von Zuschauern. Einige Reichstagsangehörige waren zu hören, als Götter in letzter großer Anspannung, die er zum erstenmal seit 1933 trägt, in einem Automobil vorbeifuhr. Mehrere mit Generalen, Adjutanten und andern Offizieren gefüllte Wagen folgten. In großer Höhe kreiste unterdessen eine Flugzeugflotte.

Die Sitzung des Reichstages

Die Versammlung in der Krolloper bot das gewohnte Bild, nur dass diesmal verschiedene Säulen in den Reihen der Abgeordneten klappten. Götter wurde hier von seinen Verehrern mit einer braunen Deution empfangen, die sich im Laufe seiner Rede mehrmals wiederholte. Um der Ordnung hinter den Ministerbänken hatten sich u. a. die Generale Keitel, Braunschild, Meißner und Großadmiral Raeder gegenübergestellt. In der Sitzungsaule waren die deutsche und die französische Botschaft überhaupt nicht vertreten; der italienische und der japanische Botschafter wohnten der Sitzung bei.

Die Rede Götters

Aus der Reichstagsrede Götters sind die folgenden Punkte von entscheidender Bedeutung hervorzuheben:

- Das Bestreben nach der Befestigung des deutsch-polnischen Krieges. Götter forderte Frankreich und England zu einem Desinteressenentzug an dem in Osteuropa erkrankten Kampf auf. Im gleichen Zusammenhang leitete er mit der Bitte um deutsch-polnischen Krieg neutral bleibe. Der Entschluss Deutschlands zur Befestigung der territorialen neutralen Staaten wurde in der Rede nochmals feierlich bekräftigt.
- Die Freundschaft und Zusammenarbeit mit Russland wird zu einem Schicksal der deutschen Kampfpolitik gemacht.
- Die Frage des inneren Regimes in Polen ist vom deutschen Staatsoberhaupt schon wenige Stunden nach Kriegsausbruch gestellt worden. Die heutige Warschauer Regierung wird als Vertreter für einen Friedensschluss unter den von Deutschland festgesetzten Bedingungen angenommen. Im Weigerungsfalle droht Deutschland mit der Schaffung einer anderen

Zum Militäreisenbahndirektor wurde Major Pachoud, Generaldirektor der Bundesbahnen, ernannt, unter Beldeberung zum Obersten. Direktor der Betriebsgruppe I der Bundesbahnen ist Oberst Ehrenreich. Direktor des Betriebes der schweizerischen Bundesbahnen, Betriebsgruppenleiter des Kreises II Oberstleutnant Ruchini (Beldeberung zum Obersten), Betriebsgruppenleiter des Kreises III Oberst Bärlocher.

Die schweizerische Neutralitätserklärung

Rom, 1. Sept. (Tel. unterm O-Rote.) Minister Dr. Ruggieri ist am Freitag um 11 Uhr von Unterstaatssekretär Pasternani an Stelle des im legenden Ministerium nicht abkömmlichen Ministers Giannone empfangen worden, um die Erklärung des Bundesrates zur schweizerischen Neutralität überbracht hat, die seinen Bezug erheben durfte. Im Namen der italienischen Regierung verdankte der Unterstaatssekretär unserem Gesandten die menschliche Erklärung und erklärte feierlich, dass von Rom aus alle Maßnahmen ergriffen würden, um den Transitverkehr und die Verpflegung der Schweiz, wo und wie immer es sei, zu erleichtern.

Der Krieg Deutschlands gegen Polen

Der Entscheidungstag in Berlin

Berlin, 1. Sept. (Tel. unterm O-Rote.) Berlin hat einen ganz alltäglichen und ruhigen Morgen erlebt, weil von hundert Einwohnern kaum mehr als einer beim ersten Ausgange wusste, dass das Land sich im Kriegszustand befindet. Im Frühstücksaal kam die Nachricht, dass es sich um einen Kriegszustand handelt, von acht Uhr an riefen die Kolonnen der S.S. und S.A. unter den Linden und in der Wilhelmstraße an, um das Spalier zu bilden, das sich der Reichsregierung übernahm bis zur Rückkehr, dem Tagungsabend des Reichstages erstreckte. Der Stoppang unter den Linden schien beinahe verdrängt, weil die Fahrzeuge nicht zirkulieren dürfen und Fußgänger nur spärlich zu sehen waren. Vielleicht deshalb, weil die Nachricht von der Entscheidung des Reichstages noch kaum bekannt war, sammelte sich auf dem Einheitsweg des Reichstages in der Gegend des Brandenburger Tor nur eine dünne Reihe von Zuschauern. Einige Reichstagsangehörige waren zu hören, als Götter in letzter großer Anspannung, die er zum erstenmal seit 1933 trägt, in einem Automobil vorbeifuhr. Mehrere mit Generalen, Adjutanten und andern Offizieren gefüllte Wagen folgten. In großer Höhe kreiste unterdessen eine Flugzeugflotte.

Die Rede Götters

Aus der Reichstagsrede Götters sind die folgenden Punkte von entscheidender Bedeutung hervorzuheben:

- Das Bestreben nach der Befestigung des deutsch-polnischen Krieges. Götter forderte Frankreich und England zu einem Desinteressenentzug an dem in Osteuropa erkrankten Kampf auf. Im gleichen Zusammenhang leitete er mit der Bitte um deutsch-polnischen Krieg neutral bleibe. Der Entschluss Deutschlands zur Befestigung der territorialen neutralen Staaten wurde in der Rede nochmals feierlich bekräftigt.
- Die Freundschaft und Zusammenarbeit mit Russland wird zu einem Schicksal der deutschen Kampfpolitik gemacht.
- Die Frage des inneren Regimes in Polen ist vom deutschen Staatsoberhaupt schon wenige Stunden nach Kriegsausbruch gestellt worden. Die heutige Warschauer Regierung wird als Vertreter für einen Friedensschluss unter den von Deutschland festgesetzten Bedingungen angenommen. Im Weigerungsfalle droht Deutschland mit der Schaffung einer anderen

Die Sitzung des Reichstages

Die Versammlung in der Krolloper bot das gewohnte Bild, nur dass diesmal verschiedene Säulen in den Reihen der Abgeordneten klappten. Götter wurde hier von seinen Verehrern mit einer braunen Deution empfangen, die sich im Laufe seiner Rede mehrmals wiederholte. Um der Ordnung hinter den Ministerbänken hatten sich u. a. die Generale Keitel, Braunschild, Meißner und Großadmiral Raeder gegenübergestellt. In der Sitzungsaule waren die deutsche und die französische Botschaft überhaupt nicht vertreten; der italienische und der japanische Botschafter wohnten der Sitzung bei.

Die Rede Götters

Aus der Reichstagsrede Götters sind die folgenden Punkte von entscheidender Bedeutung hervorzuheben:

- Das Bestreben nach der Befestigung des deutsch-polnischen Krieges. Götter forderte Frankreich und England zu einem Desinteressenentzug an dem in Osteuropa erkrankten Kampf auf. Im gleichen Zusammenhang leitete er mit der Bitte um deutsch-polnischen Krieg neutral bleibe. Der Entschluss Deutschlands zur Befestigung der territorialen neutralen Staaten wurde in der Rede nochmals feierlich bekräftigt.
- Die Freundschaft und Zusammenarbeit mit Russland wird zu einem Schicksal der deutschen Kampfpolitik gemacht.
- Die Frage des inneren Regimes in Polen ist vom deutschen Staatsoberhaupt schon wenige Stunden nach Kriegsausbruch gestellt worden. Die heutige Warschauer Regierung wird als Vertreter für einen Friedensschluss unter den von Deutschland festgesetzten Bedingungen angenommen. Im Weigerungsfalle droht Deutschland mit der Schaffung einer anderen

„N. S. S.“

Infolge der Mobilmachung der schweizerischen Armee wird ein grosser Teil unseres Personals in allen Abteilungen des Blattes und der Druckerei heute und morgen zum Abtritt einrücken. In gewissen technischen Abteilungen wird sich dadurch der Personalbestand um etwa die Hälfte und mehr reduzieren. Die Herausgabe des Blattes unterliegt unter diesen Umständen um so grösseren Schwierigkeiten und Schwierigkeiten, als gleichzeitig die Erschwerung der Berichtserstattung über die Vorgänge im Auslande durch Jensen usw. hinzutreten wird. Es wird unser Bestreben sein, die Ausgabe der sorgfältigen und raschen Information der Öffentlichkeit über die Ereignisse im In- und Ausland auf unterungünstigen Bedingungen so gut als möglich zu erfüllen; wir bitten aber unsere Abonnenten und alle übrigen Leser im voraus um Nachsicht und Geduld, wenn die bisherige regelmäßige Herausgabe und Versendung des Blattes gewisse unermessliche Störungen erfahren sollte.

Die Geschäftserklärung

der „Neuen Zürcher Zeitung“

Alle Detonationen erfolgten ausserhalb des Stadtbereichs. Etwas später, als man bereits das Geräusch der schweren Flugzeuge deutlich vernahm, erfolgte eine kurzweilige Explosion in der Nähe des Hauptbahnhofes.

Diese Leute liegen jetzt ruhig unter den Masten und halten Ausschau nach dem Himmel, obwohl die nieder hängenden Wolken die Sicht beschränken. Die Strassen leerer sind fast völlig verlassen. Nur hin und her sieht man ein Auto irgendeiner Besondere. Allmählich löst der Rausch der Sirenen nach. Der Regen fällt nach wie vor. Eine Ambulanz rast über den Platz, sonst ist der Verkehr völlig eingestillt. Kammerwagen und Anbusse liegen verlassen da. Über den Wolken hört man jetzt noch leise Summen der polnischen Kampffluger. Um 9 Uhr 40 ertönte das Schlußsignal der Sirenen. Zahllose Menschen tauchten aus Kellern und Aufzügen wieder auf. Die Straße besteht sich im Augenblick, das tägliche Leben beginnt wieder.

Warschau, 1. Sept. ag

Es wird gemeldet, dass deutsche Flugzeuge bei polnischen Flughäfen von Katowitz beschossen und drei Bomben auf Gdingen abgeworfen haben, die ins Meer fielen. Auch Krakau wurde beschossen. Der Umfang des Schadens ist noch nicht bekannt. Im Warschau hat man den Eindruck, dass die Luftangriffe verhältnismässig leichter Art und vielleicht in erster Linie darauf berechnet waren, einen Eindruck auf die polnische Bevölkerung zu machen.

Der Anschluss Danzigs

Telegramm Forsters an Hitler

Danzig, 1. Sept. ag (DAB) Grafier Forster hat dem deutschen Reichskanzler folgendes Telegramm geschickt:

„Ich habe jeden folgenden Staatsgremiums geschick, die Wiedervereinigung Danzigs mit dem Deutschen Reich betreffend, unterzeichnet und damit in Kraft gesetzt.“

Staatsgremiums der freien Stadt Danzig. Zur Behebung der dringenden Not von Volk und Staat erlasse ich folgendes Staatsgremiums:

Art. 1. Die Verfassung der freien Stadt Danzig ist mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Art. 2. Alle Geschäfte und rechtliche Geschäfte sind ausschließlich vom Staatsoberhaupt ausgeführt. Art. 3. Die freie Stadt Danzig bildet mit sofortiger Wirkung mit ihrem Gebiet und ihrem Personal einen Bestandteil des Deutschen Reiches. Art. 4. Bis zur endgültigen Bestimmung über die Eingliederung des deutschen Reichsrechts bleiben die gesamten Geschäftebestimmungen aus der Verfassung, wie sie im Augenblick des Stichtages dieses Staatsgremiums gelten, in Kraft. — Danzig, 1. September 1939, Graf Forster, Grafier.

Ich bitte Sie im Namen Danzigs und seiner Bevölkerung diesen Staatsgremiums Ihre Zustimmung zu geben und bitten gleichzeitig die Bundesregierung in das Deutsche Reich zu bezeugen.“

Proklamation

an die Bevölkerung Danzigs

Grafier Forster hat an die Bevölkerung von Danzig folgende Proklamation erlassen:

„Männer und Frauen von Danzig! Die Stunde, die seit 99 Jahren ersehnt hat, ist nun angebrochen. Danzig ist mit dem heutigen Tage heim-

Come tutte Schweizerische Armee Esercito svizzero
KRIEGSMOBILMACHUNG
 AUFGEBOT DER GRENZTRUPPEN
MOBILISATION DE GUERRE MOBILITAZIONE DI GUERRA
DEL 1964 PER LE TRUPPE FRONTIERE

1. Die Grenztruppen werden hiermit aufgeboten.
 a) Alle Wehrfähigen der im Mobilisationsgesetz erwähnten Grenztruppen sind zu dem im Mobilisationsgesetz angegebenen Dienst einzurücken.
 b) Die Organisation der im Mobilisationsgesetz erwähnten Grenztruppen ist im Mobilisationsgesetz festgelegt.
 c) Die Organisation der im Mobilisationsgesetz erwähnten Grenztruppen ist im Mobilisationsgesetz festgelegt.
 d) Die Organisation der im Mobilisationsgesetz erwähnten Grenztruppen ist im Mobilisationsgesetz festgelegt.

2. Es sind ferner ebenfalls aufgeboten und haben sofort einzurücken:
 a) Die Territorialkommandos 1-12, die Mobilisationskommandos, das Personal des Mobilisationsdienstes.
 b) Die Organe des Flieger-Reservekorps und Mobilisationsdienst.
 c) Die Organe des Schweizerischen Militärdepartements.
 d) Die Dienststellen des eidgenössischen Militärdepartements.

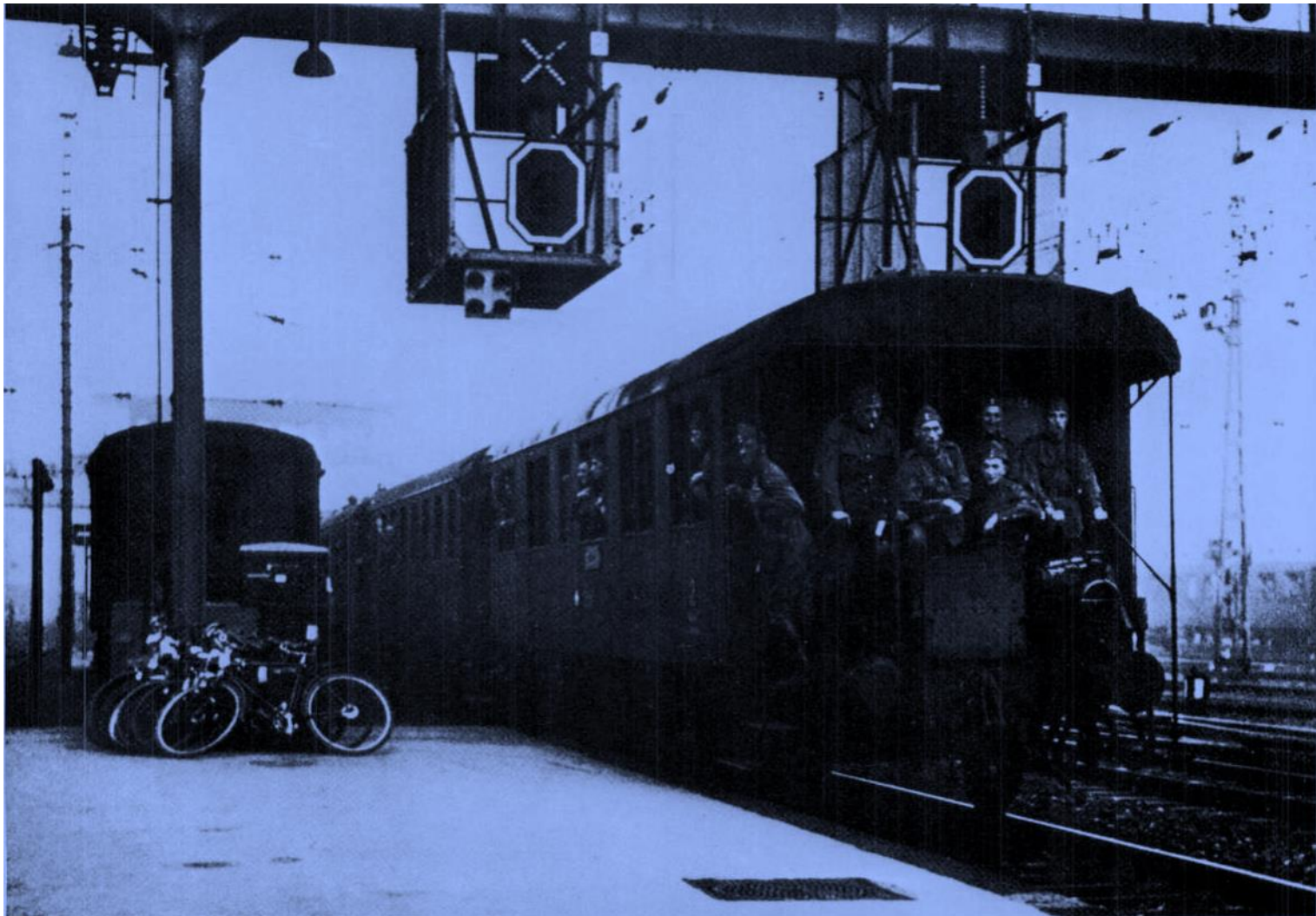
1. Les troupes frontières sont mises aux prises.
 a) Tous les militaires mentionnés dans le service aux prises de la loi fédérale de mobilisation sont immédiatement en service aux postes prévus par la loi de mobilisation.
 b) L'organisation des troupes frontières est déterminée par la loi de mobilisation.
 c) L'organisation des troupes frontières est déterminée par la loi de mobilisation.
 d) L'organisation des troupes frontières est déterminée par la loi de mobilisation.

2. Sont également mis aux prises et entrent au service immédiatement:
 a) Les unités militaires territoriales 1-12, les formations de mobilisation, le personnel du service des mobilisations.
 b) Les organes de réserve et de complément d'effectif.
 c) Les organes de la défense militaire suisse.
 d) Les établissements de réserve.

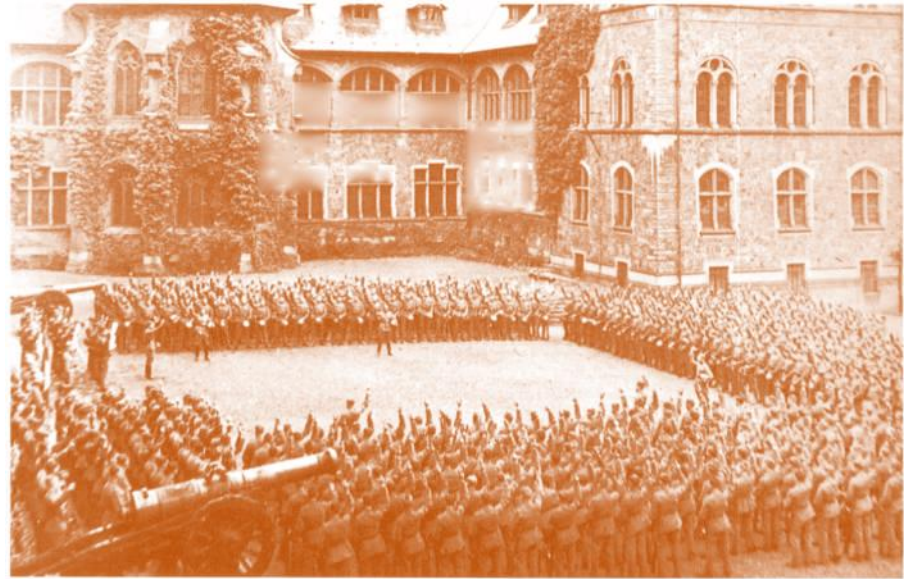
1. Le truppe di frontiera sono chiamate alle armi.
 a) Tutti i militari di servizio di riserva di guerra di cui è menzionata nella legge federale, devono entrare immediatamente in servizio presso le località indicate in detta legge.
 b) L'organizzazione delle truppe di frontiera è determinata dalla legge federale di mobilitazione.
 c) L'organizzazione delle truppe di frontiera è determinata dalla legge federale di mobilitazione.
 d) L'organizzazione delle truppe di frontiera è determinata dalla legge federale di mobilitazione.

2. Sono parimenti chiamate alle armi e entrano in servizio immediatamente:
 a) Gli enti maggiori territoriali 1-12, i commandi delle mobilitazioni, il personale del servizio delle mobilitazioni.
 b) Gli organi del servizio d'arricchimento e di supplemento effettivo.
 c) Gli organi della protezione militare.
 d) I dicasteri di riserva.

Eidgenössisches Militärdepartement Dipartimento militare federale.



Am 1. September beschliesst der Bundesrat die Generalmobilmachung der Armee. Am Tage darauf rücken die wehrpflichtigen Männer ein. Kriegsmobilmachungsplakate werden an Hausmauern angeschlagen und eifrig studiert. Die Truppe wird vereidigt. In Zürich gibt es eine besonders feierliche Vereidigung im Hof des Landesmuseums.



Am 30. August 1939 trat die Bundesversammlung zu einer ausserordentlichen Sitzung zusammen. Noch war der Krieg nicht ausgebrochen. Aber die internationale Spannung war nach dem Abschluss des Hitler-Stalin-Paktes vom 23. August unerträglich geworden. Nur noch wenige wagten zu hoffen, es werde wieder wie ein Jahr zuvor in letzter Minute zu einem Arrangement kommen. Die Schweiz wollte für alle Eventualitäten vorbereitet sein. Bereits am 28. August war der Grenzschutz aufgeboten und ein Tag später der Aktivdienstzustand erklärt worden. Nun wählte die Bundesversammlung am 30. August auch den General. Die beiden Räte bestimmten den Waadtländer Korpskommandanten Henri Guisan zum Oberbefehlshaber.

Am gleichen Tag wurde der Bundesrat vom Parlament zur Abgabe der Neutralitätserklärung ermächtigt. Die Landesregierung erhielt ausserordentliche Vollmachten, um Massnahmen zur Landesverteidigung und zur Sicherung der Versorgung anzuordnen. Diese weitreichenden Kompetenzen ermöglichten es dem Bundesrat, in der Kriegszeit rasche Entschlüsse zu fassen, ohne den langwierigen Weg parlamentarischer Beratungen vorzuschalten. Als beratende Gremien standen der Exekutive die beiden Vollmachtenkommissionen von National- und Ständerat zur Seite. Sie waren während des Krieges wohl die wichtigsten parlamentarischen Kontrollorgane und hatten zentrale politische Funktionen.

Als am 1. September 1939 die deutschen Truppen in Polen einfielen und der Bundesrat die Mobilmachung der schweizerischen Armee anordnete, erhielt die Stadt Zürich über Nacht ein neues Gesicht. Feldgrau (oder besser: Feldgrün) prägte das Strassenleben. Die Bahnhöfe waren überfüllt von einrückenden Truppen, einige in alten, malerischen Uniformen. Auf öffentlichen Plätzen fanden Vereidigungen statt. Noch war die Rationierung nicht so weit vorbereitet, dass sofort mit der Abgabe von Marken und Zuteilungen be-

gonnen werden konnte. Der Bezug wichtiger Bedarfsgüter wie Mehl, Zucker, Reis, Speisefett usf. wurde vorsorglicher Weise vorläufig für zwei Monate gesperrt. Der Mangel an Personal machte sich überall bemerkbar. Die Verkehrsbetriebe setzten einen Kriegsfahrplan mit reduzierten Leistungen in Kraft. Die Schulen wurden vorläufig geschlossen. Pfadfinder halfen mit, die Milch auszutragen, die damals üblicherweise immer jeden Morgen frisch ins Haus geliefert wurde.

Überall war jedoch der Wunsch spürbar, so rasch als möglich zum Alltag zurückzukehren. Der Krieg sollte verdrängt, vielleicht sogar vergessen werden und das zivile Leben seinen gewöhnlichen Gang gehen. Schon am 5. September ging die Landi wieder auf; sie war nur dreieinhalb Tage geschlossen gewesen. In den nächsten zwei Monaten, in denen sie noch geöffnet war, erlebte sie einen Ansturm wie noch nie. Sie wurde zur Attraktion für Soldatenurlaube, eine willkommene Abwechslung im oft öden Trott des Militärdienstes. Am 15. Oktober, einem Sonntag, gab es den Rekordbesuch von über 160'000 Personen – die halbe Stadt Zürich war zu Gast bei der Landi. Kurz darauf erhielt sie auch den Besuch von General Guisan. Am 29. Oktober wurde sie termingemäss geschlossen mit einer Feier, die in einem pathetischen Zeremoniell mit Fahneneinholen zu nächtlicher Stunde wie ein Gottesdienst zelebriert wurde.

Aber auch in weniger festlichen Bereichen begann erneut der Alltag. Schon am 11. September mussten die Schüler wieder zur Schule. Rasch waren Frauen und Aushilfen in die Lücken gesprungen, welche die in den Militärdienst eingerückten Lehrer hinterlassen hatten. Mancherorts übernahmen ein Lehrer oder eine Lehrerin zwei Klassen. Der Wille, die Kinder nicht sich selbst zu überlassen, sondern sie zu beschäftigen, äusserte sich ebenso deutlich wie die Sorge um allzu grosse Ablenkungen durch das Kriegsgeschehen. An die Eltern erging die Mahnung: «Gestützt auf Wahrnehmungen der Schul-

Ein Pferd als Nothelfer des Autos im benzinknappen Winter 1939/40

pfleger und der Lehrerschaft werden die Eltern aufgefordert, im Interesse ihrer Kinder die Hausaufgaben zu kontrollieren und für deren gewissenhafte Ausführung besorgt zu sein. Auch sollten die Eltern nicht dulden, dass die schulpflichtige Jugend bis spät in die Nacht hinein am Radio zuhört. Die heutige

Zeit verlangt in der Schule konzentriertes Arbeiten und grosse Aufmerksamkeit im Unterricht.»

Am 8. Oktober kehrten die Bahnen zum Normalfahrplan zurück. Auch im Zürcher Rathaus gab es kaum einen Unterbruch. Kantonsrat wie Zürcher Gemeinderat nahmen ih-



re Sitzungen rasch wieder auf und behandelten Routinegeschäfte wie etwa die Rechnung für 1938. Das Damenkleidergeschäft Grieder führte die Herbstmode vor. Im Corsotheater verbreiteten die populären Kabarettisten Rudolf Bernhard und Alfred Rasser mit einem Dialektschwank namens «s Verlägeheitschind» Heiterkeit. Und in der Revue dominierte auf der gleichen Bühne später das heimlich-schmucke Feldgrau, das Sigfrid Steiner im «Traum-Schifflibach» auf die Bühne brachte, ein geschickt die Zeitstimmung aufgreifendes Stück, das das Publikum, wie ein Rezensent schrieb, «in jene Phantasiesphären entführt, wo es keinen knietiefen Kot und keine eiskalten Füsse gibt; deshalb braucht man auf schillernde Farben nicht zu verzichten». Schliesslich wusste die lokale Chronik mit Bedauern zu vermelden, dass Ende September die beliebte Konditorei Hegetschweiler im Helmhaus, deren Inhaber zugleich ein allseits geschätzter Schauspieler war, ihre Tore für immer schliesse – Helmhaus und Wasserkirche mussten renoviert werden.

Alltag also überall? Doch nicht ganz. Dass vieles anders geworden war und bald noch mehr ebenfalls anders werden würde, zeigte sich deutlich. Der Benzinpreis kletterte von 42 auf 50 Rappen pro Liter – aber das war unwichtig, denn viele Privatautos waren für militärische Zwecke beschlagnahmt, und bald würde es ohnehin keinen Treibstoff mehr geben; am 15. November wurde die definitive Rationierung des Benzins verfügt. Bedeutsamer war, dass den Bäckereien die Herstellung eines Einheitsbrottes vorgeschrieben wurde, ein erster Schritt in der Bewirtschaftung des wichtigsten Nahrungsmittels.

Inzwischen hatte auch die Kriegswirtschaft ihre Vorbereitungsarbeiten beendet und konnte die Ausgabe der Rationierungskarten vornehmen. Eine Zentralstelle unter der Leitung von Willy Spühler wurde eingerichtet, ein Netz von Ausgabefilialen überzog die ganze Stadt. Auf den 1. November wurde die zwei Monate zuvor verfügte Bezugs-



sperre aufgehoben. Pro Kopf der Bevölkerung gab es im Monat 3 Pfund Zucker, 250 Gramm Reis, 750 Gramm Teigwaren, 250 Gramm Hülsenfrüchte, 750 Gramm Hafer oder Gerste, 5 Pfund Mehl oder Griess, 750 Gramm Speisefett. Das war nicht überaus viel, aber es war zu ertragen. Alle andern Lebensmittel waren frei, auch Textilien und Schuhe unterlagen im ersten Kriegswinter noch nicht der Rationierung.

Nach zwei Monaten hatte sich eine Art Normalität im Abnormalen eingestellt. Der Verlauf der militärischen Ereignisse trug da-

Zum Arbeitsdienst aufgebotene Arbeitslose, sehr oft ausländische Flüchtlinge, besammeln sich im Kasernensaal.

Bei Kriegsbeginn mussten wegen Treibstoffmangels die Autos eingemottet werden.



zu bei, diese Tendenz zu stärken. Zwar führten die beiden grössten Nachbarstaaten der Schweiz, Deutschland und Frankreich, Krieg miteinander. Aber nach der Beendigung des Polenfeldzuges rührte sich an der Westfront nichts. Die Franzosen nannten das «drôle de guerre». Es war ein Scheinkrieg, aus dem es im Mai 1940 ein böses Erwachen gab.

Den ganzen Winter über lagen sich die feindlichen Heere in den Befestigungen des Westwalls und der Maginotlinie fast tatenlos gegenüber. Die «drôle de guerre» liess die Frage aufkommen, wie ernst es den beiden kriegführenden Parteien überhaupt sei. Gerüchte jagten sich über einen baldigen Frieden oder ein plötzliches Aufflammen der kriegerischen Handlungen. Von Amtes wegen gab es ernsthafte Warnungen vor Gerüchtemacherei. Die von der Armee eingerichtete Pressezensur wachte über die Zeitungen und Zeitschriften und war mit

Verwarnungen zur Hand, wenn sie die Neutralität tangiert oder die militärischen oder wirtschaftlichen Landesinteressen verletzt glaubte. Die Journalisten befreilichigten sich einer immer stärkeren Zurückhaltung. Die damals beliebten Textinserate, so etwa die «Zeitung in der Zeitung» des von Nationalrat Gottlieb Duttweiler geleiteten Lebensmittel-Grossverteilers Migros, erschienen oft mit Zensurlücken.

Um an den Ernst der Lage zu erinnern und die Wachsamkeit der Zivilbevölkerung nicht einschlafen zu lassen, ordnete die Armeeleitung Verdunkelungs- und Alarmübungen an. Noch war es nur eine ferne Fiktion, was da geprobt wurde, und die Übungen wurden nicht überall ernstgenommen. In der Nacht auf den 15. November hatte sich Zürich auf Befehl des Generals zusammen mit einer grossen Region der Ostschweiz völlig zu verdunkeln. Einige Wochen später,

Mitte Dezember, fand tagsüber eine Alarmübung statt, bei der beim Ertönen der Sirenen jedermann die Strasse zu räumen und sich in die nächsten Luftschutzkeller zu begeben hatte.

Beide Probealarme, die damals noch den Anflug des Neuen und Ungewöhnlichen hatten, stellten der Bevölkerung nicht das beste Zeugnis dafür aus, dass sie für die Gefahren eines Luftkrieges genügend vorbereitet war. In den Zeitungen erschienen spaltenlange Berichte von Beobachtungen der Reporter. Es gab Lob und Rügen. Einigermassen gut weg kam die Bevölkerung beim Luftschutzalarm, der an einem Freitagmorgen eine halbe Stunde dauerte. Die Leute hätten sich diszipliniert benommen. Alles sei im Eiltempo vom Schauplatz verschwunden, heisst es in einem Bericht. «Handkehrum war Zürich eine absolut stille Stadt, lärmlos, menschen-

los, verlassen. Wo bei Alarmbeginn die Tramwagen gerade fuhren, blieben sie stehen; die Passagiere sprangen heraus, der Bügel wurde gesenkt, die Türen geschlossen. Alle Autos standen still, ebenso die Pferdefuhrwerke und Fahrräder . . . Rolläden wurden heruntergelassen, Haus- und Ladentüren geschlossen . . . Nichts lief mehr in der Stadt, kein Fuss, kein Pneu, kein Huf. Zwei Flieger überschwebten sie, Kontrolleure mit Luftpolizeiäugen; andere Visiteure taten Strassendienst mit Motorrad und Gasmaske . . .»

Skeptischer beurteilt wurde die Verdunkelungsübung. Das Städtische Luftschutzinspektorat fand die Übungsergebnisse weniger befriedigend als bei früheren Tests. Gegenüber 1938 habe sich die Zahl der Beanstandungen mit 1'200 fast verdoppelt. Auch wenn es sich dabei meist nur um leichtere Nachlässigkeiten und verzeihliche Irrtümer

Durch eine zu Kriegsbeginn erlassene Verordnung des Bundesrates waren alle Schweizer arbeitsdienstpflchtig erklärt worden. Sie konnten zur Erstellung von Bauten von nationalem Interesse oder zur Hilfe in der Landwirtschaft aufgeboten werden. Die Arbeitsdienstpflcht erstreckte sich auch auf Ausländer. Aufgeboden zum Arbeitsdienst wurden meist arbeitslose Schweizer oder ausländische Flüchtlinge, Emigranten und Refraktäre. Die Auswahl war oft willkürlich, und in der Öffentlichkeit regte sich Protest.





Auf seiner Vermittlungsmision durch die europäischen Länder hielt sich der amerikanische Unterstaatssekretär Sumner Welles im März 1940 auch kurz in Zürich auf.

gehandelt habe, so seien doch insgesamt 70 Bussen verhängt worden. Jedenfalls wäre Zürich in jener Novembernacht nur ungenügend gegen einen feindlichen Angriff geschützt gewesen. Irgendwie nahm die Bevölkerung Zürichs den Luftkrieg, der bis dahin höchstens im fernen Polen und in Spanien seine mörderische Spur gezogen hatte, noch nicht tragisch. Das änderte sich auch später nur wenig, als die Verdunkelung zur Dauer-einrichtung und Alarme zur Alltäglichkeit wurden und sogar Bomben auf die Stadt fielen, die Todesopfer forderten. Für Zürich blieb der Luftkrieg – glücklicherweise – den ganzen Krieg über etwas Fernes und Unfassbares.

In die Düsternis dieses ersten Kriegswinters, der mit grauer Kälte auf der Stadt lagerte, kamen zu Weihnachten einige frohe Botschaften. Die Zufuhren nach der Schweiz hatten in den ersten Kriegsmonaten so weit gesichert werden können, dass genügend Nahrungsmittel da waren und die zentralen Lagerräume für neuen Nachschub freige-macht werden mussten. Der Bevölkerung wurde deshalb zur Anlegung weiterer Notvorräte eine beschränkte Menge rationierter Lebensmittel abgegeben, verteilt auf die nächsten zwei Monate.

Wichtiger war, dass auf den 20. Dezember 1939 vom Bundesrat die neue Lohn- und Verdienstaufstellungsordnung für Wehrmänner in Kraft gesetzt wurde. Es war mehr als ein Weihnachtsgeschenk; es war ein wichtiger Schritt zur Sicherung der Existenz der Wehrmänner und ihrer Familien, zugleich eine die ganze spätere Gesetzgebung beeinflussende Etappe auf dem Weg zum sozialen Wohlfahrtsstaat.

Gerade für eine grosse Stadt wie Zürich, wo sich politische und soziale Unzufriedenheit am ehesten regen konnte, war es bedeutsam, dass gleich zu Beginn des Krieges hier ein Netz gespannt wurde, das vor allem den ärmeren Bevölkerungsschichten Garantie für ihre materielle Sicherheit bot. Im September war es bei der Auszahlung der Wehrmänner-

unterstützungen zu unschönen Szenen gekommen. Schon in den ersten Stunden der Kriegsmobilmachung hatte ein Ansturm unterstützungsbegehrender Frauen beim Kreis-kommando eingesetzt. Noch war der ganze Verwaltungsapparat nicht aufgebaut, und die Leute, die Geld erwartet hatten, wurden damit abgespeist, dass ihnen Formulare ausgehändigt wurden, auf denen sie ihre Gesuche einreichen könnten. Das hatte zu lauten Protesten geführt. Nach einigen Wochen bekam man aber die Sache in den Griff.

Die Lohn- und Verdienstersatzordnung garantierte, dass solche Zwischenfälle nicht mehr vorkamen. Der Bundesratsbeschluss sah eine Entschädigung für jeden soldberechtigten Aktivdiensttag vor und bestand aus einer Zuwendung pro Haushalt und einer Zulage pro Kind. Die Auszahlung der Lohnausfallentschädigung sollte nicht durch ein Amt, sondern durch den einzelnen Arbeitgeber erfolgen. Die Entschädigung ging jedoch nicht allein zu dessen Lasten, sondern zur einen Hälfte zulasten der Gesamtheit aller Arbeitnehmer (auch Frauen und Ausländer), zur andern Hälfte zulasten des Bundes und der Kantone. Die Leistungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur Deckung der Kosten betragen je 2 Prozent der Lohnsummen. Die Ausführungsverordnung hielt ausdrücklich fest, dass sich der Ausdruck «Wehrmann» auch auf weibliche Personen beziehe, wenn es sich um den Dienst beim passiven Luftschutz, bei den Sanitätsformationen des Roten Kreuzes oder einer Gattung des Hilfsdienstes handle. Bereits im ersten halben Jahr der Lohnersatzordnung wurden in der ganzen Schweiz über 106 Millionen Franken Entschädigungen ausbezahlt; die Beiträge von Bund und Kantonen bezifferten sich in dieser Zeitspanne auf fast 58 Millionen Franken.

So endete das Jahr 1939 mit der Schaffung eines grossen sozialen Hilfswerkes, eine der bedeutsamsten und wichtigsten Leistungen zur Sicherung des inneren Friedens in den kommenden schweren Jahren.



Das Strassenbild Zürichs war seit Herbst 1939 stark militärisch geprägt. Es gab viele Defiles und Truppenaufmärsche mit klingendem Spiel und Fahnen. Am 20. Oktober wird General Guisan von der Zürcher Regierung empfangen und von Regierungspräsident Briner feierlich ins Rathaus geleitet.





Befestigungsbau in der Nähe Zürichs. Die erste Zeit des Aktivdienstes wurde dazu benützt, neue Verteidigungslinien anzulegen. Es war die Zeit der «drôle

de guerre», als sich die deutschen und französischen Truppen hinter Westwall und Maginotlinie abwartend gegenüberlagen.

Der grosse Schock von 1940

Die entscheidende Wende, die für die Haltung der Schweiz in den Kriegsjahren bestimmend werden sollte, brachte der Sommer 1940. Seit dem April war die deutsche Kriegsfurie losgelassen. Die Wehrmacht überfiel ein neutrales Land nach dem andern: zuerst Dänemark, dann Norwegen, einen Monat später Holland, Belgien und Luxemburg. Der anschliessende Zusammenbruch Frankreichs, in diesem Ausmass von niemandem erwartet, selbst von den Deutschen nicht, wirkte in der Schweiz als Schock. Ihre Neutralität beruhte auf dem Funktionieren des europäischen Gleichgewichts. Nun war dieses gestört von einem immer deutlicher auf Weltherrschaft abzielenden unberechenbaren und hemmungslosen Aggressor. Der fast gleichzeitig mit dem Zusammenbruch Frankreichs erfolgende Kriegseintritt des beutelüsternen faschistischen Italien an der Seite Deutschlands vollendete die Einschliessung der Schweiz. Nur noch ein schmaler Korridor von Genf durch das unbesetzte Frankreich verband die Schweiz mit der nicht von den Achsenmächten beherrschten Aussenwelt. Und auch dieses Schlupfloch wurde zwei Jahre später verschlossen. Die Schweiz befand sich in einer Situation, in der sie sich zuvor noch niemals befunden hatte. Sie war isoliert und auf sich selbst gestellt. Kein Mensch wusste, was die Zukunft bringen würde. Unsicherheit und Angst waren gross.

Nicht jeder zog die gleichen Schlüsse, wie der neuen, drohender gewordenen Gefahr zu begegnen sei. Aber alle zusammen waren in den ersten Wochen nach der Kapitulation Frankreichs zunehmend vorsichtiger geworden. «Wer nicht schweigen kann, schadet der Heimat» – die Parole an den Plakatwänden als Warnung vor feindlichen Spionen und Agenten gedacht, wurde zum Verhaltensmuster, dem sich alle mehr oder minder bewusst unterzogen. Es war die Mentalität, die das Land bis zum Kriegsende und noch lange darüber hinaus prägen sollte, eine Art Attentismus (wie damals auch in Frankreich, wo es 1940 noch kaum eine Résistance gegen den

übermächtigen Sieger gab). Nachgeborene mögen aus sicherem Port und in Kenntnis des Späteren das als Kleinmut bezeichnen. Die meisten Menschen unseres Landes, die sich nach dem Debakel Frankreichs mit der neuen Lage konfrontiert sahen, dachten wie alle Menschen überall zunächst und vor allem ans Überleben.

Das galt besonders auch für die Behörden, die die politische Verantwortung trugen. Ihre Aufgabe war es primär, das Land möglichst unversehrt durch die Katastrophe zu lenken, die ohne Zutun der Schweiz über Europa und die Welt hereingebrochen war. Die erste Sorge hatte der Sicherung der Lebensexistenz des Einzelnen und damit der Erhaltung des sozialen Friedens gegolten. Im April und Mai 1940 drohte nun plötzlich in einer Weise wie kaum je im Ersten Weltkrieg der Einbruch des Kriegsgeschehens unmittelbar in unser Land. Auch wenn wir heute wissen, dass diese Gefahr damals nur eine eingebildete war, für die Menschen des Jahres 1940 war sie eine Realität, und sie verhielten sich entsprechend.

Die zivilen Sorgen traten in den Hintergrund vor den militärischen. Im April erfolgte unter dem Eindruck der Invasion Skandinaviens der Erlass der Weisungen für ein Verhalten bei einer Kriegsmobilmachung bei Überfall. Nach dem Einmarsch der Deutschen in Holland und Belgien am 10. Mai wurde tags darauf die Armee, die während der «drôle de guerre» zu einem grossen Teil sukzessive wieder nach Hause entlassen worden war, zum zweitenmal voll mobilisiert. Die Szenenfolge war die gleiche wie im September 1939: Einschränkung des zivilen Lebens durch Kriegsfahrpläne der öffentlichen Verkehrsbetriebe, Einstellung des Schulunterrichts – die älteren Schüler hatten sich zur Hilfe bei Bauern im Landdienst zu melden –, Einschränkungen auch im Postverkehr, Aufrufe zum Haushalten und zu Besonnenheit, Warnung vor Hamsterkäufen usw.

Anders aber als acht Monate früher war der Krieg diesmal nicht mehr etwas, das sich

Bei der Wollishofer Werft legen Soldaten im Mai 1940 Stacheldrahtverhaue an.

weit im Osten Europas abspielte. Er konnte jeden Tag auch die Schweiz treffen. Die Nervosität stieg vor allem in einer Stadt wie Zürich. Sie lag, das wusste auch die Bevölkerung, in der Gefahrenzone. Zur Abwehr eines deutschen Einfalles war der Aufbau einer allgemeinen Verteidigungslinie längs der Limmat vorgesehen, das heisst quer durch die Stadt. Hätte Zürich verteidigt werden können? Tatsächlich beabsichtigte die

Armeeleitung nicht, Zürich zur «offenen Stadt» zu erklären. Es sollte Kampfzone werden. Während des Westfeldzuges wies der Zürcher Regierungsrat in einem Schreiben an die Landesregierung darauf hin, dass die Zürcher Behörden der Armeeleitung nicht zumuteten, sie müsse auf die Verteidigung Zürichs verzichten. Es seien jedoch ungenügende Schutzmassnahmen vorbereitet. Nur ein Bruchteil der Bevölkerung könnte



evakuiert werden. Die Stadtteile rechts der Limmat wären bei einem Einbezug in das Kampfgebiet von allen kommunalen Versorgungseinrichtungen abgeschnitten, sogar vom Wasser. Die Regierung verlangte vom Bundesrat einen klaren Entscheid darüber, entweder Zürich zur Festung zu erklären und dann im Interesse von Truppen und Zivilbevölkerung die notwendigen Evakuationsmassnahmen zu treffen oder aber die Evakuierung als unmöglich zu erklären und damit praktisch auf die Verteidigung der Stadt zu verzichten.

Es ist dem Bundesrat erspart geblieben, diesen schwerwiegenden Entscheid fällen zu müssen – glücklicherweise. Tatsächlich war in dieser Hinsicht im Mai 1940 die Konfusion vollkommen. Zwar war in den Monaten der «*drôle de guerre*» immer wieder, auch im Ausland, von Evakuierung der Zivilbevölkerung gesprochen worden. Im Januar 1940 hatten der Zürcher Regierungsrat und das Territorialkommando eine Evakuierungsverordnung erlassen, die davon ausging, dass im Kriegsfall die Zivilbevölkerung an ihren Wohnorten zu bleiben und nach Möglichkeit für die Aufrechterhaltung des normalen Betriebes zu sorgen habe. Eine freiwillige Abwanderung vor Ausbruch von Feindseligkeiten wurde jedoch ausdrücklich erwähnt, sie liege im Belieben des Einzelnen, geschehe auf eigene Verantwortung und sollte nach möglichst entfernter Landesteile erfolgen. Als zweckmässig empfohlen wurde der frühzeitige Abtransport von Kranken und andern marschunfähigen Personen. Eigentümer von Automobilen wurden darauf aufmerksam gemacht, dass ihre Wagen bei erhöhter Kriegsgefahr sofort militärisch beschlagnahmt würden... Da im Kriegsfall unter Umständen im letzten Moment für einzelne Gemeinden aus militärischen Gründen die Evakuierung der Zivilbevölkerung befohlen werden könne, hätten sich die Einwohner sowohl für das Verbleiben an ihrem Wohnsitz wie für die Evakuierung vorzubereiten. Noch am 19. April hatte der Bundesrat eine Ver-

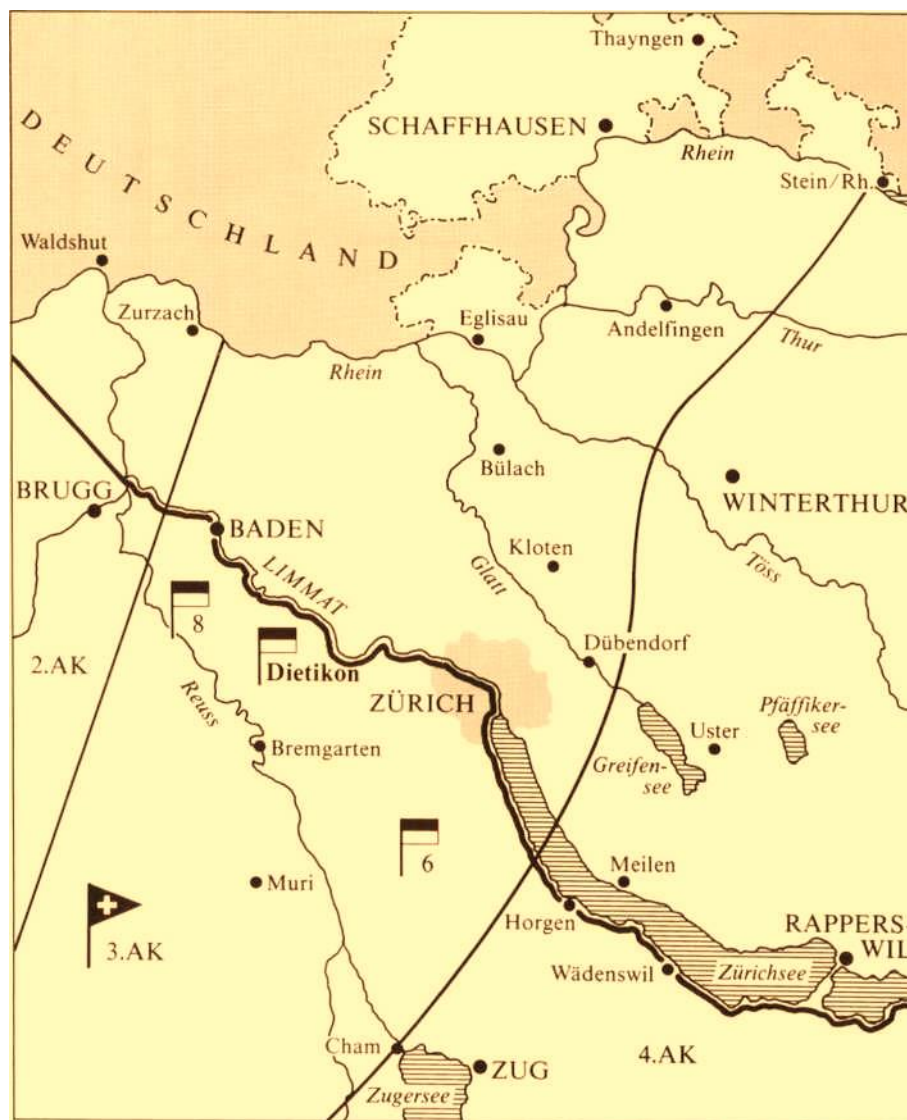
ordnung über die Evakuierung von Gütern erlassen.

Als dann die deutsche Militärmaschine über Holland und Belgien wegzurollen begann, flohen in diesen Ländern die Menschen vor der heranrückenden Heeressäule. Auch in den grösseren Städten der Nord- und der Ostschweiz machten sich im Mai die Menschen auf den Weg. Zur gleichen Zeit folgte ein Aufruf zur Bildung der Ortswehren, erging die Anweisung an alle Besitzer von Gewehren, ihre Waffen, sofern nicht benützt, «leihweise» der neuen Truppe zur Verfügung zu stellen. Es wurde eine *Levée en masse* vorbereitet, gleichzeitig aber folgten viele dem Prinzip des *Rette-sich-wer-Kann*, ohne dass behördlich Anweisungen zu einer Evakuierung ergangen wären. Viele waren ehrlich der Meinung, damit das einzig Richtige zu tun, und tatsächlich war weder von ziviler noch von militärischer Seite die private Evakuierung untersagt. Immer wieder war lediglich gesagt worden, sie solle rechtzeitig erfolgen und nicht in Kopflosigkeit ausarten.

Der Exodus des Mai 1940 und die Erfahrungen in den vom Krieg heimgesuchten westeuropäischen Ländern brachten aber rasch ein Umdenken. Am 30. Mai hatte der Armeestab in einer Verlautbarung den Entscheid zur Erteilung des Befehls der Evakuierung in mehr oder minder allgemeinen Formulierungen sich selber vorbehalten. Immerhin wurde deutlich gesagt, es sei je nach den Umständen «für die Bevölkerung vorteilhafter, an ihren Wohnorten zu bleiben, als die Gefahren der feindlichen Einwirkung unterwegs auf sich zu nehmen».

Am 12. Juni riet der Zürcher Stadtrat von der Evakuierung ab: «Die Erfahrung hat gezeigt, dass nach Beginn eines Krieges die Evakuierung der Bevölkerung grosser Städte nicht nur schwer durchführbar, sondern auch wegen der Beschiessung von Flüchtlingskolonnen mit grossen Verlusten verbunden ist und deshalb eher unterbleiben soll.» Im Kriegsfall sei ohnehin damit zu rechnen,

Das Dispositiv der Verteidigung in der ersten Phase des Krieges sah den Aufbau einer ersten grossen Verteidigungslinie längs der Limmat vor. Diese Stellung, die vom 3. Armeekorps (AK) gehalten wurde, lief mitten durch Zürich. Bei einem feindlichen Angriff hätte die Gefahr bestanden, dass die Stadt getrennt worden wäre. Die Zürcher Behörden wandten sich deshalb im Mai 1940, als der grosse deutsche Angriff Holland und Belgien überrollte, an die Bundesbehörden, um sich zu erkundigen, ob die Stadt verteidigt oder evakuiert werden sollte. Die Unklarheit der Situation veranlasste viele Bewohner, die Stadt zu verlassen.



heisst es weiter, «dass Angriffe auf unsere Stadt vorab aus der Luft erfolgen, ohne dass vorher in nennenswertem Umfang Evakuierungen erfolgt wären». Der Stadtrat erliess deshalb den Aufruf, den Bau von geeigneten Schutzräumen in Kellern voranzutreiben. «Die Schaffung von Luftschutzräumen ist. . . so wichtig und dringlich, dass das ursprünglich vorgesehene etappenweise

Vorgehen nicht genügt. . . Der Stadtrat nimmt daher in Aussicht, in allernächster Zeit das Obligatorium für die ganze Stadt vorzuschreiben.» Bund, Kanton und Stadt würden an solche Vorkehren Beiträge von zusammen 40 Prozent leisten.

Am 21. Juni schliesslich kam die eindeutige Weisung des Generals an die Zivilbevölkerung, unbedingt am Wohnort zu blei-

ben, wenn sie keinen Befehl zum Weggehen erhalten habe. Angesichts der in anderen Ländern gemachten Erfahrungen könnten die Evakuationen der Bevölkerung grösstenteils nicht durchgeführt werden, wie sie ursprünglich vorgesehen waren. Die bisherigen Massnahmen würden deshalb aufgehoben. Als diese Anordnung erging, war der Krieg in Frankreich praktisch beendet. Sechs turbulente Wochen waren seit dem schicksalhaften 10. Mai vergangen. Sie hatten nicht nur das Bild der Welt (scheinbar) verändert. An ihrem Anfang hatten Angst, aber auch trotzige Entschlossenheit gestanden, einem Angreifer – es konnte ja nur einer in Frage kommen – entgegenzutreten. Die Schweiz baute dabei auf die Unterstützung der Westmächte. Frankreichs Armee war noch immer verklärt vom Ruhm des Sieges von 1918 und galt als eine der besten der Welt. Die militärischen Vorbereitungen liefen auf Hochtouren. Wer nur ein Gewehr tragen konnte, sollte in Einsatz kommen. Der Luftschutz wurde bewaffnet. Die am 14. Mai verfügte Bildung von Ortswehren erging an ausgediente Wehrmänner, Jungschützen zwischen 16 und 20 Jahren, vorzeitig Ausgemusterte. In Zürich hatten sich Anwärter in den Kreisbüros zu melden (Schalterstunden 8-11 und 14-17 Uhr). Als Abzeichen wurde die eidgenössische Armbinde abgegeben (wie sie seinerzeit im Sonderbundskrieg getragen wurde), dazu, soweit als möglich, Policemütze und Kaputt. Zur Bewaffnung der Ortswehr dienten Gewehre, die ihre Besitzer «leihweise und ohne Entschädigung» abgaben, weil sie sie selber nicht benötigten. Sie konnten sie in Zürich am 5., 6. und 7. Juni von 13.30 bis 20.00 Uhr im Eidgenössischen Zeughaus an der Kanonengasse abliefern. Die Ortswehr war vor allem als Abwehr gegen feindliche Fallschirmtruppen gedacht, die, wie in Holland, hinter der Front landeten, aber auch gegen Saboteure. Am 25. Mai erliess der Bundesrat eine Weisung an die Zivilbevölkerung, wie sie sich zu verhalten habe, wenn sie solche subversiven Elemente

entdecke: aufmerksame Beobachtung, Verfolgung, Meldung. Und vor allem: Ruhe und Kaltblütigkeit bewahren.

Überall wurden feindliche Agenten vermutet, sah man die Fünfte Kolonne am Werk – ein Ausdruck, der aus dem Spanischen Bürgerkrieg stammte, als Francos Truppen in vier Kolonnen auf Madrid marschierten und der rebellische General sich damit brüstete, in der Hauptstadt arbeite für ihn eine weitere, eine Fünfte Kolonne. Beunruhigende Gerüchte gingen um. Schon Ende April hatte eine Welle von Verdächtigungen und Mutmassungen die Schweiz überflutet. Sie war offensichtlich zielbewusst gesteuert aus dem Dritten Reich, das eben seinen propagandistischen Nervenkrieg gegen die Neutralen mit einer wütenden Presseagitation in eine neue Phase der Aktivität hineinsteigerte. Es handelte sich um die Begleitmusik zum bereits erfolgten Überfall auf Norwegen und Dänemark und diente gleichzeitig der psychologischen Vorbereitung der deutschen Bevölkerung auf den bevorstehenden Angriff auf Holland und Belgien.

Dass die Schweiz auch miteinbezogen wurde, war zwar nur ein Ablenkungsmanöver, aber das konnte damals niemand wissen. Das Ziel der Gerüchtewelle war durchsichtig. Das Vertrauen in die Widerstandskraft des Landes sollte untergraben werden, indem Behörden und Armeeführung pauschal verdächtigt wurden, sie wollten das Land nicht bis zum Äussersten verteidigen. Die Polizei ging scharf gegen Gerüchteverbreiter vor und nahm zahlreiche Personen fest, auch in Zürich.

Andere Gerüchte, die später auftauchten und von Sabotageakten zu berichten wussten, beruhten zum Teil auf Wahrheit, da im Mai und Juni ja tatsächlich deutsche Saboteure in die Schweiz eingeschleust wurden und militärische Einrichtungen zu zerstören suchten, aber verhältnismässig bald unschädlich gemacht werden konnten. Davon stand in den Zeitungen allerdings damals kaum etwas zu lesen. Die Zensur wachte dar-

über, dass die Neutralität nicht verletzt und keine militärisch wichtigen Dinge (oder was man damals dafür hielt) ausgeplaudert wurden. Am 22. Mai wurden die «Neuen Zürcher Nachrichten», das Parteiorgan der Christlichsozialen, für zehn Tage verboten, weil sie über neue Kampfmethoden des Krieges berichtet hatten – Verletzung militärischer Geheimnisse. Und am 19. Juni traf der Bannstrahl die Tageszeitung «Die Tat», weil sie das Bild eines entwaffneten französischen Soldaten publizierte, der angeblich bei Genf über die Grenze gekommen und rasch wieder zurückgeschickt worden war – neutralitätswidrig, weil die auf Schweizer Gebiet übergetretenen fremden Soldaten nach Haager Konvention sofort interniert werden mussten . . .

Die eigene Stärke sollte in diesen Tagen eindrücklich demonstriert werden. Zwischen dem 21. und dem 23. Mai fanden im Raum Zürich, am unteren Seebecken und längs der Limmat, nächtliche militärische Übungen statt, bei denen blind geschossen wurde. Viele Quartiere der Stadt waren in diesen Nächten verdunkelt. Am 3. Juni, als die Einkreisungsschlacht in Flandern zu Ende ging und die Deutsche Armee sich anschickte, nach Süden ins Herz Frankreichs einzubrechen, erliess General Guisan seinen berühmten Tagesbefehl: «Die Parole ist einfach: Durchhalten!» Noch hielt die Spannung an, und die Nervosität schien sich erneut zu steigern. Die Grenzverletzungen durch deutsche Flugzeuge häuften sich; über dem Jura kam es zu Luftkämpfen. Anfang Juni hatte in Zürich ein Sturm auf die Verkaufsstellen von Luftschutzmaterial und Gasmasken eingesetzt, eine neue Form der Hamsterei im Zeichen des modernen Krieges. Und am 5. Juni erliessen die kantonale Polizeidirektion und das Territorialkommando 6 einen Aufruf, es sei im Interesse der Landesverteidigung nötig, dass sämtliche vorhandenen Motorfahrzeuge sofort fahrbereit zur Verfügung stünden. «Im Kanton Zürich befinden sich einige tausend Fahrzeuge äusser Verkehr. Besitzer solcher

Fahrzeuge haben diese unverzüglich in fahrbereiten Stand zu setzen (Ladung der Batterie, Instandstellung der Pneus etc.)»

So erstaunlich es klingt, aber auch in dieser Atmosphäre der Hektik ging das normale Leben weiter. Zwar war für den 2. Mai, den Auffahrtstag, vom traditionellen Berggang auf den Üetliberg abgeraten worden, weil sich dort militärische Sperrzonen befanden, die nicht betreten werden dürften. Jedenfalls würden die Posten nach einmaligem erfolglosem Anrufen von der Waffe Gebrauch machen. In der Stadt selber aber bewegte sich zu Himmelfahrt wie seit Jahrzehnten der Umzug der Heilsarmee durch die Strassen, die dieses Mal nicht mehr auf ihr gewohntes Festzelt auf dem Alten Tonhalleplatz pilgerte (wie der Sechseläutenplatz damals noch hiess), sondern nach dem neuen Kongresshaus. Und am Tag zuvor hatte unter gewitterschwerer Bewölkung die Maiafeier der Sozialdemokraten ebenfalls in gewohnter Form stattgefunden. Allerdings war nur dieser eine Umzug gestattet, den Kommunisten waren für die Zeit vom 30. April bis zum 2. Mai alle Umzüge verboten worden. Die erste Kriegsmaifeier stand, wie die «NZZ» zu berichten wusste, «unter dem Zwiespalt zwischen internationaler Vergangenheit und einem immer stärker werdenden Nationalbewusstsein». Die Metallarbeiter an der Spitze des Zuges trugen eine Schweizer Fahne. Und auf dem Münsterhof sprach Nationalrat Robert Grimm, einst einer der Anführer des Landesstreiks von 1918, jetzt angesehenes Mitglied des Parlaments und bald Chef des wichtigen Kriegsammtes für Kraft und Wärme, das für die Energieversorgung des Landes zuständig war.

Wenige Tage später hatte sich mit der Entfesselung des Krieges im Westen die Szene verwandelt. Der deutsche Überfall auf Holland und Belgien erfolgte am Freitag vor Pfingsten. Über das Wochenende gab es keinen Ausflugsverkehr in den Bahnhöfen und an den Schifflandestegen. Militär prägte wieder das Bild der Stadt. Aber bereits am



Mittwoch darauf tagte im Rathaus wie immer und auch heute noch um 17 Uhr der Gemeinderat. Es war ein reines Routinegeschäft, die Bestellung des Büros mit dem Präsidenten und Vizepräsidenten des Stadtparlaments. Im Schauspielhaus, wo die Emigranten am meisten um ihr Schicksal zittern mussten, weil ein Übergreifen des Krieges auf unser Land ihre Existenz und ihr Leben am unmittelbarsten bedrohte, wurde weiter gespielt. Premiere folgte auf Premiere, am eindrucksvollsten war jene von Faust II. .. Und im Corso-Theater, jetzt auch ein Kino, lief der Schweizer Film «Gilberte de Courgenay» mit Anne-Marie Blanc in der Hauptrolle an. Er passte vorzüglich in den Geist der Zeit.

Grosses Aufsehen erregte in diesen Tagen ein anderes Programm des Corso, ein Konzert, dirigiert von Teddy Stauffer. «Eine Matinee in sweet and hot» – wie die Lokalpresse feststellte. Aber es war ein überwältigender Erfolg. «Waren wir einst berühmt für unseren Kuhreihen», hiess es in einer Rezension, «so werden wir bald berühmt sein für die meisterliche Jazzmusik, für die jene aberhundert Mädchen schwärmten, die das Corso-Theater bis auf den letzten Platz füllen halfen und die wir Teddy Stauffer zu verdanken haben, der Prominenz unter den schweizerischen Jazzdirigenten...» Allerdings hatte auch dieser Anlass dem Geist der Zeit Tribut zu leisten; es war eine Wohltätigkeitsveranstaltung zugunsten der «Schweizer Nationalspende» für die Soldaten, ihre Familien und das Schweizerische Rote Kreuz. Wenige Tage später trat Stauffer auch im Kursaal auf, während im Corso Willo Dollar gastierte, eine weitere Jazzgrösse. Auch die Sportveranstaltungen liefen weiter, lediglich die geplante Kriegsregatta auf dem Zürichsee musste wegen der im Militärdienst weilenden Teilnehmer ausfallen. Und am 16. Juni fand eine kantonale Volksabstimmung statt, in der alle Vorlagen, meist kriegsbedingte, mit grossen Mehrheiten gutgeheissen wurden, am deutlichsten ein Kredit von 3,5 Millionen Franken, der Bei-

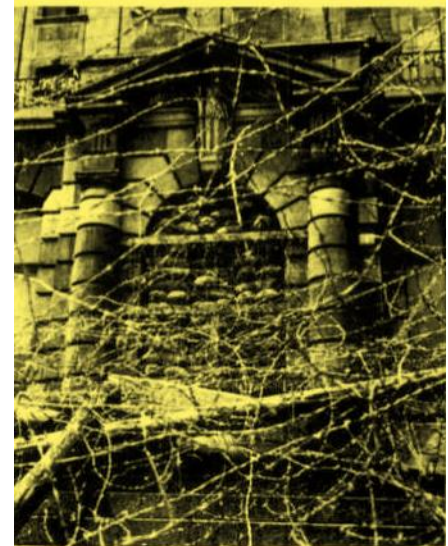
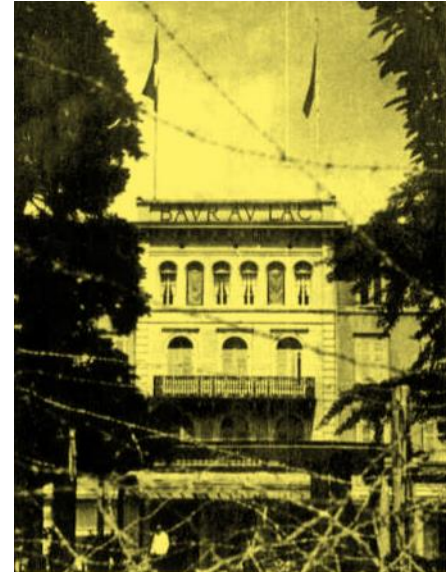
träge an zusätzliche Gemeindeleistungen für Wehrmänner vorsah: 63'750 Ja gegen 7'200 Nein.

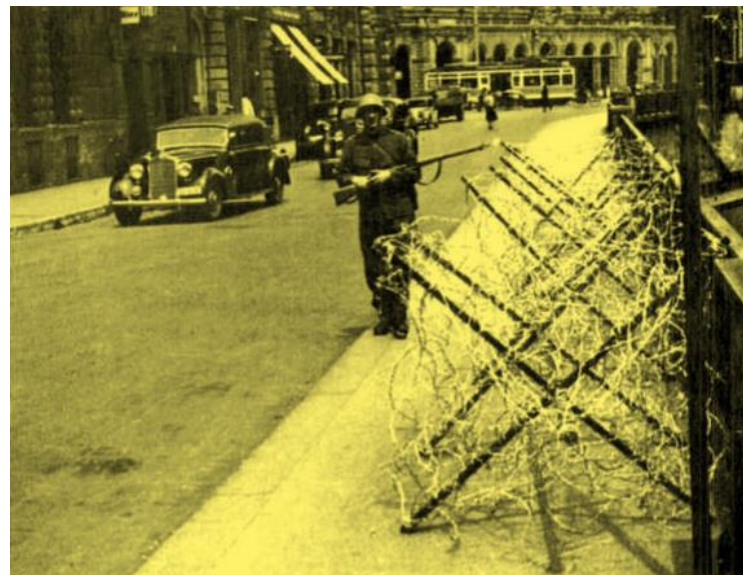
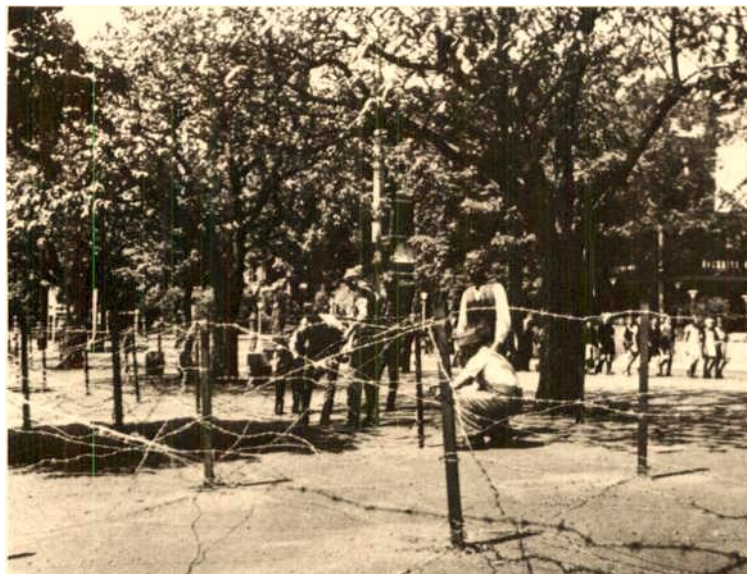
Zwei Tage vorher waren die deutschen Truppen in Paris einmarschiert. Auf dem Eiffelturm war die Hakenkreuzfahne aufgezogen worden, und kurz danach kostete Hitler im Wald von Compiègne, wo 1918 die Deutschen vor der siegreichen Entente kapituliert hatten, den Sieg über Frankreich aus. Er stand auf dem Höhepunkt seiner Erfolge, der ganze europäische Kontinent westlich der sowjetischen Grenzen war ihm botmässig. Die britische Armee war in Dünkirchen entscheidend geschlagen worden und hatte sich ohne Waffen und Material mit knapper Not auf die Insel hinübergerettet. England stand allein. Zwar war seit dem 10. Mai der unbeugsame Winston Churchill Premierminister. Aber hatte er nicht seinem Volk nur Blut, Schweiß und Tränen versprechen können? Würde er dem Druck der vielen Appeaser aus den Zeiten Chamberlains standhalten? Ein Arrangement mit Hitler hätten die Briten, wenn sie es wirklich wollten, damals wohl leicht erreichen können, sofern sie bereit gewesen wären, dem Sieger seine Eroberungen zu lassen. Auch für die im Innern des nazistisch gewordenen Europa eingeschlossene Schweiz war die Haltung Englands, das die Sache der Demokratie gegen den Totalitarismus verfocht, eine Existenzfrage. Von der Beurteilung des Willens und der Fähigkeiten Grossbritanniens zum Widerstand hingen nach der grossen Erschütterung, die die Niederlage Frankreichs ausgelöst hatte, die Entscheide ab, die in der Schweizer Politik im Sommer und Herbst 1940 gefällt wurden.





Zürich hinter Stacheldraht. Im Mai 1940 wurde stündlich mit einem Angriff der deutschen Wehrmacht gerechnet.





Zumindest äusserlich schien Zürich für eine Verteidigung gerüstet. Die im Winter 1939/40 angelegten zahlreichen Verteidigungsstellungen wurden laufend inspiziert und verstärkt. Mit der Truppe wurden zahlreiche Manöverübungen durchgeführt. Optisch wirkte die Stadt in den Frühjahrswochen 1940

wie eine belagerte Festung. Der Wille zur Verteidigung war da, aber hätte das ausgereicht, die Übermacht der siegesgewissen deutschen Armeen aufzuhalten?

Die Feuerprobe blieb damals unserem Land und der Stadt Zürich glücklicherweise erspart.



Zwischen Krieg und faulem Frieden

In der Unsicherheit, die sich nach der Niederlage Frankreichs der Gemüter in der Schweiz bemächtigt hatte, zeichnen sich drei Bereiche ab. Die einen – recht wenige, die schon den Frontenfrühling getragen hatten – triumphierten im Bewusstsein, nun doch gegenüber der grossen Mehrheit des Volkes, die Hitler und sein Regime ablehnte, recht bekommen zu haben. Andere setzten nach dem ersten betäubenden Schlag der neuen Lage ein trotziges Dennoch entgegen. Solange England nicht aufgab, solange das Britische Reich mit seinen weltweiten Verbindungen, den unermesslichen Ressourcen seines Imperiums standhielt und auf die Rückendeckung durch die zwar isolationistisch gesinnten, aber vom entschlossenen Hitler-Gegner Franklin Roosevelt geführten Vereinigten Staaten von Amerika hoffen konnten, war noch nichts verloren. Und auch das Verhältnis zwischen Hitler und Stalin war trotz dem Pakt von 1939 ein labiles geblieben. Sollte sich der bisher auf Europa begrenzte Konflikt global ausweiten, standen für Hitler die Chancen schlecht.

Zwischen diesen beiden extremen Polen bewegte sich die grosse Mehrzahl der Bevölkerung. Die Polarisierung in «Anpassung oder Widerstand» für die damalige Zeit mag eine griffige und einprägsame Formel sein. Die Wirklichkeit war komplizierter. Nach der kurzen Blüte des Frontenfrühlings von 1933 hatten die rechtsextremen, sich am Beispiel Deutschlands orientierenden Gruppierungen in allen Wahlen deutliche Niederlagen erlitten. Bei Kriegsbeginn waren sie, übrigens auch die Kommunisten, aus den Parlamenten entweder ganz verschwunden oder auf unbedeutende Marginalpositionen zurückgedrängt worden. Durch den Sieg Hitlers änderte sich die Grundstimmung in der Schweiz gewiss nicht. Aber die Erfolge des Dritten Reiches hinterliessen Eindruck. «Dem Mann gelingt einfach alles» – in die Ablehnung mischte sich ein gewisser Respekt. Das bot im Sommer 1940 Ansatzpunkte für deutschfreundliche Neigungen, die bis weit

in die Behörden und die wirtschaftlichen Kreise hineinreichten – letztere waren ohnehin an der Aufrechterhaltung ihrer Finanz- und Handelsbeziehungen interessiert und sahen sich damit nun stärker als je auf das Wohlwollen Deutschlands angewiesen. Auch die Arbeiterschaft blieb von Anfechtungen nicht verschont.

Die Schweiz befand sich in einer Zwangslage, in der jeder Einzelne anders reagierte. Dass an die in politischer Verantwortlichkeit Stehenden grössere Anforderungen gestellt wurden als an andere – und auch in der historischen Bewertung heute noch aus dem Rückblick gestellt werden müssen –, ist selbstverständlich. Es war deshalb verhängnisvoll, dass der damalige Bundespräsident, der Waadtländer Marcel Pilet-Golaz, in völliger Verkennung der Möglichkeiten Grossbritanniens schon am Tag, da der Waffenstillstand zwischen Deutschland und Frankreich in Kraft trat, eine Rede hielt, die zwar als Zeichen landesväterlicher Besorgtheit gedacht war, in ihren Formulierungen aber verheerendste defätistische Wirkung hatte. Und es war gut, dass ein anderer Waadtländer, der Armeeeoberbefehlshaber Henri Guisan, einen Monat später im Rütli-Rapport den Gegenakzent setzte. Die Verwirrung war aber zu diesem Zeitpunkt schon weit gediehen.

Am Samstag, dem 6. Juli, erfolgte eine Teildemobilmachung der Schweizer Armee. Der Bundesrat erliess einen Aufruf mit dem Dank an die Truppe und der Mitteilung, sie sei «auf Pikett entlassen». Die ganze Armee heimzuschicken, wie es von allzu eifrigen Anpassern und auch von einigen hohen Militärs gefordert wurde, wäre zum damaligen Zeitpunkt ein unverzeihlicher Fehler gewesen. Es hätte die Illusion, der Friede sei eingekehrt, noch weiter verstärkt.

Wie weit die Ungewissheit verbreitet war, ob der Krieg nun tatsächlich schon vorüber sei und man sich bereits auf eine Nachkriegszeit (vielleicht auch nur eine Zwischenkriegsperiode) mit allen ihren Unsicherheiten einzustellen habe, zeigte sich in der Sitzung

*Hitlers triumphaler Einzug in
Berlin nach dem Sieg über
Frankreich im Juli 1940*

des Zürcher Gemeinderates vom 3. Juli 1940, deren Hauptthema die Arbeitsbeschaffung nach der Demobilmachung war. Während des ganzen Krieges wurde befürchtet, dass ein Waffenstillstand wieder, wie zwei Jahrzehnte zuvor, mit dem Ende der kriegsbedingten Konjunktur und der Rückkehr der Armeeingehörigen in den Wirtschaftsprozess zu einer Krise und zu Arbeitslosigkeit führen könnte. Der sozialdemokratische Stadtpräsident Emil Klöti, gewiss ein aufrechter Demokrat, bei dem keine Spur von Zuneigung zu nationalsozialistischen oder

faschistischen Gedankengängen vermutet werden kann, erklärte vor dem Gemeindeparlament, das Thema Nachkriegs-Arbeitsbeschaffung scheine angesichts der internationalen Ereignisse «beinahe über Nacht zur Tatsache» geworden zu sein. Gleichzeitig verwies er auf die engen Grenzen, die einer Gemeinde, selbst einer von der Grösse Zürichs, im Hinblick auf die Finanzierung solcher Massnahmen gezogen seien. Dass Zürich mit diesen Sorgen in jenen Tagen nicht allein stand, zeigte auf Bundesebene die Einsetzung einer von Nationalrat Grimm



präsierten Eidgenössischen Arbeitsbeschaffungskommission durch das Volkswirtschaftsdepartement. Und noch am 22. September war Arbeitsbeschaffung ein wichtiges Thema einer von allen Zürcher Parteien gemeinsam einberufenen Volkskundgebung auf dem Münsterhof.

Es war ein Glück, dass der Schock der Niederlage Frankreichs gerade unmittelbar vor Beginn der Sommerpause erfolgte, in der in unserem Lande auch im Krieg das politische Leben eine gemächlichere Gangart einschlug. So gab es genügend Zeit, die neue Lage zu überdenken. Die Stille wurde überbrückt durch eine Reihe demonstrativ patriotischer Anlässe. Da war zunächst das Gedenken an den 50. Todestag von Gottfried Keller, das eindrucksvoll zelebriert wurde, in den Schulen, in den Parlamenten und öffentlich mit einer Versammlung auf dem Münsterhof. Am letzten Julitag, am Vorabend der Bundesfeier, fand im Kino Rex an der Zürcher Bahnhofstrasse (gleichzeitig mit einer ähnlichen Veranstaltung in Bern, zu der zahlreiche Vertreter der obersten Behörden sich eingefunden hatten) die Erstaufführung des Landi-Films «Durch den Willen des Volkes» statt. Mit dem abendfüllenden Dokumentarstreifen sollte nochmals der faszinierende Geist der Ausstellung des Vorjahres beschworen werden; tatsächlich hielt der Film sich in Zürich drei Wochen auf dem Spielplan. Gleichzeitig mit dem Landi-Film kam die erste Schweizer Film-Wochenschau in die Kinos. Sie war vorerst nur 100 Meter lang und wurde als noch reichlich unzulänglich beklagt. Aber sie brachte erstmals ein – wenn auch noch schwaches – schweizerisches Gegengewicht zu der mit raffiniertem Gespür für Agitation und Propaganda gestalteten Deutschen Wochenschau, die den staunenden Zuschauern, untermalt mit Marschmusik, Fanfarenklängen und heulenden Stuka-Sirenen, die Perfektion und Unüberwindlichkeit der deutschen Kriegsmaschine einhämmern sollte.

Über die Schweiz brach nach der Niederlage Frankreichs fast ungehemmt die Flut

deutscher Propaganda herein. Eine neue Vierzehntageszeitschrift, speziell für die Bedürfnisse des nicht deutschen Auslandes konzipiert und in zahlreiche Sprachen übersetzt, provokativ «Signal» genannt, wurde zu einem Spottpreis verkauft und dominierte mit ihrer Massenaufgabe auch an den Schweizer Kiosken. Bislang verbotene Parteizeitungen der Nazis wie der «Völkische Beobachter» wurden in der Schweiz wieder zugelassen, selbstverständlich ohne dass das deutsche Regime den seit Jahren im Dritten Reich verbotenen schweizerischen Zeitungen ein Gegenrecht gewährt hätte.

Aber auch die schweizerischen Nazis und Sympathisanten regten sich wieder. Noch war es kaum ein halbes Jahr her, dass die Nationale Front sich im März 1940, möglicherweise nicht ohne Hintergedanken, selbst aufgelöst hatte. Nun tauchten bereits Ersatzorganisationen auf, wie die Eidgenössische Sammlung, bei der sich der prominente Zürcher Frontenführer Robert Tobler engagierte, oder schliesslich eine als eine Art Dachverband projektierte Gruppe, die sich Nationale Bewegung der Schweiz (NBS) nannte. Sie erhielt sogar das Privileg, eine Delegation zum höchsten Repräsentanten des Landes, dem Bundespräsidenten Pilet, entsenden zu dürfen. Diese unwürdige Begegnung vom 10. September 1940 markierte den Höhepunkt einer Politik nicht nur der Leisetreterei, sondern geradezu des Hofierens vor den Rechtsextremisten, das durch keinerlei ausserpolitische Rücksichtnahme begründet werden konnte. Mit dieser Begegnung diskreditierte Pilet sich wesentlich mehr als mit der Rede vom 25. Juni, die ja schliesslich eine Äusserung des Gesamtbundesrates gewesen war. Trotzdem vermochte sich der freisinnige Magistrat, wenn auch immer schärfer von den andern Parteien attackiert, bis fast ans Kriegsende auf seinem Posten zu halten.

Zum Zeitpunkt, als diese Audienz im Bundeshaus stattfand, hatte die weltpolitische Situation sich gegenüber dem Juni bereits stark verändert. Es war klar, dass Eng-

*Die Truppe feiert den
1. August 1940.*

land nicht klein begeben und dass der Krieg weitergehen würde. Das Schwergewicht hatte sich auf den Luftkrieg verlagert. Zum erstenmal stiess die Deutsche Wehrmacht nun an die Grenzen ihrer Möglichkeiten. Sie musste die Luftschlacht um England abbrechen, ohne den Gegner bezwungen zu haben. Im Gegenteil: Die Royal Air Force erwies sich als stark genug, nicht nur Schläge abzuwehren, sondern auch auszuteilen. Sie ging in die Offensive, sowohl gegen Deutschland wie gegen den als schwachen Punkt georteten Achsenpartner Italien. Am 16. August 1940 ertönte in Zürich erstmals ein Fliegeralarm, der nicht nur Simulation und Auftakt zu einer Luftschutz- oder Militärübung war. Britische Bomber flogen über die Schweiz. Ziel waren Industrieanlagen im nördlichen

Italien. Es war der erste Alarm von vielen, die sich im Laufe der nächsten Monate und Jahre häuften und schliesslich zur Alltäglichkeit werden sollten. Die Stadt merkte aus eigenem Erleben, dass der Krieg keineswegs zu Ende war, und wer das nötige Gespür besass, mochte ahnen, dass der Weg zum Frieden noch sehr lang sein würde.

Damit aber stellten sich die alten Probleme der Versorgung unseres Landes neu, und dieses Mal in schärferer Form als früher. Die Zufahrtswege waren seit dem Zusammenbruch Frankreichs unsicherer geworden, die Gefahr einer Verknappung der wichtigsten Bedarfsgüter gestiegen. Behördliche Mahnungen zu Sparsamkeit und Vorratshaltung häuften sich mit dem Herannahen des Winters. Es gab Veranstaltungen, an denen Tips für den Umgang mit Brennholz gegeben wurden, das im Gegensatz zu Kohle und dem damals allerdings als Brennstoff noch keineswegs eine überragende Rolle spielenden Heizöl frei erhältlich war. Die kalte Jahreszeit kündigte sich aber auch noch auf andere Weise an. Am 11. und 12. Oktober wurden in Zürich und auch in andern Schweizer Städten die Milchläden belagert. Man wollte aus Furcht vor einer nahe bevorstehenden Rationierung (die dann allerdings erst zwei Jahre später kam) rechtzeitig Butteorräte einkaufen und einlagern. Die Hamsterwelle pflanzte sich in den nächsten Tagen fort und griff fast wahllos auf andere Bedarfsartikel über. Ein eigentlicher Sturm setzte auf die Warenhäuser und Spezialgeschäfte für Wollwaren ein. Das nächste begehrte Objekt waren Schuhe. Was im September 1939 im Gegensatz zum Sommer 1914 unterblieben war, die Hamsterei, wurde nun ein gutes Jahr später nachgeholt. Vergeblich riefen die Behörden und die Frauenvereine dazu auf, die unnötigen Angstkäufe einzustellen. Der Drang, noch etwas zu ergattern, ehe die Rationierung kam, war grösser als der Appell an die Vernunft. Zur Furcht vor der Verknappung kam die Furcht vor der Teuerung, da der Lebenshaltungsindex in den Monaten



zuvor merklich gestiegen war. Jeder hoffte, sich noch etwas kostengünstig zu verschaffen, ehe die Preise anzogen.

In Zürich ging in den ersten Morgenstunden des 30./31. Oktober die Nachricht von einer bevorstehenden Wollwarenrationierung wie ein Lauffeuer von Mund zu Mund. Die Hausfrauen eilten in die Läden, in denen schon, wie ein Augenzeuge schilderte, in den ersten Mittagsstunden ein Ameisengewimmel entstand, das gegen Abend in einzelnen Geschäften geradezu beängstigende Formen annahm. Da und dort mussten die Türen geschlossen werden, nicht nur der heftig drängenden Käufer wegen. Mancherorts war die begehrte Ware ausverkauft. Viele Frauen mochten sich sagen, dass sie schon vor dem Kriege und auch später immer wieder aufgefordert worden waren, rechtzeitig Notvorräte anzulegen. Viele suchten in diesen Tagen auch nur den normalen Bedarf für den bevorstehenden Winter zu decken. «Der bekannte Herr mit den sieben Anzügen, fünf Mänteln und dreissig Paar Socken und die Dame mit den zehn Paar Schuhen, den sieben Jackenkleidern und den fünfzig Metern Wollstoffen», so heisst es in einer Leserschrift an eine Zeitung, seien Übertreibung und gehörten in das Reich der Phantasie.

Auf die Hamsterwelle folgten die behördlichen Massnahmen Schlag auf Schlag. Am 31. Oktober wurde eine Bezugssperre für Wollwaren verhängt, am nächsten Tag eine für Baumwolle, Luxuswaren, Schuhe, Seife und Waschmittel. Das Volkswirtschaftsdepartement verfügte ferner, es sei verboten, mit Inseraten, auf Plakaten oder in Briefen Werbung zu betreiben, die Hinweise auf die Verknappung, Verteuerung oder Verschlechterung des Warenangebotes enthielte. Fehlbar wurde die Schliessung ihrer Geschäfte angedroht.

Auch die Brotversorgung wurde in diesen Tagen eingeschränkt, wenn auch nur indirekt. Vom 4. November an durften Backwaren frühestens am zweiten Tag nach ihrer Herstel-

lung verkauft werden. Die Gemeinden wurden angehalten, jenen Bäckern, die nicht über genügend Räumlichkeiten zur Aufbewahrung des Brotes verfügten, geeignete Lokale gegen eine mässige Entschädigung abzugeben. Schon am 25. Oktober war eine vierzehn Tage andauernde Bezugssperre für Schweinefleisch angeordnet worden.

Auch in einem anderen Bereich griff in diesen Tagen der Krieg ins Alltagsleben ein. Im Oktober war es immer häufiger zur Überfliegung des schweizerischen Territoriums gekommen, nachdem es im September zunächst verhältnismässig ruhig geblieben war, weil Luftwaffe und Royal Air Force in der Schlacht um England gebunden waren. Die meisten Luftraumverletzungen geschahen durch britische Flugzeuge. Proteste in London fruchteten nichts. Ab Ende Oktober setzten auch in Zürich die Fliegeralarme nach siebenwöchiger Unterbrechung wieder ein, in der ersten Nacht gleich zweimal. Von jetzt an häuften sie sich so, dass sie öffentlich schliesslich nicht mehr besonders registriert wurden. Am 6. November verfügte das Armeekommando die allgemeine Verdunkelung in der ganzen Schweiz, beginnend um 22 Uhr und andauernd zunächst bis zur Morgendämmerung. Am 26. November wurde die Verdunkelung gelockert; sie sollte nur noch bis 6 Uhr morgens dauern.

Vielleicht war für eine Stadt wie Zürich die Verdunkelung, die fast vier Jahre bis zum September 1944 dauern sollte, das sinnlich am eindrucksvollsten wahrzunehmende Zeichen dafür, dass die Welt nicht mehr in Ordnung war und Krieg herrschte. Die Lichter der Grossstadt waren ein Symbol der technischen Zivilisation und des materiellen Fortschrittes gewesen. Nun hatte der Krieg sie gewaltsam zum Erlöschen gebracht. Das Dunkel der Nacht, das sich nun jeden Abend in die Städte und Dörfer Europas und auch über der neutralen Schweiz senkte, signalisierte deutlicher als jedes andere Zeichen die Katastrophe, die über die Welt hereinzubrechen begann.

Sturm auf die Schuh- und Textilgeschäfte im Herbst 1940, eine Hamsterwelle kurz vor der Rationierung dieser wichtigen Bedarfsgüter.



Der Beginn des Winters 1940/41 eröffnete nicht nur eine neue Phase des militärischen Konfliktes, sondern den eigentlichen Krieg überhaupt. Frankreichs Niederlage war nicht das Ende des Krieges, sondern nur das Ende von dessen Anfang gewesen. Die neue «drôle de guerre» (in der auf dem europäischen Kontinent nur im äussersten Südosten, in Griechenland, gekämpft wurde) konnte niemanden darüber hinwegtäuschen, dass die Auseinandersetzung zwischen der Achse und Grossbritannien im Begriff war, globale Ausmasse anzunehmen. Immer häufiger wurde vom Zweiten Weltkrieg gesprochen, der 1941 mit dem Überfall Hitlers auf die Sowjetunion und dem Kriegseintritt der USA und Japans auch Tatsache wurde.

In der Schweiz galt es nun, sich auf einen langen Krieg einzurichten. Drängender als je stellte sich wieder das Versorgungsproblem, besonders akzentuiert in einer grossen Stadt wie Zürich. Der letzte Quadratmeter Bodens sollte landwirtschaftlich genutzt werden. Die Idee der «Anbauschlacht» wurde geboren. Die Rationierung, bisher zum Teil noch recht rudimentär, musste auf immer weitere Bedarfsgüter ausgedehnt werden; sie wurde gleichzeitig aber auch verfeinert und dadurch differenzierter in den Zuteilungen an die einzelnen Bevölkerungsgruppen. Haupt Sorge war dabei die Sicherung der Zufuhren, bei denen man nun fast auf Gedeih oder Verderb dem guten Willen der Achsenmächte, das heisst Deutschlands, ausgeliefert war. Diese Tatsachen bestimmten auch das politische Denken und Handeln weitgehend.

Das militärische Dispositiv wurde geändert. Die Armee räumte die Hauptstellungen im Mittelland und zog sich ins Reduit zurück. Die Streitkräfte igelten sich ein, noch bevor es zu Kampfhandlungen kam, und sie demonstrierten damit nicht nur den festen Willen zur Verteidigung, sondern übten sich in eine Kampfform ein, wie sie später vor allem im Russlandfeldzug und in den Partisanenkämpfen zum Abwehrsystem wurde.

Auf den Luftkrieg, der als Drohung permanent über der Schweiz schwebte, auch ohne dass sie selber direkt in terrestrische Kampfhandlungen verwickelt worden wäre, suchte das Land sich vorzubereiten durch den beschleunigten Ausbau von Flugwaffe und Fliegerabwehr. Von den zivilen Behörden wurde der passive Luftschutz durch Bau von geeigneten bombensicheren Unterständen und Ausbildung der Bevölkerung energisch vorangetrieben, vor allem in den durch Luftangriffe am meisten bedrohten grossen Städten.

Nach aussen igelte sich die Schweiz ein. Die Innenpolitik stand im Zeichen des Burgfriedens zwischen den grossen Parteien, der bis weit ins Jahr 1943 hinein anhielt. Bewegungsfreiheit demonstrierten im wesentlichen Randgruppen. Am lärmigsten gebärden sich nach dem Debakel Frankreichs noch einige Monate lang die Extremisten – Nazis und Kommunisten waren bis zu Beginn des Russlandkrieges in einer eigentümlichen Zwangsfreundschaft verbunden, was den Behörden das Verhängen von Verboten erleichterte. Angesichts der Kriegslage drohte aber die Gefahr in diesem Augenblick vor allem von rechts. Das Schreckgespenst des Kommunismus geisterte auf bürgerlicher Seite zwar noch weiter. Aber selbst enragierte Bolschewistenfresser – sofern sie (was es auch gab) wirklich Demokraten waren – konnten nicht darüber hinwegsehen, dass die Kommunisten unseres Landes, sieht man vielleicht vom Sonderfall Nicole in Genf ab, sich durch den deutsch-russischen Pakt selbst ausmanövriert sahen und dass Stalin fern und Hitler nah war.

Der Verlauf des Kriegsgeschehens hat die politische Haltung selbstverständlich mitbeeinflusst. Der Angst von 1940/41, unter die Botmässigkeit Hitlers zu fallen, wich nach dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten der Hoffnung auf den Sieg der Demokratien. Als aber die immer wieder versprochene zweite Front in Europa nicht entstand und die Sowjetunion weiterhin während Jahren

*Rütlirapport vom 25. Juli
1940*

die Hauptlast des Krieges gegen Hitler zu tragen hatte, wuchs der Respekt, vielleicht sogar die Bewunderung für die Leistungen der erbittert den Aggressor bekämpfenden Roten Armee. Beim Überfall auf Russland im Juni 1941 hatte sich die Schweiz den verlockenden Werbungen für eine Beteiligung am Kreuzzug gegen den Bolschewismus zu entziehen verstanden. Nur gerade eine Ärztemission unter dem rauhbeinigen Deutschen-Freund Eugen Bircher war nach einigem Hin und Her an die Ostfront entsandt worden. Überwiegend war das Gefühl der Erleichterung, dass der Krieg sich nun von der Schweiz weg verlagert hatte und die deutsche Wehrmacht sich in den Weiten Russlands verlor. Die Zeit des Blitzkrieges und der Blitzsieg war vor-

bei. Je länger der Krieg dauerte, um so stärker wurde die Gewöhnung an das Ungewöhnliche.

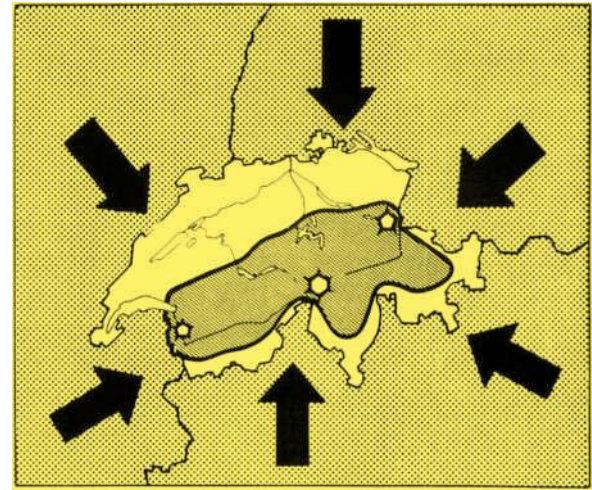
Im Vergleich zu den unmittelbar am Konflikt beteiligten Ländern führte die Schweiz ein verhältnismässig friedliches und freies Dasein. Die zivilen Behörden sahen ihre Hauptaufgabe in der Erhaltung des sozialen Friedens. Dafür mussten aber vor allem die Güter des täglichen Bedarfs dem Einzelnen so gerecht als möglich zugeteilt, mussten Wohnungsnot und Preissteigerungen in Grenzen gehalten werden. Die Kriegswirtschaft rückte in den Mittelpunkt eidgenössischer, kantonaler und kommunaler Verwaltung und Politik, gerade in einer grossen Stadt wie Zürich.





Nach der Niederlage Frankreichs kämpft England weiter. Der Krieg weitet sich aus. Im Sommer 1941 überfällt die deutsche Wehrmacht die Sowjetunion. Im Dezember 1941 bombardieren die Japaner Pearl Harbour. Der europäische Konflikt wird zum Weltkrieg. Inzwischen überflutet deutsche Propaganda die Schweiz. An den Kiosken ist die illustrierte Halbmonatsschrift «Signal» zu einem Spottpreis zu haben. Eine Schweizer Ärztemission unter Divisionär Eugen Bircher geht an die deutsche Ostfront.

Die Schweizer Armee hat sich ins Reduit zurückgezogen. Die Truppe bleibt mobilisiert. Ein lockerer Ablösungsrythmus soll das Ertragen der erzwungenen Wartestellung erleichtern.



Die innenpolitischen Auseinandersetzungen ruhten im Krieg zwar nicht völlig, aber sie wurden meist mit gedämpfterer Stimme ausgetragen als in Friedenszeiten. Das gilt vor allem für die grossen politischen Parteien, die auf kommunaler und kantonaler Ebene in den Exekutiven vertreten waren. Zwar gab es zwischen ihnen keine formelle Übereinkunft des Stillehaltens, aber sie übten doch Selbstdisziplin. Schon wenige Wochen nach Kriegsausbruch musste der Nationalrat neu bestellt werden. In Zürich ergab sich eine Bestätigung der parteipolitischen Zusammensetzung (vgl. Tabelle). Auch in den Ständerat wurden, wie bisher, ein sozialdemokratischer Vertreter, Stadtpräsident Emil Klöti, und ein Bürgerlicher, Prof. Bernhard von der Bauernpartei, abgeordnet, letzterer allerdings erst im zweiten Wahlgang. Vier Jahre später ergab sich ein ähnliches Bild. Nach der Volkszählung von 1941 waren dem Stand Zürich drei Mandate neu zugefallen. Sie gingen an die SP und die EVP, während die andern Parteien praktisch gleich stark blieben. In den Ständerat wurde wiederum Emil Klöti entsandt, ihn begleitete der zur Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei gehörige Dr. Friedrich Traugott Wahlen, der sich durch die Anbauschlacht eine grosse Popularität verschafft hatte und Ende Mai 1942 erstmals in die kleine Kammer nach Bern entsandt worden war. Allerdings signalisierten diese Wahlen auf eidgenössischer Ebene Ende Oktober 1943 den damals sich abzeichnenden Trend nach links. Die Sozialdemokraten errangen im Nationalrat insgesamt 56 Mandate, eine Höchstzahl, die sie seit der Einführung des Proporz von 1919 bis heute nie mehr erreicht haben.

Höher als bei den kantonalen und nationalen Wahlen schlugen die Wellen bei den Stadtzürcher Kommunalwahlen vom 22. März 1942. In der Exekutive – dem neunköpfigen Stadtrat – kam es zu einer eigentlichen Wachablösung, indem fünf neue Vertreter gewählt wurden. Bedeutung erhielt diese «Blutauffrischung» vor allem deshalb,

weil Stadtpräsident Klöti nach 35jähriger Zugehörigkeit zum Stadtrat (davon 14 Präsidialjahren) sein Amt niederlegte. Zu seinem Nachfolger wurde der damalige Regierungsrat Ernst Nobs gewählt, der allerdings sein Amt nur während anderthalb Jahren ausüben sollte. Schon Ende 1943 wählte ihn die Bundesversammlung in die Landesregierung. Nobs war der erste sozialdemokratische Bundesrat. Diese Wahl beschloss eine seit 1929 geführte heftige Auseinandersetzung um die Beteiligung der Sozialdemokraten in der obersten Bundesbehörde. Dass es nun endlich dazu kam, war ein weiteres Zeichen für den Burgfrieden zwischen den grossen Parteien.

Nach Nobs' Weggang blieb die parteipolitische Zusammensetzung der Stadtzürcher Exekutive unverändert. An seine Stelle trat Oberrichter Adolf Lüchinger als neuer Stadtpräsident. Während des ganzen Krieges setzte sich der Stadtrat aus fünf Sozialdemokraten und vier Angehörigen anderer Parteien zusammen.

Tiefgreifender war die politische Umstrukturierung im Parlament, dem Gemeinderat. Hier gelang es dem Landesring der Unabhängigen, der Partei des Migros-Chefs Gottlieb Duttweiler, einen eigentlichen Erdrutsch auszulösen. Vier Jahre zuvor waren die Unabhängigen erstmals aufgetreten und hatten auf Anhieb 20 Sitze im 125 Mann starken Rat gewonnen. Nun setzte die Partei oder, wie sie sich damals auch nannte, «Bewegung» die Erfolgsserie fort und erhöhte die Fraktion auf 37 Abgeordnete. Der Landesring wurde damit hinter den auf 48 Mandate zusammengeschrumpften Sozialdemokraten zur zweitstärksten Fraktion im Parlament. Mit die Zeche bezahlten auch die Freisinnigen, die 6 Sitze einbüssten (vgl. Tabelle).

Die Wahlen hatten ein weiteres Nachspiel, weil durch das Hinüberwechseln von Ernst Nobs ins Zürcher Stadtpräsidium ein Regierungsratssessel frei geworden war. Um diesen bewarben sich drei Anwärter. Erfolg

hatte wiederum der Landesring, der seinen Kandidaten Heinrich Schnyder im zweiten Wahlgang durchzusetzen vermochte und damit auch in der kantonalen Exekutive Einsitz nahm.

Durfte sich der Landesring bei den Wahlen 1942 in Zürich als unbestrittener Sieger betrachten, so erhielt er schon ein Jahr darauf einen starken Dämpfer. Bei den kantonalen Wahlen vom 11. April 1943 legte er zwar im Parlament mit 14 Sitzgewinnen auf Kosten

von SP und FP wiederum mächtig zu. Gleichzeitig aber wurde nach kaum zehnmonatiger Amtsdauer Heinrich Schnyder wieder aus dem Regierungsrat weggewählt und einem bürgerlichen Vertreter, dem BGB-Angehörigen Jakob Heusser, der Vorzug gegeben. Die Sozialdemokraten vermochten den von Ernst Nobs geräumten Sitz trotz grosser Anstrengungen nicht wieder zurückzuerobern. Sie blieben gegenüber den fünf Bürgerlichen mit nur zwei Mann im Regierungsrat vertreten.



Im Krieg vermochten Wahlen die Schweizer Stimmbürger weniger zu bewegen als in Friedenszeiten. Die Menschen hatten andere Sorgen, und die Wahlbeteiligung blieb mit weniger als 70 Prozent nach damaligen Massstäben äusserst gering, in der Stadt Zürich verzeichnete man 1942 die schwächste Beteiligung seit der Einführung des Proporz dreissig Jahre vorher.

Bewegung in die Szene brachten einige Randgruppen, vor allem der Landesring, der im Krieg zu einer später nie mehr erreichten Stärke anwuchs. Er verdankte das vor allem der dynamischen Persönlichkeit seines Gründers und Führers, Gottlieb Duttweiler. Als Ghf einer Partei wie auch als Leiter des Lebensmittelgrossverteilers Migros entwickelte Duttweiler im Krieg eine ungeheure, gelegentlich überbordende Aktivität. In der Handhabung dessen, was wir heute Publicity nennen (damals sagte man Propaganda), war er kaum zu übertreffen.

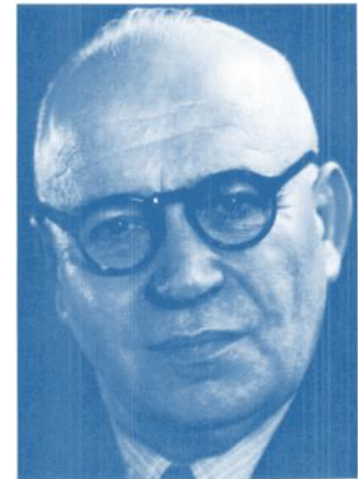
Er war schon früh mit unorthodoxen Ideen für eine ausreichende Versorgung des Landes aufgetreten, von denen bis heute umstritten ist, ob es sinnvoll gewesen wäre, sie in grossem Massstab zu realisieren. Zu ihnen gehört etwa die Vorratslagerung in monumentalen Tanks auf dem Grund unserer Seen. Duttweilers Anregungen fanden jedoch bei einem breiten Publikum Anklang. Er verstand sie auch mit spektakulären Gesten zu verbinden, besonders mit der Umwandlung der Migros AG in eine Genossenschaft – im Juni 1940 werbewirksam als «Geschenk» an die Konsumenten angekündigt. Aufsehen erregte auch seine Beteiligung an einer Schifffahrtslinie, der Maritime Suisse, die während des Krieges über noch offene Häfen Güter nach der eingeschlossenen Schweiz transportieren sollte.

Duttweiler pflegte seine Vorstösse in der Presse oder im Parlament in impulsiver Weise vorzutragen und sparte auch nicht mit heftigen persönlichen Angriffen, wenn er auf Widerspruch stiess. So balgte er sich den ganzen Krieg über mit dem sozialdemokrati-

schen Nationalrat Robert Grimm herum, den er als Leiter der Sektion Kraft und Wärme des Kriegs-, Industrie- und Arbeitsamtes auf Korn nahm. Er focht einen ständigen Kleinkrieg gegen das Kriegsernährungsamt aus, und seine Gegner warfen ihm vor, er verwische bewusst die Grenzen zwischen Politik und Geschäft. Manches an der Kritik Duttweilers war berechtigt, anderes aber oft zügellos vorgetragen und übertrieben. Zu einem Eklat kam es im Herbst 1940 in der Vollmachtenkommission des Nationalrates, als Duttweiler angeblich geheimes Material weiterreichte, wobei er bereits damals den Rücktritt des durch den Frontistenempfang diskreditierten Bundespräsidenten Pilet-Golaz forderte. Duttweiler wurde aus der Kommission ausgeschlossen und verzichtete schliesslich zornig auf sein Nationalratsmandat.

Damit entfesselte er einen wahren Orkan. Er rief in Zürich eine Protestversammlung ins Kongresshaus, die von über dreitausend Personen besucht wurde und die den in Bern Hinausgeworfenen stürmisch feierte.

Zur gleichen Zeit hatte einer der jüngeren Landesring-Leute, der 1939 in den Nationalrat gewählte St. Galier Turn- und Schreiblehrer Otto Pfändler, eine Initiative gestartet, die eine Reform des Nationalrates anstrebte und unter anderem eine Amtszeitbeschränkung auf zwölf Jahre forderte. Die Initiative war von grossem propagandistischem Tamtam begleitet. Als besonders zugkräftig wurde unter der Parole «So sieht es aus im Nationalrat» eine Photographie verwendet, die einen fast leeren Plenarsaal in Bern zeigte. Das Bild war eine Verfälschung; es stellte sich bald heraus, dass es gar nicht während einer Sitzung, sondern wahrscheinlich in einer Pause aufgenommen worden war. Nun war die Entrüstung vollständig. Über Pfändler, der mit persönlichen Angriffen ebenfalls nicht haushälterisch umging, brach ein Sturm der Empörung herein. Er wurde zum Fälscher gestempelt, und die Initiative, die seinen Namen trug, verwarfen die Schweizer



Stimmberechtigten am 3. Mai 1942 im Verhältnis von 2:1 recht deutlich. Weniger demonstrativ waren die Ergebnisse in Zürich. Im Kanton brachte es die Initiative bei 70'000 Nein immerhin auf 51'000 Ja-Stimmen, und in der Stadt Zürich hielten Befürworter und Gegner sich fast die Waage: 27'300 Nein gegen 26'600 Ja.

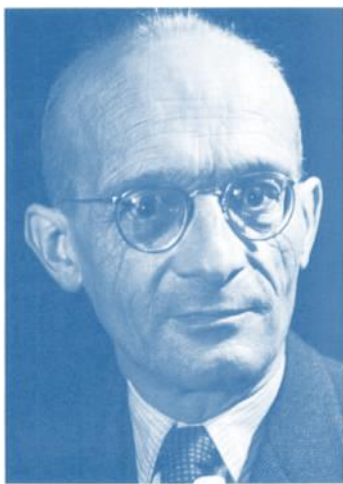
Folgenschwerer für den Landesring war es, dass Pfändler sich im April 1943 an den Zürcher Regierungsratswahlen beteiligt und eine schwere Niederlage erlitten hatte. In diese wurde auch sein Parteifreund Schnyder verwickelt, der seine Nichtwiederwahl nun vor allem Pfändler anlastete. Im Landesring kam es zu einem handfesten Krach. Er verschärfte sich im Sommer 1943, als Duttweiler seinen Willen kundtat, im Oktober erneut für den Nationalrat zu kandidieren. Die ganze Landesring-Fraktion wehrte sich dagegen. Es kam zur Aufstellung einer eigenen dissidenten Liste. Das Ergebnis vom 31. Oktober war einigermassen verblüffend. Zusammen erhielten die beiden Listen gleichviele Sitze wie vier Jahre zuvor, aber die Dissidenten brachten nur einen Mann ins Parlament, der offizielle Landesring hingegen deren vier. Duttweiler jedenfalls war wiedergewählt und kehrte triumphierend unter die Bundeskuppel zurück. Seine vielen Verstrickungen hatten ihm kaum geschadet, sogar die undurchsichtigen Geschäfte eines Mitarbeiters der von Duttweiler geförderten Maritime Suisse blieben ohne Folgen, ebenso ein Techtelmechtel mit dem Genfer Kommunistenführer Léon Nicole.

In der sonst äusserlich ruhigen politischen Landschaft der Schweiz sorgte in den Kriegsjahren eine so bunte und schillernde Aktivität entfaltende Persönlichkeit wie Gottlieb Duttweiler für Abwechslung. Indem die grossen, etablierten Parteien vernunftbedingte Zurückhaltung übten und ihre Pläne für die Nachkriegszeit entwickelten, liessen sie einen Leerraum entstehen, in den Gottlieb Duttweilers agiles Temperament geschickt hineinzustossen verstand. Von Zü-

rich aus erhielt so das stille politische Leben der Eidgenossenschaft einige Akzente, die mindestens für Gesprächsstoff sorgten.

Ähnlich angriffig wie die Unabhängigen, aber mit einem anderen, eingeschränkteren Ziel betätigte sich eine lockere Vereinigung, die im März 1939 in Zürich entstanden war, der Bund der Subventionslosen, despektierlich auch «Elefantenklub» genannt. Sein Feindbild waren die Beamten, gegen die er unter dem Symbol des gutmütigen, aber starken Elefanten mit zum Teil demagogischen Attacken loszog. Die Geldmittel der Gruppe waren beträchtlich. Sie setzte ihre Agitation zum erstenmal im Dezember 1939 ein, als eine eidgenössische Vorlage über die Pensionskassen der Bundesbeamten zur Abstimmung kam. Mit ihrem Schlagwort von den angeblich für die Beamten verschleuderten Milliarden halfen die Subventionslosen kräftig mit, die Initiative zu bodigen. Auch bei kommunalen Urnengängen gelang es den Subventionslosen, die jeweils gezielt auf die Abstimmung hin ihre Inseratenkampagne zu eröffnen pflegten, Erfolge zu erzielen. Grotesk war die Intervention des «Elefantenklubs» bei den Gemeindewahlen vom März 1942 in Zürich, als er, ungeachtet persönlicher Eignung und Verdienste, einfach die Streichung aller öffentlichen Funktionäre empfahl. Die «Neue Zürcher Zeitung» bezeichnete diese krassen Auswüchse als «Triumph der Prinzipienlosigkeit». Tatsächlich waren vor allem freisinnige Mandatsträger und Kandidaten Opfer des Elefanten geworden, obwohl gerade aus ihren Reihen der Klub verhätschelt und dotiert worden war und die «NZZ» in ihrem Anzeigenteil die Kampagne der Subventionslosen mitgetragen hatte. . .

Eine unmittelbare Folge der Niederlage Frankreichs war die Gründung des Gotthard-Bundes. Zu ihr kam es Anfang Juli 1940 in Zürich. Einige führende Leute der «Subventionslosen» waren ebenfalls Gründungsmitglieder, der geistige Anstoss war jedoch von der welschen Schweiz ausgegangen, von

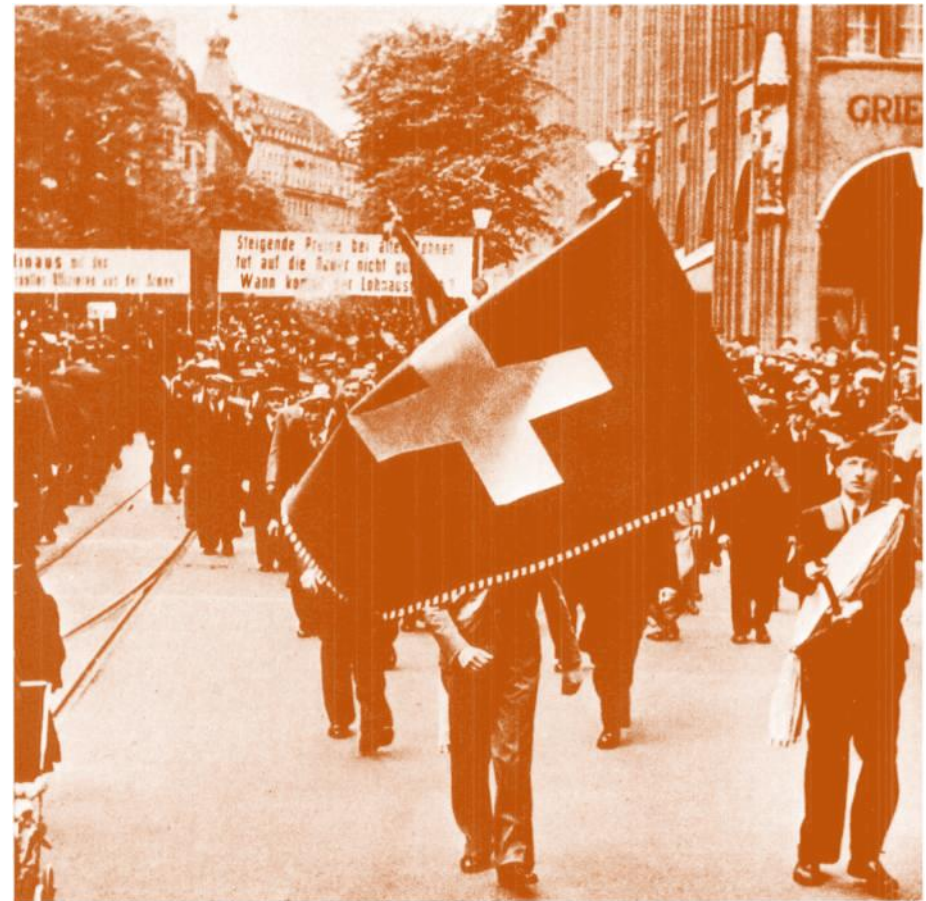


Gonzague de Reynold etwa oder Denis de Rougemont. Die heterogene Zusammensetzung der Bundesleitung, die stets an patriotische Gefühle appellierenden, vielfach verschwommenen Manifestationen der Neugruppierung machten es den etablierten Parteien schwer, den Gotthard-Bund einzuordnen. Die Sozialdemokraten witterten hinter der starke konservative Züge tragenden Vereinigung eine faschistische Tarnorganisation. Die bürgerlichen Parteien befürchteten vom Gotthard-Bund, dessen Argumentation sie zum Teil mit Sympathie aufnahmen, zumindest eine Konkurrenz und reagierten zurückhaltend. Von vielen wurde die Gruppe, deren Denkmodelle stark von Intellektuellen und Akademikern geprägt waren, auch schlicht als überflüssig empfunden. Tatsächlich bewegten sich die Vorstellungen des Bundes sehr oft in Allgemeinheiten. Der Gedanke sei ursprünglich gewesen, «unter dem ewigen Symbol des Gotthards weite Volkskreise im entschlossenen Willen zur unbedingten Verteidigung unserer Unabhängigkeit zusammenzuschliessen». Über einen engen Zirkel hinaus hatte der Gotthard-Bund, dessen Bestrebungen sicher ehrenwert und vom besten Willen getragen waren, kaum ein Echo gefunden. Die eindrucksvollste Publikation des Bundes war wohl der von Denis de Rougemont 1940 verfasste Aufruf zur Einigkeit des Schweizervolkes. Später aber verflachten diese Appelle. Zu den Parlamentswahlen von 1943 steuerte der Bund den Wahlspruch bei: «Was eint, ist recht, was trennt, ist schlecht!» Konkrete Fragen behandelten Broschüren zur Familienpolitik und bei Kriegsende zu den Problemen der Teuerung und der Vollbeschäftigung. Die Spuren des Gotthard-Bundes lassen sich bis Ende der vierziger Jahre verfolgen. Ein Traktat vom Januar 1949 befasst sich mit Gedanken zur Getränkesteuer.

Es ist bezeichnend, dass die besonderen Umstände der Kriegsjahre, die Ungewissheit der Zukunft wie die Abgeschlossenheit des Landes, sich teilweise auch lähmend auf das

politische Leben auswirkten. Es war nicht die Zeit, grosse Entwürfe zu wagen, vor allem nicht vor 1943. Die einzige eidgenössische Vorlage, die langfristig institutionsverändernde Ziele anvisierte, die sozialdemokratische Initiative für eine Volkswahl des Bundesrates und die Erhöhung von dessen Mitgliederzahl auf neun, stammte noch aus der Vorkriegszeit. Das Begehren wurde am 25. Januar 1942 mit 524'000 gegen 252'000 Stimmen abgelehnt. Auch Zürich votierte überwiegend mit Nein. Keine Gnade fanden auch der Versuch einer Revision der Alkoholgesetzgebung (Reval-Initiative) und die Einführung des obligatorischen Vorunterrichts auf eidgenössischer Ebene.

Maifeier während des Krieges. Im Zug die Schweizer Fahne als Zeichen des inneren Burgfriedens und des Bekenntnisses der Sozialdemokratie zur Landesverteidigung.



Wahlen in Zürich

Die Mandatverteilung im Gemeinderat

Partei	1938	1942	194
SP	60	48	38
FP	29	23	25
LdU	20	37	21
CVP	10	13	14
Dem	4	3	4
EVP	0	0	0
BGB	0	-	4
Kom/PdA	2	-	19
Andere	0	1*	0

* 1942 war ein Freiwirtschaftlicher im Rat

Die Parteistärken

Partei	1938	1942	194
SP	41,6	36,5	29,1
FP	15,8	15,7	15,0
LdU	16,0	28,6	17,3
CVP	7,5	9,2	9,5
Dem	5,3	5,4	4,3
EVP	1,3	1,7	1,9
BGB	2,9	-	4,9
Kom/PdA	4,3	-	15,3

Kantonsratswahlen, Sitzverteilung

Partei	1939	1943
SP	66	58
FP	31	25
LdU	15	29
CVP	14	11
Dem	16	17
EVP	2	2
BGB	33	32
Kom	1	0

Nationalratswahlen, Sitzverteilung

Partei	1939	194
SP	10	12
FP	4	4
LdU	5	4
CVP	2	2
Dem	2	2
EVP	0	1
Andere	0	1

1943 war ein dissidenter LdU-Angehöriger gewählt worden

Beteiligung an den Zürcher Gemeindewahlen

1938	80,6%
1942	68,3%
1946	77,8%

Die Stadträte in Zürich 1933 bis 1946

1938 Emil Klöti (soz), Jean Briner (soz), Willy Kaufmann (soz), Jakob Baumann (soz), Jakob Peter (soz), Joachim Hefti (fr), Erwin Stirnemann (fr), Robert Kunz (dem), Anton Higi (ehr)

1942 Ernst Nobs (soz), Willy Spühler (soz), August Ziegler (soz), Jakob Baumann (soz), Jakob Peter (soz), Erwin Stirnemann (fr), Emil Landolt (fr), Heinrich Oetiker (LdU), Anton Higi (ehr)

1946 Adolf Lüchinger (soz), Willy Spühler (soz), August Ziegler (soz), Jakob Baumann (soz), Jakob Peter (soz), Albert Sieber (fr), Emil Landolt (fr), Heinrich Oetiker (LdU), Edgar Woog (PdA)

Stadtpräsidenten:

Emil Klöti 1928-1942

Ernst Nobs 1942-1943

Adolf Lüchinger 1944-1949

Gottlieb Duttweiler



Abwarten, Anpassung und Widerstand

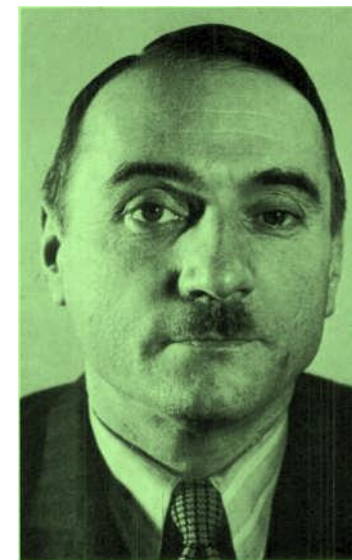
Im Gegensatz zum Ersten Weltkrieg war der Zweite nicht nur ein Machtkampf, sondern auch eine ideologische Auseinandersetzung. An den Flügeln des demokratischen Parteienspektrums hatten sich die extremistischen Gruppen etabliert, und sie verschärften schon in den Krisenjahren vor dem Krieg das politische Klima in der Schweiz. Seit der Spaltung der Arbeiterbewegung in den frühen zwanziger Jahren agitierten die auf Moskau ausgerichteten Kommunisten linksaussen und führten ihren Kampf gegen die demokratischen Strukturen, groteskerweise vor allem gegen die als «Sozialfaschisten» verlästerten Sozialdemokraten. Mit der Machtergreifung Hitlers entstanden am rechten Rand des politischen Spektrums in der Schweiz die Frontenbewegungen, die lärmig Erneuerung verkündeten und im nördlichen Nachbarn das grosse Vorbild sahen. Die schweizerische föderalistische Demokratie bot diesen Aussenseitern nur wenig Chancen. Lediglich in den grossen Städten, so auch in Zürich, verfügten sie über eine Anhängerschaft, die ausreichte, um sie in die Parlamente zu bringen. Bei Kriegsausbruch aber waren sowohl Kommunisten wie Fröntler, was ihre zahlenmässige Stärke betraf, politisch bedeutungslos geworden. Die Fronten waren sogar aus den meisten Parlamenten wieder verschwunden. Der Hitler-Stalin-Pakt, wenige Tage vor Kriegsausbruch abgeschlossen, diskreditierte die Extremisten vollends. Aus der Perspektive jener Tage mussten beide Gruppen gleicherweise als Feinde des schweizerischen Staatsgedankens erscheinen. Die Nationale Front löste sich im März 1940 selber auf, die Kommunistische Partei wurde im November des gleichen Jahres vom Bundesrat verboten. Beiden totalitären Bewegungen, wie man sie damals nannte, dem Kommunismus und dem Nationalsozialismus, stand die Mehrzahl der Schweizer skeptisch bis feindlich gegenüber, auch wenn es Nuancen in der Abwehraltung gab. Im Bürgertum war der Bolschewistenschreck von 1918 noch weit verbreitet,

und Stalins blutige Säuberungen der dreissiger Jahre verstärkten ihn zusätzlich. Viele, die einst Mussolini gelobt hatten, weil er die Züge in Italien wieder pünktlich fahren liess und das Ausspucken auf den Trottoirs ahndete, waren geneigt, Hitler seine Übeltaten nachzusehen, wenn er sie nur vor dem Bolschewismus schützen würde – eine Fehlrechnung, wie sich bald zeigen sollte.

Die behördlichen Massnahmen, gerechtfertigt durch die besondere Situation des Krieges, trieben Kommunisten wie Fröntler ins Abseits und in die Illegalität. Die Regierung habe ein wachsames Auge auf sie, und zwar sowohl rechts wie links, erklärte Polizeidirektor Briner im Dezember 1940 in der Antwort auf eine Interpellation im Kantonsrat. Das war zu einem Zeitpunkt, als in der Schweiz der Schock der französischen Niederlage noch nicht überwunden war, England noch immer allein dem übermächtigen Hitler gegenüberstand und Kleinmütige in der Eingabe der 200 die Unabhängigkeit der Schweiz durch verstärkte Anpassung retten zu wollen vorgaben. Hitlers politische Erfolge hatten einst die Frontenbewegungen zum Aufblühen gebracht, nun führten seine militärischen Triumphe zu einer Art Renaissance des schweizerischen Rechtsextremismus. Nachfolgeorganisationen entstanden, so die Nationale Bewegung der Schweiz, deren Repräsentanten wie erwähnt die unverdiente Ehrung eines Empfangs durch den amtierenden Bundespräsidenten Pilet-Golaz erfuhren, die Eidgenössische Sammlung, die Gesellschaft der Freunde einer autoritären Demokratie und andere Splittergrüppchen.

Der zweite Frontenfrühling war aber rasch vorbei. Die Regierung untersagte öffentliche Versammlungen der frontistischen Nachfolgeorganisationen, als sie sich in Zürich allzu aggressiv aufzuführen begannen. Die Nationale Bewegung wurde im November 1940 verboten. Im Jahre 1941 wurden in Zürich und anderen Städten bei verschiedenen Polizeiaktionen Ansätze zur Bildung rechtsextremistischer Vereinigungen zer-

Bundesrat Marcel Pilet-Golaz



Angehörige der diplomatischen und konsularischen Vertretungen des Dritten Reiches in der Schweiz während eines Anlasses der deutschen Kolonie auf einem Zürcher Sportplatz.

schlagen. Das geschah in einer Zeit, da in der Schweiz nach dem Überfall Hitlers auf die Sowjetunion eifrig für einen Kreuzzug gegen den Bolschewismus geworben wurde. Das Schlagwort fand zwar bis weit in rechtsbürgerliche Kreise hinein ein positives Echo, es stiess aber auch auf kritische Ablehnung. Verschiedene Zeitungen sprachen ironisch von einem Hakenkreuzzug. Zu einer Wiederbelebung des Frontismus als einer grösseren

Bewegung, die in breitere Volksschichten eindrang, kam es jedenfalls nicht. Viele der führenden Rechtsextremisten zogen es ohnehin vor, die Schweiz zu verlassen und Unterschlupf in Deutschland zu suchen, als die Landesverräterprozesse begannen und Todesurteile ausgesprochen wurden.

Der Kommunismus auf der linken Seite hatte einen andern Stellenwert. Im Gegensatz zu den Frönlern, die auf ihren Nationa-



lismus pochten, betonten die Kommunisten ihren Internationalismus. Das liess sie lange als viel gefährlicher erscheinen, als sie tatsächlich waren. Ihre sklavische Abhängigkeit von Stalin, den sie in byzantinischer Unterwürfigkeit lobpriesen und für dessen Schurkenstreiche sie stets entschuldigende Erklärungen fanden, war in gleicher Weise abstossend wie die Glorifizierung Hitlers durch die «gläubigen» Nazis. Dass schliesslich die Rechtsextremisten in viel stärkerer Masse als die extreme Linke zu einer tatsächlichen Bedrohung wurden, lag an Hitler, der in seiner Unberechenbarkeit jeden Tag über unser Land herfallen konnte. Seine Satrapen hatten ja längst mit höhnischen Worten angekündigt, das europäische Kleinstaatengerümpel werde nächstens verschwinden.

Der brutale Überfall von 1941, die unmenschliche Kriegführung der Deutschen in Russland und der heldenmütige Widerstand der Russen, die damit die Schweiz unmittelbar vom Druck Hitlers entlasteten, liess in der zweiten Hälfte des Krieges die Kommunisten in milderem Licht erscheinen als 1939. Die sowjetischen Siege schufen den Boden für ein Wiedererstarken der Kommunistischen Partei in unserem Land.

Schweres Unbehagen verbreitete in Zürich die deutsche Kolonie. 1939 lebten in Zürich rund 15'000 deutsche Staatsangehörige. Ihre Zahl war seit dem Ersten Weltkrieg ständig zurückgegangen. Sie stellten aber noch immer mehr als die Hälfte der in der Stadt wohnenden 28'000 Landesfremden. Die Deutschen waren, wie andere Ausländer auch, in privaten Vereinigungen zusammengeschlossen. Nach Hitlers Machtergreifung hatte die NSDAP begonnen, ihre Emissäre nach der Schweiz zu entsenden. Die deutsche Kolonie wurde systematisch gleichgeschaltet, ihr Publikationsorgan, «Der Reichsdeutsche», auf die Parteilinie ausgerichtet. Offiziell waren Landesleitung und Kreisleitungen der Landesgruppe Schweiz der NSDAP seit 1936 verboten, aber unter dem Deckmantel diplomatischer Immunität

agitierte ein Landesleiter weiter. Je mächtiger das Reich wurde und sein Druck auf der Schweiz lastete, um so vorsichtiger verhielten sich die schweizerischen Amtsstellen. Aus Furcht vor dem unberechenbaren Nachbarn im Norden liess man die deutschen Organisationen in der Schweiz gewähren und drückte gegenüber ihren Umtrieben ein Auge zu, als handelte es sich bei ihnen um harmlose Vereine patriotischer Ausländer.

Mit den deutschen militärischen Erfolgen wurden die in der Schweiz ansässigen Deutschen immer hochfahrender und rücksichtsloser gegenüber dem Empfinden der Schweiz. Sie spürten die Furcht der Behörden und nützten das weidlich aus. Im Oktober 1942 feierten sie im zehntausend Personen fassenden Zürcher Hallenstadion mit Erlaubnis der Schweizer Amtsstellen das Erntedankfest. Als Redner trat Gauleiter Bohle auf, der Chef der Auslandorganisation der NSDAP. Das war eine bewusste und gezielte Provokation. Die Entrüstung war gross, vor allem bei den Sozialdemokraten, die eine Interpellation im Kantonsrat einreichten. Verärgerung über das dreiste Auftreten der deutschen Kolonie und die Willfährigkeit der Schweizer Behörden reichte aber bis weit in die bürgerlichen Reihen hinein. Die Antwort der Regierung im Kantonsrat fiel schwächlich aus. Sie versteckte sich hinter den Weisungen aus Bern und behauptete, es habe sich um eine geschlossene Veranstaltung gehandelt. Das alles vermochte das Gefühl nicht zu beseitigen, dass hier am falschen Ort Nachsicht gezeigt worden sei. Immerhin war damit der Höhepunkt der Aktivität der deutschen Kolonie überschritten. Die Behörden beugten sich der öffentlichen Meinung und untersagten künftig ähnliche Massenveranstaltungen mit aus dem Ausland herangereisten parteipolitischen Rednern. Die Abrechnung mit der deutschen Kolonie erfolgte freilich erst nach Kriegsende, als die totale Niederlage des Dritten Reiches feststand und der Nazispuk verschwunden war.

Professor Karl Meyer



*Aufmarsch bei einer deutschen
Veranstaltung*



Neue Zürcher Zeitung

und schweizerisches Handelsblatt

Täglich drei Ausgaben

Redaktion: Falkenstrasse 11, Zürich

Telephon 32 71 00

Ein Dokument aus dem November 1940 Die „Eingabe der 200“

Bern, 22. Jan. * Unter dem heutigen Datum hat der Bundesrat der Presse den Text einer Eingabe übergeben, die am 15. November 1940 dem Bundesrat eingereicht wurde und die wiederholt, namentlich aber in jüngster Zeit, öffentlich besprochen worden war unter dem Namen der „Eingabe der 200“. Der Publikation dieses Dokumentes hat der Bundesrat eine Erläuterung an den Präsidenten der Vereinigung der Bundeshausjournalisten, Dr. Franz Wäger, mitgegeben. Dieses Schreiben nimmt Bezug auf die Interpellation Giovanoli über den Fall Hügel und wiederholt, was bereits in der nationalrätlichen Kommission für auswärtige Angelegenheiten mitgeteilt wurde: Diese Eingabe wurde bei der Behandlung der genannten Interpellation nicht zur Diskussion gestellt, weshalb der Sprecher des Bundesrates auch keine Veranlassung hatte, sie in seine Beantwortung einzubeziehen. Die nachträgliche Publikation begründet der Bundesrat wie folgt:

„Nachdem jedoch jene Eingabe zum Gegenstand der öffentlichen Diskussionen geworden ist und die verschiedensten Vermutungen und Interpretationen über deren Inhalt und Unterzeichner Platz gegriffen haben, hält es der Bundesrat für zweckdienlich, im Interesse vollständiger Abklärung den Inhalt der Eingabe vom 15. November 1940 mit der Liste sämtlicher Unterzeichner der Presse zu übergeben. Der Bundesrat war sich seinerzeit nach Eingang der Eingabe darüber klar, daß dieser in allen Teilen seine Folge zu geben sei, da die darin aufgestellten Forderungen sowohl rechtlich wie politisch als absolut unumgänglich bezeichnet werden mußten. Auf eine schriftliche Beantwortung der Eingabe verzichtete der Bundesrat, beauftragte jedoch den Vorsteher des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (Bundesrat von Steiger, Dr. Berchtold), einem der Erstunterzeichner der Eingabe, Herrn A. von Sprecher, die Stellungnahme des Bundesrates mündlich zu eröffnen. Bei diesem Anlaß wurde dem Vertreter der Eingabe mitgeteilt, aus welchen Gründen der Bundesrat nicht in der Lage sei, dem gestellten Begehren irgendwelche Folge zu geben und auf eine materielle Befolgung der Eingabe überhaupt einzutreten.“

Wir lassen den Wortlaut der Eingabe samt den Namen der Unterzeichner folgen. (Die Zahl der Unterschriften erreicht nicht ganz die 200; man kannte nur die ungefähre Zahl, da ja Namen und Text der Außenwelt nicht bekannt waren.)

Der Brief und seine Unterzeichner

Zürich, den 15. November 1940

An den Hohen Bundesrat
der Schweizerischen Eidgenossenschaft

Bern

Hochgeehrter Herr Bundespräsident,
Hochgeehrte Herren Bundesräte,

Die unterzeichneten Schweizerbürger aus den verschiedenen Kantonsanteilen und von verschiedener poli-

tenheit für das eine und schrankenlose Abneigung gegen das andere Lager unser Land in schwere Gefahren gestürzt. In völliger Verneinung der Eigenart unseres Landes, dafür aber beherrschend von den nebelhaften Vorstellungen einer internationalen Weltbörse, deren Kreis unsere Eigenart nicht zum Wesen nach zugehörig soll, wird versucht, sowohl unsere innenpolitische als unsere außenpolitische Haltung derjenigen ausländischer Demokratien anzugleichen. Durch ihre einseitig eingestellte Berichterstattung über das Ausland, die dem Leser oftentunde Tatsachen der Weltpolitik gefälscht vorentwirft, hat unsere maßgebende Presse dem Schweizer Volk die gerade heute so dringend notwendigen nüchternen und sachliche Beurteilung der Geschehnisse erschwert. Durch ihre tagtägliche Beeinflussung der im Grunde durchaus unparteiisch eingestellten Masse unserer Bürgerchaft hat sie jene Stimmung geschaffen, die sich in Verunglimpfungen und feindseligen Handlungen gegenüber fremden Staaten oder ihren Angehörigen Luft machte, und die unsern Land immer wieder Schwierigkeiten zugezogen hat.

Zur Kennzeichnung des Tones, wie er in dieser verantwortungslosen und vergiftenden Kampfwelt noch in jüngster Zeit angeschlagen wurde, seien hier nur einige Stellen aus einer Broschüre angeführt, die Herr Nationalrat Robert Grimm, Regierungspräsident des Kantons Bern und Chef der Sektion Kraft und Wärme des eidgenössischen Kriegswirtschaftsamtes, diesen Sommer hat erscheinen lassen:

„... Diese Diktaturen stellen in ihrer Gesamtheit einen Rückfall in die Barbarei dar. Sie vernichten die Grundrechte der Menschheit, zerstören die Freiheiten und Rechte der Bürger, zerklüften Treu und Glauben und die Grundlage der gesellschaftlichen und zwischenstaatlichen Beziehungen. Sie bedeuten die Methoden des Massakers, die Methoden der brutalen Vernichtung des Gegners, unbekümmert um seine Rassenstellung...“

Es ist ein bunt zusammengewürfeltes Apparat von ehemaligen Landsknechten und Abenteurern, kulturell, brutal und geistlich zugleich, ein diktatorischer Apparat, der in ganz anderer Art und in anderem Ausmaß ein Bonzenium verlorpelt, von dem früher die Rede war.“

Hand in Hand mit derartigen, dem Vortrieb internationaler Emigranten entsetzlichen Beschimpfungen ausländischer Regierungen — und zwar von Regierungen, mit denen der Leiter der Versorgung mit Kraft und Wärme sollte verhandeln können — geht seit langem eine planmäßige, terroristische Verächtlichmachung vieler Eidgenossen, die für ein freundschaftliches Verhältnis und für die Pflege der allergebrachten kulturellen Beziehungen mit allen Nachbarn eintreten, und die es als eine vornehmste Aufgabe unseres Vaterlandes betrachteten, zwischen den Nachbarn vermittelnd und verführend zu wirken. Aufzedeihen auf solchen Schweizern ist im Verlauf dieser Jahre eine bürgerliche Stellung empfindlich gefährdet und, was noch schwerer wiegt, an ihrer persönlichen Ehre Abbruch getan worden.

Sollte die Verletzung von der Eidgenossenschaft wiederum das größte Opfer für die Wahrung ihrer Freiheit fordern, so wollen wir bereit sein, ihrem Ruf mit vorbehaltloser Entschlossenheit zu folgen, im Vertrauen darauf, daß keine noch so große Übermacht das Schweizer Volk daran zu hindern vermag, sich ehrenvoll für sein Recht zu wehren. Aber wir wollen es auch mit dem guten Gewissen tun können, die selbstverständlichen Verpflichtungen, die den Rechten unserer Neutralität entsprechen, ehlich erfüllt zu haben.

In Erfüllung dieser Pflichten müssen wir verlangen, daß den Urhebern von notorischen und andauernden Beschimpfungen unserer Beziehungen zu den

6. Entgiltung unseres politischen Lebens durch die Wiederentnahme jener Liebergriffe unserer politischen Polizei, die sich lediglich durch die Verheerung unserer öffentlichen Meinung erklären lassen. Eine unparteiliche gerichtliche Stelle soll die politischen Prozesse und Strafanordnungen, die zur Beantwärtung Anlaß geben können, überprüfen, die Betroffenen in ihrer Ehre wiederherstellen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen.

7. Sorgfältige Pflege der kulturellen Beziehungen zu allen unsern Nachbarn, wie sie durch Geschichte und Erfahrung gegeben und für alle drei Sprachgebiete unseres Landes lebensnotwendig sind.

8. Vereinnahmung unserer außenpolitischen Stellung durch die Lösung der letzten Bindungen an den Völkerbund und die Ausmerzung jeder fremden politischen Stelle auf unserem Boden.

Wir erlauben Sie, unsere Ihnen hier vorgelegten, aus vaterländischer Besorgnis hervorgegangenen Forderungen ernstlich zu prüfen und im Hinblick auf die heutige gefährvolle Lage unseres Landes deren Verwirklichung an die Hand zu nehmen. Von der ungenügenden, kraftvollen Durchführung dieser Forderungen erhoffen wir eine Verstärkung unserer Stellung im Kampf für unsere Unabhängigkeit und unser gutes Recht.

Genehmigen Sie, hochgeehrter Herr Bundespräsident, hochgeehrte Herren Bundesräte, den Ausdruck unserer vollkommenen Hochachtung.

sig. S. Ammann sig. G. Jenny
Rud. Grob A. v. Sprecher
F. Rieter Heinz Frid
Dr. E. Friedrich

Die Eingabe wird ferner unterzeichnet von: A. Abele, Postbeamter (Basel); Paul J. Abend, Techniker (Kreuzlingen); Dr. Kurt Aebi, Rechtsanwalt (Zürich); Dr. med. R. Allemann (Zürich 1); Dr. med. F. Altherr (Olshofen); Dr. E. Amberg, Professor (Zürich); S. Baer, Kaufmann (Zürich); Dr. med. E. H. Bauer, Balgach (St. Gallen); Carlo Bernasconi, Müllermeister (Viganello); Dr. A. Berthou, Rechtsanwalt (Zürich); Dr. Th. Berthou, alt (Zürich); Dr. iur. H. Biberstein (Zürich); O. Biedel-Schirmer, Architekt (Zürich); M. Bösch, Organist (Zürich); Dr. iur. F. Bon (Zürich); Dr. S. Brändli, Direktor (Zürich); Dr. med. F. Braun (Zürich); Dr. iur. Kurt Brunner (Zürich); Hans Bürgi, alt (Paretz (Kirchlinbach)); P. Burchard-Weinhard (Winterthur); F. Buri, Major (Zug); Dr. med. R. Campell (Montreux); Dr. iur. Lucien Cramer (Gen); Dr. Oskar Däniker, Oberst i. S. (Wallenstadt); E. Edenstein, Architekt (Basel); Ernst Egli, Lehrer (Zürich); E. Eidenbenz-Pellat, Apotheker (Zürich); Othmar Ernst, Fabrikant (Furlingen); Dr. S. Farner (Zürich); Walther Fehlbild, Hotelier (Lugano); Dr. E. Fildner, Prof. E. T. H. (Glenbach-Zürich); Hans Fildner, Landwirt und Großrat (Riehen); Dr. Wilhelm Frid, Rechtsanwalt (Zürich); M. Fries, Ingenieur (Zürich); Dr. Max Furler, Jährprediger (Bern); E. Georg, Kreisgenosse (Zürich); O. Hermann, Architekt (Zürich); Dr. E. G. Gohweiler-Wanber (Buri-Bern); Hans R. Grob (Bern); F. Haller, Buchhalter (Zürich); Dr. med. J. Hasler-Brunner (Spilgen); Dr. A. Hausmann, Rechtsanwalt (St. Gallen); Kaufm. Architekt (Zürich); Dr. E. Fiedler, alt Professor (Zürich); B. Henzli, Bauherr (Gen); Dr. D. Hofmann, Rechtsanwalt (Zürich); E. Keller, Oberstlt. (Zürich); Dr. V. Kläui (Zürich); Dr. R. Kolb, Tierarzt (Embrach); Dr. iur. R. Corabi, Obergerichtspräsident (Zürich); Dr. Kramer, Rechtsanwalt (Basel); Dr. Carlo Kuster, Sekretär der Handelskammer (Lugano); Dr. E. Landolt, Stathalter (Nidfelingen); Gottfried Lauper, Landwirt und Großrat (Zeedorf); Ludwig Bengacher, Landwirt und Großrat (Mühlenen im Randental); Albert Mäder, Gebirgshalter (Landquart); Dr. med. Malter, Gemeindepräsident (Morbas); Willy Mattie (Zürich); Dr. Joachim Mercier, Ständerrat (Glarus); Dr. Franz Meier (Zürich); Alphonse Morel, Advokat (Aussanne); Dr. Hans Müller, Zahnarzt (Zürich); Dr. Leo Rabin (Montreux); Walter Reppert, Kunsthändler (Zürich); Dr. E. Ruchbaumer, Großrat (Ersberg, Berner Jura); Dr. med. J. de Ruoz, Oberarzt, Kantonspital (Mün-

(Olten); Dr. F. Bernet, Industrielektor (Zollikon); F. Rüschler-Perri (Dornach); Walter Ehrbar (Zeuzen-Appenzell); A. von Erlach, Jng. (Bern); Werner Frey, Notar (Marat); Dr. phil. Ernst Furter (Zürich-Wollishofen); Dr. Heinrich Furter (Basel); E. Gockler, Fabrikant (Zollikon-Zürich); Walter Gruber, Hauptmann (Basel); Dr. Hans Grünwiesler, Zahnarzt (St. Gallen); Dr. O. B. Häfeli, Chelzarzt im Kantonspital St. Gallen; J. Koberle-Ruoffmann, Direktor der Kantonalbank (Basel); Oscar Kaiser, Journalist (Wale); Siegfried Keller, Oblt. (Zürich); Fritz Kohner, Wirt und Landwirt (Thermet-Diemtstal); J. Knecht, Seffleher (Zürich); Dr. E. Kron, Rechtsanwalt (Morgen); Dr. iur. Jules Nieder (St. Gallen); R. Mettler-Spader (St. Gallen); Dr. M. Mühner, Arzt (Signau); M. Niederer (Zeuzen-Appenzell); E. Reblmann, Ingenieur (Zürich); Max Rivier (Lautanen); Dr. O. Saladin (Schweizerhof); Dr. med. R. Schäppi (Zürich); Dr. med. S. Schöb (Müllingen); Dr. med. Scholer (Wetzst); Walter Semmhauser, Oberst (Zürich); Walter Streiff (Zeuzen-App.); Dr. E. Staber, Professor (St. Gallen); Direktor Straumann (Waldenburg); Fritz Streiff (Lathal-Zürich); Dr. A. Stadelberg, Rechtsanwalt (Basel); Max Marc Thomas (Gen); Dr. med. Willinger (Schaffhausen); S. Wessler-Brand (Basel); Dr. S. Wauder, Industrielektor (Neuenegg); Benno Wehinger, Dipl. Jng. Agr. (Zürich); Dr. Otto Westlein (Zürich); Otto Witz, Schriftsteller (Gunten a. Thunersee); Leo Zehntner-Fasch (Tessdorf-Baselstadt); J. Zingg, Gashalter (Glarus).

Die wenigen Begleitbemerkungen des Bundesrates reichen nicht aus, um den Werdegang dieser Eingabe und deren Bedeutung in die allgemeinen politischen Zusammenhänge zu stellen. Zunächst ist zu betonen, daß die Eingabe in der vorliegenden Fassung bereits eine Abschwächung gegenüber einem ursprünglich vom Volksbund für die Unabhängigkeit der Schweiz auf dem Zirkularweg verbreiteten Entwurf bedeutete; in jenem Original war ausdrücklich die Eliminierung der Chefredaktoren der „N. Z. Z.“, der „Basler Nachrichten“ und des „Bund“ sowie die Unterdrückung einiger weiterer Zeitungen, wie „National-Zeitung“ und „Nation“, verlangt worden. Ferner haben die Volksbundtreue nachträglich einen verbündeten Abzug des nun veröffentlichten Wortlautes mit einer Auswahl von etwa 40 Unterzeichnern publiziert.

Die Eingabe steht nun aber nicht bloß im Zusammenhang mit dem Fall Hügel (drei der Hauptunterzeichner, Dr. Hector Ammann, Kaspar Jenny und Dr. Andreas von Sprecher, hat Bundesrat Petitspiere unter den Persönlichkeiten genannt, die mit Hügel verhandelt hatten); sie stellt, wie die beschlagnahmten Mitgliederverzeichnisse der N. B. S., tatbestandliches Material dar, das dem Bundesrat im Anschluß an die Denkschrift über die antideokratischen Umtriebe zur Veröffentlichung empfohlen wurde. Denn dieser bundesrätliche Bericht hat in weitesten Kreisen die Notwendigkeit erkennen lassen, daß auch die presspolitischen Beziehungen der Schweiz in den Vorkriegs- und Kriegsjahren Gegenstand einer ebenso gründlichen Aufklärung bilden sollten wie das Verhalten der „fünften Kolonne“. Es fiel mir daran, daran zu erinnern, daß die Versuche des Dritten Reiches, der Schweiz ein Pressabkommen nach dem Muster des österreichischen nahezu legen, bisher nur andeutungsweise berührt wurden. Erst in dieser Beleuchtung erhält die Eingabe ihre eigentliche Bedeutung: Der „Aufschluß“ an die „neue Ordnung“ im nationalsozialistischen Sinne sollte auf dem gleichen Weg wie im Falle Österreichs erreicht



«Wer nicht schweigen kann, schadet der Heimat» – ein Slogan, der im Krieg zum geflügelten Wort wird. Die Eingabe der 200, die im November 1940 die Anpassung der Schweiz an das von Hitler beherrschte Europa fordert, deu-

tet diesen Spruch in eigener Weise, indem ein Maulkorb für die Presse verlangt wird. Die Eingabe bleibt zunächst der Öffentlichkeit vorenthalten. Als sie im Jahre 1946 bekannt wird, löst sie einen Sturm der Entrüstung aus.

Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges erschienen in Zürich fünf Tageszeitungen, die meisten zur politischen Meinungspresse gehörend. Die älteste war die «Neue Zürcher Zeitung», eng verbunden mit der Freisinnigen Partei, daneben das «Volksrecht», das Organ der Sozialdemokraten, und die «Neuen Zürcher Nachrichten» der Christlichsozialen. Die jüngste einer politischen Gruppe nahestehende Tageszeitung war «Die Tat» mit ihrem Herausgeber Gottlieb Duttweiler, die in den ersten Kriegswochen zu erscheinen begann. Parteipolitisch unabhängig war der «Tages-Anzeiger». Er war Ende des 19. Jahrhunderts gegründet worden, startete mit einer hohen Auflage und war auch 1939 noch immer die auflagenstärkste der fünf Tageszeitungen. Seine Leserschaft fand der «Tages-Anzeiger» hauptsächlich beim politisch ungebundenen mittleren und kleinen Bürgertum.

Die andern vier aber waren kämpferisch für ihr Parteicredo engagierte Zeitungen. Alle wurden von politisch profilierten Persönlichkeiten geleitet. Der «NZZ» stand als Chefredaktor Willy Bretscher vor, dem «Volksrecht» Paul Meierhans, Nationalrat und später Regierungsrat, den «Neuen Zürcher Nachrichten» Hermann Odermatt, auch er im lokalpolitischen Leben aktiv. Bei der «Tat» war Duttweiler nicht nur nomineller Herausgeber, sondern er gab dem Blatt auch politisch sein Profil.

Aussenpolitisch standen alle Zeitungen zumindest generell auf der gleichen Linie; sie führten sowohl gegen die Sowjetunion wie gegen das nationalsozialistische Deutschland eine scharfe Sprache, wenn auch mit Nuancierungen. Innenpolitisch waren die Stellungnahmen noch deutlicher. Weder Kommunisten noch Fröntier, deren Zeitungen «Der Kämpfer» bzw. «Die Front» 1939 in Zürich kaum mehr eine Rolle spielten, hatten bei den grossen Zeitungen Zürichs Sympathien. Auch das «Volksrecht», das recht unverblümt schrieb, sparte nicht mit scharfen Attacken auf die Kommunisten, die «Spalter»

der Arbeiterbewegung, die ihrerseits über die «Sozialfaschisten» der Sozialdemokratie herzog. Selbst die «NZZ» gab in innenpolitischen Auseinandersetzungen dem Zweihänder den Vorzug vor dem Florett. Das «Blatt der Hochfinanz», wie das «Volksrecht» die Zeitung zu titulieren pflegte, krepelte in Wahlen und Abstimmungen die Ärmel hoch und schlug unverdrossen auf den Gegner ein.

An Wochenzeitungen, sieht man von den illustrierten Blättern ab, dominierten in Zürich zwei: die 1933 gegründete, von Karl von Schumacher und Manuel Gasser geleitete «Weltwoche», die sich an ein intellektuell anspruchsvolles Publikum wandte, und die vom Jean-Frey-Verlag herausgegebene «Schweizer Wochenzeitung», ein weitverbreitetes, dank ihrer Koppelung mit Versicherungspolice recht ertragsreiches Blatt, das gezielt Geschmack und Niveau der kleinen Leute ansprach.

Über Nacht fiel nun der Schatten der Zensur auf die Presse. Rechtliche Grundlage war ein Bundesratsbeschluss vom 8. September 1939 über das Nachrichten- und Pressewesen. Er beruhte auf dem Gedanken der Zusammenarbeit zwischen Zensur und Presse. Das war einfach gesagt, aber schwierig zu verwirklichen. Die Zensur, bürokratisch-offiziell Abteilung Presse und Funkpruch (APF) genannt, war zunächst dem Armeekommando unterstellt. Praktisch ausgeübt wurde sie von den einzelnen Territorialkommandos, in Zürich also durch das Territorialkommando 6. Über die Art und Weise, wie im Ernstfall die Zensur gehandhabt werden sollte, bestanden bei den von der Armee ernannten Zensoren die unterschiedlichsten Vorstellungen. Sie waren nur zum ganz geringen Teil Fachleute. Meist wurden Juristen oder Kaufleute mit der Aufgabe betraut. Bei diesen Voraussetzungen war es nur natürlich, dass es am Anfang zu Reibereien kam. Einzelne Zensoren wollten ihre neue Aufgabe so direkt als möglich ausüben und hätten sich am liebsten in den Vorzimmern der Re-

*Der Leiter der Abteilung
Presse und Funkspruch
(APF), Oberst Lind, Chef
der Zensur in Zürich*

daktoren installiert, um ihnen besser auf die Finger sehen zu können.

Solche Versuche wurden von Redaktoren wie Verlegern jedoch meist rasch unterbunden. Trotzdem belastete zu Beginn des Krieges während Monaten eine gelegentlich unerträglich werdende Spannung die Beziehungen zwischen Zensur und Presse. Es kam zu unerfreulichen Zusammenstössen wie dem Eclat um das vom Bundesrat ausgesprochene Verbot des im Zürcher Europa-Verlag erschienenen Rauschning-Buches «Gespräche mit Hitler». Einen eigentlichen Skandal gab es auch im Zusammenhang mit einem Artikel der in Zürich erscheinenden «Handelszeitung», in der ein Redaktor sich die von den Deutschen eifrig kolportierte und in der Schweiz mancherorts übernommene These von der Mitschuld der Presse bei einem eventuellen Angriff Deutschlands auf die Schweiz zu eigen machte. Es stellte sich heraus, dass der Redaktor genötigt worden war, den Artikel zu schreiben. Das Blatt erhielt von der APF eine Verwarnung.



Diese «Blutschuldthese» war im Krieg während Jahren Gegenstand heftigen Streitens. Praktisch widerlegt wurde sie aber schon im Mai 1940, als die Deutschen Holland überfielen. Noch kurz zuvor war von Schweizer Amtsstellen unter Hinweis auf angeblich gewichtige Informationen aus offiziellen Kreisen Deutschlands behauptet worden, die Haltung der holländischen Presse unterscheide sich vorteilhaft von jener der schweizerischen. Jedenfalls müsse in Berlin über die Holländer nie geklagt werden. Trotzdem wurde Holland von den Deutschen überfallen und nicht die Schweiz. Die Meinung, Hitlers Entschlüsse seien von der Schreibweise einiger Schweizer Zeitungen beeinflusst, war damit als Legende entlarvt. Das verhinderte allerdings nicht, dass sie noch jahrelang in einigen Köpfen herumgeisterte.

Im Sommer 1940 kristallisierte sich ein einigermaßen funktionierendes (wenn auch von den Redaktionen meist nur zähneknirschend akzeptiertes) System der Nachzensur heraus, das Sanktionsmöglichkeiten in der Stufenfolge Verwarnung – Beschlagnahmung – Verbot einschloss. Ergänzt wurde die Zensur damals durch eine im Hintergrund wirkende Presselenkung, indem die APF an die Redaktionen Richtlinien herausgab, wie einzelne Ereignisse zu werten und zu kommentieren seien. So etwa nach dem Zusammenbruch Frankreichs: «Ruhig und zurückhaltend bleiben, keine Seitenhiebe gegen England und die USA», oder als am wichtigsten: «Keine Rückschlüsse ziehen betreffend Rückwirkungen auf die Situation der Schweiz.»

Die Pressezensur blieb aber, als sich nun ein labiles Gleichgewicht und eine beiderseitige Angewöhnung einzustellen begann, während des ganzen Krieges umstritten, auch als im Januar 1942 die Oberaufsicht vom Armeekommando auf den Bundesrat, das heisst auf das Justiz- und Polizeidepartement, überging. Im Nationalrat kam es im Februar 1940, im Juni 1942 und schliesslich noch einmal im März 1944 zu längeren Ausspra-

chen, in denen die Parlamentarier das Sündenregister der Zensoren Revue passieren liessen. Wie ängstlich zu Anfang die Zensur war, lässt sich daran ermesen, dass im Februar 1940 allen Ernstes beantragt wurde, das Stenogrammprotokoll der öffentlich geführten Nationalratsdebatte über die Pressezensur nicht im Druck erscheinen zu lassen, aus Furcht vor unwirschen Reaktionen des nördlichen Nachbarn. Das passte in das Gedankenschema jener Leute der APF, die gelegentlich so argumentierten: «Die Frage, ob die in der Presse erhobenen Anschuldigungen gegen eine Kriegspartei objektiv richtig seien, ist völlig gleichgültig; es kommt einzig darauf an, wie dieselben jenseits der Grenze aufgefasst und empfunden werden.»

Die Sorge, in Berlin Anstoss zu erregen, dominierte in der Zeit der deutschen Siege die Flaltung der Zensoren auch beim Territorialkommando 6. Die Grundhaltung der Zeitungen sei im Allgemeinen deutschfeindlich, wurde erklärt. Die Zensoren machten zum Teil abwegige Vorschläge, wie dem abzuwehren sei, etwa durch Aufträge an bestimmte Publizisten, deutschfreundliche Artikel zu verfassen. Auch wenn die Presse solche Übergriffe im Allgemeinen abwehren konnte, so hat der Druck, der auf sie ausgeübt wurde, doch Spuren hinterlassen. Man wird heute die Kommentare der Zeitungen und Zeitschriften, die Auswahl der Meldungen, die Aufmachung, die Titelgebung, überhaupt die ganze Gestaltung während der Kriegsjahre unter dem Blickpunkt betrachten müssen, dass die Pressefreiheit eingeschränkt war. Viele schrieben nicht das, was sie dachten, oder hielten sich zumindest im sprachlichen Ausdruck je nach Temperament mehr oder minder stark zurück. Wenn sich Verleger und Redaktoren fast täglich in irgendeiner Form gedanklich oder verbal mit der Zensur herumplagen mussten, so hatte das Folgen, die sich auch in der Zeitung selbst niederschlugen. Eine Klimaänderung setzte erst ein, als Journalisten und Redaktoren zur Pressekontrolle beigezogen wurden.

Ihre Stimme wirkte entschärfend und übte auf die Entscheide der Zensur ausgleichenden und mässigenden Einfluss aus.

Ein Zwischenfall im Herbst 1941 zeigte, dass die Frage, wie die Grenzen der Pressefreiheit zu ziehen seien, noch immer verschieden beantwortet werden konnte. Damals war die Weisung ergangen, die Erschiessung von Geiseln durch die Deutschen dürfe nur als nackte Tatsache gemeldet werden; Kommentare und rechtliche Erwägungen hätten zu unterbleiben. Arthur Frey, Redaktor des Evangelischen Pressedienstes in Zürich und selbst Mitglied der Pressekontrolle, protestierte in einem Brief an das Territorialkommando 6 gegen diese Zumutung: «Wenn nicht mehr gesagt werden darf», schrieb Frey, «dass die Erschiessung von Geiseln die Aufhebung jedes Rechts und aller christlichen Kultur bedeutet, dann wird nichts weniger als der Tatbestand der Gewissenslenkung erfüllt. Nachdem die Abteilung Presse und Funkspruch und auch ihre Pressestelle sich dazu hergeben, diese unerhörte Weisung durchzugeben, ist es mir nicht mehr länger möglich, in ihrem Dienst zu stehen.»

Von den zürcherischen Tageszeitungen war es vor allem die «Tat», die als jüngster Spross im Blätterwald sich gelegentlich recht ungebärdig zeigte. Sie erhielt auch mehrere Verwarnungen, zum Teil im Zusammenhang mit den Kampagnen, welche die Migros gegen die Kriegswirtschaft führte. Auch die «Weltwoche» erlebte Verwarnungen und Beschlagnahmen, ebenso die «Neuen Zürcher Nachrichten». Der «NZZ» wurde ein Bild zum Verhängnis, das im Mittagblatt des 16. April 1941 auf der Frontseite publiziert wurde und einen deutschen Panzer beim Durchfahren einer Tanksperre auf dem Balkan zeigte. Anstoss erregte die Legende, in der nach Auffassung der APF die Nützlichkeit von Panzerhindernissen bezweifelt wurde.

Eher ins Lächerliche gehören die Mahnungen der Zensur gegen Kommentare von Blättern in der Zürcher Landschaft. Eine Zei-

tung erhielt eine Verwarnung, weil sie im Juli 1943 die Landung der Alliierten auf Sizilien mit dem saloppen Spruch begleitet hatte: «Jetzt kommt der grosse Moment, wo der Aff ins Wasser rennt.» Und der «Weinländer» musste eine Verwarnung einstecken, weil er zum Abgang Mussolinis 1943 geschrieben hatte: «Einer der Tyrannen ist gestürzt worden.» Das Blatt legte Rekurs ein und erhielt recht, weil Mussolini zum Zeitpunkt des Kommentars nicht mehr Regierungschef Italiens gewesen sei und damit nicht den Schutz einer offiziellen Persönlichkeit in Anspruch nehmen könne. Der andere Tyrann hingegen genoss noch anderthalb Jahre lang diesen Schutz. ...

Während des Krieges ist die Zürcher Preselandschaft für kurze Zeit um ein Produkt bereichert worden, das sich in der damaligen helvetischen Zeitungswelt seltsam exotisch ausnahm: die «Actualis», täglich erschei-

nend, knallig aufgemacht, reich illustriert, das erste schweizerische Boulevardblatt.

An sich war die Neugründung von Zeitungen im Krieg bewilligungspflichtig. Normalerweise hätte die «Actualis» kaum eine Chance gehabt, zugelassen zu werden. Die Konzession war jedoch bereits vor Kriegsbeginn erteilt, vom Verlag aber nicht ausgenutzt worden. Nun glaubte er, die Zeitläufe seien günstig. Die Gemischte Pressepolitische Kommission (eine Vereinigung von Verlegern und Journalisten) war dagegen. Die Abteilung Presse und Funkspruch hingegen erklärte in einer vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement angeforderten Stellungnahme, die neue Zeitung müsse unter dem Aspekt der gegenwärtigen ausländischen Propaganda in der Schweiz beurteilt werden. Diese habe heute Formen und Umfang angenommen, dass es erwünscht sei, schweizerische Blätter zu fördern, die dieser



Ein von der Zensur in der «NZZ» vom 16. April 1941 beanstandetes Bild vom Vormarsch der Deutschen in Nordgriechenland. Begründung: Die Legende, in der stand, die Tanksperrren hätten «nicht mehr die Bedeutung, die man ihnen zu Beginn des Krieges beimass», könnte falsche Vorstellungen über die Abwehrkraft der eigenen schweizerischen Verteidigungsanlagen erwecken. Die Ausgabe wurde beschlagnahmt.

fremden Beeinflussung entgegenzuwirken suchten. Eine Zeitung wie die «Actualis», die das Bild als wirksames Mittel der Publizistik in den Mittelpunkt rücke, könnte hier gute Dienste leisten.

Das Erscheinen der «Actualis» wurde bewilligt. Sie erschien erstmals am 14. Dezember 1940. Obwohl der Chefredaktor, Theodor Rimli, ein erfahrener Journalist war, hatte das Blatt von Anfang an mit Schwierigkeiten zu kämpfen, nicht nur in finanzieller, sondern auch in redaktioneller Hinsicht. Es war ein Versuch, den Boulevardjournalismus in der Schweiz zu etablieren. Die Akzeptanz war nicht gross. Jeder hatte andere Sorgen, als sich um die aufgebauschten Nichtigkeiten zu kümmern, die üblicherweise das tägliche Brot einer Boulevardzeitung sind. Ein Beispiel gesuchter, in die Zeit passender Sensationshascherei der «Actualis»: «In Basel wimmelt es von Spionen», hiess eine Überschrift, attraktiv besonders in Kriegszeiten. Mit den Spionen waren aber nicht fremde Agenten gemeint, sondern die Spiegel, die damals in Basel an vielen alten Häusern angebracht waren, damit man sehen konnte, wer draussen stand. Das alles mutet reichlich amateurhaft und dilettantisch an. Das triste, schwächliche Grau des Druckes und des Zeitungskopfes mochte in die Zeit passen, war aber nicht dazu angetan, Käufer anzulocken.

Schliesslich blieb im März 1941 die «Actualis» auch in den Fussangeln der Zensur hängen, als sie eine nicht als solche deklarierte Agenturmeldung gewissermassen als eigenen redaktionellen Beitrag publizierte. In der Meldung wurde behauptet, deutsche Soldaten hätten während des Westfeldzuges französische Kriegsgefangene als Kugelfang vor ihren Panzern hergetrieben. Das Verdikt lautete auf zehn Tage Verbot, ein harter Schlag für eine um Absatz kämpfende Zeitung.

Die «Actualis» hat es nicht einmal auf ganz 120 Nummern gebracht. Am 31. Mai 1941 stellte sie nach knapp halbjähriger Lebensdauer ihr Erscheinen ein. Eine in letz-

ter Stunde vorgenommene Änderung in der Leitung des Blattes hatte das Schicksal nicht abzuwenden vermocht. In einem Schlussartikel stellten die Herausgeber fest, es seien Fehler gemacht und das Ziel, «vom Boulevardblatt zur fesselnden Schweizer Tagesillustrierten zu werden», sei nicht erreicht worden. Es sollte noch fast zwanzig Jahre dauern, ehe, ebenfalls von Zürich aus, der «Blick» gestartet wurde, die erste nach vielen Anfangsschwierigkeiten schliesslich den Durchbruch erzielende und zum Erfolg werdende schweizerische Boulevardzeitung.



Zensurlücken in der Zeitung waren eher selten, da keine Vorzensur stattfand. Dem «Nebelspalter» bot die Zensur manche Angriffsflächen, aber auch er musste sich oft einer nur zähneknirschend ertragenen Zurückhaltung befleissigen. Im Herbst 1940 wurde in Zürich das Erscheinen einer neuen Zeitung bewilligt, der «Actualis». Die Zensurbehörde glaubte, mit diesem ersten Boulevardblatt werde ein Gegenmittel gegen die deutsche Propagandawelle geschaffen. Die Zeitung wurde nur etwa ein halbes Jahr alt und ging, nachdem sie einmal sogar für ein paar Tage verboten war, Ende Mai 1941 wieder ein.

Verkaufsstellen
Aarau, Baden, Brugg,
Dietikon, Glarus, Borgen,
Luzern, Muri, Neuchâtel,
Schaffhausen, Thalwil, Wädenswil,
Winterthur, Zug

Verkaufsstellen in Zürich:
Orlikon:
Nannenstr. 11, Tel. 49247
Regenb. str. 21, T. 49250
Altst. 11
Bäckerstr. 54

Samstag, 1. Juni 1940

MIGROS

Limmstr. 200
Klosterstr. 5
Bahnhofstr. 59
Riffelstr. 54
Reidengasse 13
Rechtstr.
Bräuer-Kornstr. 5
Schmiedstr. 11
Hochschulen
Hönggstr. (Universität)
Albinstr. 25
Landenbergstr. 11
Birmensdorfstr. 4
Goststr. 11
Niederdorfstr. 10
Albriederplatz 9

Ueber Kommendes

— (Zürich) —

Die Migros A. G. künftig eine Genossenschaft

Motto: Nur wenn die Eidgenossen fähig sind, sich ganz und leidenschaftlich der Vaterlandsidee hinzugeben, wird die Eidgenossenschaft in der neuen Zeit weiterbestehen.

Der Besitzer der Migros-Aktien hat den grundsätzlichen Beschluß gefaßt, die Migros-Aktiengesell-

schaft in eine Genossenschaft umzuwandeln und die Genossenschaftsanteile den Konsumenten und zu einem kleineren Teil den Angestellten durch Stiftung zu schenken.

Es soll ein Genossenschaftsrat geschaffen werden, der, zusammen mit dem Stiftungsstatut, Gewähr bietet für gerade Fortsetzung des politischen und wirtschaftspolitischen Programms.

Schokolade oder Brot?

— (Zürich) —



ZÜRICH, SAMSTAG, 14. DEZ. 1940 · 4. JAHRGANG Nr. 1

ACTUALIS

EXPEDITION: MORGARTENSTRASSE 3, ZÜRICH



Die neue Zeitung.

NEU?

Fast ist man versucht, die Frage zu vernachlässigen. Die Vorarbeiten für die «ACTUALIS» gingen nämlich schon vor ungefähr zwei Jahren, im Januar 1939, an — zu einer Zeit, als «Paris-Soir» und «Match» bei uns hoch in Gunst standen. Seither ist in der Weltgeschichte einiges passiert; heute, da die «ACTUALIS» an die Öffentlichkeit tritt, werden am Kluck wieder ganz andere Zellungen verlangt.

So oder so — aber damit ist die Existenzberechtigung, ja die dringende Notwendigkeit einer illustrierten Tageszeitung in der Schweiz bewiesen. Man wird uns nicht weismachen können, dass alle diejenigen, die früher ein französisches Boulevard-Blatt in die äussere Rocktasche steckten und heute vielleicht etwas unauffälliger eine andere knallige Wochenschrift kaufen, schlechte Schweizer seien! Sie wollen eben so wenig wie wir eine andere Schweiz, sie wollen einfach eine andere Zeitung.

«Bilderei!» Das ist die Formel unseres Jahrzehnts. Die langen Leitartikel von anno dazumal passen nicht mehr

Wir rennen auch nicht mit Scheuklappen in der Welt herum. Die Schweiz liegt immer noch in Europa und kann nur

in und mit Europa

leben. Alles Leben aber ist Kampf und Anpassung; auch unsere Väter haben immer wieder das Gute hinzugelehrt, sonst wären wir heute noch ein «Volk der Hirten».

So aber tragen wir in stetem Fortschritt, durch blutige Schlachten und schwere wirtschaftliche Opfer, den allen eidgenössischen Bundesschwur durch sechseinhalb Jahrhunderte. Beweis genug, dass unser Wille zur

staatlichen Unabhängigkeit und zur freien republikanischen Staatsform

so tief sitzt, dass uns auch das missgünstige Tagesgeschehen darin nicht zu erschüttern vermag. Die Mannen auf dem Riffel wussten genau, was sie wollten. Ihr Wille und ihre Freiheit ist uns von Generation zu Generation bis auf den



Bundespräsident Wetter in Zürich. Im Hauptort seines Heimatkantons Zürich, wohin sich traditionsgemäß der neue Bundespräsident begibt, wurde Bundespräsident Wetter auf der «Stanserhofstrasse» ein würdiger Empfang bewirkt. Bei dieser Gelegenheit wurde ihm von seiner Heimatgemeinde Winterthur durch deren Stadtpräsidenten ein Anerkennungsgeheimnis überreicht, eine Adressenliste, die dem höchsten Magistraten der Eidgenossenschaft sichtlich Freude bereitet.

Als Anfang November 1940 in der Schweiz durch den General die allgemeine Verdunkelung angeordnet wurde, hatte der Luftkrieg über Europa noch kaum begonnen. Die Schweiz musste verdunkeln, um nicht als helle Insel in der Mitte des Kontinents zum Leuchtfeuer zu werden, das den Flugzeugen der Kriegführenden den Weg wies. Die Verdunkelung war eine Konzession an die Achsenmächte Deutschland und Italien, gleichzeitig aber auch eine Demonstration gegen Grossbritannien, dessen Geschwader auf ihren Raids nach Oberitalien unbekümmert den schweizerischen Luftraum verletzten.

Im Nachhinein ist es fast rührend zu sehen, was für Sorgen die Leute in Zürich in den ersten Tagen der Verdunkelung hatten. Selbstverständlich wurde von vielen genau registriert, welcher Nachbar die Vorschriften genau einhielt und welcher sie larger handhabte. Besonders Eifrige mahnten übers Telefon die Säumigen, andere erstatteten sogar Meldung. Mit Befremden wurde bemerkt, dass einige öffentliche Strassenlaternen nicht erst um 22 Uhr erloschen, sondern überhaupt nicht angezündet wurden – das geschah, wie das Elektrizitätswerk mitteilte, aus technischen Gründen; 1'300 Schaltuhren von Einzellampen mussten nach Beginn der Verdunkelung umgestellt werden. Den Fussgängern wurde empfohlen, sich den Gewohnheiten des rollenden Verkehrs anzupassen und auf den Trottoirs ebenfalls die rechte Seite zu benützen, um nicht mit entgegenkommenden Passanten zusammenzustossen. Originell war die Anregung, die zahlreichen Verkehrszeichen in der Stadt, die sich «stellenweise zu wahren Alleinen verdichtet» hatten (so wörtlich in einem Zeitungsbericht von 1940), für die Nacht besser kenntlich zu machen, indem man die Stangen weiss anstrich. (Und ganz besonders wurde vor den entlang den Gehsteigen da und dort montierten niedrigen Veloständern gewarnt, die für die Passanten zu wahren Fussangeln werden könnten . . .

Doch das waren nur Details. Bald ge-

wöhnte sich die Bevölkerung daran, dass sie nachts im Dunkeln den Heimweg zu suchen hatte, die Trams, die Fahrräder und die wenigen Autos mit abgeschirmten blauen Lampen verkehrten und zu Hause die dichten schwarzen Vorhänge zugezogen oder die Lampen gelöscht werden mussten. Die Verdunkelung war nur eine Teilmassnahme innerhalb des Luftschutzes, und dieser war der Zivilbevölkerung längst vor dem Krieg in Aufklärungskampagnen und gelegentlichen Übungen immer wieder nahegebracht worden. In Zürich hatten bereits 1937 und 1938 Verdunkelungsübungen stattgefunden, letztere mitten in der Sudetenkrise, als der Entscheid zwischen Krieg und Frieden auf des Messers Schneide stand.

Die Vorbereitungen für den Luftschutz, dessen generelle Richtlinien vom Bund festgelegt, dessen Durchführungsmassnahmen aber den Gemeinden übertragen wurden, betrafen vor allem zwei Bereiche: bauliche Massnahmen und die Ausbildung der Bevölkerung. Im November 1938 hatte der Stadtrat Kredite von ein paar hunderttausend Franken zur Erstellung von Schutzräumen für den Bereitschaftsdienst der städtischen Werke unter dem Hof des Amtshauses II und für die Luftschutztruppen in der Spiegelgasse/Leuengasse beantragt. Ebenfalls noch vor dem Krieg wurden weitere öffentliche Schutzräume geplant: unter dem Marktplatz in Oerlikon, unter dem Lindenhof und dem Helvetiaplatz. Nun gingen die Kosten bereits in die Millionen.

Nach Kriegsausbruch wurde der Bau von Luftschutzräumen forciert. Gewicht gelegt wurde schon früh auf die Errichtung von Schutzräumen in Schulhäusern (im Oktober 1939 erfolgte die Bewilligung eines Kredits von 255'000 Franken), auf den Bau von Bereitschaftsräumen für die Luftschutztruppen und von Sanitätshilfsstellen. Ein Obligatorium zur Erstellung privater Schutzräume wurde stufenweise vorbereitet. Im August 1940 wurde es vom Bundesrat für alle Ortschaften mit über 20'000 Einwohnern als

*Ein gelandeter US-Bomber –
Magnet für ungezählte Neu-
gierige*

verbindlich erklärt. Zürich war hier bereits vorangegangen und hatte am 6. Juli das Obligatorium verfügt, nachdem schon im Februar ein solches für «meistgefährdete Zonen» erlassen worden war. Im März 1941 wurde als selbständige provisorische Dienstabteilung beim Bauamt II das Büro für Luftschutzbau geschaffen, das für die Erstellung von möglichst vielen Schutzräumen innert möglichst kurzer Zeit sorgen sollte. Als kühnes Ziel

visierte das Büro 25'000 Schutzräume für die ganze Stadt an; pro Jahr sollten 7'000 bis 8'000 gebaut werden – im Frühling 1941 gab es in Zürich erst deren 3'000. Das war ein recht ehrgeiziges Unterfangen. Es konnte bis Kriegsende nicht verwirklicht werden, obwohl mit der Intensivierung des Luftkrieges auch die Anstrengungen für den passiven Luftschutz verstärkt wurden.

Bei den Privathäusern beschränkten sich



die baulichen Luftschutzmassnahmen sehr oft auf das Einziehen schwererer Deckenstützen in den Kellern. Als Paradestück eines öffentlichen Schutzraumes wurde im Oktober 1943 der «Bunker» am Central dem Publikum gezeigt, der 1'500 bis 2'000 Personen aufnehmen konnte und als der modernste und bestgerüstete der Stadt galt. Im September 1944, als der Krieg sich bereits dem Ende näherte, wurde nochmals eine Million Franken für die Errichtung öffentlicher Luftschutzräume bereitgestellt. Damals stand man vor dem Ende der dritten Bauetappe: Auf dem Gebiet der Stadt gab es, abgesehen vom Central-Bunker, etwa 140 öffentliche Schutzräume mit einem Fassungsvermögen von rund 9'500 Personen. Das Parlament hiess den Kredit gut. Der Kommissionssprecher hatte resigniert festgestellt, der Bestand an vorgesehenen Schutzräumen sei ungenügend, aber es sei unmöglich, alle Bedürfnisse zu decken. Und die Kommission empfahl dem Stadtrat, vom Millionenkredit vorsichtigen Gebrauch zu machen ...

Ebenso grosse Probleme wie im baulichen Bereich gab es bei der Ausbildung und dem Einsatz von Truppen und ziviler Bevölkerung. Hier hatten Militär und städtische Behörden zusammenzuarbeiten. Fast zwangsläufig entstanden viele Reibungsflächen. Unter der Anleitung von Luftschutzoffizieren wurden zivile Hausfeuerwehren in der Brandbekämpfung ausgebildet. Bis Kriegsende haben über 140'000 Zürcher solche Instruktionkurse besucht, also fast die Hälfte der Stadteinwohner. Die grosse Zahl sagt allerdings nichts aus über die Einsatzbereitschaft in einem Ernstfall.

Das Schicksal hat der Zürcher Luftschutzorganisation die härtesten Belastungen erspart, wie sie ein Bombenkrieg mit sich gebracht hätte. Trotzdem blieb auch Zürich von Luftangriffen nicht völlig verschont. Es kam zweimal zu Bombenabwürfen, die zwar – gemessen an dem, was zur gleichen Zeit über andere Städte Europas hereinbrach – nur verhältnismässig geringen Schaden anrichteten.

Beide Male handelte es sich um Missverständnisse, nicht um gezielte Aktionen. Zürich ist im Zweiten Weltkrieg irrtümlicherweise bombardiert worden. Der erste Bombenabwurf erfolgte durch britische Flugzeuge am 22. Dezember 1940. Die Bevölkerung wurde völlig überrascht, die Bomben fielen, kurz nachdem die Sirenen gewarnt hatten, etwa um 21 Uhr – die Stadt war noch nicht verdunkelt. Zuerst gingen längs der Bahnlinie von Zürich nach Altstetten Leuchtbomben nieder, dann folgte eine Reihe von Spreng- und Brandbomben. Ein Haus in Höngg wurde vollständig zertrümmert, an der Josef- und Heinrichstrasse erlitten mehrere Gebäude schwere Schäden. Elf Personen wurden verletzt, die meisten nur leicht. Ein paar Stunden nach dem Angriff fand man unter den Trümmern eines Hauses eine tote Frau. Sie war alleinstehend und im Durcheinander nach dem Bombardement zunächst nicht vermisst worden. Zahlreiche Brandbomben fielen verstreut in der weiteren Umgebung nieder, ohne grössere Schäden anzurichten. Kurz nach Mitternacht explodierte in der Nähe des Güterbahnhofes ein Blindgänger und beschädigte den Wipkinger Bahnviadukt. Die Fahrleitung wurde heruntergerissen, der Zugverkehr zwischen Hauptbahnhof und Oerlikon unterbrochen.

Zum zweitenmal fielen Bomben auf Zürich am 4. März 1945. Diesmal waren amerikanische Flugzeuge die Angreifer. Es war wiederum ein Sonntag, und es geschah am helllichten Tage. 20 Minuten nach 10 Uhr explodierten abgeworfene Bomben in Häusern in der Nähe des Strickhofes an der Frohburgstrasse und in der Hub. Erneut waren es sowohl Spreng- als auch Brandbomben, die auf dieses von allen industriellen oder militärischen Einrichtungen weit entfernte Wohnquartier fielen. Es waren fünf Todesopfer zu beklagen, zahlreiche weitere Personen wurden verletzt.

Die Bombenabwürfe vom 4. März 1945 hatten noch ein parlamentarisches Nachspiel. In einer Interpellation wurde im Stadt-



Die Zürcher Fliegerabwehr

*« – und gällezi Frau Meier,
Sie säged dann niemerem, dass
mir villicht eventuell ander
Umschände etnal wettid es
Maschinegwehr da ufe
schstelle.»*

*«Chönzitänke Herr Hauptme,
dass ich söttigi falschi Griicht
verbreite.»*

Text und Bild aus dem «Nebelspalter»

Parlament behauptet, dass der Luftangriff schwere Mängel beim Zürcher Luftschutz aufgedeckt habe. Von der Unterbringung der Bombengeschädigten bis zur Sanität und Verpflegung habe nichts geklappt. Die Bevölkerung bringe es auf die einfache Formel, der Luftschutz habe versagt. Jedenfalls seien die Luftschutzeinheiten viel zu spät an der Unglücksstätte eingetroffen. Die Fahrzeuge seien nicht einsatzbereit gewesen, auch habe es an Benzin gefehlt und so fort.

Der Stadtpräsident bestritt zwar generell die Vorwürfe, gab aber im Einzelnen indirekt zu, dass die Beanstandungen zu Recht erfolgten. Er unterstrich, dass der Luftschutz dem Militärdepartement unterstehe und nicht der Stadt. Zu Verspätungen sei es gekommen, weil die zur Verfügung stehenden Autos alt und nicht fahrtüchtig gewesen seien. Wegen der zu geringen Benzinzuteilung werde bei den zuständigen Stellen vorgeschrieben, damit endlich grössere Rationen bewilligt würden.

Die Sitzung des Gemeinderates, in der diese Mängel des Luftschutzes diskutiert wurden, stand unter dem Eindruck einer Katastrophe, die sich am Vortag, am 25. April 1945, ereignet hatte. Bei einer Übung der Hausfeuerwehrijm Hof des Wengi-Schulhauses war im Erdgeschoss einer Baracke plötzlich Feuer ausgebrochen. Das geschah im gleichen Moment, als im Stockwerk darüber eine Gruppe der Hausfeuerwehr einen vorsätzlich gelegten Brand löschen sollte. Es kam zu einer Panik. Von den 17 Angehörigen der Übungsgruppe konnten sich nur zehn aus dem brennenden Holzgebäude ins Freie retten. Sieben kamen in den Flammen um. Es war eine bittere Ironie, dass in einer Luftschutzübung in Zürich mehr Menschen zu Tode kamen als bei den beiden Bombardierungen zusammen – und das nur wenige Tage vor Kriegsende.

Der Luftkrieg hatte für die Zürcher noch einen andern Aspekt. Mit dem Auftauchen der amerikanischen Air Force auf dem europäischen Kriegsschauplatz nahmen die Fliegerangriffe zu.

Hitlers «Festung Europa» hatte kein Dach. Die deutsche Luftwaffe hatte ihre Kraft in den Blitzfeldzügen der Jahre 1939-41 aufgebraucht. Sie war nicht entfernt in der Lage, den Alliierten und ihren Bombengeschwadern die Stirn zu bieten. Britische und amerikanische Geschwader operierten bald nach Belieben über Deutschland, griffen militärische, industrielle, aber auch zivile Ziele an und legten schliesslich systematisch eine deutsche Stadt nach der andern in Schutt und Asche.

Die Neutralität des schweizerischen Luftraumes wurde nicht mehr respektiert. Hatte die Schweiz sich noch empört gezeigt, als 1940 die Briten hie und da zu ihren Einsätzen über Italien ungefragt unser Land überflogen, so musste sie bald zur Kenntnis nehmen, dass die Amerikaner es nicht anders hielten. Sie hatten mit den Briten abgesprochen, dass sie die Tagesangriffe, die Engländer die Nachtraids führten. Ganze Bomberschwärme zogen von nun an fast ununterbrochen Tag für Tag über den schweizerischen Himmel dahin. Flugwaffe und Fliegerabwehr traten in Aktion, gelegentlich wurde ein Flugzeug abgeschossen. Viele Flugzeuge wurden zur Landung gezwungen. Immer häufiger benützten vor allem die Amerikaner mehr oder minder freiwillig die Schweiz als Ausweichlandeplatz für ihre Bomber, wenn sie in Schwierigkeiten gerieten. Eines der Lieblingsziele der viermotorigen schweren «Liberators» und der «Fliegenden Festungen» war der Militärflugplatz Dübendorf. Fast hundert Maschinen landeten hier vom August 1943 bis Kriegsende.

Ein Höhepunkt wurde am 18. März 1944 erreicht, als in Dübendorf innerhalb kurzer Zeit zwölf US-Bomber niedergingen. Es war ein Samstag nachmittag, und eine grosse Schar von Neugierigen hatte sich aus der Stadt nach dem nahen Flugplatz im Glattal aufgemacht, um die Maschinen zu bestaunen, die nach einem Augenzeugenbericht «sich wie Giganten neben unseren kleinen Jagdflugzeugen ausnehmen».

An diesem Tag kamen die Schaulustigen voll auf ihre Rechnung. Gleichzeitig erhielten sie jedoch eine Lektion über die Gefährlichkeit ihres Unterfangens. An sich war es vorgeschrieben, bei Fliegeralarm Luftschutzräume aufzusuchen. Aber kaum jemand hielt sich an diese Weisung. Zu spannend war es, die Flugzeuge am blauen Himmel zu beobachten und das Herniederfliegen der Radarstörstreifen zu verfolgen, die wie Silberbänder vom Himmel schwebten. An diesem 18. März 1944 ereignete sich bei den Landungen ein schwerer Unglücksfall. Ein Bomber riss eine Starkstromleitung herunter. Sie traf einen Sekundarschüler und tötete ihn. Zwei andere Schaulustige wurden schwer verletzt.

Die Schweiz legte weiter ihre Proteste in London und Washington ein, die aber praktisch ohne Folgen blieben. Nach der Bombardierung von Schaffhausen am 1. April 1944, die 35 Todesopfer forderte und schwere Schäden anrichtete, drängten die Schweizer mehr als zuvor darauf, dass ihre Neutralität nicht dauernd verletzt werde. Aber erst nach den Bombenabwürfen auf Zürich vom 4. März 1945 – am gleichen Tag war auch Basel bombardiert worden – kam am 7. März der amerikanische Fliegergeneral Spaatz in geheimer Mission nach Bern. Er gab Zusicherungen ab, dass die Neutralität der Schweiz besser respektiert werde. Die amerikanischen Besatzungen erhielten Befehl, dass innerhalb einer Zone von 50 Meilen Tiefe längs der Schweizer Nordgrenze nur dann Bomben abgeworfen werden dürften, wenn einwandfrei festgestellt sei, dass sich das Zielobjekt nicht auf schweizerischem Gebiet befinde. Innerhalb einer Zone von 10 Meilen dürften längs der Schweizer Grenze Bombardierungen und Eingriffe in den Erdkampf nur auf Spezialbefehl hin nach gründlicher Vorbereitung und durch auserlesene Besatzungen erfolgen.

Als Spaatz diese Zusicherung abgab, war der Krieg jedoch fast zu Ende. In jenen Tagen waren die Alliierten dabei, das Dritte Reich endgültig zu besiegen. Im Vorfeld ihrer Of-

fensive, die sie im März und April bis an die Elbe und nach Thüringen bringen sollte, bombten Amerikaner und Briten Deutschland erbarmungslos zusammen. Viereinhalb Jahre zuvor hatte der siegesgewisse «Führer» im Berliner Sportpalast seinen Gegnern gedroht, er werde ihre Städte ausradieren. Jetzt wurde ihm mit gleicher Münze heimgezahlt. Über die völkerrechtlichen Ansprüche, auf die die kleine neutrale Schweiz gepocht hatte, als sie gegen die dauernde Verletzung ihres Luftraumes protestierte, war der Krieg hinweggegangen. Wenn die Waffen sprachen, hatten Recht und Menschlichkeit zu schweigen.

Die ausgebrannte Holzbaracke des Wengi-Schulhauses. Hier kamen bei einer Übung der Hausfeuerwehr Ende April 1945 sieben Menschen ums Leben.





«Als um 20 Uhr 52 in Zürich plötzlich Fliegeralarm gegeben wurde, fluteten die Passanten in Hausgänge oder Luftschutzräume; der Verkehr stoppte brüsk ab. Überall begegneten wir leeren Tramwagen oder Trolleybussen, die auf der Strecke standen. In der Ferne waren einige schwache Detonationen zu hören . . . Wir strebten der Hardbrücke zu, den flammenden kleinen Bränden nach, die uns deutlich den Weg nach der Turbinenstrasse wiesen. Überall züngelten kleine Flammen aus dem gefrorenen Schnee und erhellten die Gegend auf Minuten hinaus taghell. Zivilisten und Leute von der Ortswehr versuchten, die entstandenen Brände zu löschen. Das Areal, auf dem die Lagerschuppen des Lebensmittelvereins Zürich stehen, war in Mitleidenschaft gezogen worden. Eine Scheiterbeige brannte lichterloh und wurde durch einen beherzten Jüngling auseinandergerissen. Eine Brandbombe war auf einen kleinen Heuschaber, in dem Kleinvieh untergebracht war, gefallen und hatte das Heu entzündet. Rasch herbeigeschaffte Wasserschläuche der nächsten Anwohner und der Ortswehr, die tatkräftig Hand anlegte, vermochten die Brände zu löschen, ehe sie grössere Ausmasse anzunehmen vermochten.

Eine weitere Bombe war auf ein im Freien lagerndes Kohlenlager gefallen, hatte sich fast zwei Meter tief in die schwarzen Brocken hineingefressen, was sich in einer starken beissenden Rauchentwicklung kundtat. Mit Harken und Schaufeln trachteten ein paar Helfer danach, durch Auseinanderreissen der Kohle die Bomben unschädlich zu machen . . .

An der Limmattalstrasse bot sich ein Haus unseren Blicken nur noch als Trümmerhaufen dar. Das oberste Stockwerk und der Dachstuhl waren verschwunden, die Ostseite des Hauses vollständig auseinandergerissen. Wirr lag Mauerwerk mit entwurzelten Baumstrünken zerstreut; darin erblickte man kurz- und kleingeschlagene Möbelstücke, Bettzeug und verbogenes Gitterwerk zu mehreren Knäueln ineinandergeflochten. Links, seitwärts des Hauses, klappte ein breiter Trichter, mitten im Trümmerhaufen ein zweiter, etwas

grösser, herstammend von zwei Sprengbomben, die ihre verheerende Wirkung getan hatten. Über allem lagen eine gefällte Telegrafstange, zerstörte Tische, Koffer, Bettstellen, ein demolierter Radioapparat ragte weiter aus den Trümmern hervor.»

Bomberlandungen in Dübendorf 18. März 1944

«Um 14 Uhr ertönte in Dübendorf Alarm. Am Himmel hatte man zwei Flieger beobachtet, die von den Leuten auf der Strasse mit dem Feldstecher verfolgt wurden. Man sah, dass die beiden fremden Bomber mehrere Male über Dübendorf kreisten, immer eskortiert von schweizerischen Fliegern, die den fremden Bombern den Weg nach Dübendorf zeigten. Die beiden Bomber landeten schliesslich glatt auf dem Militärflugplatz. Unterdessen erschienen über dem Gebiet von Dübendorf drei weitere fremde Bomber, die sich sogleich zur Landung anschickten. Einer der Flieger dieser zweiten Gruppe streifte die Starkstromleitung zwischen Dübendorf und Schwerzenbach beim Bahnübergang im «Schörli». Sie wurde herabgerissen, und dabei ereignete sich leider ein schwerer, tödlicher Unglücksfall. Es handelte sich um einen Sekundarschüler aus Wallisellen. Ferner wurden zwei weitere Zuschauer schwer verletzt, darunter ein Schüler aus Dübendorf. Immer wieder erschienen neue Flieger über Dübendorf. Schliesslich waren zwölf Maschinen gelandet, die alle den Flugplatz gleichmässig bedeckten.

Drei Maschinen sind leicht havariert, eine hat einen Vorderradbruch, auch jene, die die Starkstromleitung mitgerissen hat, erlitt einen Radbruch. Die Strasse nach Uster ist abgesperrt, weil eine Maschine dicht neben der Strasse gelamjet ist und mit einem Flügel die Strasse blockiert. Der ganze Fährverkehr ist unterbrochen. Die letzte Maschine flog sehr niedrig und musste noch einmal Vollgas geben, ehe sie zur Landung ansetzen konnte. Bei den gelandeten Maschinen handelt es sich um neun Liberator-Bomber und drei fliegende Festungen. Immer wenn ein Flugzeug gelandet war, stieg sogleich die Besatzung aus, die

bei jeder Maschine aus zehn Mann bestand. Zwei Lastautos fuhren vor dem Fliegerkasino Dübendorf vor, die mit fremden Piloten und Bordschützen besetzt waren.»

*Die zweite Bombardierung Zürichs
4. März 1945*

«Es war ungefähr um 10 Uhr 20, als ich am Himmel einen weissen Streifen sah, der mit grosser Geschwindigkeit der Erde zuschoss. Es gab eine Detonation, der verschiedene andere folgten. Ich eilte der Unglücksstelle zu. Kaum 300 Meter von unserem Haus entfernt, im Acker der Landwirtschaftlichen Schule Strickhof, bemerkte ich einen Bombenrichter mit einem Durchmesser von etwa sechs Metern.

Das Haus Frohburgstrasse 186 lag vollständig in Trümmern, das benachbarte Haus Frohburgstrasse 184 war zur Hälfte zerstört, und auch die nähere Umgebung hatte grösseren Schaden zu verzeichnen. Überall fehlten die Fensterscheiben, und die Dächer waren teilweise durchlöchert. Eine der Sprengbomben schlug hart an der Hauswand des Hauses 186 ein, das zusammenstürzte. Der andere Bombenrichter liegt vor der beschädigten Hausecke von Nr. 184. Als ich bei der Unglücksstelle anlangte, waren schon Leute der Landwirtschaftlichen Schule mit dem Ausgraben der Verschütteten beschäftigt. Nachdem wir die ersten Trümmer weggeräumt hatten, stiessen wir auf den Sohn von Lehrer Hans Kindlimann, der in den Trümmern eingeklemmt war. Aus dem Innern des Schutthaufens hörte man das Stöhnen weiterer Personen. Während wir mit dem Ausgraben des Sohnes beschäftigt waren, traf die Feuerwehr sowie die Polizei ein, die uns sofort ablösten. Schon stellten sich die ersten Neugierigen ein, und die Unglücksstätte wurde in grossem Umkreis von der Luftschutztruppe abgesperrt.»



*Die erste Bombardierung
Zürichs erfolgte am 22. De-
zember 1940 durch britische
Flugzeuge. Schäden wurden
vor allem im Industriequartier
angerichtet. Es gab ein Todes-
opfer.*





Zum zweiten Mal wurde Zürich am 4. März 1945 aus der Luft angegriffen. Diesmal waren es amerikanische Flugzeuge, die ihre Bombenlast über dem Irchelquartier abwarfen. Es gab fünf

Tote und zahlreiche Verletzte. Die Hilfsaktionen liefen nur schwerfällig an. Der Luftschutz wurde in der Presse und im städtischen Parlament scharf kritisiert.



Kaum etwas hat den Alltag der Bevölkerung im Krieg stärker geprägt als die Rationierung. Sie war stets gegenwärtig: im Haushalt, im Büro, in der Fabrik, auf dem Weg zur Arbeit, im Restaurant und im Ladengeschäft. Neun Jahre lang blieb sie ein Thema, um das die Gedanken unablässig kreisten, denn sie hörte mit dem Waffenstillstand nicht auf, sondern musste nach dem Mai 1945 weitergeführt und konnte nur allmählich gelockert werden. Erst Ende Juni 1948 war mit der Bewirtschaftung endgültig Schluss.

Es war ein unerschöpfliches Gesprächsthema: Zuteilungen, Punkte, Marken, Rationen in Gramm und Dezilitern, Freigabe blinder Coupons auf den Kartenabschnitten – das waren damals für jeden gängige Begriffe. Der Tauschhandel blühte. Wer vegetarisch ass, gab seine Fleischmarken für Eier oder Schokolade. Wer mit Schuhen gut eingedeckt war, suchte sich mit seinen Bezugsscheinen Textilpunkte zu verschaffen. Wie seither nie mehr bei uns musste bis ins kleinste kalkuliert und eingeteilt werden. Heute, fünfzig Jahre später, wird versucht, in einer Wohlstandsgesellschaft, der das Wegwerfen zur gedankenlosen Gewohnheit geworden ist, mit mühsamen Mahnungen und Appellen den Sinn für das Sparen und die Wiederverwertung zu wecken. Im Krieg war das alles bittere Notwendigkeit im Kampf um Existenz und Überleben. Auch das Zivilleben wurde zwangsweise diszipliniert.

Der Aufbau der Infrastruktur für die Kriegswirtschaft in der Stadt Zürich war eine Aufgabe, die nicht nur organisatorisches Können erforderte, sondern auch psychologisches Fingerspitzengefühl. Reibungsflächen gab es viele und Fehlgriffe auch, vor allem am Anfang. Im Ganzen aber ist diese immense Arbeit korrekt und souverän bewältigt worden. Da die ersten Massnahmen schon vor Kriegsbeginn angeordnet worden waren, erfolgte der Übergang von der freien zur gelenkten Güterverteilung im Herbst 1939 praktisch ohne grössere Schwierigkeiten.

Die ersten beiden Kriegsmonate, in denen der Verkauf der rationierten Lebensmittel gesperrt war, dienten dazu, sich die Basisinformation für die Errichtung eines gut funktionierenden Zuteilungssystems zu verschaffen. Die Zentralstelle für Kriegswirtschaft der Stadt Zürich legte ein Register der Bezugsberechtigten an. An die «Haushaltvorstände» (so nannte man das damals) wurden Erhebungsformulare verteilt, auf welchen die zum Haushalt gehörenden Personen einzeln aufzuführen waren: Familienangehörige, Hausangestellte, Pensionäre, Zimmermieter usw. Auch vorübergehend Abwesende, die sich etwa im Militärdienst oder im Spital befanden, mussten genannt werden. Diese Formulare hatten die Haushaltvorstände bis zum 16. Oktober 1939 dem Rationierungsbüro der Zentralstelle für Kriegswirtschaft einzureichen, das sich im Amtshaus I befand, dem alten Waisenhaus bei der Urania. Auf Grund der ausgestellten Fragebogen erhielt jeder Haushaltvorstand einen amtlichen Ausweis, der beim Abholen der Rationierungskarten jedesmal vorgewiesen werden musste. Nur dieser Ausweis berechnete zum Bezug der Lebensmittelkarten. Auf ihm mussten auch alle Änderungen im Personenbestand des Haushaltes eingetragen werden.

Von heute aus betrachtet, mutet das Rationierungssystem von 1939 recht patriarchalisch an. Nicht das Individuum, sondern der Pater familias wurde angesprochen, wobei mancher dieser Haushaltvorstände wegen Abwesenheit im Militärdienst zu jener Zeit gar nicht in der Lage war, die Formulare auszufüllen, so dass die ganze Arbeit auf den Frauen lastete. Die Ausweise wurden den einzelnen Haushaltungen zugestellt. Ab 24. Oktober 1939 konnten die ersten Rationierungskarten bezogen werden. In der Stadt Zürich wurden, quartierweise aufgeschlüsselt, 28 Verteilstellen eingerichtet.

Es war eine ungeheuer aufwendige Vorbereitungsarbeit, die hier geleistet werden musste. Insgesamt gab es in Zürich damals

Buntmetallsammlung auf der Strasse. Am Kreuzplatz stapeln sich Berge von Kupfer und Zinn.

105'000 Haushaltungen. An sie alle wurden Formulare verschickt, die Briefumschläge mussten einzeln beschriftet werden. Erschwerend wirkte sich aus, dass die Anlaufzeit gerade auf einen Umzugstermin fiel, den 1. Oktober, an dem es viele Mutationen gab.

Die Grundstruktur der 1939 geschaffenen Verteilungsorganisation für die Rationierungskarten konnte den ganzen Krieg über mehr oder weniger unverändert beibehalten

werden. Die Ausgabe der Karten erfolgte jeweils in der zweiten Monatshälfte; die bezogenen Karten waren für den ganzen folgenden Monat gültig. Um die Rationierung flexibel handhaben zu können, gab es auf jeder Karte sogenannte «blinde Coupons» (meist mit Grossbuchstaben A, B, C usw. versehen), die im Laufe des Bezugsmonats kurzfristig für bestimmte Waren freigegeben werden konnten.



Die Höhe der Zuteilung wurde für die ganze Schweiz einheitlich von den Kriegswirtschaftsbehörden des Bundes festgelegt. Die Gemeinden hatten, äusser bei der Milch, lediglich für die Durchführung der Bestimmungen zu sorgen. Zu Anfang des Krieges gab es eine einheitliche, für die gesamte Schweiz gültige ganze Karte. Für Kinder unter sechs Jahren wurde eine halbe Karte abgegeben. Wer sich im Militärdienst befand und dort gepflegt wurde, erhielt zunächst keine Karte; bei Urlaub von drei bis fünfzehn Tagen innerhalb eines Monats wurde eine halbe Karte abgegeben. Später erhielt jeder im Aktivdienst stehende Soldat, ob im Militär oder im Urlaub, eine halbe Karte.

Im Sommer 1942 begann die abgestufte Rationierung, die verstärkt auf die individuellen Bedürfnisse des Bezugsberechtigten einzugehen suchte. Es wurden Unterschiede nach Altersklassen gemacht, es gab Sonderzuteilungen für Kranke, für Schwerarbeiter und so fort. Ein kompliziertes System entstand, das beispielsweise auch für Selbstversorger oder wissenschaftliche Institute und ähnliches spezielle Regelungen vorsah. Sogar die Imker wurden nicht vergessen; sie erhielten zur Bienenfütterung beträchtliche Zusatzcoupons an Zucker. Bereits im April 1941 war eine Mahlzeitenkarte eingeführt worden. Sie enthielt vierzig blaue Coupons und berechnete zum Bezug von Mahlzeiten in Gaststätten. Für ein Menü mussten zwei Coupons abgegeben werden. Wer eine ganze Mahlzeitenkarte wünschte, konnte diese anstelle seiner Monatsrationierungskarte beziehen. Auch das Halbieren der Karten war möglich, der Bezug einer halben Mahlzeitenkarte zu zwanzig Coupons zusammen mit einer halben Rationierungskarte. Im Gegensatz zu den jeweils auf die Dauer eines Monats befristeten Rationierungskarten waren die Mahlzeitencoupons unbeschränkt gültig.

Das Abholen der Karten an den Ausgabestellen war für die Bezüger mit viel Zeitaufwand verbunden. Wer es wünschte, konnte sich die Karte auch per Post zuschicken

lassen, musste aber dafür einen Zuschlag von 3 Franken bezahlen. Diese Erleichterung wurde im Herbst 1940, als erstmals neben den Lebensmitteln auch Textilkarten ausgegeben wurden, aufgehoben. Das führte im Bezugslokal in den «Kaufleuten» zu einigen Zwischenfällen eher harmloserer Art, die aber doch in der Stadt Aufsehen erregten. Viele Postbezüger machten ihrer Missstimmung laut Luft und redeten sich in regelrechte Empörung hinein. In Leserbriefen an die Zeitungen wurde verlangt, dass die Behörden künftig die Bevölkerung besser über ihre Massnahmen informieren, gleichzeitig wurde aber auch den Kritikern zu bedenken gegeben: «Läge es nicht auch im Interesse der Betroffenen, einen Moment daran zu denken, dass es Länder gibt, in denen der Einzelne nicht nur im Kartenausgabelokal geduldig zu warten hat, bis die Reihe an ihm ist, sondern, einmal im Besitz der Karte, vor dem Ladenlokal oft noch einmal Schlange stehen muss?»

Die Behörden zogen ihre Konsequenzen. Die Postzustellung wurde weitergeführt. Auch die Information konnte verbessert werden. Die Kriegswirtschaftsstelle begann im Mai 1941 mit der Abgabe einer kleinen gedruckten Publikation in Tabloidformat, den «Mitteilungen über die Kriegswirtschaft», in denen die Bevölkerung über die Rationierungsmassnahmen orientiert wurde und Tips über Vorratshaltung, Einmachen von Früchten und Gemüse und ähnliches gegeben wurden. Von diesen «gelben Blättern» erschienen bis 1948 fast achtzig Nummern.

Die Rationierung hat im Laufe des Krieges verschiedene Etappen durchlaufen. Sie beschränkte sich am Anfang auf einige Grundnahrungsmittel wie Zerealien, Zucker, Speiseöl und Speisefette, eingesottene Butter sowie auf Brennstoffe. Die Kohlerationierung wurde am 15. November 1939 verfügt, sie betraf zunächst nur die qualitativ hochwertige Importkohle. Lignit- und Balkankohle blieben noch zwei Jahre frei, einheimisches Brennholz noch ein Jahr.



Ein zweiter Rationierungsschub kam im Herbst 1940, als sich die im Sommer erfolgte Einschliessung der Schweiz durch die Achsenmächte in der Versorgung spürbar auswirkte. Auf Bezugssperren folgte die Rationierung von Textilien, Schuhen, Seife und Waschmitteln. Auch die Butter musste rationiert werden. Im Februar 1941 setzte etappenweise die Bewirtschaftung der Veloreifen ein. Kaffee und Schokolade folgten im Juni 1941, Fleisch im März 1942, Brot und Milch im Oktober 1942. Damit stand der Umfang der rationierten Bedarfsgüter einigermassen fest. Der Bezug von Obst und Gemüse blieb den ganzen Krieg über frei, ebenso, im Gegensatz zum Ersten Weltkrieg, der Verkauf von Kartoffeln.

Einen speziellen Bereich innerhalb der Rationierungsmassnahmen bildete die Milch. Hier ging es um die Frage der Verteilung. Zu Kriegsbeginn wurden 80 Prozent der bezogenen Milch den Konsumenten direkt in Haus geliefert. Die Milchhändler waren schon damals weitgehend motorisiert. Mit dem durch den Militärdienst bedingten Mangel an Arbeitskräften, der Bewirtschaftung von Benzin, der knappen Zuteilung von Pneu erwies sich das als immer schwieriger und auch unrationeller. Am 1. September 1940 verfügte der Stadtrat die Aufteilung Zürichs in 33 Milchbezirke. Jede zur Hauslieferung berechnete Milchhandelsfirma wurde auf denjenigen Bezirk beschränkt, in dem bisher der Schwerpunkt ihres Verkaufsgebietes gelegen hatte. Das war zwar rationell gedacht, führte aber zu heftigen Diskussionen mit den Hausfrauen, die auf ihren angestammten Milchlieferanten nicht verzichten wollten.

Die mit der Durchführung der Rationierung in der Stadt Zürich beauftragte Zentralstelle für Kriegswirtschaft stand unter der Leitung von Dr. Willy Spühler, der vom Arbeitsamt herübergewechselt hatte. Er war die treibende Kraft und blieb es auch nach seiner Wahl in den Stadtrat im März 1942. Zu Beginn umfasste die Zentralstelle vier Abtei-

lungen: die Lebensmittelabteilung, die Brennstoffabteilung, den Arbeitseinsatz und die Preiskontrolle. Im Herbst 1940 wurde sie um eine Textilabteilung und das Büro zur Sanierung des Milchbetriebs erweitert. Kurz darauf kam die Abteilung für Mehranbau dazu sowie die Abteilung für Altstoff- und Abfallsammlung. 1941 wurde ein Überwachungsdienst eingerichtet sowie ein Büro für Kriegsnothilfe und als eine Art Beratungsstelle die Hauswirtschaftszentrale. Schliesslich folgten noch an der Wende 1941/42 das Mietamt und Ende August 1942 das Lohnermittlungsbüro.

Ein imponierendes bürokratisches Gebäude war so unter dem Druck der Kriegereignisse innerhalb von knapp drei Jahren entstanden. Die Zentralstelle für Kriegswirtschaft unterstand im Rahmen der städtischen Verwaltung dem Gesundheitsamt, dessen Vorsteher nach seiner Wahl zum Stadtrat Willy Spühler wurde. Zur Lenkung der verzweigten Organisation wurde eine Dreiergeschäftsleitung bestellt. Mit dem wachsenden Aufgabenbereich war auch der Personalbestand gewachsen. Von 86 im Jahr 1939 stieg er auf fast 700 zu Ende 1944. Die jährlichen Durchschnittskosten der Kriegswirtschaft der Stadt Zürich bewegten sich von rund 6 Millionen Franken in den Jahren 1942 und 1943 bis zum Höhepunkt von 9,5 Millionen Franken im Jahre 1945. Insgesamt haben die Aufwendungen für die Kriegswirtschaft in Zürich in den neun Jahren zwischen 1939 und 1948 rund 50 Millionen Franken betragen.

Aber nicht nur in der Verteilung von Bedarfsgütern war die Stadt Zürich im Krieg aktiv. Sie hatte schon im Frühjahr 1939 in Zusammenarbeit mit verschiedenen Grossverteilern mit dem Anlegen von Vorräten begonnen. Damit sollte für jene materiell weniger bemittelten Bevölkerungskreise gesorgt werden, die aus finanziellen Gründen nicht in der Lage waren, die empfohlenen Notvorräte anzulegen. Gleichzeitig waren die städtischen Vorräte als Reserve gedacht, für den Fall einer durch Bombardierungs-



schaden oder andere Kriegseinwirkungen etwa notwendig werdenden Gemeinschaftsverpflegung.

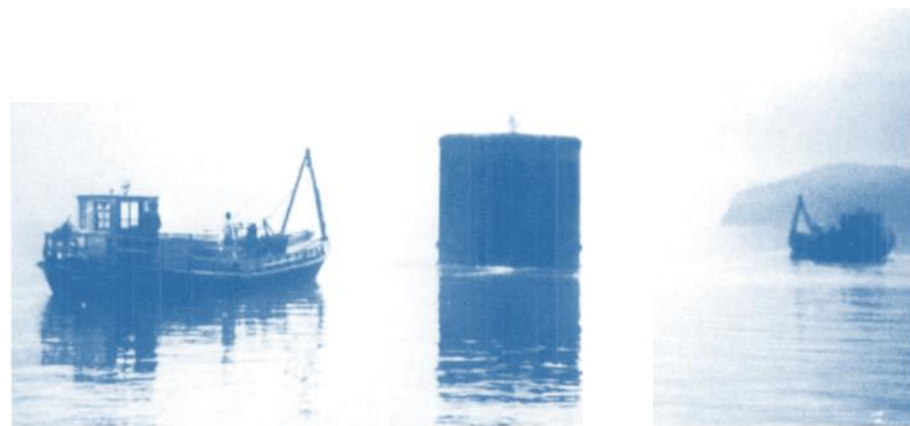
Im Herbst 1939 wurden von der Stadt 2'900 Tonnen Getreide im Zollfreilager eingelagert und von dort später auf zwei Mühlen auf Stadtgebiet weitergeleitet. Ebenfalls im Freilager befanden sich 225 Tonnen «städtischen Kaffees». Im Frühjahr 1940 füllte sich der Keller unter der Kirche Wollishofen mit Hunderttausenden von Dosen; Fleischkonserven, Fett und Öl waren hier eingelagert. Auch über Brennholz verfügte die Stadt, es stapelte sich auf dem Landi-Areal beim Tunnel Wollishofen, beim Giesshübel, auf der Spielwiese des Blattergutes im Zürichhorn, in der Herdern und der Hardau. Die Vorräte, unter denen sich auch viel Dörrgemüse befand, wurden laufend vom Lebensmittelinspektor, dem Stadttierarzt und dem Stadtchemiker kontrolliert und rechtzeitig vor dem Verderben zum freien Verkauf in den Handel gebracht.

Besondere Aufmerksamkeit galt im Krieg der Verwertung von Altstoff und von Abfällen. Laufend wurde gesammelt, um ja nichts noch einigermaßen für irgend etwas Verwendbares verrotten oder verderben zu lassen. Recycling war als Begriff – zumindest in der englischen Form – zwar nicht bekannt, wurde aber praktisch geübt. Die Vorschriften waren streng. «Dem Buchstaben nach war es eine Widerhandlung», schrieb die Kriegswirtschaftsstelle in ihrem abschliessenden Bericht nach dem Kriege^wenn ein Gastwirt dem Hund eines Stammgastes einen Knochen spendierte oder wenn die Hausfrau Salatblätter, Kartoffelschalen oder Knochen in den Kehrichteimer warf oder alte Zeitungen zum Heizen verwendete^TjDas alles war natürlich nur schwer zu kontrollieren. Deshalb wurde immer wieder in Radiovorträgen, Pressemitteilungen und Veranstaltungen auf freiwillige Disziplin im Sparen gedrängt. Im Mai 1941 fand im Kongresshaus eine Ausstellung über Wiederverwendung unter dem Titel «Sie und Er» statt. 1942

wurde ein Büro für Altstoffwirtschaft errichtet. Das Abfuhrwesen sammelte unverwesliche Abfälle. Eine grosse Sonderaktion war die mit viel propagandistischem Aufwand auf Strassen und Plätzen in Szene gesetzte Buntmetallspende, die vom 22. April bis 31. Mai 1942 dauerte. Sie stand in Zürich unter dem Schlagwort «Für Arbeit und Brot» und ergab hier ein Rekordergebnis von 228'500 Kilogramm Kupfer, Messing, Zinn und Zink, das an den Sammelstellen abgeliefert wurde. Zürich brachte damit fast ein Drittel des in der ganzen Schweiz damals gesammelten Buntmetalles auf. Manche hatten ihre Sachen auch allzu voreilig weggeworfen. Das Landesmuseum entdeckte etwa zweihundert Gegenstände, die ihm erhaltenswert schienen und die es vor der Einschmelzung bewahrte: Säbel, Griffwaffen oder Geschützrohre aus dem 18. Jahrhundert.

Rein buchhalterisch gesehen waren alle diese Sammlungen keineswegs rentabel. Der Aufwand an Löhnen etwa betrug während des Krieges insgesamt mehr als 3,3 Millionen Franken, der Ertrag rund 1,8 Millionen Franken. Aber es ging ja nicht ums Geld, es ging darum, wertvolle Stoffe vor der Vernichtung zu bewahren.

Vorsorgeversuche: Ein Getreidetank wird in einem See versenkt.



Die Rationierung war ein beliebtes Thema für parlamentarische Vorstösse. In den neun Jahren ihrer Dauer wurden zu kriegswirtschaftlichen Fragen im Zürcher Gemeinderat 19 Interpellationen und 18 Anregungen eingebracht. Am schärfsten waren die Auseinandersetzungen um den 1941 geschaffenen Überwachungsdienst der Verstösse gegen kriegswirtschaftliche Vorschriften ahnden sollte. Die Kontrolle nahm gelegentlich polizeiähnlichen Charakter an. Eine Interpellation, die im Juni 1942 im Parlamentsplenum zur Sprache kam, warf dem Überwachungsdienst die Verletzung von Vorschriften der Strafprozessordnung vor. Obwohl der Stadtrat diese Anschuldigung zurückwies, verfügte am 8. Juli 1942 die Kantonale Volkswirtschaftsdirektion, dass die Verfolgung kriegswirtschaftlicher Delikte auf dem ganzen Gebiet des Kantons Zürich von der Kantonspolizei übernommen werden sollte, die über eine kriegswirtschaftliche Abteilung verfügte. Den städtischen Organen blieben nur Kontrollfunktionen, die zum Teil auch von der Gewerbepolizei ausgeübt wurden. Damit war der Stein des Anstosses beseitigt.

Widerhandlungen gegen kriegswirtschaftliche Vorschriften kamen in Zürich zwar vor, aber sie waren verhältnismässig selten. Im Gegensatz zu andern Landesteilen herrschte in Kanton und Stadt Zürich eine vorbildliche Disziplin. Das war gelegentlich Anlass zu ironischen Bemerkungen freundeigenössischer Solidarität; man freute sich, dass die Zürcher so brav und folgsam waren, damit man selber um so unbedenklicher sündigen konnte. Beliebter Ort für den Schwarzhandel waren in Zürich die Bars und Cafés beim Bahnhof. Da er lokal begrenzt war, konnte ihn die Polizei verhältnismässig leicht überwachen. Trotzdem blieb die Dunkelziffer in diesem Bereich der Kriminalität verhältnismässig gross. Der Schwarzhandel war oft mit Betrügereien verbunden, gegen die üblicherweise keine Anzeige erstattet wurde. Neben dem Kauf und Verkauf von rationier-

ten Waren ohne Karten existierte ein schwungvoller Handel mit Rationierungsmarken, meist mit solchen, die aus Rationierungsämtern oder Privatbetrieben entwendet worden waren. 1942 gab es, wie die kriegswirtschaftliche Zentralstelle in ihrem Schlussbericht nach Kriegsende feststellte, so etwas wie einen Tarif für Rationierungsmarken. Zum Beispiel bezahlte man für einen Coupon, der zum Bezug eines Liters Benzin berechnete, bis zu Fr. 1.60 (ein Liter Benzin kostete damals etwa 60 Rappen). Beim grössten Diebstahl in einem Rationierungsamt fielen den Tätern 60'000 Mahlzeitencoupons in die Hände. Offensichtlich war die Nachfrage nicht allzu gross, oder die Täter fürchteten einen Preiszusammenbruch beim illegalen Markenhandel. Jedenfalls wurde die Hälfte der Beute der Zentralstelle für Kriegswirtschaft anonym wieder zugeschickt. Im Kriege schienen selbst die Diebe Disziplin zu üben.

«Im Hinblick auf eine reibungslose Rationierung der Grundnahrungsmittel hatte der Bundesrat im April 1939 die Bevölkerung zur Anlegung von privaten Haushaltuvorräten aufgerufen. Dadurch war es möglich, durch Erlass einer Bezugssperre von zwei Monaten die Rationierung in den Gemeinden vorzubereiten, gleichzeitig Angstlind Hamsterkäufe zu verhindern. Minderbemittelte sollten von dieser Bezugssperre ausgenommen bleiben; ihnen würden besondere Ausweise (sogenannte «Blaue Karten») ausgestellt, die sie zum Kauf von gesperrten Waren berechtigten. Dieses System hat von Anfang und während der ganzen Rationierungszeit soziale Spannungen, die sich aus der Mangelbezoirtschaftung hätten ergeben können, auf ein Minimum reduziert.»

Dr. Willy Spühler

Bundesrat, von 1939 bis 1942 Chef der Zentralstelle für Kriegswirtschaft der Stadt Zürich



Kohle, damals noch wichtigster Energieträger und Wärmespeicher, war schon kurz nach Kriegsbeginn bewirtschaftet. Der grösste Mangel stellte

sich erst zu Kriegsende ein, beim Zusammenbruch Deutschlands, dem Hauptlieferanten der Schweiz.



Mitteilungen über Kriegswirtschaft

Herausgegeben von der Zentralstelle für Kriegswirtschaft der Stadt Zürich

Was ist verboten, was ist erlaubt?

Aufklärung zum Kampf gegen den Schwarzhandel

Es wird heute viel von Schwarzhandel gesprochen, und zahlreiche Postsendungen tragen den mahnenden Stempel:

Schwarzhandel schadet der Allgemeinheit

Aber nicht jedermann gibt sich Rechenschaft darüber, was Schwarzhandel eigentlich ist, und ob er nicht selbst schon dazu beigetragen hat. Nicht nur die großen Schwarzhandelsfälle, in denen hunderte oder tausende Kilogramm rationierter Waren ohne Coupons, oder Rationierungsausweise für ebenso große Warenmengen gehandelt werden, sind von Bedeutung; auch die kleinen Unkorrektheiten gegenüber den Rationierungsvorschriften summieren sich und gefährden in ihrer Gesamtheit ebenfalls die geordnete und gerechte Verteilung der knapp gewordenen Waren, die durch die Rationierung erstrebt wird.

Darum weiß jeder, daß es nicht genügt, wenn die Behörden den Schwarzhandel energisch verfolgen. Jeder Geschäftsmann und jede Hausfrau, jede Verkäuferin und jede Hausangestellte, kurz alle, die mit der Rationierung in Berührung kommen, müssen zu diesem Kampf beitragen, indem sie in erster Linie selbst die Rationierungsvorschriften genau einhalten. Die wichtigsten Grundsätze sind einfach und auf jeder Lebensmittelkarte aufgedruckt:

Allgemeine Bestimmungen

Die Waren dürfen vom Verkaufsgeschäft nur gegen gleichzeitige Abgabe des entsprechenden Coupons verabfolgt werden. Jeder Mißbrauch der Coupons, insbesondere die Einlösung vor Beginn und nach Ablauf der Gültigkeitsfrist, und die Abgabe an Handelsbetriebe ohne gleichzeitigen Bezug der entsprechenden Waren sind strafbar.

Zwischen Verkaufsgeschäft und Konsumenten

(private Haushaltungen und Einzelpersonen) gilt also:

keine Ware ohne Coupons und
keine Coupons ohne Ware,

wobei die Übergabe von Ware und Coupons **Zug um Zug**, das heißt gleichzeitig stattfinden muß. Eine Ausnahme gilt nur für den Bezug von Milch bei Führung des vom Eidgenössischen Kriegsernährungsamt verteilten Milch-Kontrollheftes. In diesem Falle können die Milchkoupons dem Milchlieferanten im voraus abgegeben werden. Bei allen andern rationierten Waren ist es nicht erlaubt, die Coupons für den ganzen Monat auf einmal abzugeben und die Waren sukzessive zu beziehen, oder die geschuldeten Coupons aufschreiben zu lassen und erst nachträglich abzugeben. Diese Art der Couponsabrechnung ist auch nicht gestattet, wenn die Ware von einem Ausläufer ins Haus gebracht wird. Die Coupons sind in jedem Fall bei Übergabe der Ware abzugeben.

Diese Vorschriften erscheinen vielleicht manchem als übermäßig streng. Aber sie sind unerlässlich, weil ohne sie die nötigen Kontrollen über den Verkehr mit Coupons und rationierten Waren in den Verkaufsgeschäften außerordentlich erschwert würden. Der mißbräuchlichen Verwendung von Coupons könnte zu wenig Einhalt geboten werden und dem Schwarzhandel wären Tür und Tor geöffnet.

Selbstverständlich darf der Händler auch keine verfallenen oder noch nicht gültigen Coupons einlösen. Im Verkaufsgeschäft ist auch der Umtausch von Coupons gegen anderslautende Rationierungsausweise (zum Beispiel Brot in Mahlzeitencoupons) oder in Coupons des neuen Monats verboten, wie auch keine Ware gegen anderslautende Coupons abgegeben werden darf (zum Beispiel frische Eier gegen Coupons für Trockenei). Bei Widerhandlungen wird nicht nur der Händler, sondern auch der Konsument bestraft.

Verboten ist ferner, dem Händler Coupons abzugeben, für die man selbst keine Waren bezieht. Der Händler darf solche geschenkten Coupons nicht entgegennehmen; er würde sonst bestraft. Nicht eingelöste Coupons können der Couponssammlung des Schweizerischen Roten Kreuzes für kriegsgeschädigte Kinder abgegeben werden (die Coupons sind auf beiden Seiten mit Tinte zu durchkreuzen und können in einem unfrankierten Kuvert mit der Aufschrift «Couponssammlung des Schweizerischen Roten Kreuzes» in den nächsten Briefkasten geworfen werden).

In kollektiven Haushaltungen,

wie Hotels, Pensionen, Restaurants, Tea rooms, Soldatenstuben usw., gilt dieselbe Pflicht zur gleichzeitigen Abgabe der Coupons. Für alle couponspflichtigen Mahlzeiten und Zwischenverpflegungen sind die Mahlzeitencoupons mit der Bestellung auszuhändigen. Nur Hotels, Pensionen, Internate usw., die Gäste im Pensionsverhältnis verpflegen, können die erforderlichen Coupons spätestens bei Vorweisung der Rechnung einfordern.

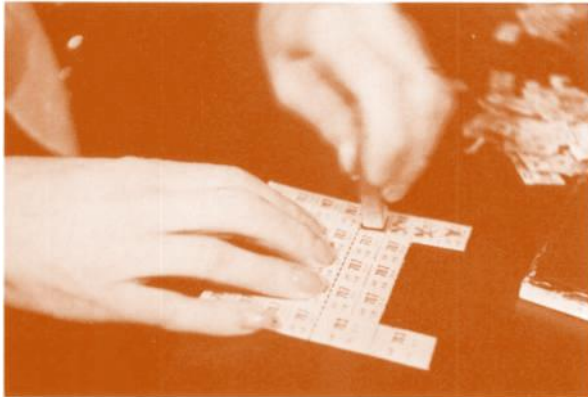
Auf die Vorschriften, die für Verkaufsgeschäfte und andere gewerbliche Betriebe unter sich gelten, kann hier nicht eingetreten werden. Sie sind den Gewerbetreibenden aus den amtlichen Mitteilungen und der Fachpresse hinlänglich bekannt.

Weniger Klarheit besteht im allgemeinen über die Bestimmungen, die für die Verwendung von rationierten Waren und Coupons durch die

Konsumenten (privaten Haushaltungen und Einzelpersonen) unter sich

gelten. Soweit es sich um Coupons bzw. Waren handelt, die vom Kriegswirtschaftsamt nach den individuellen Bedürfnissen des einzelnen Bezügers zugeteilt werden, gehen

Die Rationierung der wichtigsten Bedarfsgüter, die unmittelbar mit Kriegsausbruch einsetzte, brauchte eine umfassende Organisation. Sie war bereits 1938 vorbereitet worden und lief im Herbst 1939 planmässig an. Die Rationierungsmarken mussten jeden Monat bei den Rationierungsbüros abgeholt werden. Ein gelbfarbenedes Mittelteilblatt der Zentralstelle für Kriegswirtschaft, das in loser Folge erschien, diente der Information der Bevölkerung.






45.9 Nov. 1944	Fleisch 25 Punkte	45.9 Nov. 1944	Fleisch 25 Punkte	F ganze LK Nov. 1944	V ganze LK Nov. 1944	R ganze LK Nov. 1944
45.9 Nov. 1944	Fleisch 25 Punkte	45.9 Nov. 1944	Fleisch 25 Punkte	F ganze LK Nov. 1944	V ganze LK Nov. 1944	R ganze LK Nov. 1944
45.7 Nov. 1944	Fleisch 100 Punkte	A ganze LK Nov. 1944	A ganze LK Nov. 1944	D ganze LK Nov. 1944	D ganze LK Nov. 1944	

SCHWEIZERISCHE EIDGENOSSENSCHAFT

1A GANZE LEBENSMITTELKARTE 1A

November 1944

Gültig vom 1. November bis 6. Dezember 1944, ausgenommen Milchcoupons, welche nur bis 30. November 1944 gültig sind und blinde Coupons, deren Gültigkeitsdauer das KEA bei einer allfälligen Inkraftsetzung bestimmt.

Am 1. November 1939 trat die erste Lebensmittelkarte dieser Kriegsperiode in Kraft. Selther wurden unserer Bevölkerung 400 Millionen Lebensmittelkarten aller Art zugeteilt.

Hinter uns liegen 5 Jahre angestrengten und durch gute Ernten gesegneten Bemühens der Bauern, Arbeiter, Bürger und Hausfrauen, die inländische Lebensmittelerzeugung nach Kräften zu steigern, 5 Jahre unermüdlicher Unterhandlungen mit dem Ausland, erfolgreichen Strebens der Importeure und Transportfachleute, hingebungsvoller Arbeit der Mitarbeiter in Kanton und Gemeinde. 5 Jahre waren wir vom Kriege umtötet und blieben bis heute verschont. So gibt die Lebensmittelkarte zu Beginn des 6. Ausgabjahres Anlass zu besonderem Dank dafür, dass uns ein gnädiges Schicksal die Heimat unversehrt erhalten hat und uns des täglichen Brotes nicht ermangeln liess. Geben wir unserem Dankgefühl sichtbaren Ausdruck, indem wir durch Zuwendung von Coupons an das Schweizerische Rote Kreuz namenlose fremde Not lindern helfen.

Eidg. Kriegs-Ernährungs-Amt

Einen völlig neuen Akzent ins Stadtbild, der sich in der Erinnerung über die Jahrzehnte hinweg erhalten hat, brachte die «Anbauschlacht». Das war der martialisch klingende, für die Zeit bezeichnende Name für ein vom Bundesrat Anfang Oktober 1940 beschlossenes Programm zur Förderung der einheimischen landwirtschaftlichen Produktion. Der Bundesratsbeschluss erfolgte in den Wochen, da klar wurde, dass nach dem Zusammenbruch Frankreichs der Krieg keineswegs zu Ende war. Nach den Blitzfeldzügen trat er nun in das Stadium der Abnutzungskämpfe ein, und die Schweiz hatte sich darauf einzurichten, dass sie während Jahren in der bedrückenden Zwangsisolation würde leben müssen, die der Sommer 1940 gebracht hatte.

Die «Anbauschlacht» ist untrennbar verbunden mit dem Namen des Chefs der Sektion für landwirtschaftliche Produktion beim Eidgenössischen Kriegsernährungsamt, Prof. Friedrich Traugott Wahlen. Am 15. November 1940 hielt Prof. Wahlen in der «Schmidstube» in Zürich vor der Gesellschaft Schweizerischer Landwirte ein Referat, in dem er an seine Zuhörer einen eindringlichen Appell zur Ausnützung der einheimischen Scholle richtete, der in der Öffentlichkeit grossen Widerhall fand. Die Schweiz müsse sich, so der Redner, mit dem Gedanken einer vollständigen Nahrungsmittelautarkie vertraut machen, auch wenn das ihrem Credo als stark exportorientiertem Land im Grunde zuwiderlaufe. In der Situation, in der sich die Schweiz befinde, sei das ihre einzige Chance. Alle Vorräte müssten umfassend und sparsam bewirtschaftet, alle vorhandenen Produktionsmittel an der Stelle eingesetzt werden, wo sie den grössten volkswirtschaftlichen Nutzeffekt zu erzielen vermöchten. Vor allem aber sei ein straff organisierter Einsatz der menschlichen Arbeitskraft notwendig, «vorab auf dem Gebiet der Lebensmittelproduktion unter rücksichtsloser Einschränkung aller nicht lebenswichtigen Tätigkeitsgebiete».

Kernpunkt des neuen Kriegsagrarprogramms müsse eine starke Ausdehnung des Acker- und Gemüsebaus sein. Prof. Wahlen nannte die Ziele: Erweiterung der Getreideanbaufläche von 104'000 ha auf mehr als das Doppelte. Zur Deckung des Bedarfs an Mehl und Griess kämen weitere 36'000 ha hinzu, ferner 63'000 ha für Kartoffeln. Der Viehbestand müsse planmässig schrittweise gesenkt werden. Die dadurch eintretende Verminderung des Anfalles von Fetten betrachtete Prof. Wahlen als durchaus tragbar, da das Schweizervolk in dieser Hinsicht bisher recht eigentlich im Luxus gelebt habe und ruhig etwas abbauen könne. Bei der Milch, sofern sie nicht für Kranke, kleine Kinder oder stillende Mütter verwendet wurde, sah der Plan zur Sicherung der Butterproduktion eine systematische Entrahmung vor.

Es war ein minuziös durchdachtes, in den Grundzügen einfaches Projekt, das jedermann einleuchtete. Prof. Wahlen wurde gewissermassen über Nacht zum populärsten Schweizer nach General Guisan. Schon im Dezember 1940, als mit dem Rücktritt der Bundesräte Minger und Baumann in der Landesregierung eine Doppelvakanz eintrat, empfahlen verschiedene politische Gruppierungen in Zürich, voran der Gotthard-Bund, Prof. Wahlen zum Bundesrat zu machen. Das gelang zwar nicht. Aber anderthalb Jahre später, Ende Mai 1942, wurde er vom Zürchervolk in den Ständerat gewählt. Nach einem Jahrzehnt Tätigkeit in der Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen in Rom berief ihn die Bundesversammlung schliesslich doch ins höchste politische Gremium des Landes. Prof. Wahlen wurde 1958 Bundesrat. Seine Popularität hatte den Krieg weit überdauert.

Auch Zürich machte beim Anbauplan mit. So überraschend es tönt, aber die grösste Stadt der Schweiz war damals zugleich auch die Gemeinde mit dem grössten Anteil an landwirtschaftlich genutztem Boden. Von den 8632 ha städtischen Gebietes entfielen 439 ha auf Ackerland. Bereits 1939 waren

*Der Sechseläutenplatz wird
Ackerfeld.*

85 ha dazugekommen. In der zweiten und dritten Etappe, unmittelbar nach Beginn der Anbauschlacht, wurden nun innerhalb eines Jahres 390 ha neu unter den Pflug genommen. Das war der grosse Sprung nach vorn. In den folgenden Jahren wurde die Ackerfläche in der Stadt Zürich sukzessive erweitert, wenn auch nicht mehr in diesem grossen Umfang wie in den Jahren 1940/41. Nach Kriegsende, 1946, hatte der agrarwirtschaft-

lich genutzte Boden sich gegenüber dem Vorkriegsstand mehr als verdoppelt: Er betrug nun 932 ha, über 10 Prozent der Grundfläche der Stadt.

Die Intensivierung des Anbaues, die nicht nur quantitativ, sondern auch zur Verbesserung der Qualität vorangetrieben wurde, stützte sich auf eine am 18. Dezember 1940 vom Stadtrat erlassene und sofort in Kraft gesetzte Verordnung über die Anbaupflicht al-

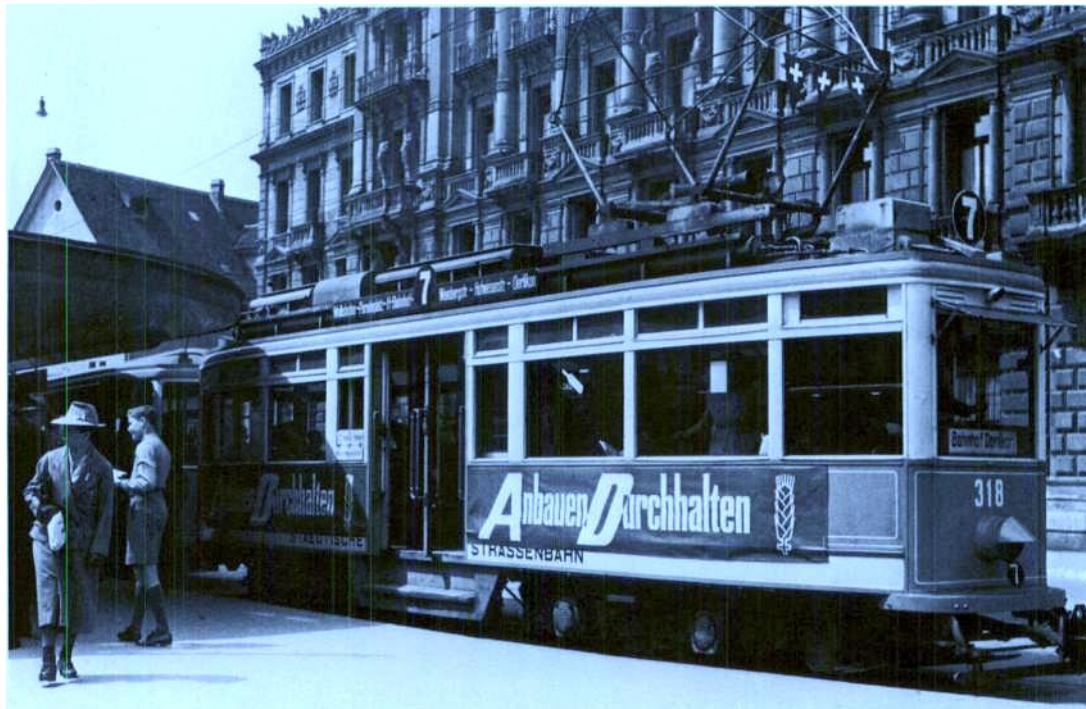


len nicht landwirtschaftlich genutzten Landes im Gebiet der Stadt Zürich. In dieser wurden die Grundeigentümer verpflichtet, ihr Land soweit als möglich ackerbaulich zu nutzen und es für den Anbau von Hackfrüchten, Gemüse und Futtermitteln zu verwenden. Von der Aussaat im Frühling 1941 an boten die vielen Wiesen und Parks Zürichs ein ungewohntes Bild. Beim Bellevue, auf dem Platz, wo sonst der Böögg dem Feuertod geweiht wurde, wogte nun ein Getreidefeld. Von den 36 Schulspielwiesen wurden 23 umbrochen. Die Sportplätze an der Wallisellerstrasse, in der Herdern, im Letzigrund und auf dem Förrlibuck verwandelten sich in Ackerland. Auch die öffentlichen Anlagen zu beiden Seiten des Sees, vom Belvoir bis zum Zürichhorn, wurden genutzt. Für die Erfüllung der den wirtschaftlichen Unternehmungen auferlegten Anbaupflicht organisierte die Stadt Pflanzwerke, durch die zusätzlich eine Fläche von 200 Hektaren unter den Pflug

genommen wurde, grösstenteils ausserhalb des Kantons, in Obwalden, Graubünden und im Wallis.

Zürich ist im Krieg zur Agrarstadt geworden. Es hatte nun nicht nur die grösste landwirtschaftliche Nutzfläche aller Gemeinden des Landes, sondern 1942 auch den höchsten Bestand an Nutztieren, nämlich fast 50'000. Hauptsächlich waren es Geflügel und Kaninchen, je 20'000, daneben aber auch über 3'000 Schweine, 2'500 Kühe und 1'000 Pferde, davon 800 bei Fuhrhaltereien. Im Laufe des Krieges stieg allein die Zahl des Geflügels bis auf 40'000 Stück an. Wer es konnte, hielt sich Hühner, Gänse oder Enten, die als willkommenen Zustupf zum Esstisch die Eier- und Fleischrationen erhöhen halfen. Man fand sie in den Schrebergärten, die nun eifriger bebaut wurden als je, man fand sie aber auch auf Baikonen, in Küchen, überall. Der Krieg hatte den Städter wieder dem einfachen Leben und der Natur nähergebracht.

Der Plan Wahlen, genannt nach Professor Friedrich Traugott Wahlen, wurde 1940 entworfen. Er sah eine Ausnutzung der Möglichkeiten zur landwirtschaftlichen Nutzfläche in bis dahin niemals für möglich gehaltenem Ausmass vor. In der Stadt Zürich wurde diese im Laufe des Krieges von 439 auf 932 ha gesteigert. Öffentliche Anlagen und Sportplätze wurden unter den Pflug genommen. In breit angelegten Aktionen, in die auch die Strassenbahn einbezogen wurde, warben die Behörden für das Anbauwerk.





Das Schauspielhaus, ein Hort des freien Wortes

Einen geistigen Halt auch in den dunkelsten Tagen des Krieges gab den Zürchern das Schauspielhaus. Es war nach Hitlers Macht ergreifung zum Sammelpunkt der von der Diktatur vertriebenen Schauspieler geworden und hatte schon unter der Leitung Ferdinand Riesers einen Ruf als politisch profilierte Bühne erlangt, auf der das freie deutsche Wort noch nicht von den Sprachregelungen eines Propagandaministeriums oder einer Schrifttumskammer zensuriert war.

Im Krieg, als die Deutschen ein Land nach dem andern überfielen, hat das Schauspielhaus-Ensemble dramatische Stunden erlebt. Es wurde wie besessen inszeniert, über zwanzig Neuaufführungen in einer einzigen Saison, eine heute fast unvorstellbare geistige und physische Leistung. Unvergessliche Höhepunkte waren die Teil-Aufführungen mit Fleinrich Gretler in der Titelrolle, der in seiner Person den sagenhaften, von der Wissenschaft damals der Legende entrückten und der historischen Realität zugeordneten schweizerischen Nationalhelden in tief beeindruckender Weise verkörperte. Oder die Faust-Inszenierung im Mai 1940, als fast jedermann auf der Pfauenbühne glaubte, es sei das letzte Mal, dass die Gruppe gemeinsam ihre Botschaft weitertragen könne und in der Lage sei, dem, der sich damals anmasste, nicht nur der grösste Feldherr, sondern auch der grösste Deutsche aller Zeiten zu sein, die ewigen Wahrheiten des wirklich grössten Deutschen entgegenzusetzen.

Das waren Signale, die verstanden wurden und jeden aufrüttelten, der sie vernahm. Die überzeitliche Aktualität der Klassiker prägte den Spielplan. Die Worte der grossen Dichter der Vergangenheit erhielten in der ungewissen Gegenwart ein neues, anderes Gewicht. Die Stadt Zürich, die im Jahre vor dem Kriege bei der finanziellen und organisatorischen Neuordnung im Schauspielhaus durch Gründung der Neuen Schauspiel AG tatkräftig mitgewirkt hatte, sorgte dafür, dass ein Besuch der Sprechbühne nicht nur das Vorrecht einiger weniger blieb. «Theater zu

Kinopreisen», war das Leitmotiv. Die Schauspielunion wurde geschaffen, die einzelne Vorstellungen aufkaufte (fast dreissig in der letzten Saison der Kriegszeit). Auch Angestellte und Arbeiter sollten ins Theater gehen. Geschlossene Vorstellungen für Gewerkschaften wurden organisiert, ein Platz kostete damals 1 oder 2 Franken plus zehn Prozent Billettsteuer.

Das Schauspielhaus war jedoch nicht nur Sprechbühne. Es war gleichzeitig auch eine Zentrale illegaler politischer Tätigkeit. Als Animator und unermüdlicher Aktivist wirkte Wolfgang Langhoff. Er war als überzeugter Kommunist 1933 von den Nazis verhaftet worden und hatte im Konzentrationslager Börgermoor bei Papenburg im Emsland während Monaten den Terror des Dritten Reiches am eigenen Leibe erlitten. Nach seiner Flucht in die Schweiz berichtete er darüber in seinem Buch «Die Moorsoldaten», das aufrüttelte und erschütterte. Mit dem gleichen inneren Feuer, mit dem Langhoff auf der Bühne seinen Rollen Leben gab, kämpfte er für seine politische Überzeugung. Wer sich für Einzelheiten interessiert, kann sie in Gustav Huonkers Beitrag zum 1987 erschienenen Sammelband «Das Zürcher Schauspielhaus im Zweiten Weltkrieg» nachlesen. Langhoffs Aktivitäten reichten vom Chefredaktor einer hektographierten Zeitschrift bis zu eigentlicher Agententätigkeit als Mittelsmann der sowjetischen Spionageorganisation «Rote Kapelle». 1943 gründete er analog dem sowjetischen Vorbild eine Gruppe «Freies Deutschland» und hielt Kontakte sowohl zu aus Deutschland nach der Schweiz geflohenen politischen Gegnern Hitlers, vor allem zu der Gruppe im Lager Gordola, als auch zu bürgerlichen «fellow travellers» und später zur PdA.

Das Schauspielhaus-Ensemble, zwar geschlossen gegen Hitler, aber nicht geschlossen kommunistisch, wusste um die Doppelrolle Langhoffs, bewahrte aber aus kollegialer Solidarität Stillschweigen. Auch die Behörden, die während der Zeit des Kommuni-

Soldaten besuchen in geschlossener Formation die Pfauenbühne.

stenverbotes gegen jede illegale Gruppe vorgehen, griffen nicht ein. Legalisiert wurde die Bewegung «Freies Deutschland» erst im April 1945, als das Parteienverbot längst gefallen war. Am 6. Mai 1945, zwei Tage vor dem offiziellen Waffenstillstand, fand eine Feier in der Tonhalle statt, in der Langhoff die Vision einer künftigen sozialistischen Gesellschaftsordnung entwarf. Im Herbst 1945 verliess er Zürich und kehrte nach Düsseldorf zurück. Später wirkte er in Ostberlin, wo er 1966 starb. Die Öffentlichkeit wusste während des Krieges kaum etwas von dieser politischen Zellentätigkeit am Schauspielhaus.

In der Zeit der Sowjeteuphorie nach Stalingrad, als die Rote Armee in ihrem heldenmütigen Kampf gegen die Deutsche Wehrmacht letztlich auch die Schweiz schützte, hätten auch viele, die keineswegs Kommunisten waren, daran nur wenig Anstoss genommen. Das Schauspielhaus war für sie vor allem ein Ort des geistigen Widerstandes gegen die Anfechtungen und Drohungen des deutschen Totalitarismus. Der Beitrag, den das Ensemble der Künstler zur Stärkung der seelischen Kräfte der Menschen in unserem Land im Krieg geleistet hat, ist nicht hoch genug zu bemessen.



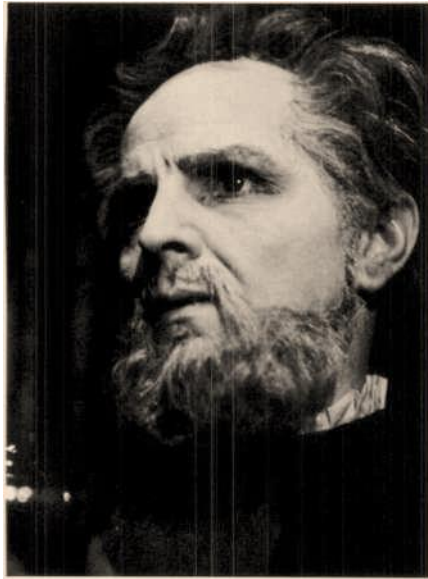


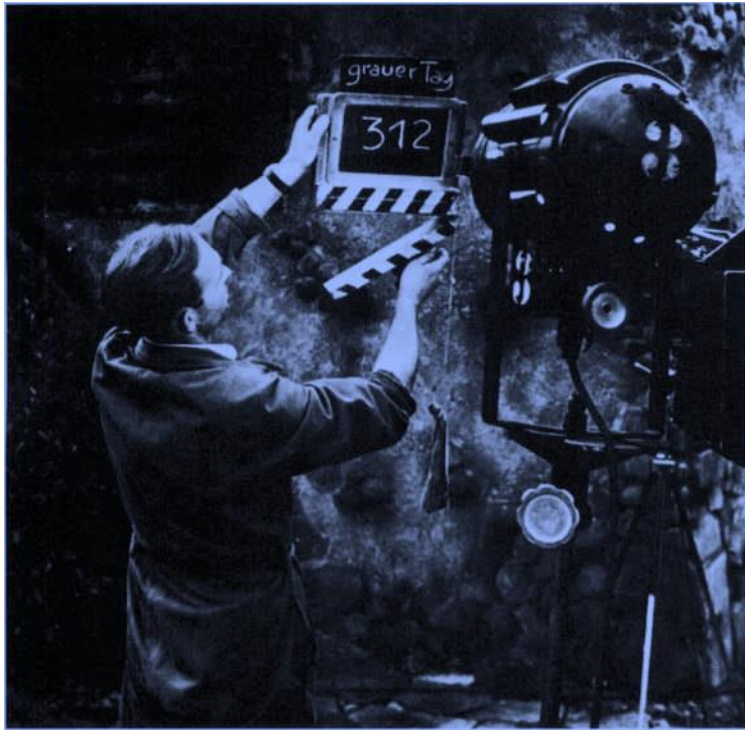
Abbildung oben:
Wolfgang Langhoff als Faust

Abbildung rechts:
Therese Giehse als Mutter Courage

Abbildung rechts unten:
Therese Giehse und Wolfgang Heinz in
«Wir sind noch einmal davon-
gekommen»



Das Schauspielhaus war während des Krieges ein Zentrum des geistigen Widerstandes gegen die Hitler-Diktatur. Höhepunkte erlebte die Bühne mit den Aufführungen der Werke von Brecht, John Steinbeck und Thornton Wilder oder mit den zu patriotischen Weihespielen werdenden Tell-Aufführungen. Namen wie Oskar Wälterlin, Kurt Hirschfeld und Leopold Lindtberg, Heinrich Gretler, Wolfgang Langhoff, Therese Giehse, Karl Paryla, Maria Becker, Ernst Ginsberg, Leonard Stekkel, Hermann Wlach, Teo Otto und viele andere bleiben untrennbar mit der Geschichte des Zürcher Theaters verbunden. Vom Erfolg des Schauspielhauses profitierte auch der Schweizer Film, der in den Kriegsjahren eine später nie mehr erreichte Blüte erlebte.



*Der Regisseur
Leopold Lindtberg
bei Dreharbeiten*

*Heinrich Gretler als Teil
(Ginsberg als Rössel-
mann, Langhoff als
Gessler)*



Drei, vier Eindrücke des Alltags im Krieg bleiben jedem haften, der diese Jahre in Zürich miterlebt hat: Optisch zunächst eine Stadt mit leeren Strassen, ohne Autos und nachts ohne Licht, ohne Laternen, ohne Leuchtreklamen und mit geisterbahnähnlich abgedunkelten Trams. Akustisch: eine Stadt, erfüllt von immer häufiger ertönendem Lärm der Sirenen, an- und abschwelliger Ton als Ankündigung des Alarms, langanhaltender Ton, das Ende der Gefahren bedeutend. Es waren Impressionen, die schliesslich so alltäglich wurden, dass kaum jemand mehr auf sie achtete.

Die Rationierung der Treibstoffe traf zwar, gemessen am gegenwärtigen Stand der Vollmotorisierung, 1939 nur verhältnismässig wenige. Aber damals gab es den Vergleichsmassstab zu heute ja nicht. Der Bewohner der Grossstadt, die auch während des Krieges weiterhin ein Magnet für Zuzüger blieb und deren Bevölkerung zwischen 1939 und 1945 von 310'000 auf 352'000 wuchs, waren stolz auf den innerstädtischen Verkehr, auf das brausende, pulsierende Leben. Das war nun vorbei. Noch fuhren zunächst Lieferwagen, Militärautos, später kamen im Zeichen der Ersatzstoffe die Holzvergaser-Fahrzeuge dazu, Limousinen, die hinten eine Art massiven Zylinderofen mitschleppten, den unförmigen, grossen Treibstoffbehälter, gefüllt mit «Emser Wasser». Sie wurden bestaunt und belacht, aber sie fuhren, wenn auch langsam.

Die Masse des Volkes aber benützte weiterhin das Velo, damals noch immer das wichtigste Fahrzeug des Durchschnittsbürgers. Nun erhielt es neuen Aufschwung, weil viele Automobilisten umstiegen. 1941 gab es aber auch hier Einschränkungen. Gummi war rar geworden, Pneus und Schläuche wurden rationiert. Wer in der Stadt etwas zu transportieren hatte, holte den Leiterwagen oder den Schubkarren hervor. Die alten Pferdefuhrwerke, zwar bereits selten geworden, aber doch noch nicht ganz ausgestorben, kamen wieder zu Ehren.

Die Grenzen waren geschlossen. Aus-

landreisen galten vor dem Krieg als etwas Ungewöhnliches, im Krieg erst recht. Der Luftverkehr hatte in der zweiten Hälfte der dreissiger Jahre zwar ständig zugenommen, aber der Transatlantikverkehr stand erst in den Anfängen. Er wurde während des Krieges weitergeführt, aber jede Reise nach Übersee bedeutete ein Abenteuer. Ein Zürcher Geschäftsmann berichtete im Sommer 1940 über seinen Rückflug aus den USA: Von New York über die Bermudas und Madeira nach Lissabon, von dort nach Madrid und Barcelona und weiter nach Rom und schliesslich nach Mailand, alles mit dem Flugzeug und mit Umsteigen. Hier endete die Reise vorläufig, denn eben war Italien in den Krieg eingetreten, und die Flugverbindung nach der Schweiz war eingestellt worden. Von Mailand nach Zürich musste als letzte Etappe der Zug benützt werden. Dauer der Reise: eine ganze Woche. Noch im Herbst 1944 war es ähnlich, als der Schweizer Delegierte zur Luftfahrtkonferenz nach Chicago flog – auf dem Rückweg dann konnte er eine Armeemaschine benutzen und schaffte die Strecke Amerika-Zürich in knapp 24 Stunden, damals eine Sensation.

Der internationale Verkehr ruhte. Aus dem Ausland kamen immer weniger Gäste. Um nicht wieder so eine Katastrophe zu erleben wie 1914, wurde der Inlandtourismus forciert. Wintersport kam in Mode. «Das ganze Volk fährt Ski» wurde zum zügigen Slogan. Die Kinder und Jugendlichen aus der Stadt reisten in die Berge, es gab im Frühjahr Kälte- oder Sportferien. Die Städter brachen auf zur Entdeckung der Heimat. «Mir fahred mit dr SBB durchs schöni Schwizerland» – so ein damals populärer Schlager. Die Vollbeschäftigung des Krieges erlaubte es, sich Ausspannung zu gönnen. Preiswerte Ferien wurden angeboten. Der durch den Krieg eingeengte Mensch drängte nach Mobilität, und er suchte sie gezwungenermassen innerhalb der eigenen Landesgrenzen.

Tägliche Sorge war die Frage, wie mit den zuge teilten Rationen an Heizen, Essen und

*Entbehrung und Überfluss an
der Bahnhofstrasse*

Kleidung auszukommen sei. Seit 1941 gab es fleischlose Tage, zuerst zwei, dann drei in der Woche: Montag, Mittwoch und Freitag. Grundsätzlich galten sie sowohl für die Verpflegung in Hotels und Restaurants wie auch privat. Praktisch beschränkte sich die Kontrolle jedoch auf die Gaststätten. Man streckte die Mahlzeiten mit Ersatzprodukten, suchte sich vielleicht auch schwarz oder un-

ter der Hand etwas Essbares zu erwerben. Aber das war die Ausnahme. Das Rechnen in Kalorien war nicht der Fimmel von Diätspezialisten, sondern eine nackte Notwendigkeit. Die Menschen assen weniger, aber sie lebten gesünder.

Ablenkung von den Sorgen des Alltags – was bot die Unterhaltung? Das Kino stand hier an vorderster Stelle. Aber auch der Film



war in den Sog des Krieges geraten. In den Schweizer Kinos liefen vor 1939 fast nur ausländische Filme. Eine Schweizer Produktion gab es erst in Ansätzen. Das änderte sich mit dem Krieg rasch. Auch hier zwang die Abschliessung vom Ausland und die drohende Monopolisierung des Kinos durch die deutschen Filme nach 1940 zu einer eigenen Produktion, die im Laufe der Kriegsjahre beträchtlich answoll. Zuerst waren es eher leichtfüssige Filme unterhaltenden Charakters, die Zensur wachte auch hier darüber, dass keine heissen Eisen angefasst wurden. Nach 1943 aber wurden endlich auch die Tagesthemen aufgegriffen und Meisterleistungen erzielt wie «Marie-Louise» und «Die letzte Chance». Das Trauma der Flüchtlingspolitik manifestierte sich auch im Film.

Die Kinobesitzer behalfen sich mit Reprisen, um nicht völlig auf die Streifen aus der Goebbels'schen Küche angewiesen zu sein. Deutsche Propaganda- oder gar Hetzfilme hatten in der Schweiz in öffentlichen Vorführungen zwar kaum eine Chance. Meist waren es die seichten Unterhaltungsstücke, die das deutsche Volk den Krieg vergessen machen sollten und die auch in der Schweiz ein dankbares Publikum fanden.

Der Schweizer Film vermochte eine Zeitlang mit einigem Erfolg eine deutsche Monopolstellung zu verhindern. Zwischen 1940 und 1942 wurden in unserem Land insgesamt 36 Langspielfilme gedreht. Der Themenkreis reichte vom «Fräulein Huser», einer wenig anspruchsvollen Dialektkomödie, über die Verfilmung von Novellen Gottfried Kellers und Conrad Ferdinand Meyers bis zum «Landammann Stauffacher», in dem Heinrich Gretler einen der Gründerväter der Eidgenossenschaft in kerniger Weise glaubhaft zu machen verstand. Eine künstlerisch einsame Höhe erreichte in dieser Massenproduktion Hans Trommers «Romeo und Julia auf dem Dorfe».

Die übrigen Filme können heute wohl vor allem als historisch interessante, selbstbewusste Demonstrationen zur Eigenständig-

keit und Unabhängigkeit der Schweiz auch auf diesem Gebiet gelten.

Aber auch in den früheren, unverfänglicheren Schweizer Filmen, von denen die meisten in Zürich produziert wurden und für welche das Ensemble des Schauspielhauses die wichtigsten Rollen besetzte, konnten politische Akzente gesetzt werden. So etwa im «Wachtmeister Studer», dem Kriminalpolizisten, den Heinrich Gretler als Mann aus dem Volke gab, bieder und massiv, mit dem Herz auf dem rechten Fleck, wenn er sagte: «Ich weiss nu, dass hüt efeng überall i dr Wält s'Rächt am Umgheie-n-isch. Und wänn's emol so wiit isch, dänn git's überhaupt nüt meh. Kän Mänsch, kä Gränze und kän Chäib und gar nüt. Ja, da heisst's ufpass!» Das war nun eindeutig auf die Nazi-Propaganda gemünzt, die damals mit dem Slogan hausierte, Recht ist, was uns nützt.

Der Spielplan der Zürcher Kinos im Laufe der sechs Kriegsjahre widerspiegelt manchen Gesinnungswandel. Vor dem Krieg hatten hauptsächlich deutsche und amerikanische Filme sich gegenseitig den Rang streitig gemacht, neben französischen und italienischen. Im März 1940 zum Beispiel liefen in den 16 Zürcher Kinos sieben USA-Filme, fünf deutsche, zwei französische und ein Schweizer Film. Im 16. waren Weltaktualitäten zu sehen. Mit dem Krieg wurde der Import amerikanischer Filme immer schwieriger. Die deutsche Produktion begann zu überwiegen. Ganz aber verschwanden die amerikanischen Titel nie vom Spielplan. Andere Nuancen gab es bei den Aktualitätsschauen, damals die einzige Information in bewegten Bildern, da es noch kein Fernsehen gab. Die Deutsche Wochenschau, von Profi-Reportern gedreht und dramatisch geschnitten, erfreute sich in den ersten Kriegsjahren eines grossen Zulaufs. Man musste nicht unbedingt ein Nazi-Anhänger sein, um sich das anzusehen. Im März 1940 lief als Matinee in einem Zürcher Kino an Sonntagvormittagen eine Selbstdarstellung der Deutschen Wehrmacht; wegen des grossen Andrangs wurde

ausdrücklich die Benützung des Vorverkaufs empfohlen. Ähnliches ereignete sich dann ab 1943 bei der Vorführung sowjetischer Filme, die selbst in der «Neuen Zürcher Zeitung» wohlwollende Kritiker fanden, ungeachtet der strikt antikommunistischen Linie des Blattes. So reflektierte sich im Zürcher Kino-programm der Wellenschlag der durch den Kriegsverlauf geformten öffentlichen Meinung. Allzu weitgehende Schlüsse auf die politische Einstellung der Zuschauer daraus abzuleiten, wäre wohl verfehlt.



Eine Zuflucht der mehr oder minder unverblühten Kritik war das Cabaret. Das Cornichon am Hirschenplatz vor allem hatte eine ähnliche Funktion wie das Schauspielhaus. Es wurde über Zürich hinaus zu einer schweizerischen Institution, die Kraft und Mut verbreitete. Von den Hütern der Zensur ängstlich beobachtet, von den schweizerischen Rechtsextremisten und den deutschen Staats- und Parteifunktionären, die zähneknirschend ihre Rapporte erstatteten, mit wütendem Hass verfolgt, hielt das Cabaret Cornichon allen Drohungen gegenüber stand. Es war ebenso populär wie der «Nebelspalter», dem zwar von den Behörden mit besonderem Misstrauen auf Feder und Stift geschaut wurde, so dass Carl Böckli, Maler und Dichter in einem, höhnte: «Mich hat die löbliche Zensur gewogen und zu leicht befunden, sie gibt mir fortan Nachhilfstunden im Freihandzeichnen nach Natur!» Was Böckli – «Bö» – Woche um Woche in ironisierender Nachsicht oder mit beissender Schärfe glossierte, war dem Publikum aus dem Herzen gesprochen.

Ebenso aus dem Herzen gesprochen waren die Vorträge, die der Zürcher Geschichtsprofessor Karl Meyer hielt. Er war zwar Mediävist, hatte die Innerschweizer Befreiungsgeschichte neu geschrieben und nachzuweisen gesucht, dass Wilhelm Tell wirklich gelebt habe. Im Krieg aber wuchs er über sich und seinen Fachbereich hinaus. Er war ein Volkstribun im besten Sinne des Wortes, eine machtvolle rhetorische Begabung. An seinen Vortragsabenden in stets überfüllten Sälen schlug er mit Temperament und vollem Einsatz seiner Person den grossen Bogen der Weltgeschichte im Überblick. Er sprach vom Kommen und Gehen der Tyrannen in ferner Vergangenheit in einer Weise, die die Gewissheit ausstrahlte, auch in der Gegenwart gelte weiterhin das Schiller-Wort: «Die schnellen Herrscher sind's, die kurz regieren.» Und ähnlich wie Karl Meyer wirkte Oscar Frey von der Sektion Heer und Haus, wirkte am Radio Beromünster jeden Freitag

abend Prof. J. R. von Salis mit seiner Weltchronik. Das waren Fixpunkte im Alltagsleben des Weltkrieges, auch in Zürich.

Am Rande des politischen Spektrums bewegte sich in Zürich während des Zweiten Weltkrieges ein Mann, der je nach Auffassung als Spinner, Original oder Idealist galt, der Friedensapostel Max Daetwyler. Als Dienstverweigerer, der 1914 den Fahneid nicht geleistet hatte, war er schon im Ersten Weltkrieg in Zürich aufgetreten und in die Unruhen vom November 1917 verwickelt gewesen. Nach dem Friedensschluss hatte er sich verheiratet, in Zumikon niedergelassen und betrieb dort eine Gärtnerei. Er blieb aber überzeugter, aktiver Pazifist. 1932 war er während der Abrüstungskonferenz und 1936 zum Völkerbund nach Genf gepilgert und hatte dort, sehr zum Ärger von Bundesrat Motta, der ihm eine Zutrittskarte verschafft hatte, von der Tribüne der Ratsversammlung herab für den Frieden zu predigen begonnen.

Auf den Kriegsausbruch von 1939 reagierte er mit einer eigenen Protestaktion. Er übermalte in einer Zürcher Kirche ein grosses Soldatenbild mit weisser Farbe und wurde dafür, wie schon oft vorher, für einige Zeit zur Begutachtung in eine Psychiatrische Klinik eingewiesen. Nach seiner Entlassung predigte er erneut, meist am Utoquai, damals eine Art Hyde Park von Zürich, wo auch die Heilsarmee ihre Bekenntnisse ablegte. Später, als ihm das Auftreten auf Zürcher Boden polizeilich verboten wurde, redete er von einem Boot im See aus. Im «Tagblatt» inserierte er regelmässig mit Sprüchen, die von seinem ungebrochenen Selbstbewusstsein zeugten:

«Das Heil der Welt kommt nicht von Rom, sondern von Bethlehem und Zumikon.»

Im Januar 1941 brach er zu einem Friedensmarsch nach Berlin auf, um Hitler zu überzeugen, mit dem Krieg aufzuhören. Daetwyler trug seine weisse Friedensfahne, marschierte an einem Samstag abend durch die bevölkerten Viertel von Aussersihl, kam aber



Friedensapostel Daetwyler will 1941 zu einem Friedensmarsch

vom Helvetiaplatz nur bis zur Langstrasse. Dort erwartete ihn die Polizei und nahm ihn unter Austausch gegenseitiger Höflichkeiten in Gewahrsam.

Auch wenn Daetwyler ein Phantast war, auch er war in jenen Jahren in Zürich populär und von vielen wohlgeduldet, verkörperte er doch mit seinen unbeirrbareren Reden vom Frieden eine Sehnsucht, die damals alle be-seelte, die guten Willens waren.

Feste zu feiern galt im Krieg nur dann als angebracht, wenn diese einen Sinn, vor allem einen patriotischen oder militärischen, hatten. Von den traditionellen Zürcher Festen war es das Knabenschiessen im Herbst, das praktisch unverändert weitergeführt wurde, weil es der militärischen Er-tüchtigung diente. General Guisan hatte es jedesmal besucht und ihm damit eine besondere Weihe gegeben. Das Frühlingsfest hingegen, das Sechseläuten, wurde stark be-

schnitten. Den Kindern mochte man die Festfreude nicht nehmen. Sie zogen in ihren bunten Kostümen wie immer durch die Strassen, sofern nicht schlechtes Wetter das verhinderte. Die Zünfte aber versammelten sich um fünf Uhr nachmittags im Kongresshaus und begaben sich dann zum Böögg, der ohne Musik und herumgaloppierende Reitergruppen dem Flammentod überantwortet wurde. Sogar seinen angestammten Platz am Bellevue verlor er wegen der Anbauschlacht. Vor der sprossenden Saat musste er 1943 erstmals nach dem Hafendamm Enge ausweichen. 1944 brannte er so schlecht, dass er dort ins Wasser fiel. Im Jahr darauf konnte er wieder an seinen alten Platz zurückkehren, auf die Wiese am Bellevue, die früher Tonhalleplatz geheissen hatte, inzwischen aber in Sechseläutenplatz umgetauft worden war.

Total aus dem Festkalender gestrichen wurde während des Krieges die Fasnacht, die es im puritanischen Zürich ohnehin immer schon schwer gehabt hatte. Sie wurde schlicht und einfach verboten. Die lokale Presse vermerkte mit Genugtuung, dass es nun keine Konfettischlachten, keine Pritschenduelle und keine geschmacklosen Bööggen auf den Strassen Zürichs mehr geben werde. «Es werden nicht allzu viele bei uns sein, die der Fasnacht besonders salzige Tränen nachweinen werden», schrieb ein Lokalreporter.

Alles, was nach Leichtfertigkeit klang, hatte während des Krieges keine Chance. Dafür wurden Feiern begangen. Der 1. August gestaltete sich immer wieder zu einer eindrucksvollen patriotischen Kundgebung, zu der die Menschen aller Stände und Klassen sich in grosser Zahl begaben. Im Sommer 1941 wurde die 650-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft auch in Zürich mit grossem Gepränge zelebriert. Sie begann schon im Juni mit einer akademischen vaterländischen Kundgebung an der Universität und einem Fackelzug durch die Stadt. «Glücklich die Schweiz, die noch die Fackeln des Friedens anzünden darf, während ringsum Europa im

Grossfeuer des Krieges brennt», schrieb Carl Seelig in der «NZZ». Ihren Höhepunkt erreichte die Jahrhundertfeier mit einem Gedenkakt in den Stadthausanlagen und in der Fraumünsterkirche, an der Bundespräsident Wetter sprach, Zürichs Vertreter in der Landesregierung.

Patriotisch gestimmt waren auch die Jungbürgerfeiern, die erstmals 1940 in verschiedenen Kirchen Zürichs durchgeführt wurden und sich über Jahrzehnte hinweg als ständige Institution erhalten haben. Sie waren während des Krieges immer stark besucht. Mehrere tausend junge Leute nahmen jeweils an ihnen teil und lauschten diszipliniert den Reden der Älteren, selbst wenn diese ihnen nicht immer aus der Seele sprechen mochten.

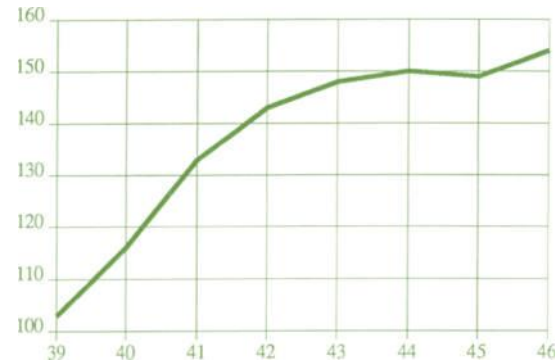
In einer dramatischen Weise spitzte sich in Zürich während des Krieges ein soziales Problem zu, das in den Jahrzehnten seit dem Waffenstillstand von 1945 bisher keine befriedigende Lösung gefunden hat – die Wohnungsmisere. Am 1. Mai 1939 gab es in der Stadt bei 328'000 Einwohnern rund 94'400 Wohnungen. Von ihnen standen etwa 2'400 leer, rund 2,5 Prozent. Während des Krieges entstanden zwar laufend neue Wohnungen. Es wurde privat gebaut, es wurde mit öffentlichen Geldern grosszügig Wohnbauförderung betrieben. Alle dem Volk dafür unterbreiteten Kredite in Millionenhöhe waren unbestritten und wurden mit massiven Mehrheiten immer wieder bewilligt. Trotzdem konnte das Angebot der ständig wachsenden Nachfrage nicht genügen. Im Sommer 1944 standen in Zürich nur noch knapp 100 Wohnungen leer. 32 obdachlose Familien mussten in Notunterkünften untergebracht werden. Das Defizit wurde auf rund 2'000 Wohnungen geschätzt. Die Hoffnung, diese mit einer Beschleunigung des Bauprogrammes im Laufe des Jahres 1945 zu erstellen und damit den dringendsten Bedarf wenigstens knapp zu decken, schlug fehl. Der Krieg hinterliess das Problem ungelöst der Nachwelt.

Gegen die Wohnungsnot hatte der Bun-

desrat am 15. Oktober 1941 einen Beschluss gefasst, der Vorschriften über die Beschränkung des Kündigungsrechtes enthielt. Im Januar 1942 wurde darauf in Zürich das der Zentralstelle für Kriegswirtschaft angegliederte Mietamt geschaffen. Es war als Schlichtungsstelle gedacht, als unabhängige richterliche Instanz, und wurde von einem Oberrichter geleitet. Während des Krieges führte es über 15'000 Verfahren durch, um Streitfälle zwischen Mietern und Vermietern beizulegen. Die Mietpreise waren während der Kriegsjahre gestoppt. Erhöhungen wurden nur gestattet, wenn der Mietertrag die Aufwendungen des Hausbesitzers nicht zu decken vermochte oder falls er bauliche Verbesserungen vornahm bzw. wertvermehrnde Installationen einrichtete. Geplante Erhöhungen konnten nur nach Bewilligung durch die städtische Preiskontrollstelle vorgenommen werden. Die bewilligte durchschnittliche Mietzinserhöhung bewegte sich in den letzten drei Kriegsjahren zwischen 6,5 und 9,5 Prozent.

Der Haus- und Grundeigentümerverband führte einen erbitterten Kampf gegen diese Vorschriften, doch vermochte er nicht durchzudringen. Befürchtet wurde nicht nur, dass mit einem Lockern der Mietpreisvorschriften das soziale Klima sich rasch verschlechtern würde, sondern man bangte auch um eine drastische Verteuerung der Lebenskosten. Diese waren seit Kriegsbeginn tatsächlich rapide angestiegen, besonders in den Jahren 1939-41. Am Kriegsende betrug die Teuerung über 60 Prozent. Auf ein Jahr umgerechnet, lag die Inflationsrate also während des Krieges bei durchschnittlich 10 Prozent.

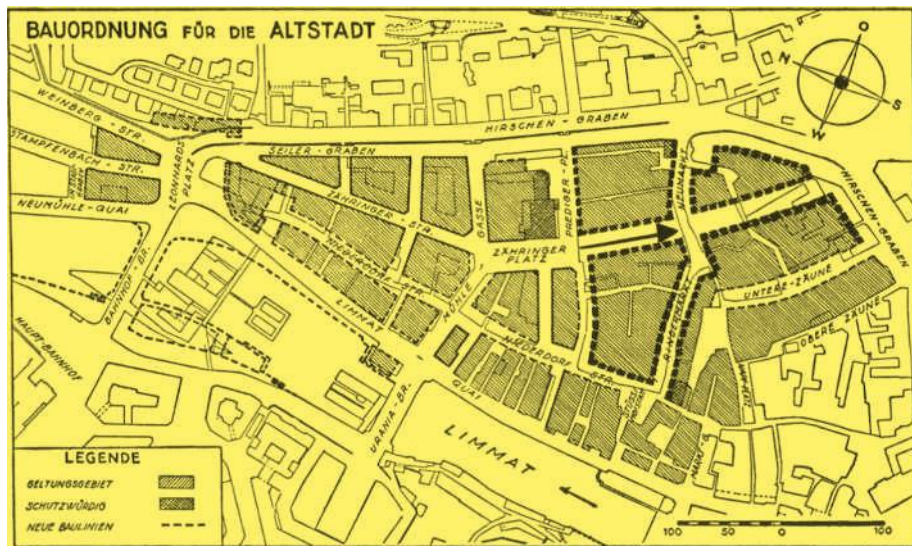
Aber nicht nur Wohnungen wurden gebaut, auch zahlreiche öffentliche Gebäude oder grössere Geschäftshäuser entstanden in der Kriegszeit. Vieles, was verwirklicht wurde, basierte aber noch auf Planungen aus den Vorkriegsjahren, so das im September 1939 in Betrieb genommene neue Radiostudio beim Brunnenhof oder das wenige Monate später eingeweihte Hallenstadion in Oerlikon. Das



Der Zürcher Lebenskostenindex steigt von 1939 bis 1946 von 100 auf 163 Punkte.

neue Verwaltungsgebäude der Rentenanstalt im Enge-Quartier, ein grosses, dominierendes Gebäude, wurde Mitte April 1940 bezogen, das Haus zum Neuen Froschauer an der Kreuzung Pelikan-/Nüscherstrasse im März 1941, das Hallenschwimmbad an der Grenze der City zu Aussersihl im Mai desselben Jahres. Die Restaurierung von Wasserkirche und Helmhaus wurde 1942 abgeschlossen und die Kirche ihrer ursprünglichen Bestimmung zurückgegeben. Damit war der unwürdige Zustand beendet, dass das uralte Gotteshaus als Warenlager eines Musikaliengeschäftes diente.

In der zweiten Kriegshälfte kamen grössere Bauvorhaben ins Stocken. Die Bauordnung für die Stadt Zürich mit ihrer Einteilung in Zonen war kurz nach Kriegsbeginn vom Stadtrat dem Gemeinderat unterbreitet und von diesem auch genehmigt worden. In Kraft treten konnte sie jedoch nicht, da der Regierungsrat ihr die Genehmigung versagte. Stein des Anstosses war der geplante Zähringer-Durchstich, die Verlängerung der Zähringerstrasse über den Predigerplatz hinaus bis gegen den Pfauen. Dadurch wäre eine Schneise in das Gefüge der Zürcher Altstadt geschlagen worden. Die Befürworter einer Altstadtsanierung, welche die zum Teil ungenügenden baulichen und hygienischen Verhältnisse verbessern wollten, sahen die einfachste Lösung im Niederreißen der alten Bausubstanz. Die Gegner, die einen solchen brutalen Eingriff in das seit Jahrhunderten



-----▶
*Zähringer-Durchstich zum
 Hirschengraben*

organisch gewachsene Stadtbild als unerträglich empfanden, hatten jedoch damals Mühe, mit ihren Argumenten durchzudringen. Auch der Regierungsrat opponierte dem Zähringer-Durchstich nur bedingt aus denkmalpflegerischen Gründen. Er befürchtete, dass dem Obergericht, dessen Räumlichkeiten dem Durchstich zum Opfer gefallen wären, kein geeigneter Realersatz zur Verfügung gestellt werden könnte.

So zogen sich die Streitigkeiten bis über das Kriegsende hinaus hin. Noch 1950 geisterten die Zähringer-Projekte in den Köpfen der Stadtverwaltung. Zum Glück für Zürich konnten sie nicht verwirklicht werden, sonst wäre den zahlreichen Sünden der Vergangenheit noch eine weitere zugefügt worden. Ohnehin wurde auch im Krieg in Zürich kräftig abgerissen. Es verschwand die Villa Muralto an der Pelikanstrasse. Die Hallenhäuser im Seefeld, aus dem 19. Jahrhundert stammende originelle Ladengeschäfte, mussten grösseren Umbauten weichen. Auch das Haus zum Vogelsang an der Stadelhoferstrasse fiel der Spitzhacke zum Opfer und schliesslich der «Fallende Brunnenhof», das letzte Bauerngehöft an der Strasse aus der Innenstadt nach Oerlikon.

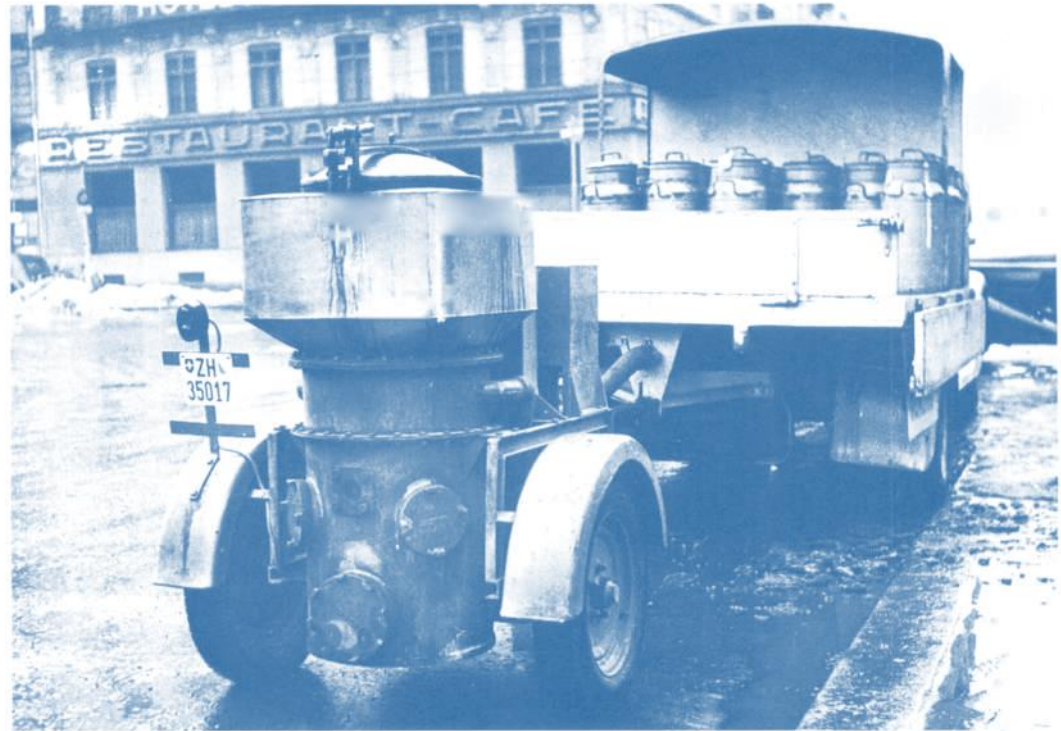
Als grösseres Vorhaben wurde der Neubau des Kantonsspitals während des Krieges in Angriff genommen. Der Kredit dazu war 1941 erteilt worden, vollendet wurde der Bau aber erst 1950. Auch die Vorlagen über die Zürichsee-Regulierung mit ihrer Neugestaltung des Limmtraumes zwischen Bahnhof und Central entstanden im Kriege; die Ausführung kam erst Jahre später. Und schliesslich, als ein wichtiges Unternehmen im Bereich der Kommunikationstechnik, wurde im Dezember 1944 das automatische Fernamt in Zürich eingeweiht. Sein Ausbau gehörte in den Gesamtzusammenhang der Schaffung eines einheitlichen Telefonnetzes in der ganzen Schweiz mit Direktwahlverbindung zwischen allen Sprechstellen. Am 27. August 1944 waren in Zürich als ein Schritt auf diesem Wege die sechsstelligen Telefonnummern eingeführt worden. Rund 60'000 Apparate waren davon betroffen. Es kam zu einem grossen Gejammer über die hohen Kosten für neue Verzeichnisse, Briefköpfe, Visitenkarten und andere Drucksachen. Gleichzeitig sahen sich die Zürcher mit dem technischen Fortschritt der Automatisierung konfrontiert. Wenn einer falsch wählt, so stand in einem Zeitungsbericht, «so wird ihm fast alsogleich eine geheimnisvolle Stimme bedeuten, dass er sich geirrt habe und die neue, richtige Nummer einstellen solle. Dieser Vorgang ist ebenso raffiniert wie symptomatisch für die Sorglichkeit, mit der die Telefonverwaltung darauf bedacht ist, dem Publikum die Benützung von Mikrophon und Hörer zu erleichtern ...»

Tatsächlich hat das Telefon in Zürich während der Kriegsjahre einen eigentlichen Durchbruch erreicht. Jahr für Jahr mussten mehrere tausend neue Anschlüsse erstellt werden. Besonders die Inland- und Lokalgespräche nahmen sprunghaft zu. Bald jeder fünfte Einwohner Zürichs verfügte bei Kriegsende über ein eigenes Telefon. Es verdrängte Brief und Telegramm und wurde zum Bahnbrecher der kommenden Kommunikationsgesellschaft.

*Das Bellevue – im Frieden ein Haupt-
verkehrspunkt der Stadt*



Leere Strassen und Plätze, Autos mit behelfsmässigem Antrieb, Holzvergassern mit Ersatztreibstoff, ironisch «Emser Wasser» genannt, das sind die äusseren Zeichen der Kriegszeit in der Stadt.



ZÜRCHER ZEITUNG



*Schlangen vor Zeitungen
und den nur an bestimm-
ten Tagen offenen Metz-
gereien*

METZGEREI J. LEUTERT



*Abbildung rechts:
Dem Milchmann, der ins
Haus liefert, sind im
Krieg bestimmte Sektoren
zugeteilt.*



1924 *20 Jahre* 1944 Praesens Film

In den 20 Jahren ihrer Arbeit hat die Praesens-Film A.-C. bewiesen, dass der Schweizerfilm eine wichtige kulturelle und nationale Aufgabe erfüllt. Ihre Leistungen verband sie stets mit Zürich, wo der einheimische Film geschaffen und entwickelt wurde:

20 Jahre Praesens sind eng verbunden mit 20 Jahre Zürich!

Die Praesens-Filme vereinen stets die gediegene Unterhaltung, die dem Publikum Freude bereitet, mit dem ersten Dienst an einer menschlichen Grundidee, wie sie alle diese Filme gestalteten. Dieses doppelte Ziel: Genuss und Freude des Publikums am sorgfältig gepflegten Film und Eintreten für schweizerisches geistiges Gut weist der Praesens auch den weiteren Weg ihrer Arbeit. K 26. JULI 1944

Das Apollo-Theater gibt Ihnen die Gelegenheit, die Spitzensfilme der Praesens v. 29. Juli bis 25. Aug. nochmals anzusehen

Spielplan

Heute bis inkl. Montag, 21. Juli Füsilier Wipf

Dienstag 1. August: Landammann Stauffacher

Mittwoch bis Freitag, 11. Aug.: Der Schuss von der Kanzel

Samstag bis Dienstag 12.-16. Aug.: Gilberte de Courgenay

Mittwoch bis Freitag 9.-11. Aug.: Gespensterhaus

Samstag bis Mittwoch 12.-16. Aug.: Wachtmeister Studer

Donnerstag 11. August: Abessinienflug

Freitag 11. August : Frauennot-Frauenglück

Samstag bis Freitag 19-25. Aug.: Die missbrauchten Liebesbriefe

Zum Besuche dieser Jubiläumswochen empfehlen wir unsere Abonnements Sie erhalten 20% Ermässigung auf sämtlichen Plätzen

Vorverkauf  Tel. 3.57.95

In den Spielplänen der Kinos dominiert der Schweizer Film.

1943 und 1944 wird der traditionelle Böögg im Frühjahr auf dem Hafendamm Enge verbrannt, weil der Sechsläutenplatz ein Acker ist.

Am Knabenschiessen im Herbst nimmt regelmässig General Guisan teil.



Möbelumzug im Aussenquartier



Warentransport in der City



Die Frau stellt ihren Mann

Wie schon im Ersten Weltkrieg, so sprangen auch 1939 die Frauen in die Lücken, welche die zum Aktivdienst aufgebotenen Männer hinterlassen hatten. Ohne den unermüdlichen Einsatz der Frauen hätte der Krieg, der ja auch die Zivilbevölkerung einbezog, gar nicht geführt werden können. Viele Frauen von Selbständigerwerbenden betreuten die Betriebe des Gatten, wenn dieser im Aktivdienst war. In Berufen, die als unbestrittene Männerreservate gegolten hatten, stellten die Frauen während des Krieges ihren Mann. Bei der Strassenbahn arbeiteten seit Sommer 1943 Frauen als Biletteusen. Sie kamen beim Publikum gut an – bezeichnend, dass das damals wert schien, öffentlich vermerkt zu werden. Allerdings war der Dienst der Frauen auf zwei Tage im Monat beschränkt, und sie durften ihn nur in männlicher Begleitung ausüben. Das war eine Demonstration, die das Provisorium unterstreichen sollte. Die Gewerkschaften fürchteten für ihre männlichen Mitglieder um die Arbeitsplätze.

Auch die Armee holte sich Frauen. Im Februar 1940 erging vom Militärdepartement die Weisung zur Organisation eines Frauenhilfsdienstes (FHD) an die Kantonsregierungen. Es meldeten sich mehr Freiwillige, als benötigt wurden. Die Frauen erhielten eine zweiwöchige Ausbildung. Sie dienten der Armee hauptsächlich in den rückwärtigen Diensten, in der Verwaltung, im Büro, bei der Sanität, bei der Fliegerbeobachtung, der Feldpost und der Fürsorge, später auch in Flüchtlingslagern. Am 11. Oktober 1942 fand in Zürich eine Kundgebung des FHD statt, an der auch General Guisan teilnahm. Es war eine Geste der Wertschätzung des Oberbefehlshabers für die Tätigkeit der Frau in der Armee.

Noch bevor der FHD entstanden war, hatten Frauen bereits in militärischen Einheiten ihre Pflicht getan. Sie waren in Luftschutzbataillonen als Sanitäterinnen tätig. Eine noch viel wichtigere Rolle spielten sie beim zivilen Luftschutz. Sie waren gewisser-

massen der feste Kern der Hausfeuerwehren. Die Frauen hatten Kurse und Übungen zu absolvieren, und während viele der jüngeren männlichen Teilnehmer später zur Armee abkommandiert wurden, blieben die meisten Frauen während des ganzen Krieges dabei. Auf ihre Erfahrung und auf ihr Können stützte sich der zivile Luftschutz.

Überall und für alles wurden die Frauen aufgerufen und ermahnt, sich freiwillig zu melden. Viele der vom Krieg ausgelösten Aktivitäten, die Sammlungen von Altpapier und Buntmetall, die Spendenaktionen, das Verschicken von Soldatenpäckchen und vieles andere, konnten auf die freiwillige Hilfe ungezählter Frauen rechnen. Ohne sie wäre das alles nie zustande gekommen. Und jeder Statistik schliesslich entzieht sich das stille Tun der Frauen im Haushalt. Ihrem Einfallsreichtum war es zu verdanken, dass die Nahrungsmittelrationen sinnvoll verwendet werden konnten. Die Hauswirtschaftszentrale der Stadt Zürich, 1941 gegründet, stand ihnen mit Rat und Tat zur Seite. Wie war ein Menüplan ohne Fleisch zu gestalten, um auf die notwendige Kalorienzahl zu kommen? Wie konnte eine schmackhafte Konfitüre zubereitet werden? Wie waren Kleider und Schuhe sorgfältig zu pflegen, um ihre Lebensdauer zu verlängern? Viele Frauen entwickelten sich im Krieg zu wahren Könnerrinnen des haushälterischen Kalkulierens. Niemand redete damals von «Lebensqualität», aber dieser tägliche Kampf gegen den Mangel gab dem Leben Inhalt. So widersinnig es tönen mag, der Krieg brachte Sinn ins Dasein, stellte den Menschen jeden Tag vor neue Situationen und Forderungen. Dass sie immer wieder gemeistert werden konnten, ist zu einem grossen Teil dem selbstlosen Schaffen der Frauen zu verdanken.

Bei dieser Aufwertung der Frauenposition lag es nahe, dass dem weiblichen Teil der schweizerischen Gesellschaft nach dem Krieg endlich auch politische Rechte eingeräumt würden. Schon nach dem Ersten Weltkrieg hatte es in Zürich Abstimmungen über

die Einführung des Frauenstimmrechtes gegeben. Aber sie hatten immer mit einer hohen Verwerfung der Vorlagen geendet. Nun kam das Thema wieder auf die politische Traktandenliste. Die Freisinnige Partei des bürgerlichen Stadtkreises 7 stellte im Juli 1944 in einer Umfrage fest, dass bei ihr 75 Prozent der Männer und 70 Prozent der Frauen für das Frauenstimmrecht seien. Der Sozialdemokrat Hans Nägeli reichte im Kantonsrat eine Motion ein und begründete sie mit den knappen Worten: «Wir Herren der Schöpfung haben kein Recht, den Frauen vorzuziehen, wofür wir selbst gekämpft haben.»

Die Motion wurde zwar überwiesen, die Volksabstimmung fand aber erst 1947 statt, als der Krieg längst zu Ende war. Die Zürcher Männer verweigerten ihren Frauen erneut die politischen Rechte. Und sie taten es zwanzig Jahre später nochmals. Erst 1970 waren die alten Vorurteile endlich verschwunden. Es ist für die Männer der Kriegsgeneration beschämend, dass sie es nicht fertiggebracht haben, ihre Dankesschuld gegenüber den Frauen mit einer Geste der Grosszügigkeit zu honorieren. Sie hätten diesen Dank nach der aufopfernden Arbeit im Kriege zweifellos verdient.





Im Krieg erhält die Frau eine neue Stellung. Sie hilft beim Sammeln und Ordnen gebrauchter Wäsche, beim Verschicken von Liebesgabenpaketen für die Soldaten, aber auch in der Landwirtschaft, wo ihr keine Arbeit zu schwer ist. Die Frau rückt in Positionen ein,

die bisher dem Manne vorbehalten geblieben waren. Sie stellt sich, was die Übernahme von Arbeit und Pflichten betrifft, gleichberechtigt neben den Mann. Auf politischer Ebene aber bleibt sie noch lange zweitrangig.



Auch das Militär nimmt die Hilfe der Frauen in Anspruch. Sie können sich freiwillig beim Hilfsdienst melden (FHD) und werden in rückwärtigen Diensten verwendet.





Als am 6. Juni 1944 die alliierten Truppen in der Normandie landeten und damit die seit Monaten angekündigte Offensive gegen die deutschen Positionen am Atlantikwall eröffneten, war es offensichtlich, dass damit die letzte entscheidende Phase des Weltkrieges begonnen hatte. Die Invasion gelang, innerhalb von drei Wochen wurde der Brückenkopf konsolidiert und erweitert, Ende Juli brachen die britisch-amerikanischen Armeen von dieser Basis aus zur Befreiung Frankreichs auf. Sie liessen sich die einmal gewonnene Initiative nicht mehr nehmen und operierten frei in der Tiefe des Raumes bis zur holländisch-deutschen Grenze.

Am 15. August landete eine weitere alliierte Streitmacht an der Südküste Frankreichs, stiess durch das Rhonetal aufwärts und vereinigte sich im September mit den von Nordwesten her vordringenden Truppen. Gleichzeitig erhoben sich die französischen Widerstandskämpfer und vertrieben die Deutschen. Am 24. August mussten diese Paris räumen. Einem Befehl Hitlers, die französische Hauptstadt zu zerstören, widersetzte sich der deutsche Kommandant und kapitulierte. Auch in Italien drangen die Briten und Amerikaner vor, eroberten Rom und Florenz und erreichten die Apenninenlinie.

Wenige Wochen nach der Invasion entfesselte die Rote Armee in Weissrussland eine Offensive, die das ganze Gefüge des Mittelabschnitts der deutschen Ostfront ins Wanken brachte. Von allen Seiten hämmerten die verbündeten Mächte auf das Dritte Reich ein. Pausenlos zogen alliierte Bombergeschwader über Deutschland dahin und zertrümmerten eine Stadt nach der andern. Die Festung Europa der Nazi-Machthaber, schon längst ohne Dach, bebte in ihren Grundfesten. Die Reserven waren erschöpft, auch die vielberedeten Wunderwaffen, im Juni 1944 mit der V-1 erstmals eingesetzt, vermochten das Geschick nicht mehr zu wenden. Der Zusammenbruch war nur noch eine Frage der Zeit. Das Attentat auf Hitler vom

20. Juli 1944 signalisierte, dass auch in Deutschland Kräfte am Werk waren, die das Sinnlose einer Weiterführung des Krieges erkannt hatten und Schluss machen wollten. Aber der Anschlag misslang, und Deutschland rüstete sich zum Kampf bis zum bitteren Ende – erst fünf Minuten nach zwölf werde Deutschland die Waffen niederlegen, hatte die Nazi-Propaganda prophezeit, und die deutsche Führung machte das buchstäblich wahr.

So schleppte sich der längst entschiedene Krieg noch weitere Monate dahin. Es war eine mörderische Endphase, die mehr Zerstörung brachte als alle fünf vorangegangenen Kriegsjahre zusammen. Europa wurde auch geistig und moralisch zum Trümmerfeld. Nun enthüllte sich auch das ganze Ausmass der ungeheuerlichen Verbrechen, die unter dem Deckmantel des Krieges verübt worden waren, vor allem die Verbrechen an der wehrlosen Zivilbevölkerung in den von den Deutschen besetzten Gebieten im Osten und die zynisch «Endlösung» genannte, von Hitler schon am 30. Januar 1939 in einer Reichstagsrede angekündigte «Ausrottung der jüdischen Rasse in Europa».

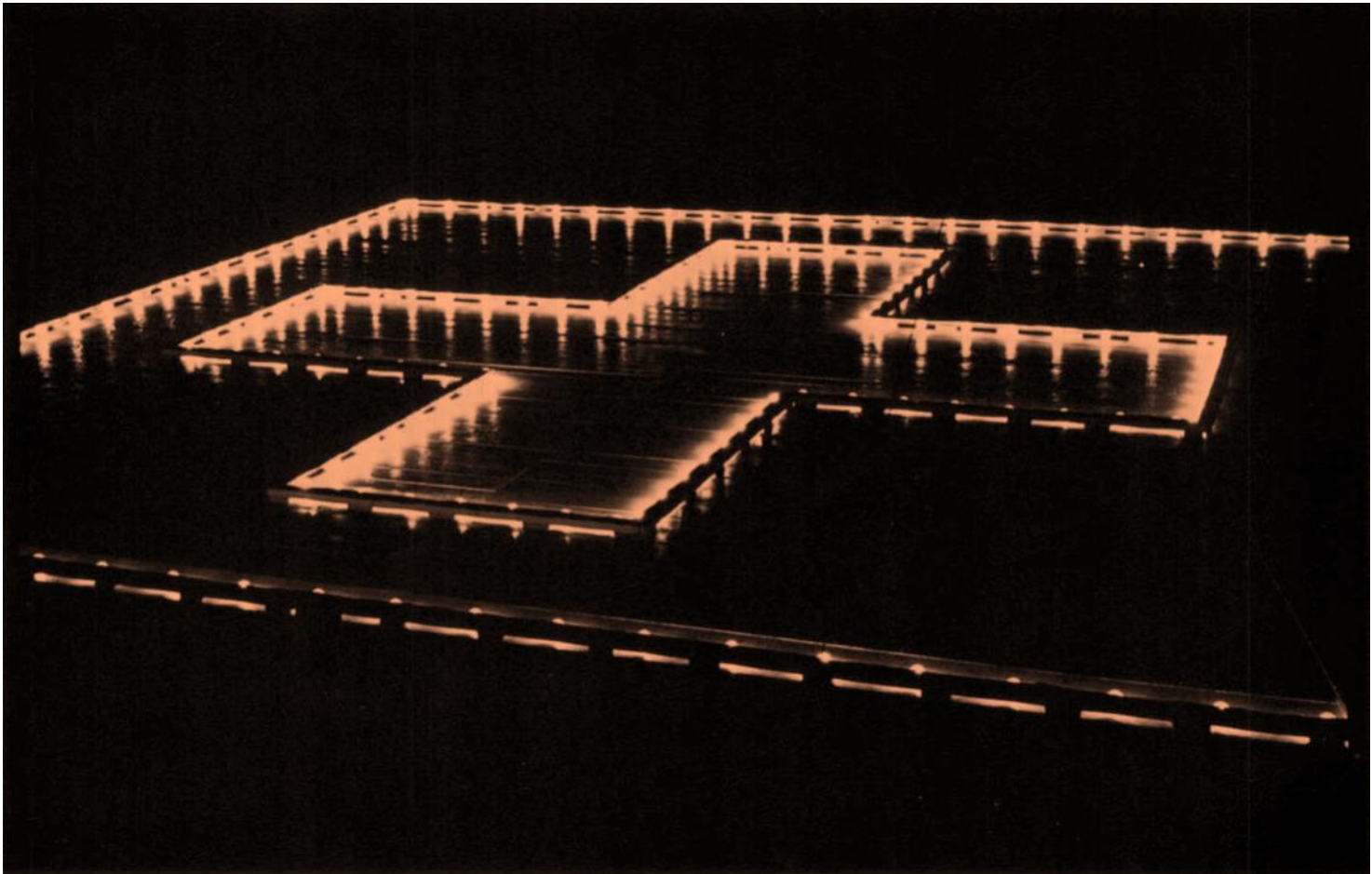
Die Schweiz durchlebte diesen letzten Abschnitt des Krieges in einer seltsam gespaltenen Stimmung. Einerseits herrschte Dankbarkeit darüber, dass der unerträgliche Druck des Eingeschlossenseins von einer einzelnen Kriegsmacht gewichen war. Zwar musste angesichts des alliierten Vormarsches entlang der schweizerischen Westgrenze die Armee 1944 erneut in Teilmobilisationen verstärkt aufgebildet werden. Aber das Land blieb, abgesehen von den Übergriffen in der Luft, die sich nun zu häufen begannen, erneut verschont. Als Zeitstimme, die dieses Gefühl der Dankbarkeit ausdrückte, sei eine Bekanntmachung des Eidgenössischen Kriegsernährungsamtes vom 20. Dezember 1944 zitiert, die weitere Einschränkungen in der Zuteilung von Bedarfsgütern ankündigte und völlig unbürokratisch mit einem Appell ans Gemüt schloss: «Sich nach bald fünfein-

Das erleuchtete Schweizer Kreuz markiert im verdunkelten Europa die Grenze des neutralen Landes. 1944 nähern die kämpfenden Fronten sich wieder der Schweiz.

halb Kriegsjahren bescheiden», hiess es da, «und auf dies und jenes verzichten zu müssen, bedeutet wenig gegenüber der als ein Wunder zu betrachtenden Tatsache, dass wir auch 1944, nachdem der Krieg ein zweitesmal unserer Grenze entlang gewütet hat, Weihnachten in Frieden und Unabhängigkeit feiern dürfen. Trotz allen Einschränkungen können wir uns noch ausreichend ernähren, während rings um uns herum Millionen hab- und obdachlos gewordener Menschen hungern und darben. Erinnern wir uns daran, wenn wir meinen, Grund zum Klagen zu haben. Denken wir daran, wenn auch Gast-

stätten und Hotels uns nicht mehr so reichhaltige Mahlzeiten vorsetzen können. Lasst uns bewusst werden, wie gut wir Schweizer es noch haben und dass wir, vom Schicksal bevorzugt, nicht nur an uns selbst, sondern voll Dankbarkeit für die Bewahrung auch an die unzählbaren, vom Schicksal Heimgesuchten denken...»

Damit war auch das Thema angesprochen, das sich damals zum helvetischen Malaise zu verdichten begann. Das Bewusstsein, als einzige Nation zwischen leidenden Nachbarn allein ein normales Leben weiterführen zu können, schuf nun, da die äussere



Isolierung gefallen war, ein Gefühl wachsender innerer Isolierung und vermeintlicher Schuld. Mit unbestrittener Selbstverständlichkeit genehmigte das Parlament im Dezember 1944 einen ihm vom Bundesrat im Oktober unterbreiteten Kredit von 100 Millionen Franken als Schweizer Spende für die Kriegsgeschädigten. Aber auch moralische Schuld war abzutragen. Gegenüber dem aus dem westlichen Nachbarland einsetzenden Flüchtlingsstrom öffneten sich die Grenzen weit wie nie zuvor in diesem Krieg – Flüchtlingslos war in diesen Monaten ein beherrschendes Thema in Presse und Radio. Mit der Vergangenheit wurde Abrechnung gehalten, die Anpasserei des Jahres 1940 gebrandmarkt und laut nach «Säuberung» gerufen. Der Vorsitzende der Kirchensynode, Oberrichter Max Wolff, liess sogar kritische Worte über

die Neutralität fallen. Prominentestes Opfer dieser gleicherweise von Missmut und Unsicherheit getragenen Stimmungswelle war Bundesrat Marcel Pilet-Golaz. Die Ablehnung Moskaus, auf das schweizerische Angebot zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen einzutreten, war der äussere Anlass für seinen Rücktritt. In seiner Person wurde aber auch der Mann getroffen, der mit seiner Rede vom 25. Juni 1940 und dem Empfang einer Nazi-Delegation vom 10. September 1940 gewissermassen das schlechte Gewissen des Landes verkörperte. Pilets Abgang bedeutete nicht nur eine Art Regierungskrise schweizerischer Prägung, sondern signalisierte gleichzeitig auch den tiefgreifenden Stimmungsumschwung, der sich in der politischen Landschaft vollzogen hatte.

*Invasion Frankreichs
Juni 1944*



*Die Trümmer von Monte
Cassino März 1944*



Im letzten Kriegsjahr entstand in der Schweiz die Kommunistische Partei in neuer Form wieder. Sie war am 26. November 1940 vom Bundesrat verboten worden, hatte aber in der Illegalität weitergewirkt. Die Jahreswende von 1942/43, die mit den Schlachten von El Alamein und Stalingrad gleichzeitig die Kriegswende markierte, brachte auch in der Schweiz eine Zäsur der Meinungsbildung. Weitherum setzte sich die Überzeugung durch, die Welt nach dem Krieg werde von sozialistischem Gedankengut beherrscht werden. Grund dafür waren nicht nur die durch den Krieg bedingten staatlichen Eingriffe ins wirtschaftliche Leben und die disziplinierenden, die Individualität des Einzelnen einschränkenden Bedingungen des Krieges überhaupt, sondern ebensowohl der Mut und die Tapferkeit, mit der die Rote Armee dem deutschen Aggressor begegnet war und den Eindringling schliesslich gestoppt, zurückgeschlagen und damit den Nimbus der Unüberwindlichkeit der Wehrmacht gebrochen hatte. Die unsäglichen, mit Fatalismus ertragenen Leiden, die der Krieg über die Bevölkerung des Riesenreiches gebracht hatte, liessen in unserem Land eine Welle der Sympathie und des Mitgefühls mit der durch den deutschen Herrenmenschen geschundenen Kreatur aufkommen. In der Schweiz, die seit der Oktoberrevolution bis weit in die Arbeiterschaft hinein der Sowjetunion kritisch bis feindlich gegenübergestanden hatte, wendete sich das Blatt. Eine Woge der Russophilie, ja der Sowjetophilie ging durch das Land. Auf der linken Seite der Parteienlandschaft verstärkten sich die Forderungen nach einer Aufhebung des Kommunistenverbotes. Die Sozialdemokraten befanden sich in einer zwiespältigen Lage. Einerseits befürchteten sie, mit einer Wiederzulassung der Kommunisten werde es erneut zu einer Spaltung der Arbeiterbewegung und damit einer Schwächung der Sozialdemokratie kommen. Die SP grenzte sich deshalb auch stets klar gegenüber den Kommunisten ab. Gleichzeitig aber duldeten sie das Entste-

hen eines starken Flügels, der sich als Sozialdemokratische Parteiopposition (SPO) empfand und der sich energisch gegen das Kommunistenverbot wandte.

Der Zwiespalt offenbarte sich beispielsweise noch im November 1942 im Zürcher kantonalen Parlament, als der sozialdemokratische Zürcher Stadtrat August Ziegler, der gleichzeitig Kantonsrat war, sich in einer Interpellation für verhaftete Kommunisten einsetzte. Er erhielt vom Justizdirektor, seinem Parteigenossen Jakob Kägi, zur Antwort, dass die kommunistische Gefahr nicht unterschätzt werden dürfe. «Alle Opfer für die Landesverteidigung und für die Milderung der wirtschaftlichen Not wären umsonst, wenn die Behörden untätig zusehen würden, wie gleichzeitig der schweizerische Staat von innen unterhöhlt und die Revolution vorbereitet würde», sagte der sozialdemokratische Regierungsrat. «Der demokratische Staat kann sich nicht bieten lassen, dass die in seiner Verfassung vorgesehenen Freiheitsrechte offen oder geheim missbraucht werden, um den gewaltsamen Umsturz dieser demokratischen Verfassung vorzubereiten.»

Einige Monate später, auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz am 3. und 4. September 1943 in Winterthur, tönte es bereits entschieden anders. Der Parteitag verabschiedete das Programm «Neue Schweiz». Es sollte den Übergang in die Nachkriegszeit vorbereiten und war getragen von den Ideen einer Umgestaltung der schweizerischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung im sozialistischen Sinne auf friedlichem, evolutionärem Weg. Bei den Nationalratswahlen vom 31. Oktober 1943 erzielte die SP gesamtschweizerisch einen grossen Erfolg und Stimmzahlen, die weder zuvor noch später je wieder erreicht wurden. Sie gewann mehr als 10 Sitze und wurde zur stärksten Partei des Landes. Am 15. Dezember 1943 wählte die Bundesversammlung den Zürcher Stadtpräsidenten Ernst Nobs, einst ein Anführer des Landes-

Duttweiler auf einer gemeinsamen Versammlung mit der PdA, Februar 1945

Streiks von 1918, in den Bundesrat. Die Sozialdemokratische Partei hatte damit ein Ziel erreicht, für das sie anderthalb Jahrzehnte lang gekämpft hatte.

Innerhalb der Partei aber wuchsen die Spannungen. Der Parteitag von Winterthur hatte die Forderung nach einer Aufhebung des Kommunistenverbotes zwar zur parteioffiziellen Linie gemacht, doch in der SP bestand ein starker Widerstand dagegen, die ehemaligen Kommunisten (vor allem die Genfer Gruppe um Nicole) nun bedingungslos wieder in die Partei aufzunehmen und so

die von der äussersten Linken geforderte Einheitsfront zu bilden. Zwischen der Sozialdemokratischen Parteiopposition und der Parteiführung wuchsen die Differenzen. Bei den linkssozialistischen Gruppierungen innerhalb der SP reifte der Entschluss, mit der Partei zu brechen, sich selbst zu organisieren und eigene politische Gruppen zu bilden. In den Parlamenten folgten Vorstösse von Sozialdemokraten gegen das Parteienverbot, so im März 1944 im Zürcher Gemeinderat und in der Sommersession auch im Nationalrat. Am 19. April 1944 fand im



Zürcher Volkshaus eine vom Komitee gegen Lohn- und Steuerdruck einberufene und von 2'000 Personen besuchte Versammlung statt, an der neben ausserkantonalen Vertretern der sozialistische Zürcher Gemeinderat Harry Gmür sprach, der scharf gegen die eigene Partei polemisierte, weil diese zu sehr auf der Linie des Ausgleichs mit dem Bürgertum operiere. Am Schluss wurde einstimmig erklärt, man wolle eine neue Partei, die «Partei der Arbeit (PdA)», gründen. In Umrissen wurde auch ein Programm gutgeheissen, das sich stark an die Forderungen der «Neuen Schweiz» anlehnte und auch die militärische Landesverteidigung uneingeschränkt bejahte.

Die Gründung von «Arbeiterparteien» unterlief das damals formell noch immer in Kraft stehende Parteienverbot. Die Behörden reagierten aber nicht darauf und liessen die neue Organisation gewähren. Rasch erhielt die Partei der Arbeit starken Zulauf, zunächst vom linken Flügel der SP. Die sozialdemokratische Parteiopposition forderte im Mai 1944 unter dem Titel «Ein offenes Wort zum Weg unserer Partei» in einer Stellungnahme eine stärkere Abgrenzung gegenüber dem Bürgertum und eine Überprüfung «aller Möglichkeiten einer kameradschaftlichen Zusammenarbeit mit dem in neuer Gestalt erstandenen linken Flügel der politischen Arbeiterbewegung». Der Parteivorstand der SPS zeigte wenig Neigung, auf die Forderungen der SPO einzugehen. Im Juni wurden 8 der 33 Zürcher Unterzeichner des «offenen Wortes» aus der Partei hinausgeworfen, worauf diese sich der PdA anschlossen. In der Kantonsratssitzung vom 17. Juli 1944 konstituierten sich fünf aus der Partei ausgestretene Parlamentarier als Fraktion der PdA, deren Vorsitz Alfred Weiss übernahm. So endete der verstärkte Linkstrend mit einer neuerlichen Spaltung der Sozialdemokratischen Partei und damit einer Schwächung der Arbeiterbewegung.

Im Herbst 1944 kam es zum Zusammenschluss der einzelnen Parteien der Arbeit zu

einer gesamtschweizerischen Organisation. Die Gründungsversammlung fand wiederum im Zürcher Volkshaus statt, am 14./15. Oktober. An der Zusammenkunft nahmen 357 Delegierte teil. Sie wählten ein Zentralkomitee mit 87 Mitgliedern und bestimmten den Vorstand. Parteipräsident wurde der Genfer Léon Nicole, Sekretär der Basler Karl Hofmaier. Organisation und Strukturen der neuen Partei waren damit geschaffen. Nun fielen Stück für Stück auch die bei Kriegsbeginn verfügten Einschränkungen der politischen Freiheitsrechte. Am 19. Oktober folgte die Aufhebung der Kontrolle politischer Versammlungen durch die Zürcher Polizeidirektion. Am 1. März 1945 schliesslich fiel durch einen Entscheid des Bundesrates auch das Parteienverbot. Damals hatte die PdA bereits weit über 10'000 Mitglieder, davon angeblich allein 3'000 im Kanton Zürich.

Die PdA strebte zielbewusst auf die Schaffung einer Massenpartei hin. Ihre Agitation erhielt Auftrieb, nachdem der Kreml im November 1944 die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Schweiz abgelehnt hatte. Die kurz darauf zur Erinnerung an die Revolution von 1917 durchgeführte Oktoberfeier der Partei im Zürcher Volkshaus wurde zu einem eigentlichen Massenbekenntnis mit allen Attributen totalitärer Versammlungsregie: Sprechchöre, Gesänge, Rezitationen, während von grosser Leinwand herab die Köpfe von Robespierre, Marx, Lenin und Stalin auf die neuen Gläubigen herablickten.

Die nach dem Rücktritt Bundesrat Piletts ausgebrochene Staatskrise nützte die PdA zu einer Eskalation ihrer Aktivitäten. Sie forderte die Demission des gesamten Bundesrates und die Ausschreibung von Neuwahlen. Eine Delegation aus sowjetfreundlichen Schweizern sollte nach Moskau fahren, um dort den Kreml-Machthabern die Reverenz zu erweisen. Die Partei strebte weitere Massenveranstaltungen an, um Anhängerinnen weiteren Volksschichten zu gewinnen. Die Chefredakoren der «Neuen Zürcher Zei-

S1ND EICHLE TRUMPF?



WENDET DAS BLATT !



Léon Nicole (Mitte) und Edgar Woog (rechts)

tung», des «Volksrechts» und der «Tat» wurden zur Teilnahme an einer PdA-Kundgebung aufgefordert, um vor diesem Gremium ihre Politik zu rechtfertigen, was die drei Eingeladenen verständlicherweise ablehnten. Mehr Erfolg hatte die PdA beim Landesring, der sich im Februar 1945 zu einer gemeinsamen Versammlung bereit erklärte, auf der der Pd A-Sekretär Hofmaier geschickt auf einer Linie operierte, die auch beim bürgerlichen Wähler nicht von vornherein auf Widerstand stossen würde: Betonung der Freiheit und Unabhängigkeit des Landes, Bekenntnis zur Demokratie, Kampf gegen jeden Angreifer, gleichgültig, woher er auch kommen möge. . .

Zu Anfang des Jahres 1945 hatte sich die Partei der Arbeit etabliert. An Geld mangelte es nicht. Eine Tageszeitung wurde gegründet, die «Voix ouvrière» in der französischen Schweiz, der «Vorwärts» in Zürich. Daneben gab es Zeitschriften der PdA, sogar ein satirisches Blatt wurde konzipiert, der «Grüne Heinrich», der allerdings nicht über einige wenige Nummern hinauskam.

Auch Wahlerfolge gab es. Bei einer Ersatzwahl in den Regierungsrat im Sommer 1945 erreichte der im zweiten Wahlgang von der SP unterstützte PdA-Kandidat Otto Brunner, genannt «Otti», ein ehemaliger Spanienkämpfer, 52'000 Stimmen. Er unterlag zwar seinem bürgerlichen Konkurrenten. Der Sukkurs, den Brunner erhalten hatte, war aber ein Gradmesser für den starken Rückhalt der PdA in der Bevölkerung. Bei den Gemeindewahlen in der Stadt Zürich holte sich die Partei im Frühjahr 1946 auf Anhieb 19 Mandate im städtischen Parlament – auf Kosten des Landesrings und der Sozialdemokraten. Sogar in der Stadtregierung erhielt die PdA einen Sitz. Der sich stolz als «Moskowiter» bekennde Edgar Woog wurde zum Stadtrat gewählt und verdrängte einen Bürgerlichen.

Das alles blieb jedoch nur ein Strohflecken. Der Aufstieg der PdA war durch die internationale Entwicklung bedingt gewesen. Das gleiche gilt auch für den Abstieg und Zerfall der Partei. Die Kriegsallianz brach auseinander. Stalin errichtete in den Randstaaten Osteuropas eine Terrorherrschaft, die alle Hoffnungen auf einen Erfolg von Demokratisierungsbestrebungen innerhalb des Kommunismus zerstörte. So verflug die Sowjet-euphorie in unserem Lande, und den Ostwind verliess rasch die Macht der Jahre 1943 und 1944. Parallel dazu büsste auch die PdA ihre Anziehungskraft ein. Im Herbst 1945 erreichte sie den Höhepunkt mit 20'000 Mitgliedern in 22 Kantonalparteien und 229 Sektionen.

Dann ging es bergab. Interne Streitigkeiten wie Korruptionsaffären um den die Partei diktatorisch führenden Hofmaier und Edgar Woog brachten die PdA um jeden Kredit. Die sklavisch der Linie Moskaus folgende Partei war kein Massenmagnet mehr. Sie bildete sich um zur Kaderpartei. Nach kurzer Blütezeit sah sie sich wieder zurückgedrängt in die Ecke politischen Sektierertums, ähnlich der schweizerischen Kommunistischen Partei in der Zwischenkriegszeit.

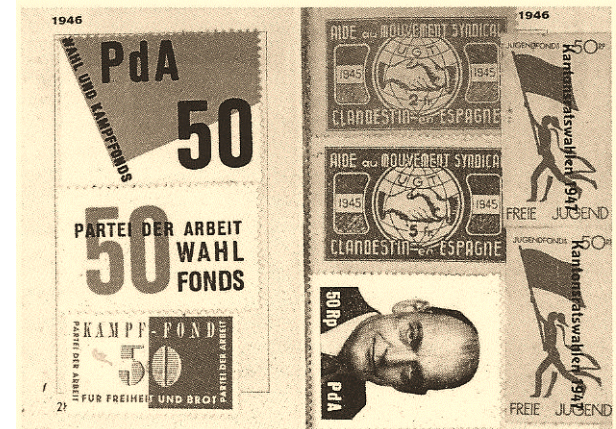
Der Spanienkämpfer Otto Brunner erhält bei den Regierungsratswahlen im Sommer 1945 über 50'000 Stimmen. Das Parteiorgan «Vorwärts» erscheint täglich und erreicht verhältnismässig hohe Auflagen. Die Partei wirbt eifrig

mit Aktionen wie dem Verkauf von Klebmarken bei ihren Anhängern. Im Kanton Zürich sollen über 10'000 Personen das Parteibuch der PdA erworben haben.

Zweiter von rechts: Otto Brunner



PdA/PdT/PdL	<i>Nef</i> Name / Nom / Cognome
	<i>Werner</i> Vorname / Prénom / Nome
Parteibuch	Partei-Sekretär Beruf / Profession / Professione
Carnet du Parti	Mitglied der Partei seit 30. 6. 1944. Membre du Parti depuis Membro del Partito da
Tessera del Partito	<i>Otto Brunner</i> Unterschrift des Inhabers Signature du porteur / Firma del portatore
	Partei der Arbeit St. Gallen
Nr 76	Kassier: <i>E. Brüssler</i> Unterschrift und Stempel der Sektion Signature et sceau de la section Firma e bollo della sezione
2	3





Der Kriegsverlauf setzt auch in der Schweiz neue innenpolitische Akzente. Die im November 1940 verbotene kommunistische Partei erweist 1944 neu als Partei der Arbeit (PdA). Angesichts der Kriegserfolge der Sowjetunion, die in bewundernswerter Weise dem Angriff der Wehrmacht standhält und nach Sta-

lingrad den Aggressor aus dem Lande vertreibt, erlebt die politische Linke einen Aufschwung. Bis weit in bürgerliche Kreise hinein erhalten die Leistungen des russischen Volkes Anerkennung. Die Partei der Arbeit erzielt eine überraschende Wahlerfolge.

Wir werben für den FORWÄRTS

Schweizerische Volkszeitung

Preis 30 Rappen

Organ der Partei der Arbeit der Schweiz

Ende Januar 1945

Eine Zeitung für das Volk

von HARRY GMÜR

Noch vor der vollständigen Vernichtung der deutschen Garnison von Budapest hat die Rote Armee mit wuchtig geführtem Schlag die feindliche Front in Polen durchbrochen. Sie hat Warschau besetzt. Sie marschiert mit Riesenschritten gegen die obersilesische Grenze. Sie ist auf den vorwühlenden Wüstenstand der deutsch-faschistischen Divisionen gefast. Aber sie ist entschlossen, ihren Vormarsch nicht einzustellen, bevor die Paten der Freiheit über der deutschen Hauptstadt wehen.

Auch in der Schweiz haben sich die Kreise, die in Giuseppe Mattei, dem Feind des Sozialismus und Verfehrer der faschistischen Diktatoren, einen Nationalhelden sahen, zu Strategie des elastischen Rückzugs und des planmässigen Absetzungsgepfändes entschlossen müssen. Man hat Herrn Pilet und seine Abteilungschefs geopfert. Man ist, wenn auch im letzten Augenblick, davor zurückgeschreckt. Herr Edouard von Steiger von Müllinen, das Politische Departement anvertrauen. Man hat den Stalingrad-Film (der seit Monaten in der Schweiz lag) zur Aufführung freigegeben, hat der Gesellschaft Schweiz-Sowjetunion die lange vorenthaltene Herausgabe eines Mitleidungsblattes bewilligt. Der Chef des Justiz- und Polit-Departements hat die Aufhebung der Parteiverbote während der Missionen der Bundesversammlung in Aussicht gestellt. Und wahrscheinlich bildete sich auch Herr Stampfli ein, er mache dem Volk eine grosse Freude, als er der Hoffnung Ausdruck gab, die Altersversicherung werde am 1. Januar 1943 in Kraft treten können.

Alle diese Krisenaktionen dürfen uns aber nicht zu der Selbsttäuschung verleiten, als ob auch bei uns den demokratischen Kräften bereits ein Durchbruch durch die Front der Reaktion gelungen wäre. Die Liquidierung Pilet-Golar und seiner engsten Mitarbeiter ist doch weitgehend dazu bestimmt, das Volk – und wohl auch bestimmte ausländische Amtstellen – über die schwerwiegende Tatsache hinwegzubetrügen, dass alle übrigen Bundesräte im Amte bleiben und die Herren National- und Ständeräte gar nicht daran denken, ihre Mandate dem Volk zur Verfügung zu stellen. Obwohl die Landesregierung selbst wiederholt die Verantwortung des Gesamtbundesrates für die schweizerische Aussenspolitik betont hat, und obwohl die grosse Mehrheit der Bundesversammlung die Politik des Herrn Pilet bei jeder Gelegenheit gutgeheissen und den kompromittierten Gönner der Weichte, Schaffner und Keller im Herbst '43 in seinem Amte bestätigt hat.

Höchst bescheiden ist ja auch die Wahl des Herrn von Steiger zum Bundespräsidenten für 1945, dieses Vertrauensmannes der Liga Aubert im Bundesrat, der die Hauptverantwortliche ist für die vielfach unwürdige Behandlung der antifaschistischen Flüchtlinge und der sowjetrussischen und jugoslawischen Internierten in der Schweiz, und der die Verfolgung der Anhänger der verbotenen Arbeiterparteien mit Gehässigkeit durchgeführt hat bis zum Ausseren verteidigt hat.

Harmäcig – und bis heute erfolgreich – klagt man sich die Reaktion an ihre 'schpositionen.

Und die Herren tun dies nicht etwa in der Absicht, wenigstens ihren politischen Kurs von Grund auf zu ändern und in Zukunft für das Volk statt gegen das Volk zu regieren.

Zeugt es etwa von ehlicher Bekehrung

den Regierungen sitzen, wenn bei heute noch der irrsinnige Versuch unternommen werden kann, gegen Léon Nicole, den Präsidenten der PdA, und vor weiterem Götter und Wächter Geneser einen neuen Kommuniprozess aufzuheben? Oder soll das gleiche Volk, das die Lex Hübli, die Lex Baumann so wuchtig verworfen hat, dem offen verkündeten Plan des Bundesrates und der Vollmachtenkommission ohne Beurteilung entgegensehen, die Parteiverbote unverzüglich durch ein neues « Staatsschutzgesetz » zu ersetzen?

Auch in Zukunft gedanken die herrschenden Kreise, ihre Herrschaft, wie im Zeitalter der Gestapo, weit mehr auf Grund einer brutalen Polizeigewalt als auf Grund des freien Volkswillens auszuüben. Und das wird in auch verständlich, wenn man an die Vorgänge in Chippis denkt, die sich morgen in der ganzen Schweiz hundertwiederholen können. Arbeitslosigkeit, Zwangsarbeitslager, Lohnabbau, Handwerker- und Schuldenbauernelend, das soll der Dank des Grosskapitals an die

Wächtigen dafür sein, dass sie ihm jahrelang unter dem Einflusse der sozialdemokratischen Arbeits- und Burgfriedensprediger die reinigen Rüttings- und Kriegsgewinne kampflos überlassen und sich mit völlig ungenügenden Teuerungszulagen begnügt haben. Es ist allerdings denkbar, dass sich die freie Volkswille über Nacht in einen recht unsanften Volkswillen verwandeln könnte!

Das Schweizervolk sieht sich unter diesen Umständen vor eine Frage gestellt, vor der es kein Ausweichen gibt. Darf es zulassen, dass die Schweiz zu einer Insel des sozialen und politischen Reaktion, zu einem trübseligen Reservat für die letzten Überreste halb- und ganzfaschistischer Sitten und Gebräuche in einem freieschrittlichen Nachkriegsuropa wird? Oder gilt es den Kampf verstärkt weiterzuführen, bis auch bei uns die Mächte der Unterdrückung sich geschlagen geben?

Die Antwort auf diese Frage sollte nicht schwer fallen.

Unsere Stellung zum Staat

Die Partei der Arbeit wird an den Staatsgeschäften aktiven Anteil nehmen.

Sie wird selbstverständlich an den Wahlen in die gesetzgebenden Behörden in Gemeinden, in den Kantonen und im Bunde teilnehmen. Sie wird in diesen Behörden die Interessen des Volkes aktiv und energisch vertreten. Die Partei der Arbeit wird dabei immer im Auge haben, eine Verfestigung des auf dem demokratischen Boden stehenden Parteiens in die Wege zu leiten.

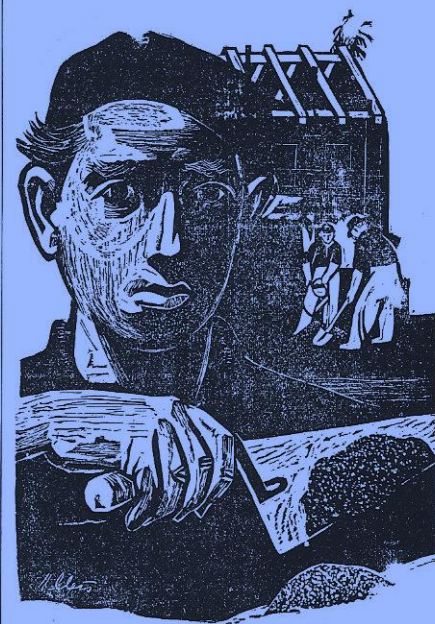
Aber die Partei wird sich auch an den Wahlen in die exekutiven Behörden in den Gemeinden, an den Wahlen in die Kantonsregierungen beteiligen. Sie wird sich, wenn die Stunde gekommen ist, selbstverständlich auch am Bundesrat beteiligen.

Ebenso beansprucht sie in der Verwaltung des Staates die Mitverantwortung. Er muss aber hier eine Frage mit aller Deutlichkeit gestellt und beantwortet werden. Nämlich: Was bedeutet diese Teilnahme an der Verwaltung des Staates?

Sie bedeutet in keinem Fall eine Zusammenarbeit mit den Parteien des Grosskapitals. Eine solche Zusammenarbeit lehnt die Partei der Arbeit prinzipiell ab. Eine solche Zusammenarbeit mit den Parteien des Grosskapitals geht immer auf Kosten des Volkes.

Selbstverständlich beansprucht die Partei der Arbeit kein Monopol in den Behörden für sich. Sie wird im Gegenteil ihre ganze Politik auf die freundschaftliche Zusammenarbeit mit den übrigen demokratischen Parteien ausrichten.

Aus der Parteitagrede Karl Hofmaierers.



Holzchnitt von Ugo Oleis, Ligornetto

Ein widerliche Meute kompromittierter Staatsmänner, verlaumdorischer Parteiführer und gekaufter Zeitungsgeschreiber hat uns in ohnmächtiger Wut über die selbstverschuldete aussenpolitische Niederlage die Linkskügelung, als Vertreter an den nationalen Interessen des Landes beschimpft. Wir wissen uns einig mit der grossen Mehrheit des Schweizervolkes, wenn wir erklären:

Das Interesse der Nation erfordert nicht, dass die 200 Familien um die Kreditanstalt und den Bankverein Jahr für Jahr Millionen häufen, während Hunderttausende in ständiger Sorge um ihre Existenz, wenn nicht in bitterer Armut ihr Leben verbringen und sich aus dumpfer Angst vor der Polizei, den Gerichten und den Gefängnissen sklavisch in ihr Schicksal fügen.

Das nationale Interesse erfordert die jedem Arbeitwilligen ein freies gewähltes Arbeitsplatz gesichert, und dass daher die Entlastung von Arbeitern und Angestellten durch grosskapitalistische Unternehmungen verboten, die Konfiszierung der grossen Kriegsgewinne zu Bezahlung von Lohnzuschüssen an kleine und mittlere Arbeitgeber verfügt, die staatliche Arbeitbeschaffung grosszügig an die Hand genommen und die Arbeitszeit auf vierzig Wochenstunden verkürzt wird.

(Fortsetzung Seite 3)

Schulter an Schulter

Wir werden Schulter an Schulter mit unseren Genossen der deutschen Schweiz marschieren. Wir sind einig, einig denn je! Im Bundesrat gibt man sich gewissen Spekulationen über die Folgen einer Aufhebung der Verbote hin. Es ist ihr letzte Kauff in Bern denkt man dann, uns wie der zu spalten, indem man die Verbote aufhebt. Das scheint der Lieblingsplan eines « lapitoren » Genossen Nobby zu sein.



Grossen Zulauf erhielt 1944 auch die Gesellschaft Schweiz-Sowjetunion, die sich eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern zum Ziele setzte und eine rege Publizistik und Vortragstätigkeit entfaltete.

Hans Erni entwarf ein eindrucksvolles Plakat. Die Gesellschaft fand ihre Mitglieder weit über den engeren Kreis der PdA hinaus.

Den Maïumzug von 1945 führten Sozialdemokraten und PdA gemeinsam durch.



Wenn die Linke schliesslich auf lange Frist wenig Gewinn aus der Sozialismus-Euphorie der letzten Kriegsjahre ziehen konnte, so hatte sie doch Erfolg bei ihrem intensiven Drängen auf Abrechnung mit jenen Anpassern, die in der erste Hälfte des Krieges die Schweiz am liebsten in irgendeiner Form in das neue Europa Adolf Hitlers eingeordnet hätten, sei es aus Überzeugung oder aus Opportunismus. Solche Vorstösse hatten die Sozialdemokraten immer wieder unternommen. Sie intensivierten sie im Jahre 1943 und koordinierten sie mit dem am Parteitag vom 4./5. September 1943 in Winterthur gefassten Beschluss, die Behörden aufzurufen, das Verbot der Linksparteien aufzuheben. Daneben wurde gegen die Überwachung politischer Versammlungen protestiert. Das alles lief darauf hinaus, der Linken mehr Bewegungsfreiheit zu verschaffen. Sie richteten sich aber auch gegen die Umtriebe der Rechtsextremen und gegen die Aktivitäten der gleichgeschalteten deutschen Kolonie, die trotz allen gegenteiligen Beteuerungen der offiziellen Reichsstellen ein Stosstrupp des Nazi-Regimes in unserem Lande war.

Im Spätherbst 1943 waren die schweizerischen Nazi-Splittergruppen längst zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken; als letzte Vereinigung dieser Couleur war im Juli 1943 die Eidgenössische Sammlung verboten worden. Die deutsche Kolonie konnte zwar keine Massenversammlungen mehr zusammentrommeln wie beim Erntedankfest im Hallenstadion vom Herbst 1942. Aber die Aktivität blieb ungebrochen. Im Mai 1944 fand in der Zürcher Stadthalle mit behördlicher Bewilligung eine Veranstaltung der Reichsdeutschen Gemeinschaft statt, an der ein General der Panzerwaffe sprach. Als ein sozialdemokratischer Interpellant das im Kantonsrat rügte, erklärte die Regierung, dass die von der Polizei überwachte Versammlung sich ohne Zwischenfälle abgewickelt habe und nur von Deutschen besucht worden sei. Eine Einmischung in schweizerische Verhältnisse liege also nicht vor.

Als die PdA auf den Plan zu treten begann, verschärfte sich die Attacken gegen die Anhänger des Nationalsozialismus in der Schweiz. Das war zum Teil gezielte Taktik, denn mit diesem Thema konnte die neue kommunistische Gruppe darauf zählen, Unterstützung bis weit in bürgerliche Kreise hinein zu finden. Aber nicht nur das Treiben der Fröntier und der deutschen Nazi-Kolonie wurde durchleuchtet, auch Mitläufer und Sympathisanten sollten unter die Lupe genommen werden. Eine sozialdemokratische Motion hatte vom Regierungsrat bereits im Jahre 1943 Auskunft über Lehrkräfte an Zürcher Mittelschulen verlangt, die ihren Schülern angeblich nationalsozialistisches Gedankengut dozierten. Eine Untersuchungskommission wurde eingesetzt. Der Fall schleppte sich weit bis ins Jahr 1945 hinein und kam erst nach dem Krieg zum Abschluss.

Einen Höhepunkt recht problematischer Art erlebte diese Kampagne im Februar 1945, als der deutsche Dirigent Wilhelm Furtwängler – ein genialer Musiker und keineswegs Nationalsozialist, aber als vom Regime gern im Ausland vorgezeigter renommierter Kulturvertreter doch ein Repräsentant des Dritten Reiches – in Zürich ein Konzert geben wollte. Auf dringendes Gesuch des Stadtrats verbot der Regierungsrat die beiden für den 20. und 25. Februar vorgesehenen Konzerte – angeblich waren Demonstrationen und Unruhen zu befürchten.

Das Verbot löste eine scharfe Kontroverse darüber aus, ob hier nicht Kunst und Politik in unzulässiger Weise vermengt worden seien und ob es angebracht gewesen sei, sich dem Druck der Strasse zu beugen. Furtwängler dirigierte zwar nicht in Zürich, dafür im benachbarten Winterthur, wo es zu einem Auflauf vor dem Konzertgebäude kam und die Polizei mit Hydranten gegen die Radaumacher vorging, als diese in den Konzertsaal eindringen wollten. Die Furtwängler-Affäre hatte noch ein parlamentarisches Nachspiel in einer fast dreistündigen Monsterdebatte

im Kantonsrat. Hier argumentierte die Linke, im Deutschland Hitlers werde auch die Musik in den Dienst der Unmenschlichkeit gestellt, während auf bürgerlicher Seite den beiden Linksparteien vorgeworfen wurde, das Furtwängler-Konzert nur als Mittel zum Zweck im Wettlauf um vermeintlich populäre Themen missbraucht zu haben.

Die Stimmung war ohne Zweifel gereizt, und alles, was aus Deutschland kam, schien damals problematisch. Kurz vorher hatte die Rote Armee Oberschlesien erreicht und die Vernichtungslager von Auschwitz und Birkenau besetzt. Der Schleier, der über den deutschen Verbrechen in Osteuropa gelegen hatte, hob sich allmählich.

In diesen Tagen wurde im Kantonsrat eine Motion abgeschrieben, die sich in eher fragwürdiger Weise an die Abrechnung mit der Vergangenheit herangewagt hatte, indem sie eine Besteuerung unerwünschter Rückwanderer verlangte. Sie war im Mai 1944 vom freisinnigen Rechtsanwalt Hans Pestalozzi eingereicht worden. Der Motionär forderte, dass von den Schweizern und Ausländern, die in gefährlicher Zeit das Land verlassen hätten und nun wieder zurückzukehren gedächten, eine spezielle Abgabe erhoben werde. Es kam zu einer scharfen Kontroverse. Die jüdischen Kreise empfanden es als diffamierend, dass gerade in einem Zeitpunkt, da die ganze Ungeheuerlichkeit des von den



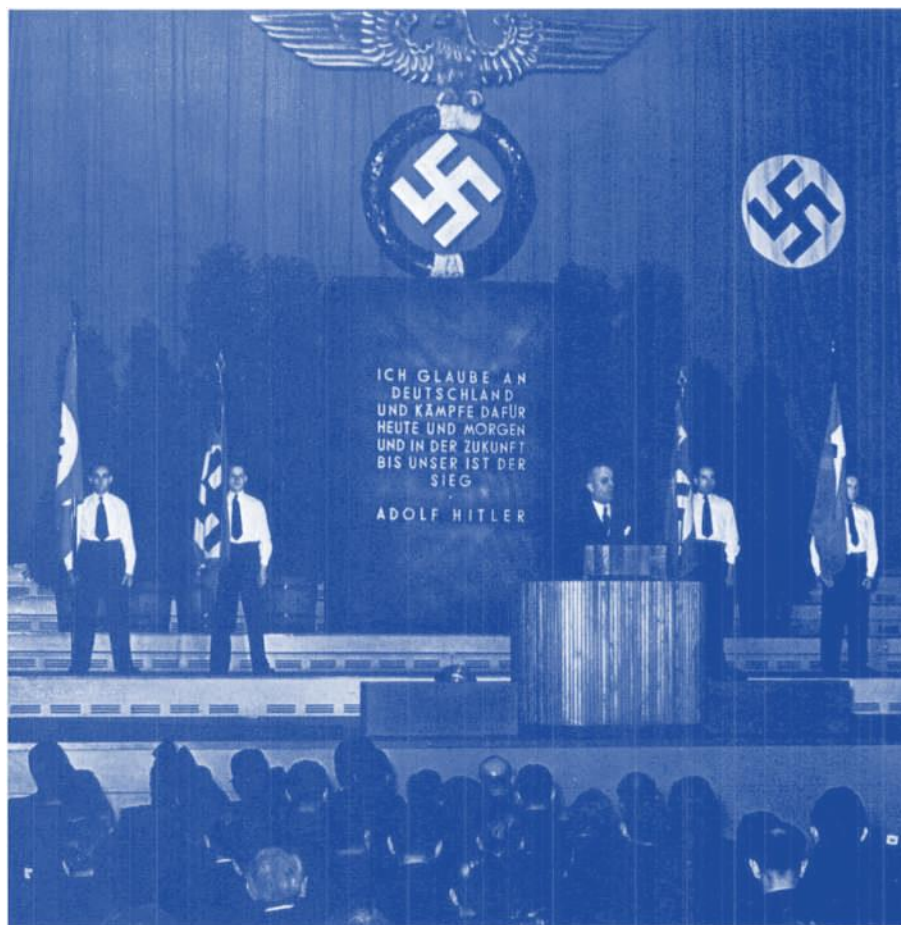
Deutschen begangenen Judenmordes erkennbar wurde, jene Schweizer Juden dafür bestraft werden sollten, dass sie sich vor der ihnen drohenden Vernichtung rechtzeitig in Sicherheit gebracht hätten. Auch innerhalb der Freisinnigen Partei fand der Vorstoss Pestalozzis geteilte Aufnahme. Die Jungliberalen wandten sich vehement dagegen. Der Motionär verteidigte in einem langatmigen Artikel, der fast die ganze erste Seite der Abendausgabe der «NZZ» vom 20. Juli 1944 füllte, seinen Vorstoss und lehnte es ab, für jüdische Auswanderer eine Ausnahme gelten zu lassen, obwohl er wisse, dass die Gefahr für die Juden in diesem Krieg besonders gross sei und diese in verhältnismässig ungeheuer viel grösserer Zahl vernichtet worden seien als andere. «Aber der Unterschied zwischen dem Schicksal, das den Juden, und dem, das den Nicht-Juden drohte, ist kein grundsätzlicher», argumentierte der Motionär mit juristischer Pedanterie. «Er ist nur ein solcher des Masses. Die Gefahr an sich bedrohte jeden; nur die Möglichkeit, vom Kriegsschicksal betroffen zu werden, war für den Nicht-Juden etwas geringer. Wir können deswegen menschlich vielleicht den Juden besser verstehen, der sich zur Auswanderung entschloss, als den Christen, der ein Gleiches tat. Aber rechtfertigt das eine unterschiedliche Behandlung? Sicher nicht. Denn das vorgeschlagene Gesetz will kein Werturteil aussprechen, es will nur einen Lastenausgleich. Das Gesetz erteilt den Geflohenen keine moralischen Qualifikationen.»

Das war nun tatsächlich in jenen Tagen, da das Verbrechen der Judendeportationen in Ungarn die Menschen erschütterte, blanker Hohn und musste von den jüdischen Mitbürgern als solcher empfunden werden. Es ist im Nachhinein unverständlich, dass ein solcher Vorstoss, dessen Urheber ein ehrlicher Mann und subjektiv bestimmt ohne auch nur einen Anflug von Antisemitismus war, gerade zu diesem Zeitpunkt unternommen wurde. Aber nicht aus ethischen oder morali-

schen Gründen verschwand der Vorschlag schliesslich in der verdienten Versenkung, sondern aus formaljuristischen Überlegungen. Die Schweiz und Zürich kamen damit darum herum, beispielsweise auch den Clown Grock einer Sondersteuer zu unterwerfen, der nach seinem langjährigen Aufenthalt im Dritten Reich im Februar 1945 wieder in die Schweiz zurückkehrte, in Zürich auftrat und hier von der Presse ironisch als «Rückwanderer der Familie Wiederkehr» glossiert wurde.

Das letzte Kapitel der Abrechnung mit der Vergangenheit folgte erst in den Wochen und Monaten nach Kriegsende.

Die Anlässe der Deutschen in der Schweiz, die von den Behörden als geschlossene Veranstaltungen bis Anfang 1945 bewilligt wurden, führten immer wieder zu Protesten in der Öffentlichkeit und zu Vorstössen von Parlamentariern. Plakate wurden mit kommunistischen Emblemen überschiert.





Über die Flüchtlingspolitik der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges ist in den vergangenen Jahrzehnten viel und kritisch geschrieben worden. Es ist hier nicht der Ort, längst Gesagtes im Detail zu wiederholen. Die schweizerischen Behörden waren davon ausgegangen, dass die Schweiz für Flüchtlinge ein Transitland sei. Das führte während der Isolierung von der Aussenwelt zu dem verhängnisvollen Entschluss des Sommers 1942, das Boot für voll zu erklären, genau zu dem Zeitpunkt, als im deutschen Herrschaftsbereich systematisch die Ausrottung der jüdischen Bevölkerung begonnen hatte. Dass damals einer vermeintlichen Staatsraison Vorrang vor dem einfachen Gebot der Menschlichkeit gegeben wurde, war ein schrecklicher Fehler, der Ungezählten das Leben kostete. Auch die oft kleinliche Schulmeisteri der politischen Flüchtlinge durch schweizerische Amtsstellen ist kein Ruhmesblatt für unser Land.

Aber es gab auch viele Beispiele tätiger Hilfsbereitschaft und Widerstand gegen die restriktiven Massnahmen der Behörden. Erinnerung sei an das Wirken von Regina Kägi-Fuchsmann und Flüchtlingspfarrer Paul Vogt. Im Sommer 1944 erhielt das Flüchtlingsproblem eine neue Dimension. Niemand zweifelte mehr an den grauenvollen Berichten aus den Vernichtungslagern in Osteuropa. Das ganze Ausmass der Judenausrottung zeichnete sich ab.

Als Berichte aus Ungarn durchsickerten, dass auch dort die Deportation der Juden begonnen hatte, erhob sich in unserem Land ein Aufschrei des Protestes. Er wurde getragen vor allem von kirchlichen Kreisen. Am 1. Juli fand in der Wasserkirche ein Fürbitte- und Trauergottesdienst statt. Der Kirchenrat erliess eindrucksvolle Appelle. Der wortgewaltige Neumünster-Pfarrer Karl Zimmermann schrieb sich seine Empörung vom Herzen, Empörung gegen jeglichen Terror, Empörung gegen das Verbrechen der Geiselmorde, Empörung aber auch gegen die Ungeheuerlichkeit der Judenverfolgungen:

«Man mag zu dem wahrhaftig nicht einfachen Problem des Judentums stehen, wie man will – kein Schweizer wird leugnen dürfen, dass die kalte systematische Abschichtung von Hunderttausenden von Männern, Frauen und Kindern auf keinen Fall eine Lösung dieser schweren Frage darstellt, sondern vom Schweizer Volk wie von allen Kulturenationen als Frevel empfunden wird, der sich von den Verfolgten auf die Verfolger zurückwenden muss, so gewiss das Wort des grössten Deutschen gilt und unabwendbar eintritt: „Denn alle Schuld rächt sich auf Erden“» («NZZ» 16. Juli 1944).

Mit der Befreiung Frankreichs begann ein neuer Abschnitt der schweizerischen Flüchtlingspolitik. Eine Welle der Sympathie schlug jenen entgegen, die vor den Kriegsverheerungen im westlichen Nachbarland bei uns Zuflucht suchten. Kinder waren es vor allem, die nun nach der Schweiz einreisen konnten. Auch die Haltung der Behörden lockerte sich. Vorübergehend Asyl Suchende, bei denen Rück- oder Weiterwanderung gewährleistet war, hatten ohnehin kaum je ein Problem bedeutet. Am 29. September traf ein Zug von 400 Kindern aus Belfort im Hauptbahnhof Zürich ein. Sie wurden ärztlich untersucht und zunächst provisorisch in Turnhallen untergebracht, und ein Appell wurde erlassen, Freiplätze für die Kinder zur Verfügung zu stellen. Schon während der Besetzung Frankreichs durch die Deutschen hatte es Kinderhilfsaktionen gegeben. Das Schulamt der Stadt Zürich hatte sogar mit Hilfe der Kirchgemeinden Schulklassen für die Flüchtlingskinder eingerichtet. In Zürich wurden während der Monate Oktober und November 1944 rund 3'000 Kinder aufgenommen, einige von ihnen in Begleitung ihrer Mütter. In diesen Tagen lancierte Walter Robert Corti auch die Idee eines internationalen Kinderdorfes in der Schweiz, das im Januar 1945 als «Kinderdorf Pestalozzi» in Trogen feste Gestalt annahm. Ein weiterer Strom von Flüchtlingen gelangte im Frühjahr 1945 beim deutschen Zusammen-

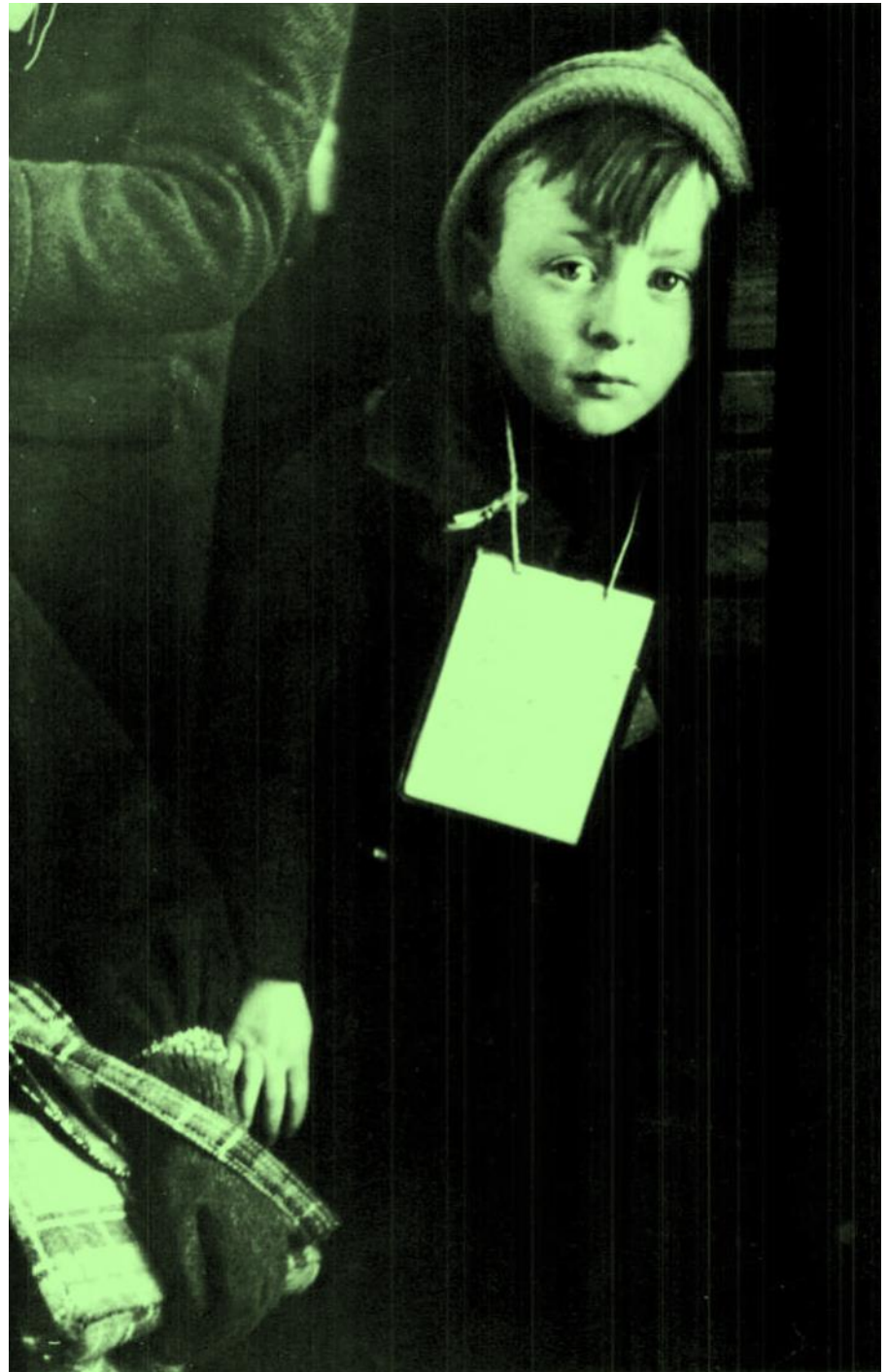
*Kinder aus den Kriegsgebieten
kommen in die Schweiz.*



bruch in unser Land: Zwangsarbeiter, die aus dem Reich geflohen waren, wurden im April im Hallenstadion vorübergehend untergebracht.

Während des Bewegungskrieges in Frankreich wurden 1944 wie schon 1940 wieder Soldaten der kämpfenden Armeen in unser Land abgedrängt. Ihre Behandlung erfolgte nach den Regeln der Haager Landkriegsordnung. Sie wurden interniert, und noch vor Kriegsende begann im Februar 1945 sukzessive ihre Heimschaffung. Auch deutsche Soldaten flohen nun in die Schweiz. Im September 1944 wurden 200 von ihnen in ein Lager in Adliswil eingewiesen. Im Kantonsrat antwortete die Regierung auf eine Anfrage, ob sich unter den deutschen Internierten auch SS-Leute befänden, verneinend.

In den letzten Monaten des Krieges entfaltete sich auch die schweizerische Hilfsfähigkeit in ungewohntem Masse. Sie wurde koordiniert durch die Schweizer Spende, für die das Bundesparlament einen Kredit von 100 Mio. Fr. bewilligt hatte. Dazu kamen noch zahlreiche private Spenden. Hilfswerke für Norwegen, Griechenland, Holland und andere von den Leiden des Krieges gezeichnete Länder entstanden. Das Rote Kreuz wirkte im Rahmen seiner Möglichkeiten mit. An spontanen Gesten des Helferwillens war kein Mangel. Die vom Krieg verschont gebliebene Schweiz, Behörden wie Private, entwickelten einen Helferwillen, der den schönsten und besten Traditionen der Caritas entsprang. Es mochte ein Dank an das Schicksal sein, das das Land vor dem Krieg bewahrt hatte, vielleicht auch unbewusst ein Verdrängen des Bitteren, das den Flüchtlingen in den Jahren zuvor zugefügt worden war und als Schuld nun auf dem Land lastete.



Das Telefon schrillt morgens um sieben Uhr. Eine zitternde Männerstimme: «Retten Sie mich, retten Sie mich! Ich traue mich nicht zu Ihnen hinauf, die Polizei wird mich dort verhaften.» Nach einigem Hin und Her ergibt sich Folgendes: Der Mann, Protestant, ist vor nicht allzu langer Zeit mit seiner jüdischen Lebensgefährtin auf krummen Wegen in die Schweiz gelangt, wurde liebevoll im evangelischen Flüchtlingsheim «Sonnenberg» bei Walzenhausen aufgenommen... Da entdeckte einer der Pfarrer des Aufsichtsausschusses des Heimes . . . , dass das Paar nicht standesamtlich getraut war. . . Der Pfarrer regte sich über diese Unsittlichkeit furchtbar auf und wies die Leute mit sofortiger Wirkung aus dem Heim und gab sie der Polizei zur Fahndung auf. Anklagepunkt: Konkubinat!

Ich rief Regierungsrat Dr. Robert Briner an. Er war damals Chef der kantonalen Polizei, daneben aber auch Präsident der Zentralstelle für Flüchtlingshilfe und als solcher oft der gute Geist, der über den Flüchtlingen wachte und sie tapfer gegen allzu harte Massnahmen von Bern schützte. Seine Sekretärin richtete mir aus, der Herr Regierungsrat könne niemanden empfangen, da er in einer wichtigen Sitzung sei; der Mann solle im Vorzimmer des Regierungsrates, also beim höchsten Polizeier des Kantons, warten, damit er nicht inzwischen von einem Fahnder geschnappt werde. Ich hatte einige Mühe, meinen Schützling zu überzeugen, dass er im Polizeiamt am sichersten sei. Er musste sich dann bis abends gedulden, bis Dr. Briner frei war und nach Abklärung des Falles die Verfügung durchgab, der Haftbefehl sei aufgehoben . . .

Aus: Regina Kägi-Fuchsmann, Das gute Herz genügt nicht





*Der Bahnsteig ist die erste Station in
einer vom Krieg verschont gebliebenen
Welt.*



Ein Krieg will nicht enden

Die Schlussphase des Krieges lag für unser Land in einem entnervenden Zwielficht. Militärisch war der Kampf längst entschieden, und doch zog sich der Krieg in immer blutigerer Härte und Verbissenheit dahin. Jedermann beschäftigte bereits die Frage, was kommen werde, wenn die Waffen endlich einmal ruhten. Aber alle Projekte blieben vorläufig nebulöse Planung, weil niemand wissen konnte, wie die Nachwelt aussehen werde.

Für die Schweiz und Zürich waren in den Monaten Januar, Februar und März 1945 der Krieg und seine Folgewirkungen für jeden Einzelnen wieder drastischer spürbar geworden. In grosser Höhe, aber doch in immer dichter Folge zogen die Bomberstaffeln der Alliierten über unser Land. Zürich hatte am 25. Juni 1944 seinen 100. Luftalarm seit Kriegsausbruch erlebt. Am 15. Oktober gab es bereits den 200. und am 25. Februar den 300. Am 29. September 1944 ertönten die Warnsirenen sechsmal – zwischen morgens um halb neun und vier Uhr nachmittags war fast durchgehend Fliegeralarm. Erneut fielen Bomben auf die Schweiz, vor allem in Grenznähe, in Stein, in Rafz, Chiasso, Basel und Noiremont und vielen andern Orten. Auch Zürich erlebte, wie früher geschildert, am 4. März 1945 einen Bombenangriff, bei dem es Tote und Verletzte gab.

Parallel zu den echten Alarmen liefen die vorbereitenden Luftschutzmassnahmen weiter, und es gab noch immer auch Probealarme. Am 19. Juni 1944 erliess der Stadtrat angesichts der Bombardierung deutscher Stauseen einen Aufruf an die Bevölkerung, in welchem auf die Gefahr aufmerksam gemacht wurde, welche der Stadt bei einer Beschädigung des Sihlsee-Dammes drohen könnte.

Innerhalb knapp anderthalb Stunden würden die Fluten die Stadtgrenzen erreichen und fünfzehn Minuten später das ganze Stadtzentrum überschwemmt haben. Zürich wurde in drei Evakuationszonen aufgeteilt, der Bevölkerung empfohlen, Fluchtgepäck

bereitzuhalten. Die Alarmierung sollte durch Feuerhörner erfolgen.

Am 30. August und 21. November gab es Probealarme in der Stadt, bei denen die Kirchenglocken läuteten. Im Januar 1945 folgte eine Übung der Ortsfl a b. Diese hatte Anweisung, bei allfälligen Überfliegungen scharf zu schiessen. Die Bevölkerung wurde aufgefordert, an diesen Tagen beim Ertönen der Sirenen nicht wie üblich sorglos zum Himmel zu starren, sondern Schutzräume aufzusuchen, um sich vor Geschossen und Splintern zu schützen.

Tröstlicher mochte es erscheinen, dass mitten in dieser Zeit anhaltender Bedrohung die Verdunkelung aufgehoben worden war. Das war für eine Grossstadt wohl eines der eindrucksvollsten Zeichen dafür, dass auch dieser Krieg endlich einmal zu Ende gehen werde. Es geschah am 12. September 1944, als die Deutschen praktisch aus Frankreich vertrieben waren und die Schweiz wieder wie 1939/40 zwischen den beiden Kriegsparteien lag. Die Ankündigung kam nicht überraschend. Schon wenige Tage zuvor war in England die Verdunkelung stark gelockert worden. Die Londoner begrüsstes das mit Jubel – die Zürcher mit Aufatmen. In Zeitungsberichten wurde von der wiedererstandenen «ville lumière» geschwärmt, gleichzeitig aber bereits auch in nostalgischer Verklärung der nun vergangenen schlimmen Zeiten gedacht, die auch ihren Zauber gehabt hätten. Dafür fuhren die Strassenbahnen nachts häufiger, da jetzt wieder das normale Tempo eingehalten werden konnte. Dass der Übergang vom 15- zum 12-Minuten-Betrieb aus technischen Gründen erst nach zwei Tagen kam, konnten die Zürcher leicht verschmerzen.

Das Ende der Verdunkelung war ein erster Hoffnungsschimmer. Um so schlimmer entwickelte sich im sechsten Kriegswinter die Versorgungslage. Das Aufbrechen der deutschen Umklammerung brachte der Schweiz in dieser Hinsicht zunächst kaum eine Erleichterung, ganz im Gegenteil. Die

In den letzten Kriegsmonaten steigern sich die Hilfsaktionen der Schweiz für die vom Krieg heimgesuchten Länder.

Kriegsereignisse hatten die Zufahrtswege zum Teil zerstört. Über Deutschland, das während der Kriegsjahre zwangsläufig wichtigster Handelspartner der Schweiz gewesen war, brach das Chaos herein. Die Alliierten sahen mit Misstrauen auf die Schweiz, die keine unmittelbaren Lasten des Krieges getragen, sondern nach ihrer Meinung vom Leid der andern nur profitiert und mit dem Feind Geschäfte gemacht hatte. In Zeitungskomentaren der USA wurden die Schweizer als die «Aasgeier Europas» verhöhnt. Schon 1943 waren bedeutende Schweizer Fir-

men, wie beispielsweise Sulzer Winterthur, auf amerikanischen Schwarzen Listen erschienen. Der Aussenhandel der Schweiz war 1944 auf ein Drittel des Vorkriegsstandes gesunken. Vom März 1944 an waren während zwölf Monaten keine Getreidelieferungen mehr in unser Land gekommen. Nun drohte mit dem herannahenden Zusammenbruch Deutschlands auch die Kohlenzufuhr zu versiegen. 97 Prozent des Kohlenbedarfs der Stadt Zürich wurden damals durch Importe aus dem nördlichen Nachbarland gedeckt.

Die letzten Kriegsmonate brachten des-



halb eine neue Verschärfung der Rationierung. Das Brot war schon im Oktober durch eine stärkere Beimischung von Kartoffeln «gestreckt» worden. Im April 1945 wurden die Zuteilungen an Brot gekürzt. In den letzten Kriegstagen musste auch die Papierkontingentierung verschärft werden, um eine Senkung des Papierverbrauchs auf 60 Prozent zu erreichen. Ende September 1944 war eine stufenweise Herabsetzung der Rationen an flüssigen Brennstoffen erfolgt. Ärzte sollten am Sonntag nicht mehr mit dem Auto zu den Patienten fahren können, sondern Bahn, Tram oder Velo benützen, was bei den Betroffenen heftige Proteste auslöste. An Weihnachten 1944 fehlten unter dem Lichterbaum Datteln, Bananen, Mandarinen und Orangen. Den schärfsten Eingriff brachte der 7. Februar 1945, als eine drastische Kürzung der Gasrationen verfügt wurde. Fortan sollten nur noch vier Kubikmeter Gas pro Kopf und Tag zugeteilt werden, was knapp für zwei warme Mahlzeiten ausreichte. Ein Run auf die Elektrogeschäfte setzte ein, ähnlich den Hamsterkäufen des Herbstes 1940. Am 16. Februar trat das Zürcher Stadtparlament zu einer Sondersitzung zusammen. Vertreter der verschiedensten Parteien übten scharfe Kritik an der, wie gesagt wurde, überfallartig erfolgten Massnahme. Von den 104'000 Haushaltungen Zürichs kochten damals rund 80'000 mit Gas. Von den Einschränkungen wurden 275'000 Personen betroffen, rund drei Viertel der Stadtbevölkerung. Gegen die Rationierung konnten die Stadtbehörden nichts vorkehren; sie war vom Bund angeordnet worden und traf die ganze Schweiz. Das Wohlfahrtsamt organisierte sofort eine Gemeinschaftsverpflegung. Ab 1. März wurde warme Suppe verteilt, gegen einen mässigen Preis und Abgabe eines Mahlzeiten-coupons pro Liter. In wenigen Tagen gingen über 20'000 Anmeldungen ein. Die öffentliche Gemeinschaftsverpflegung wurde noch während Monaten über das Kriegsende hinaus weitergeführt und erst am 10. November 1945 eingestellt.

Im Februar 1945 trafen sich die «Grossen Drei» – US-Präsident Roosevelt, der britische Premier Churchill und der sowjetische Generalissimus Stalin – auf der Krim, um die Nachkriegsordnung festzulegen. Für die Schweiz waren in jenen Wochen andere diplomatische Gespräche fast wichtiger. In Bern verhandelte seit dem 12. Februar eine alliierte Delegation, geleitet vom Amerikaner Laughlin Currie und vom Briten Dingle Foot, mit den schweizerischen Behörden über den künftigen Rahmen der wirtschaftlichen Beziehungen. Die Schweiz musste den Transit von Kohle und Eisen zwischen Deutschland und Italien einstellen, ebenso die Elektrizitätsausfuhr nach Deutschland. Dafür sicherten die Alliierten ihr die Zufuhr von wichtigen Rohstoffen und Lebensmitteln zu. Die Schweiz, welche die deutschen Guthaben gesperrt hatte, widersetzte sich der Auslieferung deutscher Vermögenswerte äusser bei nachweisbar geraubtem Gut.

Es war ein bedeutsamer Kompromiss, der hier ausgehandelt wurde. Während der Gespräche besuchte Currie auch kurz Zürich. Es war eine reine Höflichkeitsvisite. Er wurde ohne grosses Zeremoniell von Stadtpräsident Lüchinger empfangen, machte einen kurzen Spaziergang durch die Stadt zu einem Zunfthaus. Anschliessend reiste Currie nach Schaffhausen weiter, das ein Jahr zuvor von amerikanischen Flugzeugen bombardiert worden war.

Curries erfolgreiche Mission ebnete den Weg zur Normalisierung der Handelsbeziehungen zwischen der Schweiz und den Siegermächten, vor allem den USA. Aber es war jedermann bewusst, dass dieser Weg noch ein langer und beschwerlicher sein werde. Erst durch das Washingtoner Abkommen von 1946 gelang der Durchbruch, der zur Aufhebung der «Schwarzen Listen» und zur Deblockierung der schweizerischen Guthaben in den Vereinigten Staaten führte.

Die äusseren Anzeichen waren damals kaum ermutigend, schon jetzt weit ausgreifende Nachkriegsplanungen zu entwerfen.

Projekt einer Baugestaltung der Agglomeration Zürich mit Satellitenstädten (nach einer Idee von Landesausstellungsdirektor Armin Meili)

Der US-Unterhändler Laughlin Currie im Gespräch mit Allan Dulles (links) und Nationalrat Walther Brüngel (rechts)



Vorschlag für die Ausdeckerung von Groß-Zürich in Satellitenorte
als Aufgabe der Regionalplanung
Satellitenplan



Aber die Gedanken gingen trotzdem in die Zukunft. Dominierend blieb noch immer die Sorge um die Erhaltung der Vollbeschäftigung. Nach dem Ersten Weltkrieg hatte es einen scharfen Konjunkturerinbruch gegeben. 1945 befürchtete man noch immer eine Arbeitslosigkeit mit all ihren schwer kalkulierbaren sozialen und politischen Folgen. In den Parlamenten war das ein Dauerthema. Stadt und Kanton hatten nur beschränkte Hilfsmittel, um konjunktursteuernde Massnahmen zu treffen. Sie sahen diese vor allem im Baugewerbe und erteilten kräftige Subventionen an den Wohnungsbau. Damit sollten gleich zwei Probleme auf einen Schlag angegangen und der immer drückender gewordenen Wohnungsnot gesteuert werden.

Arbeitsbeschaffung und Wohnungsbau – um diese beiden Fragen kreisten die politischen Gespräche in den letzten Kriegsmonaten fast ohne Unterlass. Sie lieferten auch Argumente für die grundsätzlichen Debatten über die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nach dem Krieg. Hand in Hand damit gingen die Auseinandersetzungen um den Ausbau des Sozialnetzes. Hauptthema war die seit 1925 in der Bundesverfassung verankerte Alters- und Hinterbliebenenversicherung, für die eine gesetzliche Regelung auf Bundesebene bis zum Krieg nicht zustande gekommen war. Erst zwei Jahre nach Waffenstillstand im Juni 1947 wurde die neue AHV-Vorlage angenommen. Ohne Zweifel haben die Erfahrungen der Kriegsjahre mit der Lohn- und Verdienstersatzordnung dazu beigetragen, dass ein überwältigendes Ja erzielt wurde und äusser Obwalden alle Kantone zustimmten.

Aber nicht nur allgemeine Sorge um eine gesicherte wirtschaftliche Zukunft in der Nachkriegszeit bewegte die Gemüter. Konkrete Pläne entstanden, wie die Stadt der Zukunft aussehen sollte. Grosse Beachtung fand eine von Landi-Direktor Armin Meili lancierte Idee eines Kranzes von Satellitenorten rund um Zürich. Die Stadt selber kaufte eifrig Grundstücke auf. Mitte 1944 erwarb sie

das Metropol-Gebäude, in dem bereits ein Teil der im Krieg erweiterten Stadtverwaltung untergebracht war. Ende 1944 wurde ein Kaufvertrag über den Sihlgarten, Anfang 1945 ein solcher über den Erwerb des Rietberg beurkundet, letzterer umfassend 67'000 Quadratmeter Land mit zehn Gebäuden darauf zum Preis von 2,9 Mio. Fr. Aufgrund der Geburtensteigerung (im Januar 1945 war ein Geburtenrekord erzielt worden) wurden die Schulhäuser erweitert, so im Sihlfeld, Utogrund und in der Egg. Dem stark angestiegenen Energiebedarf sollte durch die Errichtung eines Kraftwerkes an der Julia in Graubünden Rechnung getragen werden. In der Volksabstimmung vom 21. Januar 1945 wurde der Kredit im Stimmenverhältnis von 10 zu 1 angenommen. Die Verknappung des Zementes verhinderte allerdings zunächst die Ausführung des Projektes.

Ein Hauptakzent der Zukunftsplanung galt dem Verkehr. Auto und Flugzeug, in Europa vor dem Krieg noch das Reservat einzelner Privilegierter, würden, so war jedermann überzeugt, nach Kriegsende auch bei uns einen ganz anderen Stellenwert bekommen, ähnlich jenem, den sie in den USA schon längst erlangt hatten. Im Juli 1944 legte der Zürcher Regierungsrat der Öffentlichkeit ein erstes Projekt für die Errichtung eines Grossflugplatzes in Kloten vor. Im Februar 1945 sprach der Bundesrat dem Projekt den Charakter eines Interkontinentalen Flughafens zu und stellte Bundessubventionen in Aussicht. Eine lebhaftere Werbung für das Fliegen setzte ein mit Vortragsveranstaltungen und Diskussionsabenden, vor allem als nach der Chicagoer Konferenz vom Herbst 1944 sich die Umriss eines kommenden weltumspannenden Flugnetzes abzeichneten.

Auch die Strassen sollten ausgebaut werden. Noch gab es in der Schweiz keine Autobahn. Nun wurden erste Planstudien erstellt. Eine private Gruppe machte Entwürfe zum Bau von Fernverkehrsstrassen zwischen Zürich und Winterthur sowie Zürich und der Innerschweiz, die dem Autover-

«In der Montagmorgenfrühe, kurz nach drei Uhr, begann in der Brauerei Löwenbräu AG der Kochprozess der ersten Genieinschaftssuppe. Ihre gemüslichen Bestandteile – Kartoffeln, Rüebli, Zwiebeln, Sellerie, Lauch und Wirz – wurden bereits am Samstag. . . gewaschen, unter maschineller Hilfe gerüstet und in Kisten verpackt, die am Morgen nebst dem notwendigen Fett und der Suppenwürze griffbereit im Sudhaus der Brauerei aufgestapelt waren. In einer der 10'000 Liter fassenden Mischpfannen, die früher der Herstellung von Bier dienten, vollzog sich der erste, ungefähr drei Stunden beanspruchende Kochprozess. . . Eine Pumpe besorgte das Abfüllen der Suppe in die Tankwagen. Jeder fasst 5'500 Liter und besitzt ein Rührwerk, das während der Fahrt ständig in Betrieb gehalten wird, damit beim Abfüllen Dick und Dünn in der richtigen Mischung in die Kessel gelangt. . . Kurz vor zwölf Uhr setzte der Betrieb in den Abgabestellen in Lebensmittel- und Milchgeschäften, in Metzgereien und in den Schulhäusern ein. Von allen Seiten strömten die Suppenbezüger mit ihren weissen und blanken Kesseli herbei. Mancher Bub und manches Mädchen war beauftragt, die Suppe in Empfang zu nehmen. Dank der Einführung der im Voraus zu lösenden Wochenabonnements wickelte sich der Betrieb überall rasch und reibungslos ab. Bei den einen Abgabestellen vollzieht sich die Bedienung im Laden selbst, während andere Geschäfte in einem Nebenraum oder auf der Strasse eine Ausschankstelle improvisiert haben. Viele Stellen hatten ihren Suppenvorrat schon nach einer halben Stunde völlig ausverkauft. In Tausenden von Zürcher Haushaltungen dampfte gestern mittag in den Tellern die erste Gemeinschaftssuppe, die allen Bezüger lind auch uns ausgezeichnet mundete. . .»

kehr vorbehalten sein sollten. Während das Flughafenprojekt ausgereift war, 1946 zur Volksabstimmung gelangte und der Flugverkehr schon 1948 von Dübendorf nach Kloten verlegt werden konnte, blieben die Strassenprojekte zunächst Pläne. Es mussten zuerst die verfassungsmässigen Grundlagen für die Erstellung von Nationalstrassen geschaffen werden, was bis 1958 dauerte. Die ersten schweizerischen Autobahnen entstanden dann in den sechziger Jahren. Von den beiden im Sommer 1944 ins Auge gefassten Projekten von Autobahnen um Zürich ist jene nach Winterthur 1974 in Betrieb genommen worden. Die Strecke nach der Innerschweiz, die N4, ist hingegen bis heute umstritten und ein Teilwerk geblieben.

Aber auch beim Bahnverkehr blieben einige Pläne, selbst wenn sie sinnvoll waren, Utopie. So etwa der Vorstoss der Gemeindepräsidenten des rechten Zürichseeufers vom Juni 1944, die von der SBB-Generaldirektion die durchgehende Doppelspur zwischen Zürich und Rapperswil forderten. Die Vorarbeiten, so wurde gewünscht, sollten so gefördert werden, dass mit der Bauvollendung bis spätestens 1950 gerechnet werden könne. Heute, 1989, gibt es auf dieser Linie erst zwei Doppelspurinseln zwischen Küsnacht und Herrliberg sowie zwischen Stäfa und Uerikon, und auch das erst seit 1968. Die Bahn, deren Elektrifizierung in den Kriegsjahren den Umständen entsprechend stark vorangetrieben worden war, blieb in der Nachkriegszeit auch in Zürich lange ein Stiefkind gegenüber den moderneren Verkehrsmitteln Auto und Flugzeug.





In den letzten Kriegswochen, als das Dritte Reich zusammenbricht, fliehen Tausende über die Schweizer Grenze. Sie werden zum grossen Teil behelfsmässig in Lagern untergebracht. In Zürich finden viele dieser Flüchtlinge im

Hallenstadion Unterkunft. Unter den Geflohenen befinden sich zahlreiche Russen und Angehörige anderer Sowjetvölker, die der deutschen Zwangsarbeit entrinnen konnten.

Der letzte Kriegsmonat war ein einziges Warten auf den Waffenstillstand. Das sinnlos gewordene Ringen, so sah man, würde erst zu Ende sein, wenn der hinterste Quadratmeter deutschen Bodens von Alliierten oder Russen besetzt war. Wie lange das dauern würde, wagte niemand zu prophezeien. Gerüchte über eine Alpenfestung gingen in der Schweiz um. Hitler und die unentwegten Getreuen würden sich dort zur letzten Schlacht stellen, während im besetzten Deutschland die «Werwölfe» einen Partisanenkrieg entfesselten. Erst Ende April wurde klar, dass die Götterdämmerung in der Berliner Reichskanzlei inszeniert wurde. Zu ihr mussten sich die Russen Strasse für Strasse vorkämpfen. Hitler selber gab buchstäblich im letzten Moment, fünf nach zwölf, wie er immer vorausgesagt hatte, den Kampf auf und setzte seinem Leben ein Ende.

Nun zerfiel alles innerhalb von wenigen Tagen. Die Alpenfestung war ein Phantom. Es gab sie nicht. Es gab kein Reich mehr und keinen Führer. Nur das Volk war geblieben, und auf das deutsche Volk fiel jetzt mit voller Wucht die Verantwortung für die Verbrechen des Regimes. Während der Besetzung West- und Mitteldeutschlands hatten die Alliierten verschiedene Konzentrationslager befreit: Bergen-Belsen in der Lüneburger Heide und Buchenwald auf dem Ettersberg bei Weimar vor allem. Die entsetzlichen Zustände der überfüllten Lager, deren Häftlinge in den Wochen des Zusammenbruchs praktisch nicht mehr gepflegt worden waren, rüttelten die Welt auf. Bilder von Leichenbergen erschienen in der Presse, bis zum Skelett abgemagerte Häftlinge blickten anklagend in die Kameras der Filmreporter.

Erschütterung, Empörung und Zorn wandten sich gegen die Urheber dieser Unmenschlichkeiten. Die Untaten sollten gesühnt werden. An der Notwendigkeit von Prozessen gegen die Nazi-Kriegsverbrecher, welche die Alliierten schon 1942 angekündigt hatten, zweifelte nun niemand mehr. Der Ruf fand sein Echo auch in der Schweiz. Als am

8. Mai 1945 der Waffenstillstand an allen Fronten Europas in Kraft trat – Teilkapitulationen der deutschen Streitkräfte in Italien und Nordwestdeutschland waren vorangegangen –, war die Freude über das nach so langen Jahren nun endlich beendete Völkermorden überlagert von der Trauer um die Opfer, die es gekostet hatte. Es gab am 8. Mai in Zürich keine Jubelausbrüche. Schon drei Tage zuvor hatte der Regierungsrat in einem Kreisschreiben an die Gemeinden des Kantons angeordnet, dass die Feiern zum Kriegsende sich in einem dem Ernst angemessenen würdigen Rahmen zu halten hätten. Eine Beflaggung habe zu unterbleiben. Während einer halben Stunde würden die Kirchenglocken läuten.

Aber ganz liess sich die Freude nicht eindämmen. Der 8. Mai war in Zürich ein Tag, an dem nach einer trüben Kaltwetterperiode mit Regenschauern und sogar Schneestürmen die Sonne in fast sommerlicher Wärme hervorbrach. Die Schulen erhielten frei, die Kinderzogen auf die Strasse hinaus. «Der Tag riss alle mit», schrieb Lokalredaktor Edwin Arnet. «Geschäfte gaben plötzlich ihren Angestellten frei, Privatleute und Firmen hingen die Fahnen hinaus, nicht um eine Siegesfeier zu begehen, sondern ganz einfach, um ein Flaggentuch flattern zu lassen. Auch alle Konsulate hatten beflaggt, nur ein einziges nicht, dem dafür die graue Rauchfahne als letzter Rest verbrannt. Um elf Uhr, gerade als sie auf dem Markt beim Birkliplatz die Stände abbrachen, an denen an diesem Vormittag so auffallend viele Blumen verkauft worden waren, begannen die Glocken zu läuten. Auf dem Bellevueplatz schlugen junge Soldaten einen Trommelwirbel, und neben dem Acker des alten Tonhalle-Areals stand das Zelt des Internationalen Roten Kreuzes mit der Ausstellung «Kriegsgefangene», und stand da wie eine Mahnung, die gerade an diesem Tag nicht übersehen werden wollte.»

Am Abend füllte eine riesige Menge die Innenstadt. Auf den Strassen wurde getanzt.

Waffenstillstand – aber kein Friede

Erinnerungsblatt, nach dem Krieg abgegeben an jeden Teilnehmer des Aktiviendienstes



Die Kirchen, in denen Gedenkgottesdienste stattfanden, waren überfüllt. Zum Waffenstillstandstag hatte der Kirchenrat einen Aufruf erlassen, in dem er mit mahnenden Worten zur Einkehr aufrief: «Wir warnen vor leichtfertiger Sicherheit, und wir ermahnen zur Busse. Wir alle, auch wir Kirchenleute, sind beteiligt gewesen an Irrglauben und Falschlehren, die die Gerichte Gottes herausfordern. Statt jetzt in überheblicher Weise die andern zu richten, wollen wir an die eigene Brust schlagen.»

Auf dem Helvetiaplatz hatten die Sozialdemokratische Partei und die Sozialistische Arbeiterjugend zu Massenkundgebungen aufgerufen. Stadtpräsident Lüchinger sprach hier und nach ihm Gewerkschaftsführer Otto Schütz, der die sofortige Ausweisung aller deutschen Nazis und eine Veröffentlichung der Listen der Anpasser von 1940 forderte. Die Nacht des 8. Mai verlief in Ruhe, nur vor dem deutschen Reisebüro an der Bahnhofstrasse, das während Jahren mit Propagandaauslagen die Passanten verärgert hatte,



kam es zu einem Auflauf, und die Fensterscheiben gingen zu Bruch.

Inzwischen war die von allen Seiten geforderte «Säuberung des Schweizer Hauses» bereits angelaufen. Am 1. Mai hatte der Bundesrat die Auflösung der Landesgruppe Schweiz der Hitler-Partei verfügt und den Leiter der Landesgruppe ausgewiesen. Die Bekanntgabe erfolgte vorsichtshalber allerdings erst am 7. Mai. Angesichts des Zerfalls der deutschen Staatlichkeit wurde auch die Aufhebung der deutschen Gesandtschaft in Bern angeordnet. Der Bund übernahm die diplomatische Vertretung in einer Art Treuhandschaft. In Zürich folgte die Schliessung des deutschen Konsulates an der Kirchgasse, nachdem vorher Inventur aufgenommen worden war (ob vor oder nach der Aktenverbrennung, wird nicht überliefert). Bei führenden Mitgliedern der Nazi-Partei gab es Hausdurchsuchungen. Einige Funktionäre wurden von der Fremdenpolizei einvernommen. Am 9. Juni beschloss der Regierungsrat die Ausweisung von hundert Angehörigen der NSDAP, bis Ende des Jahres hatten 78 Ausgewiesene, darunter auch italienische Faschisten, den Kanton Zürich verlassen.

Die «Säuberung» blieb während Monaten ein zentrales Thema der innenpolitischen Auseinandersetzungen. Im September 1945 gab es im Kantonsrat eine Interpellation dazu, im Oktober folgte eine Motion über frontistische Rechtsanwälte. Die Emotionen flammten noch einmal auf, als im Januar 1946 die Namen der Zweihunderter bekanntgegeben wurden, zusammen mit dem Wortlaut ihrer Eingabe vom Herbst 1940. Die Sozialdemokraten verlangten in der Sitzung des Zürcher Gemeinderates vom 30. Januar 1946, dass zwei Ratsmitglieder, welche die Eingabe seinerzeit unterzeichnet hatten, sofort ihr Mandat niederlegten. Die Kreisschulpflege Uto empfahl kurz darauf, einen der Primarschulpflege angehörigen Zweihunderter nicht wiederzuzuwählen.

Es rächte sich, dass 1940 jede offene Aussprache über die Eingabe unterdrückt und

Einzelheiten daraus nur gerüchtweise kolportiert worden waren. Nun war die Reaktion auf das Anpassertum um so heftiger. Es hatte schon im Oktober 1945 die frontistische Umtriebe verdächtigten Lehrer des Unterseminars in Küsnacht erreicht, für die der Regierungsrat sich noch im März 1945 mit viel Engagement eingesetzt hatte. Nun wurden sie Knall auf Fall entlassen. Ein anderer seinerzeit angegriffener Lehrer an der Oberrealschule blieb hingegen unbehelligt. Der freisinnige Kantonsrat Hermann Häberlin, gewiss ein aufrechter Demokrat, urteilte resigniert: «Die ganze Angelegenheit wird als eine von politischen Leidenschaften und menschlicher Unzulänglichkeit erfüllte Tragödie in die Geschichte des Kantons Zürich eingehen.»

Tatsächlich sind diese «Säuberungen», so berechtigt sie in vielen Fällen auch sein mochten, doch auch nicht selten durch Zufall und Willkür bestimmt worden. Sie kamen viel zu spät, um noch irgendwelche Wirkung zu haben – Alibiübungen oder Heldentaten, als es leicht war, den Helden zu spielen. Psychologisch waren sie zu deuten als Überreaktion auf eine lange Zeit des Druckes, die zu Gefühlsstauungen geführt hatte, die sich nun entluden. Viele der Gemässregelten waren sicher keine Unschuldslämmer, aber die Ellen, mit denen hier gemessen wurde, waren nicht gleich. Einzelne traf es, andere ebenso Belastete vermochten durchzuschlüpfen. Auf eine solche Art von «Säuberung» fielen schon Schatten, als sie durchgeführt wurde, und die Schatten lasten auch heute noch auf ihr.

Überlebende des Konzentrationslagers Buchenwald



EM



Am 16. März 1944 fand am Zürcher Schauspielhaus die deutsche Erstaufführung von Thornton Wilders Stück «The skin of our teeth» statt. Das Stück, in dem sich Phantasie und Realität in der Schilderung einer ebenso sehr von Naturkatastrophen wie von eigenen kriegerischen Zerrüttungen bedrohten Menschheit tragödienhaft und parodistisch mischen, erhielt in der von einem Zürcher Verlag publizierte Übertragung ins Deutsche den Titel «Wir sind noch einmal davongekommen». Die freie Übersetzung traf in dieser prägnanten Formulierung genau die Stimmung, die sich damals in der Schweiz auszubreiten begann und die sich nach dem Kriegsende verdichtete. Das Schicksal hatte Europa durcheinandergerüttelt. Die Grenzen der Länder waren verschoben worden. Die Zeugen einer in Jahrhunderten aufgebauten Kultur lagen in Trümmern. Zwischen den Ruinen irrten Flüchtlinge und Vertriebene. Die Zahl der Toten und Verletzten war nicht mehr festzustellen, waren es fünfzig, waren es hundert Millionen oder noch mehr? Europas Weltgeltung schien unwiederbringlich dahin. Aussereuropäische Mächte, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, waren die grossen Sieger. Das europäische Gleichgewicht, einst Gradmesser von Krieg und Frieden, zählte nicht mehr. Was nun allein noch in die Waagschale geworfen wurde, war das Potential der beiden über unermessliche Ressourcen verfügenden Supermächte in Ost und West.

Mitten in dem vom Krieg zerrütteten Europa, in dem schon im Mai 1945 über die sich anbahnenden Konflikte zwischen Ost und West orakelt wurde, stand die Schweiz als unversehrter Landsplitter, bestaunt, beneidet und umworben.

Sie war wieder einmal davongekommen, noch einmal, ein zweites Mal innerhalb einer einzigen Generation. Sie hatte dafür einen Preis zu zahlen. Sie war abgeschnitten gewesen in einer unfreiwilligen Isolation, war verkümmert zur geistigen Provinz und – so glaubten manche – vielleicht sogar dazu ver-

urteilt, abseits der grossen Völkerströme Provinz zu bleiben.

Aber sie war auch umworben. Die Alliierten hatten ihr nach den Unmutsgesten der Jahre 1943 und 1944 mit den Currie-Vereinbarungen vom März 1945 die goldene Brücke gebaut. Sogar die ergrimmt Sowjetunion bot 1946 die Hand zur Verständigung mit der angeblich faschistischen Eidgenossenschaft, regelte die umstrittene Rückführung der in der Schweiz internierten Russen und nahm die diplomatischen Beziehungen wieder auf. Den im Chaos der Kriegszerstörungen neue Wege suchenden Nachbarn bot die Schweiz, so gut es ging, ihre helfende Hand. Frankreich zuerst, dann Italien und schliesslich auch dem im Mark getroffenen, aus dem Rausch der Hitlerei nur langsam erwachenden, von den Siegermächten unter Kontrolle gehaltenen deutschen Volk. Und weiter hinaus gingen die schweizerischen Hilfsaktionen an die andern europäischen Länder, nach Holland und Norwegen, aber auch nach der Tschechoslowakei, nach Ungarn und vielen andern. Es war wie das Aufbrechen eines zurückgedämmten Dranges, der Pflicht zur Nächstenliebe. Man wollte dem andern geben, dem es schlechter ging, und über den eigenen Reichtum und darüber, weshalb es so gekommen war, nicht nachdenken, vielleicht wollte man auch verdrängen, was man in den vergangenen Kriegsjahren versäumt hatte zu tun oder nicht hatte tun können, weil die Umstände es nicht zuliessen.

Aber ebenso stark war der Drang, zurück zur Normalität zu gelangen. Jedes Anzeichen dafür, dass nun die Grenzen durchlässiger geworden waren, galt als grosser Schritt voran, hin auf dem Weg zum Frieden. Und dieser Weg, so ahnte jeder, würde nach der grossen Weltkatastrophe lange und beschwerlich sein. Ein erstes, zwar lächerlich kleines, aber bezeichnendes Symptom der Rückkehr zum Vorkriegsalltag war die noch am 8. Mai erfolgte Ankündigung, dass die Wetterprognosen künftig besser würden, da die kriegsbedingte Sperre der Wettermeldungen aus

«Wir sind
noch einmal
davon
gekommen»

dem Ausland aufgehoben und der Fluss der meteorologischen Information wieder wie vor dem Krieg gewährleistet sei. Ebenfalls am Tag des Waffenstillstandes wurde die Pressezensur gelockert. Der Bundesratsbeschluss vom 8. September 1939, der die Überwachung der Presse angeordnet hatte, wurde am 29. Mai 1945 aufgehoben. Wenige Tage zuvor war die Mitteilung gekommen, dass

man schweizerische Waren künftig in französischen und italienischen Häfen würde umschlagen können, der lange Weg der Konvois nach Port Bou in Spanien also wegfiel. Am 17. Mai war der Zugsverkehr Zürich-Schaffhausen über Eglisau durch den Jestetter Zipfel wieder aufgenommen worden, allerdings ohne Halt an den deutschen Stationen. Am 26. Mai fiel das Verbot, die Limmat auf



dem Gebiet der Stadt Zürich zu befahren. Eine am 4. Juni im Kantonsrat behandelte Interpellation drängte auf eine Lockerung der einschränkenden Bestimmungen gegenüber Emigranten und Flüchtlingen. Und am 19. Juli verkehrte erstmals seit 1939 wieder ein Verkehrsflugzeug zwischen Zürich und London. Es brachte die englische Fussballmannschaft zu einem Freundschaftsspiel in die Schweiz. Der regelmässige Liniendienst auf der Strecke nach England wurde wenige Tage später eingerichtet. Das Tor zur Welt war wenigstens einen Spalt weit geöffnet.

Einen neuen Akzent ins Bild der Stadt brachten im Sommer 1945 die amerikanischen Soldaten, die in der Schweiz ein paar Tage Urlaub verbringen konnten. Sie wurden

bestaunt wie die Besucher von einem andern Planeten. Ihre lockere Unbekümmertheit, ihre Bereitschaft zum Geldausgeben, sich mit Uhren einzudecken und Souvenirs in ihre Koffer zu stopfen, liessen sie bald populär werden. Sie waren die unbestrittenen Sieger in diesem Krieg. Wer die wohlgenährten Bur-schen sah und an die ausgemergelten Volks-sturm-Reserven dachte, die Deutschland als letztes Aufgebot 1945 in die Schlacht geschickt hatte, wusste, dass es dieses Mal keine Dolchstosslegende geben würde. Die US-Urlauber waren der Vortrupp des Amerikanismus, der nun Europas überschwemmte und dessen Kommen schon früher die Begeisterung für Jazz und Swing angekündigt hatte.



Amerikanische Urlauber

Der Übergang in die Nachkriegszeit wurde für Zürich leicht. Es war ein Glück, dass der Krieg im Frühjahr aufgehört hatte und die ersten Schritte zur Normalität im Sommer getan werden konnten. Das war anders als 1918, als der Weg zum Frieden, übertönt von den Schüssen des Landesstreikes, in einem harten Winter begann. Juni und Juli 1945 waren warme Monate. Die Lebensmittelrationen blieben zwar niedrig; aber jeder wusste, dass es nur eine Frage der Zeit wäre, dass sich das ändern würde. Die so befürchtete Massenarbeitslosigkeit kam nicht. Im Gegenteil, es herrschte Vollbeschäftigung, und das ging dann so weiter Jahr für Jahr. Die kriegsbedingten Einschränkungen konnten planmässig abgebaut werden. Im Jahre 1948 hörte die Rationierung der Bedarfsgüter schliesslich ganz auf. Auch das Vollmachtenregime verschwand Schritt für Schritt, die Schweiz kehrte zurück zu den verfassungsmässig garantierten Freiheitsrechten.

Die Grenzen öffneten sich immer weiter. Der Visumszwang mit den europäischen Nachbarländern entfiel. Zwar spaltete sich die Welt, wie befürchtet, schon kurz nach Kriegsende in zwei Blöcke, die sich misstrauisch gegenüberstanden. Aber die Schweiz war eingebettet in das Kontrollgebiet jener Mächte, denen sie politisch vertraute und deren Institutionen sie sich verwandt fühlte. Das Überwintern im kalten Krieg bot unendlich viel weniger Schwierigkeiten als die Zeit der Isolierung inmitten des von Hitler beherrschten Europa.

Das Hauptziel der Nachkriegszeit hiess auch in Zürich Aufbau. Im Krieg Versäumtes musste nachgeholt werden. Der Wille zu arbeiten, Werte zu schaffen, war fast unbezähmbar. In den Jahrzehnten nach dem Kriegsende wurde in unserem Land ein materieller Wohlstand geschaffen, zusammen mit dem Aufbau eines Netzes sozialer Sicherheiten, die einen Rückfall in die Probleme der Massenarbeitslosigkeit und des Massenelends als unmöglich erscheinen liessen, welche die Zeit zwischen 1919 und 1939 bela-

stet hatten. Die vom Krieg geprägte Generation hat ihre Aufgabe nach 1945 nüchtern und pragmatisch angepackt. Sie hat mehr Gewicht auf materielle als ideologische Werte gelegt, in Zürich wie anderswo. Nach den Schrecken des Krieges, dem Terror totalitärer Regime schien jede Ideologie verdächtig und realitätsfremd. Die nächstfolgende Generation hat das nicht verstanden, und damit wurde der Konflikt gelegt, der bis heute andauert.

Je weiter wir uns vom Krieg entfernen, um so unwirklicher erscheint er selbst denen, die ihn noch bewusst erlebt haben, auch in der verschont gebliebenen Schweiz. Die europäischen Grenzen bestehen zwar noch immer, aber wir überfahren sie im Westen ohne grosse Mühe. Kein Stacheldrahtzaun und keine Barrikaden oder Mauern versperren die Strassen. Die Kontrollen sind lax, und wenn reklamiert wird, dann hauptsächlich deswegen, weil ein Stau auf den Strassen entsteht. Wir kaufen in den Läden ein und denken nicht im Traum daran, dass wir je einmal mühsam Rationierungsmarken zusammenklauben mussten, dass wir Schlange zu stehen hatten, um Reis oder Brot zu erhalten. Dass Kleider, Schuhe oder Elektrogeräte gehamstert wurden. Der Mangel von einst ist einem Überfluss gewichen, der 1945 geradezu märchenhaft erschienen wäre.

Glücklich geworden ist der Mensch trotzdem nicht. Jede Zeit meistert ihre Probleme auf ihre Weise und schafft damit neue Probleme für die Nachkommen. Die Kriegsgeneration, die heute allmählich aus dem aktiven Leben verschwindet, hat ihren Beitrag im westlichen Europa im Aufbau einer materiell gesicherten Welt gesehen. Die Generation ihrer Kinder sucht neue Herausforderungen, hat andere geistige und ideologische Ziele. Und hinter ihr wächst bereits wieder eine neue Generation heran, von der wir nicht wissen, was sie einmal will und wo ihre Ideale zu finden sein werden.

Eines aber hat die Zeit, die 1945 endete, der Nachwelt als Gewissheit hinterlassen.

All die vielen Probleme der Menschen sind durch Gewalt und Kriege nicht zu lösen. Der Friede bleibt das höchste der Güter, freilich nicht der Friede um jeden Preis. Dass er in Europa seit 1945 gewahrt werden konnte, ist wohl die tröstlichste Erkenntnis, die nach einer Rückschau auf die Jahre 1939 bis 1945 bleibt. Es waren sechs Jahre, die sich allen, welche sie bewusst miterlebten, unauslöschlich eingepägt haben. Sie werden sie ihr Leben lang nie vergessen können, diese sechs Jahre, erfüllt mit der Angst vor dem Krieg, aber auch getragen von der Hoffnung auf eine bessere Zeit.

Dank

Vor einigen Jahren ist von Wolfgang Domarus ein kleiner Band mit dem gleichen Titel über Zürich im Zweiten Weltkrieg erschienen (Würzburg 1984). Ihm verdanke ich manche Anregung und Hinweise auf Quellen. Zu danken habe ich der Zentralbibliothek, dem Stadtarchiv und dem Sozialarchiv in Zürich, die mich bei meiner Arbeit hilfreich unterstützten. Mit Rat und unermüdlicher Bereitschaft standen mir auch die Mitarbeiter des Archivs der «Neuen Zürcher Zeitung» zur Seite, vor allem dessen Leiter Dolf Kaiser. Gedankt sei auch meiner Frau, die nicht nur während Monaten die geistige Abwesenheit ihres in der Vergangenheit lebenden Gatten zu ertragen hatte, sondern auch das Manuskript durchgelesen hat und es stilistisch verbessern half, sowie Frau Evelyne Hauser, die den Entwurf ins Reine schrieb.

Literatur- verzeichnis

- Dieter Bachmann, Rolf Schneider (Hsg.), Das verschonte Haus. Das Schauspielhaus Zürich im Zweiten Weltkrieg. Zürich 1987.
- Bernard Barbey, Fünf Jahre auf dem Kommandoposten des Generals. Bern 1948. Bericht des Kommandanten der Flieger- und Fliegerabwehrtruppen (und anderer) an den Oberbefehlshaber der Armee über den Aktivdienst 1939 bis 1945. Bern 1945.
- Edgar Bonjour, Geschichte der schweizerischen Neutralität. Band 4 und 5. Basel 1970.
- Willy Bretscher, Im Sturm von Krise und Krieg. Neue Zürcher Zeitung 1933-1944. Siebzig Leitartikel. Zürich 1987 (erstmalig erschienen 1945 als SA aus der NZZ).
- Heinz Bütler, «Wach auf, Schweizervolk!», Die Schweiz zwischen Frontismus, Verrat und Selbstbehauptung. Bern 1980.
- Die Kriegswirtschaft der Stadt Zürich 1939 bis 1948. Zürich 1949.
- Wolfgang Domarus, Zürich im Zweiten Weltkrieg. Würzburg 1984.
- Gottlieb Duttweiler (Hsg.), Eines Volkes Sein und Schaffen. Die Schweizerische Landesausstellung 1939 Zürich in 300 Bildern. Zürich 1940.
- Willi Gautschi, General Guisan. Zürich 1989.
- Beat Glaus, Die Nationale Front. Zürich 1969.
- Henri Guisan, Bericht an die Bundesversammlung über den Aktivdienst. Bern 1945.
- Alfred A. Häsler, Das Boot ist voll. Zürich 1967.
- Alfred A. Häsler, Das Abenteuer Migros. Die 60 Jahre junge Idee. Zürich 1985.
- Kommunismus in der Schweiz. Skizze über seine Anfänge, Geschichte und Gegenwart. Lausanne/Bern (o. J.) (1954 oder 1955).
- Regina Kägi-Fuchsmann, Das gute Herz genügt nicht. Zürich o.J. (1968).
- Georg Kreis, Zensur und Selbstzensur. Die schweizerische Pressepolitik im Zweiten Weltkrieg. Frauenfeld 1973.
- Manfred Lossau, Die Partei der Arbeit Schweiz (PdAS). Skizze ihrer Geschichte (1944-1968). Diplomarbeit im Fach Politologie, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Philipps-Universität Marburg, 1981 (hektographiert).
- Fred Luchsinger, Die Neue Zürcher Zeitung im Zeitalter des Zweiten Weltkrieges. Zürich 1955.
- Carl Ludwig, Die Flüchtlingspolitik der Schweiz seit 1933 bis zur Gegenwart (1957). Bern 1966.
- Hans Münz, Das Phänomen Migros. Zürich 1973.
- Curt Riess, Gottlieb Duttweiler. Eine Biographie. Zürich 1958.
- Curt Riess, Sein oder Nichtsein. Die Geschichte des Zürcher Schauspielhauses. Zürich 1972.
- Paul Schmid-Ammann, Emil Klöti, Stadtpräsident von Zürich. Ein schweizerischer Staatsmann. Zürich 1963.
- Karl Weber, Die Schweiz im Nervenkrieg. Aufgabe und Haltung der Schweizer Presse in der Krisen- und Kriegszeit 1933-1945. Bern 1948.
- Sigmund Widmer, Zürich. Eine Kulturgeschichte. Band 12. Weltstadt und Kleinstadt. Zürich 1984.
- Vom Variété zum neuen Schauspielhaus. Die Geschichte des Schauspiels in Zürich. Herausgegeben von der Neuen Schauspiel AG. Zürich 1978.
- Walter Wolf, Faschismus in der Schweiz. Zürich 1969.
- Werner Wollenberger, Heiri Gretler, der grosse Schweizer Schauspieler. Zürich 1977.
- Zeitungen: Neue Zürcher Zeitung, Tages-Anzeiger, Volksrecht, Neue Zürcher Nachrichten, Die Tat, Actualis, Die Weltwoche.

Abbildungs- verzeichnis

Hans Baumgartner, Steckborn
Rückseite Umschlag, 89, 91, 96, 97 unten
rechts, 98, 99, 102, 103, 133

Bildarchiv & Dokumentation zur Geschichte
der Arbeiterbewegung (Roland Gretler) 116,
117, 118, 119, 120, 121

Bundesarchiv Bern
Schutzumschlag, 12 oben rechts und unten, 27,
29 rechts, 30 oben und unten links, 31, 66, 101
rechts

Theo Frey, Weiningen
23, 28, 29 links, 37 links, 41, 65, 67, 68, 69,
97 oben und links, 101 links, 142, 143

Elsa Geissbühler, Winterthur 9, 55, 58, 109
Kantonspolizei Zürich 49, 51, 123, 124, 125
Keystone Press AG, Zürich 44, 106 rechts, 141
Hans Peter Kiauser 71, 72, 73, 77

Migros-Presse, Zürich 47, 74
Photopress Zürich
12 oben links, 13 unten, 20, 45, 48, 50, 61,
105, 107, 108, 140

Ringier Dokumentationszentrum, Zürich
39, 134

Stadtarchiv Zürich 85, 86, 87 unten
Stiftung für die Photographie, Zürich
15, 16, 17, 18, 21, 30 rechts unten, 37
rechts, 43, 76, 83, 87 oben, 111, 115, 127,
128, 129, 130, 131, 138, 139 oben, 146

Wiss-Press, Zürich 13 oben
Weltwoche Bildarchiv, Zürich 64, 79, 81, 82,
106 links
Zentralbibliothek Solothurn 40 oben rechts